



Monatsbericht August 2014

66. Jahrgang
Nr. 8

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
15. August 2014, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2014.....	5
Überblick.....	6
Internationales und europäisches Umfeld	11
<i>Steigende Nahrungsmittelpreise als Ursachen politischer Unruhen in den Schwellen- und Entwicklungsländern</i>	13
<i>Zu den möglichen realwirtschaftlichen Effekten eines Abschwungs am chinesischen Wohnimmobilienmarkt</i>	18
<i>Zum Witterungseinfluss auf das reale BIP-Wachstum in den USA im ersten Halbjahr 2014..</i>	23
Geldpolitik und Bankgeschäft	30
<i>Geldmarktrisikoprämien als Indikatoren für die Verfassung des Interbankenmarkts</i>	31
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf</i>	34
<i>Zum Niveau der Kreditstandards im Bank Lending Survey</i>	46
Finanzmärkte	51
Konjunktur in Deutschland	59
<i>Auswirkungen der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 auf das Bruttoinlandsprodukt</i>	60
Öffentliche Finanzen	71

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken	20•
Mindestreserven	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt	50•
Finanzierungsrechnung	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland	56•
Konjunkturlage in Deutschland	63•
Außenwirtschaft	72•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	81•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2014

Überblick

Wirtschaftsausblick für Deutschland: eingetrübt, Grundtendenz weiter positiv

Merkliche Verstärkung des globalen Wachstums im zweiten Quartal nach schwachem Jahresauftakt

Das Wachstum der Weltwirtschaft ist im ersten Halbjahr 2014 hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ausschlaggebend dafür war der holprige Start in das Jahr 2014. Im zweiten Quartal ist das Expansionstempo jedoch wieder merklich gestiegen. Zu der höheren Gangart haben die Temposteigerung in China und das kräftige Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den USA beigetragen, die im ersten Jahresviertel durch verschiedene Sonderfaktoren nach unten gezogen worden war. Dem stand die starke Kontraktion des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Japan infolge der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. April 2014 gegenüber, nachdem es dort im Winter zu einem durch Vorzieheffekte bedingten sehr kräftigen Anstieg gekommen war. Die britische Wirtschaft hat ihre Expansion mit der recht hohen Dynamik der Vorquartale fortgesetzt, während im Euro-Raum das reale BIP wider Erwarten nicht weiter zulegen konnte, sondern auf dem Stand der Vorperiode verharrte.

Anzeichen für Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung im laufenden Quartal

Die Weltwirtschaft scheint gut in das zweite Halbjahr gestartet zu sein. Im Hinblick auf die Industrieländer sollte die wirtschaftliche Entwicklung im dritten Quartal in Japan wieder nach oben zeigen. Die US-Wirtschaft dürfte auf Expansionskurs bleiben, auch wenn das hohe Tempo des zweiten Jahresviertels wohl nicht gehalten werden kann. Für den Euro-Raum zeichnet sich nach dem Stillstand im zweiten Quartal ab, dass die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung wieder aufgenommen, aber wohl nicht das im Frühjahr vielfach prognostizierte Tempo erreichen wird. Dabei zeigt sich die konjunkturelle Grunddynamik in manchen Ländern der Europäischen Währungsunion schwächer als erwartet. Zugleich scheinen die geopoliti-

tischen Spannungen in Osteuropa aufgrund des Ukraine Konflikts sowie in anderen Teilen der Welt das Unternehmensvertrauen nun stärker zu belasten. Die vor Kurzem in Kraft getretenen EU-Sanktionen und Gegenmaßnahmen von russischer Seite dürften die Stimmung trüben, auch wenn sie nur einen geringen Teil des EU-Exports direkt betreffen.

Die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten wurde in den Frühjahrsmonaten wesentlich von der sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik in den wichtigsten Währungsräumen bestimmt. So hat der EZB-Rat im Juni 2014 weitere stimulierende geldpolitische Maßnahmen beschlossen. In der Folge hat sich das Renditeniveau an den Anleihemärkten insbesondere im Euro-Raum deutlich verringert; in vielen Ländern wurden neue Tiefstände erreicht. Zugleich blieb der Risikoappetit der Marktteilnehmer hoch, sodass risikobehaftete Anlagen bis in den Juni hinein mit äußerst geringen Renditeaufschlägen gehandelt wurden. Dabei wurden die hohen Kurse von Aktien und Unternehmensanleihen zunächst durch eine positive konjunkturelle Grundeinschätzung der Marktteilnehmer gestützt. Gestiegene geopolitische Spannungen sowie – damit wohl auch zusammenhängend – zuletzt teilweise schwächer als erwartet ausgefallene Konjunkturindikatoren vor allem für den Euro-Raum belasteten aber anschließend insbesondere die Marktbewertungen europäischer Unternehmen. So mussten die europäischen Aktienmärkte seit Ende März im Ergebnis Kursverluste von rund 5% hinnehmen, während der US-Aktienmarkt günstiger abschnitt. Insbesondere mit dem Konflikt um die Ukraine verbanden die Marktteilnehmer die Sorge, dass die daraus resultierenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland die Unternehmen belasten könnten. Die Schieflage einer portugiesischen Bank und der teilweise Zahlungsausfall Argentiniens hingegen wurden an den Finanzmärkten überwiegend als lokal begrenzte Ereignisse wahrgenommen. Die Kurs-

Finanzmärkte

entwicklung an den Devisenmärkten wurde maßgeblich von den aktuellen geldpolitischen Entscheidungen und den Erwartungen über den zukünftigen geldpolitischen Kurs dies- und jenseits des Atlantiks geprägt. Im Ergebnis hat der Euro verglichen mit Ende März handlungsgewichtet rund 2 ½% an Wert eingebüßt.

Geldpolitik

Vor dem Hintergrund des anhaltend flachen Preistrends hat der EZB-Rat am 5. Juni 2014 ein Bündel geldpolitischer Maßnahmen beschlossen, die dazu beitragen sollen, dass die HVPI-Raten wieder auf Werte näher bei 2% ansteigen. Im Rahmen dieser Beschlüsse senkte der Rat den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie den Zinssatz für die Einlagefazilität um jeweils 10 Basispunkte. Der Hauptrefinanzierungssatz beträgt nunmehr lediglich 0,15%, der Einlagesatz – 0,10%. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde gleichzeitig um 35 Basispunkte auf 0,40% abgesenkt.

Zusammen mit der Zinssenkung verabschiedete der EZB-Rat im Juni eine Reihe weiterer Maßnahmen, darunter die Verlängerung der Vollzuteilung bei den geldpolitischen Refinanzierungsgeschäften bis mindestens Ende 2016 und acht gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit Laufzeiten von bis zu vier Jahren. Diese neuen Geschäfte, die erstmalig im September 2014 angeboten werden, sind teilweise an die vergangene und künftige Kreditvergabe der Banken an den Privatsektor gekoppelt und laufen dann zum September 2018 aus. Insbesondere da die mittelfristigen Inflationsaussichten derzeit die vom Eurosystem angestrebte Preissteigerungsrate erkennbar unterschreiten, ist das beschlossene Maßnahmenpaket insgesamt vertretbar. Gleichwohl geht mit der expansiven Geldpolitik auch die Gefahr einher, dass es zu Übertreibungen an den Märkten kommt und dass die Konsolidierungs- und Reformanstrengungen der Mitgliedstaaten der Währungsunion nachlassen.

Die leichte gesamtwirtschaftliche Erholung im Euro-Raum, die Mitte vergangenen Jahres ein-

setzte, scheint sich allmählich auf die Kreditentwicklung auszuwirken, wenngleich die Heterogenität im Euro-Raum hoch bleibt. Dafür spricht, dass die Buchkreditvergabe an den Privatsektor im Euro-Raum im Frühjahrsquartal zum ersten Mal seit zwei Jahren per saldo wieder leicht positiv war. Auch die Wertpapierkredite an den Privatsektor legten nach zum Teil starken Abflüssen in den Vorquartalen wieder etwas zu. Vor diesem Hintergrund setzte sich der bereits im Vorquartal beobachtete leichte Aufwärtstrend des Geldmengen- und Buchkreditwachstums im Berichtsquartal weiter fort. Dies stellt jedoch noch keine breit angelegte Erholung der Ausleihungen dar.

Das Kreditgeschäft der Banken in Deutschland expandierte dagegen im zweiten Quartal 2014 im Vergleich zu den Vorquartalen deutlich. Dabei stockten die Banken in Deutschland sowohl ihre Bestände an Wertpapieren privater inländischer Emittenten als auch ihre Buchkreditvergabe an Private und hier vor allem an den nichtfinanziellen Privatsektor auf. Bei den Buchkrediten an private Haushalte setzte sich die positive Entwicklung des Vorquartals fort. Triebfeder des Wachstums waren erneut die Wohnungsbaukredite, deren Anstieg sich noch einmal etwas beschleunigte. Getrieben wurde die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten nach Einschätzung der im Rahmen der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS) befragten Bankmanager sowohl vom Optimismus der Kreditnehmer hinsichtlich der Aussichten auf dem Wohnungsmarkt als auch vom nochmals leicht gestiegenen Verbrauchervertrauen. Positiv entwickelten sich auch die Buchkredite an inländische nichtfinanzielle Unternehmen, die im Berichtsquartal erstmals seit Sommer 2012 im kurzen und im mittleren Laufzeitensegment wieder merklich zunahmten. Dämpfend auf die Nachfrage in diesem Kreditsegment wirkte gemäß BLS-Angaben wie bereits in den Vorquartalen der Rückgriff der Unternehmen auf alternative Finanzierungsquellen, insbesondere die Innenfinanzierung.

*Monetäre
Entwicklung
im Euro-Raum*

*Kredit-
entwicklung in
Deutschland*

Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung ist in Deutschland der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge im zweiten Vierteljahr 2014 saison- und kalenderbereinigt um 0,2% unter den Stand des Vorquartals gefallen. Dabei spielt eine Rolle, dass in einigen witterungsabhängigen Wirtschaftsbereichen aufgrund der außergewöhnlich milden Temperaturen zu Jahresbeginn deutlich mehr als saisonüblich produziert worden war, was im Berichtszeitraum die Vorquartalsrate rechnerisch nach unten drückte. Hinzu kommt, dass der Konjunkturverlauf hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Wird zur Ausschaltung der Witterungseffekte die Wirtschaftsentwicklung über die gesamte erste Jahreshälfte betrachtet, so belief sich das mittlere Expansionstempo des BIP auf ¼% pro Quartal. Der Zuwachs hat sich damit gegenüber dem zweiten Halbjahr 2013 verlangsamt, und auch das Potenzialwachstum wurde nicht mehr ganz erreicht. Der Nutzungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten hat sich dementsprechend seit dem Jahreswechsel 2013/2014 etwas verringert, blieb aber im Korridor der Normalauslastung.

Das Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen nahm im zweiten Quartal 2014 erneut nur wenig zu. Überdurchschnittlich schnitten diesmal die Lieferungen in die EWU-Partnerländer ab, wohingegen die Exporte in Staaten außerhalb des Euro-Raums insgesamt kaum gesteigert werden konnten. Auffällig ist, dass die Ausfuhren nach Russland bereits seit Anfang 2013 der Tendenz nach rückläufig sind; bis Mai 2014 ist der Warenwert insgesamt um beinahe ein Fünftel gefallen. Offensichtlich haben sich die Rahmenbedingungen für einen prosperierenden Handel mit Russland nicht erst seit der Ukraine Krise verschlechtert. Bei den Warenimporten insgesamt hat sich die seit Beginn des vorigen Jahres beobachtbare Aufwärtsbewegung im zweiten Jahresviertel nicht fortgesetzt. Die schwächere Nachfrage nach ausländischen Erzeugnissen traf diesmal die Lieferanten aus dem Euro-Raum in stärkerem Maße als die Anbieter aus Drittstaaten.

Die Investitionsausgaben der Unternehmen für neue Ausrüstungen erreichten im Frühjahr saisonbereinigt wohl nicht ganz das Volumen der Wintermonate. Die vor einem Jahr in Gang gekommene Erholung der Investitionstätigkeit hat damit einen Dämpfer bekommen. Die Bauinvestitionen haben im Berichtszeitraum den Vorquartalsstand saisonbereinigt klar unterschritten. Das kräftige Minus ist allerdings maßgeblich auf die technische Gegenbewegung infolge der witterungsbedingt stark erhöhten Produktion im ersten Quartal zurückzuführen. Der private Konsum dürfte im zweiten Jahresviertel erneut zugelegt haben.

Der Arbeitsmarkt entwickelte sich grundsätzlich weiter positiv. Der Stellenzuwachs setzte sich von April bis Juni fort. Vor allem infolge einer wegen des milden Winters schwächer als üblich ausgefallenen Frühjahrsbelegung erhöhte sich die Zahl der im Inland erwerbstätigen Personen gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt aber etwas weniger stark als im ersten Jahresviertel. Die Zunahme ist erneut hauptsächlich auf zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zurückzuführen. Gleichzeitig nahm die Zahl der Selbständigen weiter ab. Hierzu könnte beigetragen haben, dass ein Teil der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien nach Gewährung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit zu Beginn dieses Jahres in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis gewechselt ist. Die registrierte Arbeitslosigkeit entwickelte sich in den Frühjahrsmonaten auch unter Ausschaltung der Wettereffekte nicht mehr so günstig wie im Winter. In nächster Zeit ist eher mit einer vorsichtigeren Einstellungspraxis der Unternehmen zu rechnen.

Die Tarifverdienste haben sich im Frühjahr 2014 mit +3,4% gegenüber dem Vorjahr praktisch genauso stark erhöht wie in den Wintermonaten (+3,3%). Während damals bei geringerem Zuwachs der Grundvergütungen (+2,8%) vor allem die kräftigen Nachzahlungen im Einzelhandel eine Rolle gespielt hatten, schlugen im Berichtszeitraum die kräftigen tabellenwirksamen Erhöhungen der ersten Ab-

schlüsse der diesjährigen Tarifrunde zu Buche. Der Zuwachs der tariflichen Entgeltleistungen ohne Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen wird mit +3,5% gegenüber dem Vorjahr im Berichtszeitraum aller Voraussicht nach eine Spitze erreicht haben. Dies liegt zum einen daran, dass die in den bisherigen Abschlüssen häufig vereinbarten zweiten Anhebungsstufen geringer ausfallen als die ersten. Zum anderen blieben die jüngsten Vereinbarungen hinter dem Steigerungsvolumen der Abkommen vom Jahresanfang zurück.

Im Frühjahr haben die Preise auf den vorgelegten Wirtschaftsstufen in Deutschland saisonbereinigt weiter nachgegeben. Wesentlich hierfür waren vor allem abwärtsgerichtete Preistendenzen bei Energie und hier insbesondere die scharfen Preissenkungen bei Gas und Strom, während sich die Preise von Mineralölerzeugnissen im Einklang mit den Notierungen auf den internationalen Märkten sogar etwas erhöhten. Auch die anderen Industriegüterpreise ermäßigten sich sowohl auf der Import- als auch auf der inländischen Erzeugerstufe etwas. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im zweiten Quartal wieder etwas verringert. Ursächlich für die etwas schwächere Aufwärtsbewegung war insbesondere ein deutlicher Rückgang der Preise für Obst und Gemüse, die im Jahr 2013 witterungsbedingt erheblich gestiegen waren. Von den scharfen Preiskorrekturen bei Gas und Strom auf der Erzeuger- und Importstufe kam bisher bei den Verbrauchern fast nichts an. Im Juli lagen die Verbraucherpreise – gemessen nach dem nationalen wie nach dem in Europa harmonisierten Konzept – um 0,8% über dem Vorjahresstand.

Die konjunkturellen Aussichten der deutschen Wirtschaft haben sich nach der Jahresmitte durch die Häufung ungünstiger Nachrichten aus dem internationalen Umfeld eingetrübt. Die den Frühjahrsprognosen zugrunde liegende Erwartung, wonach sich die zyklische Grundtendenz im zweiten Halbjahr 2014 weiter festigen werde, wird durch die aktuelle Indikatorenlage infrage gestellt. Der Geschäftsklima-

index des Ifo Instituts ist zuletzt dreimal in Folge gefallen, wobei insbesondere die Erwartungskomponente Einbußen hinnehmen musste. Dass vor allem die Industriekonjunktur unter den externen Störeinflüssen leiden wird, lässt sich aus dem im Verlauf des zweiten Quartals spürbar nachgebenden Auftragsfluss sowie den sinkenden Exporterwartungen ableiten. Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass die verschärfte Sanktionspolitik gegenüber Russland und die Gegenmaßnahmen der dortigen Regierung nicht ohne Wirkung auf den Außenhandel bleiben werden. Gleichwohl erfolgte die Stimmungseintrübung von einem hohen Niveau aus, was im Verbund mit der nach wie vor grundsätzlich aufwärtsgerichteten Binnennachfrage gegen eine konjunkturelle Richtungsänderung spricht. Die Aussichten für die Bauwirtschaft sind jedenfalls nach wie vor günstig, und die Konsumlaune der privaten Haushalte blieb von den erhöhten Konjunkturrisiken bislang unbeeindruckt.

Die deutschen Staatsfinanzen sind weiterhin in vergleichsweise guter Verfassung, und die sehr hohe Schuldenquote ist auf einen Abwärtstrend eingeschwenkt. Unterstützt durch insgesamt günstige Rahmenbedingungen, wie etwa sehr vorteilhafte Finanzierungsbedingungen, wurden in den vergangenen beiden Jahren kleine Überschüsse erreicht, und für die Jahre 2014 und 2015 ist ein etwa ausgeglichener Staatshaushalt zu erwarten. Neben günstigen Konjunktureinflüssen könnten die Zinsausgaben aufgrund einer sinkenden Durchschnittsverzinsung und zurückgehender Schulden weiter sinken. Verschiedene finanzpolitische Maßnahmen belasten dagegen die Staatsfinanzen. So sind zusätzliche Mittel für Verkehrsinfrastruktur, Kinderbetreuung, Bildung und Forschung sowie insbesondere Renten vorgesehen. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur Rücklagenbegrenzung der gesetzlichen Rentenversicherung könnten dennoch zu einer Senkung des Rentenbeitragsatzes führen, was dort den absehbaren Abbau der Finanzreserven beschleunigen würde.

*Öffentliche
Finanzen*

In der jüngsten Mittelfristprojektion des Bundesfinanzministeriums werden ab 2016 gesamtstaatliche Überschüsse in einer Größenordnung von ½% des BIP ausgewiesen. Die Schuldenquote soll dabei zügig verringert, die 60%-Grenze aber auch zum Ende des Jahres 2018 noch überschritten werden (65%). Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass mit einem strukturellen Überschuss von bis zu ½% des BIP ein spürbarer Abstand zum mittelfristigen europäischen Haushaltsziel aufgewiesen werden soll. Allerdings scheinen die strukturelle Haushaltslage und damit der Sicherheitsabstand mit dem verwendeten Konjunkturbereinigungsverfahren zu günstig dargestellt. Überdies stehen hinter dem strukturell vergleichsweise stabilen Saldo weitere Entlastungen bei den Zinsausgaben, die eine leichte Lockerung des haushaltspolitischen Kurses überdecken. Teilweise wird Deutschland empfohlen, eine deutlich expansivere Finanzpolitik insbesondere durch nicht gegenfinanzierte Ausweitungen der staatlichen Investitionen zu verfolgen und die Defizitgrenzen stärker auszuschöpfen. Dadurch solle unter anderem das Wachstumspotenzial gestärkt werden. Ein solches grundsätzlich begrüßenswertes Ziel ließe sich aber durchaus mit Strukturverschiebungen oder einer Änderung der politischen Prioritäten erreichen, ohne dass der Haushaltskurs weiter gelockert wird.

Im Hinblick auf die Ausgabenstruktur hat die Bundesregierung bislang den finanziellen Schwerpunkt zusätzlicher Ausgaben eindeutig auf die Rentenleistungen gelegt und beispiels-

weise die staatlichen Investitionen mit deutlich weniger zusätzlichen Mitteln bedacht. Im Hinblick auf die Stärkung des Wachstumspotenzials erscheint dies kontraproduktiv. Angesichts der ausgesprochen günstigen Bedingungen für die Staatsfinanzen und der weiterhin vorhandenen Haushaltsrisiken wäre überdies statt einer Kurslockerung eher eine ambitioniertere Haushaltspolitik zu empfehlen. Damit könnten die Schuldenquote schneller unter die 60%-Grenze gesenkt und so insbesondere die absehbaren demografischen Lasten abgedeckt werden. Außerdem erscheint es ratsam, die bei zahlreichen Gebietskörperschaften noch erforderliche Konsolidierung unter den aktuell günstigen Vorzeichen energischer voranzutreiben. Der Bund hat seine mittelfristigen Haushaltsziele aus dem Vorjahr dagegen deutlich zurückgenommen und weist für das kommende Jahr bei einem ausgeglichenen Haushalt eine Verschlechterung der strukturellen Haushaltslage aus. Angesichts der für den Bundeshaushalt sehr günstigen Rahmenbedingungen spricht vieles dafür, spürbare Sicherheitsabstände zu den strikten nationalen Defizitobergrenzen einzuplanen, nicht zuletzt da sonst die Gefahr besteht, in wieder schlechteren Zeiten prozyklisch wirkende Korrekturen vornehmen zu müssen. Die Erfahrungen zeigen, wie wichtig eine umsichtige Haushaltspolitik in guten Zeiten ist, um in schwierigerem Umfeld Handlungsspielräume zu behalten. Dies gilt nicht zuletzt für Deutschland als Stabilitätsanker in der Europäischen Währungsunion.

Internationales und europäisches Umfeld

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Merkliche Verstärkung des globalen Wachstums im Frühjahr nach schwachem Jahresauftakt

Das Wachstum der Weltwirtschaft ist im ersten Halbjahr 2014 hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Ausschlaggebend dafür war der holprige Start in das Jahr 2014. Im zweiten Quartal ist das Expansionstempo wieder merklich gestiegen. Die globale Industrieproduktion hat im April/Mai zwar mit saisonbereinigt ½% gegenüber dem Durchschnitt des Winterquartals nur verhalten zugenommen, das Welthandelsvolumen zog jedoch – nach einem Rückgang um saisonbereinigt mehr als ½% im ersten Jahresviertel – zuletzt wieder spürbar an. Zugleich hat sich die recht zügige Erholung an den Arbeitsmärkten einiger wichtiger Volkswirtschaften in den vergangenen Monaten fortgesetzt. Maßgeblich für die etwas höhere Gangart der Weltkonjunktur im Frühjahr waren zum einen die Temposteigerung in China und zum anderen das kräftige Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den USA, die im ersten Jahresviertel durch verschiedene Sonderfaktoren nach unten gezogen worden war. Im Hinblick auf das Industrieländeraggregat stand der Rückkehr der US-Wirtschaft auf ihren Wachstumskurs jedoch die starke Kontraktion des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Japan infolge der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. April 2014 gegenüber, nachdem es dort im Winter noch zu einem durch Vorzieheffekte bedingten sehr kräftigen Anstieg gekommen war. Die britische Wirtschaft hat ihre Expansion mit der recht hohen Dynamik der Vorquartale fortgesetzt. Im Euro-Raum verharrte die Wirtschaftsleistung auf dem Stand der Vorperiode, womit die Hoffnungen auf eine Verstärkung und Verstetigung des Aufschwungs erneut enttäuscht wurden. Das reale BIP im genannten Länderkreis zusammen genommen legte im Frühjahrsquartal saisonbereinigt um ¼% gegenüber der Vorperiode zu, in der es nur geringfügig gewachsen war. Das Ergebnis vor Jahresfrist wurde um 1½% übertroffen.

Im laufenden Quartal sollte die wirtschaftliche Entwicklung in Japan wieder nach oben zeigen. Die US-Wirtschaft dürfte auf Expansionskurs bleiben, auch wenn das hohe Tempo des zweiten Quartals wohl nicht gehalten werden kann. Für den Euro-Raum zeichnet sich nach dem Stillstand im Frühjahr wieder eine Zunahme des realen BIP ab, die aber voraussichtlich nicht das im Frühjahr vielfach prognostizierte Ausmaß erreichen wird. Auf eine moderate Expansion deuten zumindest die für Juli bereits vorliegenden umfragebasierten Indikatoren hin; so war das Industrievertrauen in der EWU weiterhin besser als im langfristigen Durchschnitt, und die Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor befanden sich klar oberhalb der Schwelle, die eine Expansion anzeigt. Die geopolitischen Spannungen in Osteuropa aufgrund des Ukraine Konflikts sowie in anderen Teilen der Welt scheinen das Unternehmensvertrauen nun stärker zu belasten. Die vor Kurzem in Kraft getretenen EU-Sanktionen und Gegenmaßnahmen von russischer Seite dürften die Stimmung trüben, auch wenn sie nur einen sehr geringen Teil des EU-Exports direkt betreffen.

Anzeichen für Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung im laufenden Quartal

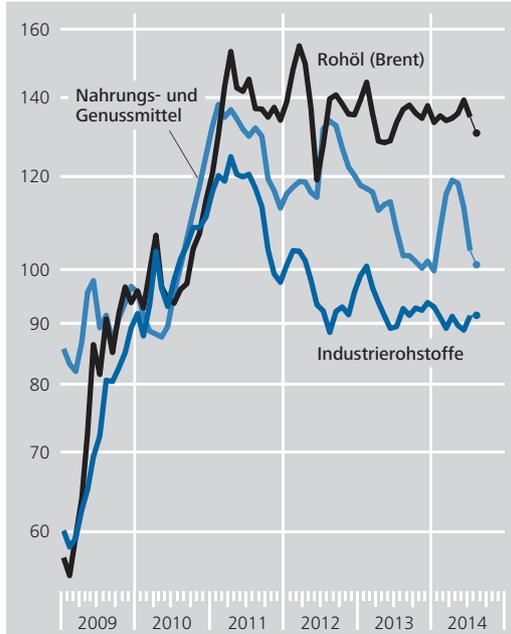
Aus den eingangs genannten Gründen hat der Stab des IWF seine Vorausschätzung für das Wachstum der Weltwirtschaft im laufenden Jahr um 0,3 Prozentpunkte auf 3,4% zurückgenommen.¹⁾ Das bedeutet, dass das Expansionstempo im Jahr 2014 im längerfristigen Vergleich eher schwach ausfallen wird. Für das Jahr 2015 wurde die Wachstumsprognose von 4,0%

IWF-Prognose erneut nach unten revidiert

¹ Es ist zu berücksichtigen, dass der IWF für seine Aggregatsberechnungen nun die kürzlich veröffentlichten neuen Kaufkraftparitäten anwendet. Dadurch erhalten die Schwellen- und Entwicklungsländer in dieser Betrachtung ein größeres Gewicht an der Weltwirtschaft. In der Folge fallen die Prognosen, aber auch die historischen Werte für das globale BIP-Wachstum etwas höher aus als bislang veranschlagt. In den hier genannten Revisionen kommt dieser Effekt aber nicht zum Ausdruck, da die ihnen zugrunde liegenden Vergleichswerte, also die Prognosen aus dem World Economic Outlook vom April, entsprechend korrigiert worden sind.

Weltmarktpreise für Rohöl, Industrierohstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel

US-Dollar-Basis, 2010 = 100,
Monatsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Thomson Reuters und HWWI. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 8. August bzw. 1. bis 13. August 2014 (Rohöl).
Deutsche Bundesbank

beibehalten. Insgesamt konzentrieren sich die Anpassungen auf das laufende Jahr, wobei die Setzung für die Gruppe der Industrieländer um 0,4 Prozentpunkte auf 1,8% und die für das Schwellenländeraggregat um 0,2 Prozentpunkte auf 4,6% abgesenkt wurde. Vor allem wegen des schwachen Jahresauftakts wurde die Wachstumsprognose für die USA besonders kräftig reduziert, und zwar von 2,8% auf 1,7%. Hier ist jedoch wegen des revisionsbedingt günstigeren Quartalsprofils im Winterhalbjahr 2013/2014 und des guten Abschneidens im Frühjahr wieder mit einer merklichen Aufwärtskorrektur zu rechnen. Die Vorausschätzung für den Euro-Raum wurde mit 1,1% bestätigt, weil sich Abwärtsrevisionen für Frankreich und Italien mit Anhebungen für Deutschland und Spanien etwa die Waage hielten. Im Hinblick auf den Euro-Raum insgesamt liegt jedoch nach dem enttäuschenden Ergebnis für das zweite Quartal nun eine Herabsetzung nahe. Darüber hinaus wurden die Zuwachsraten für Großbritannien und Japan auf nunmehr 3,2% und

1,6% angehoben. In der Schwellenländergruppe waren vor allem die GUS-Staaten von Negativkorrekturen betroffen, wobei die Prognosen für Russland für die Jahre 2014 und 2015 um jeweils mehr als 1 Prozentpunkt auf 0,2% und 1,0% ermäßigt wurden. Für Lateinamerika wurden die Raten um ½ Prozentpunkt beziehungsweise ¼ Prozentpunkt auf 2,0% und 2,6% abgesenkt, während die Abwärtsrevisionen für die Region Asien recht moderat ausfielen. Dabei hat der Stab die Wachstumsperspektiven Chinas mit 7,4% in diesem und 7,1% im nächsten Jahr etwas vorsichtiger eingeschätzt als im Frühjahr. Zurückgenommen wurde für 2014 auch die Prognose des Welt-handelswachstums, und zwar um 0,3 Prozentpunkte auf 4,0%. Nach Auffassung des IWF überwiegen weiterhin die Abwärtsrisiken für die globale Konjunktur. Mit Blick auf die Ölmärkte werden jetzt die geopolitischen Gefahren aufgrund der Ereignisse im Nahen Osten höher eingestuft, während die vom Ukraine Konflikt ausgehenden Risiken unverändert seien.

Die Verschärfung geopolitischer Spannungen hat den Rohölmarkt im Berichtszeitraum zeitweise erheblich belastet. Nachdem die Sorte Brent in den ersten beiden Frühjahrsmonaten zumeist unterhalb der Marke von 110 US-\$ je Fass gehandelt worden war, zog die Kassanotierung angesichts der militärischen Eskalation im Irak im Juni deutlich an. Zu der anschließenden Entspannung am Rohölmarkt trugen wohl nicht zuletzt die Erwartung einer Wiederaufnahme des Exports aus Libyen und Sorgen über eine Nachfrageflaute bei. Im Schnitt des Monats Juli fiel der Preis wieder auf das Niveau vom Mai. Die Schwäche am Kassamarkt war vermutlich ein Grund, weshalb für Lieferungen einige Monate später Aufschläge gezahlt werden mussten. Zuvor hatten die Spotpreise seit Längerem nicht mehr unter den Terminnotierungen gelegen. Bei Abschluss dieses Berichts war der Kassakurs für Brent auf einen Jahrestiefstand von 103 ¾ US-\$ je Fass gefallen; für Lieferungen zu fernen Terminen wurden nur noch geringe Abschläge gewährt. Die Notierungen für Industrierohstoffe tendierten in den zurück-

*Vorübergehende
Verteuerung von
Rohöl*

Steigende Nahrungsmittelpreise als Ursachen politischer Unruhen in den Schwellen- und Entwicklungsländern

Zwischen dem Anfang des Jahrtausends und dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise legten die Notierungen an den internationalen Rohstoffmärkten kräftig zu. Während sich der Rohölpreis für die Sorte Brent in US-Dollar gerechnet zwischen Juli 2001 und Juli 2008 um 446½% erhöhte, stiegen den HWWI-Indizes zufolge die Notierungen für Industrierohstoffe im selben Zeitraum um 176¾% und die für Nahrungs- und Genussmittel¹⁾ um 179¾%. Im Sommer 2008 wurden für diese Rohstoffe nicht nur nominal neue Höchststände erreicht. Auch in realer Rechnung, das heißt unter Berücksichtigung des Anstiegs der Verbraucherpreise in den USA, verteuerten sich Rohstoffe erheblich, wenngleich die Notierungen in dieser Betrachtung zum Teil weit unter zuvor erreichten Werten blieben.

Dem rezessionsbedingten Preisverfall im Winter 2008/2009, der bei Rohöl und Industrierohstoffen besonders stark ausgeprägt war, folgte eine rasche Erholung. Im ersten Halbjahr 2011 erreichten die Notierungen für Nahrungs- und Genussmittel gemäß HWWI-Index in nominaler Rechnung neue historische Höchststände. Seit Mitte 2011 tendieren die Rohstoffpreise zwar wieder moderat nach unten, die Notierungen für Nahrungs- und Genussmittel waren aber auch zuletzt noch um 106½%, bei Weizen und Mais um 70½% beziehungsweise 87% höher als im Durchschnitt der Vorkrisenjahre von 2000 bis 2007.

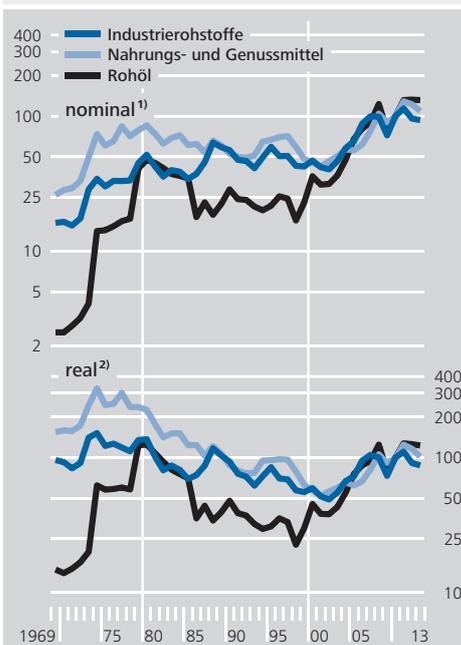
Als im Dezember 2010 in Tunesien schwere Unruhen ausbrachen und sich rasch auf andere arabische Länder ausbreiteten, wurde verschiedentlich ein kausaler Zusammenhang zu den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen hergestellt. Ähnlich wurde

auch schon 2008 argumentiert, als der damalige kräftige Preisanstieg an den Nahrungsmittelmärkten zeitlich mit Unruhen in Indien, Haiti sowie einigen Ländern in Afrika und dem Nahen Osten zusammenfiel. Anekdotische Evidenz für politische Unruhen, die durch starke Nahrungsmittelpreissteigerungen ausgelöst worden sein sollen, findet sich letztlich in allen Perioden der Geschichte.

Auch wenn es gut ins Bild zu passen scheint, dass die nordafrikanischen Länder, in denen Weizenmehl das wichtigste Grundnahrungsmittel darstellt, etwa 17% (Stand: 2011) der globalen Weizenimporte tätigen und Ägypten und Algerien 2011 die ersten beiden Ränge auf der Liste der größten Weizenimporteure belegten, so sind die Kausalzusammenhänge im Hinblick auf die Ereignisse im Jahr 2011 doch nicht so eindeutig,

Rohstoffpreisindizes in nominaler und realer Rechnung

2010 = 100, log. Maßstab



Quelle: HWWI und eigene Berechnungen. **1** Auf US-Dollar-Basis. **2** Deflationiert mit dem US-Verbraucherpreisindex.
 Deutsche Bundesbank

¹ Dazu zählen u. a. Getreide, Soja, Kaffee und Zucker.

wie man zunächst annehmen könnte. So breiteten sich im Arabischen Frühling die Unruhen von Nordafrika auch auf Länder des Nahen Ostens aus, die einen im Vergleich mit Nordafrika recht hohen materiellen Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten aufweisen, wie Saudi-Arabien, der Iran und Bahrain. Aber auch dort, wo in der Vergangenheit Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln größere Unruhen ausgelöst haben, war dies möglicherweise nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, während die tieferen Gründe für die Unruhen in gravierenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Missständen lagen. Dafür spricht ebenfalls, dass Unruhen und Revolten üblicherweise lokale Phänomene sind, obwohl von den Erhöhungen internationaler Nahrungsmittelpreise in der Regel viele Länder betroffen sind.

In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass internationale Nahrungsmittelpreisschwankungen für einzelne Länder von sehr unterschiedlicher Bedeutung sein können. Dabei spielt zum einen eine Rolle, in welchem Umfang die Grundversorgung von bestimmten Nahrungsmitteln abhängt. Zum anderen ist maßgeblich, inwieweit sich Preissteigerungen auf internationaler Ebene in Veränderungen der lokalen Preise niederschlagen. Gemäß Schätzungen des IWF führt eine Änderung der internationalen Nahrungsmittelpreise um 1% im Schnitt zu einem langfristigen Anstieg der Nahrungsmittelpreise auf der Verbraucherstufe in den Schwellen- und Entwicklungsländern um 0,34%.²⁾ Für die Industrieländer wird dieser Wert auf 0,18% geschätzt. Zwischen den einzelnen Ländern zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede, zudem ist der Zusammenhang zwischen den Weltmarktpreisen für Weizen und den Preisen für hierauf basierende verarbeitete Nahrungsmittel in der Regel gering.

Der sowohl im Durchschnitt als auch in den einzelnen Ländern nicht sonderlich enge Zu-

sammenhang zwischen internationalen und lokalen Preisen lässt sich durch verschiedene Faktoren erklären. So werden lokale Preise auch durch Kosten für Vertrieb und Logistik beeinflusst. Zudem koppeln Regierungen vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern häufig die lokalen Märkte durch Import- oder Exportzölle oder durch nicht-tarifäre Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr von den Weltmärkten ganz oder teilweise ab. Ebenso begrenzen Subventionen und staatliche Preisregulierungen, wie sie in vielen Ländern bei Grundnahrungsmitteln üblich sind, den Einfluss der Weltmarktpreise auf die lokalen Preise. Auch vor diesem Hintergrund ist es zu kurz gegriffen, aus Entwicklungen auf internationalen Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten direkte Rückschlüsse auf Ereignisse in einzelnen Ländern zu ziehen.

Darüber hinaus ist die Richtung des Effekts steigender Nahrungsmittelpreise auf das Aufkommen politischer Unruhen theoretisch nur dann eindeutig, wenn die Nahrungsmittel überwiegend importiert werden. In diesem Fall müssen bei steigenden Nahrungsmittelpreisen praktisch alle Einwohner eines Landes sinkende Realeinkommen hinnehmen. Werden die Nahrungsmittel jedoch ausschließlich oder zu einem großen Teil im eigenen Land erzeugt, senken höhere Preise zwar die Kaufkraft der Konsumenten, erhöhen aber die Einkommen der Produzenten, sodass der (Netto-)Effekt steigender Preise auf die politische Stabilität a priori unklar ist. So lassen sich auch viele Beispiele revoltierender Bauern finden, die in Phasen niedriger Weltmarktnotierungen wegen zu tiefer Erzeugerpreise auf die Straße gegangen sind.

Alles in allem sollte sich eine Untersuchung des empirischen Effekts von Nahrungsmit-

²⁾ Vgl.: IWF, Target What You Can Hit: Commodity Price Swings and Monetary Policy, IMF World Economic Outlook, September 2011.

telpreissteigerungen auf die politische Stabilität nicht auf anekdotische Evidenz beschränken, sondern durch eine ökonomische Analyse unter Einbezug von Kontrollvariablen ergänzt und substantiiert werden. Im Folgenden wird daher der Einfluss der Preise von Weizen, Mais, Reis und Soja auf die politische Stabilität in Entwicklungsländern mittels einer Paneldatenanalyse untersucht, die auf Daten von 57 Schwellen- und Entwicklungsländern über 29 Jahre (1980 bis 2008) basiert. Dabei wird das Ausmaß politischer Instabilität, gemessen durch den Index von Banks und Wilson (2014),³⁾ zum einen auf die durchschnittliche jährliche prozentuale Änderung – linear und quadriert – der lokalen Preise für Weizen, Mais, Reis sowie Soja⁴⁾ und zum anderen zu Vergleichszwecken auf die durchschnittliche jährliche prozentuale Änderung der Weltmarktpreise der genannten Nahrungsmittel regressiert. Der Instabilitätsindex ist ein gewichteter Indikator, der aus der Anzahl an politischen Attentaten, Streiks, Guerillakriegen, Regierungskrisen, politische „Säuberungsaktionen“, Unruhen, Umstürzen und Demonstrationen gegen die Regierung pro Jahr und Land ermittelt wird.⁵⁾ Die Preisdaten (lokale Daten jeweils in lokaler Währung) stammen aus der FAOSTAT-Datenbank der Food and Agricultural Organisation (FAO) der UN. Die Auswahl der Kontrollvariablen (BIP pro Kopf, Inflationsrate, Globalisierung⁶⁾, Bevölkerungsdichte, Grad der Demokratisierung, Amtsdauer und politische Ausrichtung der aktuellen Regierung sowie Kindersterblichkeit) folgt der vorhandenen Literatur.⁷⁾ Die Regressionen werden mit OLS und panel-korrigierten Standardfehlern geschätzt.⁸⁾ Zudem wird für Regioneneffekte sowie AR(1)-Autokorrelation kontrolliert.⁹⁾

Es zeigt sich, dass zwischen der Änderung der Weltmarktpreise für Weizen, Mais, Reis sowie Soja und politischer Instabilität in den Schwellen- und Entwicklungsländern kein signifikanter Zusammenhang besteht. Für

die lokalen Preise hingegen findet sich ein solcher Zusammenhang, und zwar wirken Preissteigerungen destabilisierend. Der negative, aber relativ kleine quadratische Term könnte einerseits implizieren, dass die politische Instabilität für sehr große lokale Preisveränderungen wieder zurückgeht. Dies mag daran liegen, dass große Preisänderungen Hungersnöte verursachen oder Hungersnöte und große Preisänderungen gemeinsam Folge von Missernten sind und die hungernde Bevölkerung in solchen Situationen zunächst bestrebt ist, das eigene Überleben zu sichern und politische Aktivitäten hintanstellt. Andererseits könnte der signifikant negative quadratische Term einen asymmetrischen Effekt positiver und negativer Preisänderungen auf politische Stabilität abbilden.

Eine zunehmende Globalisierung wirkt nach dieser Untersuchung für sich genommen stabilisierend, wohl nicht zuletzt auch durch die Möglichkeit, lokale Preisschwankungen durch Handelstätigkeit auszugleichen. Des Weiteren ist eine längere Amtsdauer der Regierung *ceteris paribus* mit höherer Stabilität verbunden. Dieser zunächst plausible Befund steht im Widerspruch zur Theorie

3 A. S. Banks und K. A. Wilson (2014), *Cross-National Time-Series Data Archive*, Databanks International, Jerusalem.

4 Bei fehlenden Angaben wird jeweils das Mittel aus den vorhandenen Preisdaten gebildet.

5 Für eine detaillierte Beschreibung der Konstruktion des Index siehe Banks und Wilson (2014), a. a. O.

6 Gemessen durch den Offenheitsgrad der Volkswirtschaft, d. h. die Summe aus Importen und Exporten in Prozent des nominalen BIP.

7 Vgl. u. a.: A. Alesina und R. Perotti (1996), *Income distribution, political instability, and investment*, *European Economic Review* 40 (6), S. 1203–1228; L. Blanco und R. Grier (2009), *Long live democracy: The determinants of political instability in Latin America*, *Journal of Development Studies* 45 (1), S. 76–95; P. Dutt und D. Mitra (2008), *Inequality and the instability of polity and policy*, *Economic Journal* 118 (531), S. 1285–1314.

8 Vgl.: N. Beck und J. N. Katz (1995), *What to do (and not to do) with time-series cross-section data*, *American Political Science Review* 89 (3), S. 634–647.

9 Die Ergebnisse bleiben auch bei Nutzung anderer Schätzmethoden (spatial- und cluster-robuste Standardfehler und pooled FGLS, jeweils für AR(1) kontrolliert) weitgehend robust.

Politische Instabilität und Nahrungsmittelpreisänderungen

Variable	Weltmarktpreise	Lokale Preise
BIP pro Kopf ¹⁾	– 0,01 [– 0,28]	0,00 [0,06]
Inflationsrate	0,12 [1,51]	0,05 [0,30]
Globalisierung	– 21,38*** [– 4,50]	– 20,13*** [– 4,12]
Bevölkerungsdichte	0,03 [1,23]	0,02 [0,80]
Grad der Demokratisierung	16,32 [1,12]	14,58 [0,99]
Amtdauer d. Regierung	– 20,74*** [– 2,83]	– 21,47*** [– 2,90]
Politische Ideologie (links-rechts)	– 12,30 [– 0,08]	– 89,44 [– 0,58]
Kindersterblichkeit (pro 1000)	1,82 [0,52]	4,29 [1,15]
Asien	– 246,89 [– 0,62]	– 101,30 [– 0,24]
Afrika südl. Sahara	– 592,36 [– 1,53]	– 687,04* [– 1,76]
Naher Osten und Nordafrika	– 254,47 [– 0,79]	– 286,05 [– 0,89]
Osteuropa	– 466,12* [– 1,86]	– 597,67** [– 2,37]
Weltmarkt-Durchschnittspreis (%-Änderung p. a.)	41,07 [0,11]	
Weltmarkt-Durchschnittspreis (%-Änderung p. a.), quad.	– 1 511,34 [– 1,20]	
Lokaler Durchschnittspreis (%-Änderung p. a.)		124,19*** [2,77]
Lokaler Durchschnittspreis (%-Änderung p. a.), quad.		– 1,85*** [– 2,76]
# Beob.	1,417	1,318
R-Quadrat	0,04	0,05
# Länder	57	57

¹ In Kaufkraftparitäten. *** p<0,01. ** p<0,05. * p<0,1. Abhängige Variable: Gesamtindex der politischen Instabilität. Z-Statistik in Klammern.

Deutsche Bundesbank

der institutionellen Sklerose, der zufolge Regierungen über die Zeit immer stärker von Interessengruppen negativ beeinflusst und Regierungshandeln durch Eigeninteressen der Regierenden zunehmend vom Optimum abweicht.¹⁰ Das zugrunde liegende Niveau der Instabilität unterscheidet sich regional. Die Länder Afrikas südlich der Sahara sowie Osteuropas sind stabiler als diejenigen der südamerikanischen Vergleichsgruppe.¹¹

Während sich somit keine statistisch signifikante Verbindung zwischen den Weltmarktpreisen für Nahrungsmittel und politischer Instabilität in Schwellen- und Entwicklungsländern nachweisen lässt, besteht offenbar jedoch ein systematischer Zusammenhang zwischen lokalen Nahrungsmittelpreisen und politischer Instabilität in diesen Ländern,¹² und zwar in dem Sinn, dass Preissteigerungen, abhängig von den jeweiligen gegebenen Umständen, die Wahrscheinlichkeit von politischen Unruhen erhöhen.

¹⁰ Vgl.: M. Olson (1982), *The Rise and Decline of Nations*, Yale University Press, New Haven.

¹¹ Der Erklärungsgrad des geschätzten Modells ist relativ gering. Dies kommt jedoch bei Makro-Panelmodellen ohne fixe Ländereffekte häufig vor.

¹² Gänzlich andere Wirkungsmechanismen haben Studien aufgedeckt, die den Einfluss von Preissteigerungen bei Rohöl und Industrierohstoffen auf die politische Stabilität untersuchen. Dabei spielt oftmals eine entscheidende Rolle, dass der mit steigenden Rohstoffpreisen zunehmende Ressourcenreichtum eines Landes oder einer Region innerhalb eines Landes den Nutzen bestimmter Bevölkerungsgruppen steigert, selbst die Kontrolle über die Ausbeutung der Rohstoffe auszuüben, was die Wahrscheinlichkeit eines Umsturzes oder von kriegerischen Auseinandersetzungen erhöht. Vgl.: R. Bates., A. Greif und S. Singh (2002), *Organizing violence*, *Journal of Conflict Resolution* 46 (5), S. 599–628; T. Besley und T. Persson (2010), *State capacity, conflict, and development*, *Econometrica* 78(1), S.1–34. In einem gewissen Gegensatz dazu steht die Literatur zur Ressourcenfalle (natural resource curse), die die Auswirkungen von Ressourcenreichtum untersucht. Sie findet keinen robusten, systematischen Zusammenhang zwischen der Ressourcenausstattung eines Landes und der Häufigkeit von Bürgerkriegen, obwohl anekdotische Evidenz, z. B. bezüglich Diamanten- und Rohölvorkommen in afrikanischen Ländern, anderes nahelegt. Vgl.: P. Collier und A. Hoeffler (2004), *Greed and grievance in civil war*, *Oxford Economic Papers* 56 (4), S. 563–595; J. D. Fearon (2005), *Primary commodity exports and civil war*, *Journal of Conflict Resolution* 49 (4), S. 483–507; M. Humphreys (2005), *Natural resources, conflict, and conflict resolution – Uncovering the Mechanisms*, *Journal of Conflict Resolution* 49 (4), S. 508–537; M. L. Ross (2006), *A closer look at oil, diamonds, and civil war*, *Annual Review of Political Science* 9 (1), S. 265–300. Für eine Übersicht vgl.: P. Collier (2007), *The Bottom Billion*, Oxford University Press, Oxford, UK.

liegenden Monaten seitwärts. Dagegen verbil-
ligten sich Nahrungs- und Genussmittel seit An-
fang Mai zusehends, weil sich die Ernteaussich-
ten aufgrund günstigerer Witterung verbesser-
ten. In der Vergangenheit sind Preisschübe für
Nahrungsmittel an internationalen Rohstoff-
märkten oft als Auslöser für politische Unruhen
in Schwellen- und Entwicklungsländern gewer-
tet worden. In einer ökonomischen Analyse
zeigt sich jedoch – anders als bei den lokalen
Preisen – kein signifikanter Einfluss der Welt-
marktpreise auf ein Maß für politische Instabi-
lität (siehe Erläuterungen auf S. 13 ff.).

*Teuerung auf
der Verbraucher-
stufe in den
Industrieländern
gefestigt*

In den Industrieländern hat sich der allgemeine
Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe im Ver-
lauf der Frühjahrsmonate deutlich gefestigt. So
zog der Vorjahresabstand eines entsprechend
konstruierten Preisindex von 1,1% im März auf
1,7% im Juni an. Dahinter standen insbeson-
dere, aber nicht allein die Erhöhung des Mehr-
wertsteuersatzes in Japan und eine Verteuerung
von Energieträgern. Schließt man Japan aus der
Betrachtung aus und lässt zugleich Energie und
Nahrungsmittel im zugrunde liegenden Waren-
korb unberücksichtigt, ist die so definierte Kern-
rate noch um 0,2 Prozentpunkte auf 1,6% ge-
stiegen. Wenngleich das Ausmaß der allge-
meinen Teuerung weiterhin verhalten ist, gibt es für
die Industrieländer insgesamt damit keine An-
zeichen für eine deutliche Abschwächung des
Preisauftriebs.

Ausgewählte Schwellenländer

*Gesamtwirt-
schaftliches
Expansions-
tempo in China
erhöht*

Nach einem eher verhaltenen Jahresauftakt hat
die chinesische Konjunktur in den Frühjahrs-
monaten wieder an Schwung gewonnen. Der
offiziellen Schätzung zufolge stieg das reale BIP
in saisonbereinigter Betrachtung um 2% gegen-
über der Vorperiode, in der es um 1½% zuge-
legt hatte. Im ersten Halbjahr nahm die Wirt-
schaftsleistung im Vorjahresvergleich um 7½%
zu. Die Temposteigerung im Frühjahr dürfte
zum einen auf die expansiven fiskal- und geld-
politischen Maßnahmen zurückzuführen sein,
welche die Regierung zuvor auf den Weg ge-

bracht hatte. Darüber hinaus sind von der Aus-
landsnachfrage wieder stärkere Impulse gekom-
men. Die Abkühlung auf dem chinesischen
Häusermarkt hat sich dagegen fortgesetzt,
auch wenn sie sich bislang noch nicht nennens-
wert auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität
ausgewirkt zu haben scheint (vgl. hierzu die
Erläuterungen auf S. 18 ff.). Das ausgewiesene,
recht hohe BIP-Wachstum kontrastiert aller-
dings mit der Entwicklung der chinesischen
Warenimporte. Diese gingen im ersten Halbjahr
auf US-Dollar-Basis nur um 1½% nach oben. In
realer Rechnung könnte der Zuwachs jedoch
etwas stärker gewesen sein, da Preissenkungen,
speziell bei Rohstoffen, zu berücksichtigen sind.
Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe blieb
bis zuletzt verhalten; die Teuerungsrate be-
wegte sich im Quartalsverlauf um die Marke
von 2%.

Die indische Wirtschaft ist im ersten Jahresvier-
tel, bis zu dem offizielle VGR-Angaben vorlie-
gen, auf einem flachen Expansionspfad geblie-
ben. Die reale Bruttowertschöpfung – der in
Indien bevorzugte Indikator für das gesamtwirt-
schaftliche Produktionsergebnis – stieg binnen
Jahresfrist um 4½%. Dabei sticht vor allem ein
schwaches Abschneiden des Verarbeitenden
Gewerbes hervor, dessen reale Wertschöpfung
zum zweiten Mal in Folge zurückgegangen ist.
Der Industrieproduktionsstatistik zufolge scheint
es aber im zweiten Quartal zu einer gewissen
Belebung gekommen zu sein. Darüber hinaus
haben sich zuletzt einige umfragebasierte
Indikatoren zur Lage im Dienstleistungsbereich
merklich verbessert. Zu diesem Stimmungs-
wechsel könnten auch die Reformerwartungen
an die neue Regierung maßgeblich beigetragen
haben. Die Inflationsrate hat sich in den vergan-
genen Monaten etwas abgeschwächt und be-
trug im Durchschnitt des zweiten Quartals 8,1%.

*Konjunktur in
Indien zuletzt
mit Anzeichen
für Besserung*

Die brasilianische Wirtschaft ist sehr schwach in
das Jahr 2014 gestartet. Im ersten Quartal, bis
zu dem VGR-Ergebnisse veröffentlicht worden
sind, hat das reale BIP in saisonbereinigter Be-
trachtung nur um ¼% gegenüber der Vor-
periode expandiert. Für das zweite Jahresviertel

*Schwache Wirt-
schaftsentwick-
lung in Brasilien*

Zu den möglichen realwirtschaftlichen Effekten eines Abschwungs am chinesischen Wohnimmobilienmarkt

Auf dem chinesischen Wohnimmobilienmarkt sind seit Anfang 2014 Abkühlungsanzeichen zu beobachten. Die Zahl der Wohnungskäufe ist deutlich gesunken, und die Häuserpreise haben im landesweiten Durchschnitt leicht nach unten tendiert. In den Jahren zuvor hatte der chinesische Wohnimmobilienmarkt – von Phasen der Konsolidierung im Jahr 2008 sowie im ersten Halbjahr 2012 abgesehen – einen langen und überaus kräftigen Aufschwung erlebt. Dabei könnte es hinsichtlich der Immobilienpreise sowie der Bauaktivitäten auch zu Übertreibungen gekommen sein. Der chinesische Häusermarkt scheint dafür besonders anfällig zu sein, nicht zuletzt weil infolge der in dem Land geltenden Zinsregulierung Spareinlagen nur niedrige Erträge abwerfen und Immobilien daher beliebte Anlageobjekte sind. Deswegen haben die Behörden in den vergangenen Jahren versucht, mithilfe von Beschränkungen beim Erwerb von Zweit- und Drittwohnungen spekulative Aktivitäten zu unterbinden. Zur Stützung der Nachfrage sind diese Maßnahmen in den letzten Monaten aber in vielen Städten wieder gelockert worden.

Angesichts verschiedener Indizien für Ungleichgewichte auf dem chinesischen Immobilienmarkt sind die Sorgen gewachsen, dass die gegenwärtigen Abkühlungstendenzen den Auftakt zu einer markanten Strukturanpassung bilden könnten. In diesem Fall stünde auch der Bauwirtschaft ein längerer und tiefer Abschwung bevor, der das gesamtwirtschaftliche Wachstum in China wohl merklich dämpfen würde. Der erhebliche Stellenwert des Bausektors wird schon mit einem Blick auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) Chinas deutlich. So hat der ganze Bausektor – das heißt neben dem Wohnungsbau der gewerbliche sowie der öffentliche Bau – im abgelaufenen Jahr 7% zur gesamten Wertschöpfung beigetragen. In den letzten Jahren hat sich dieser Anteil zudem deutlich erhöht. Im Jahr 2013 hat der chinesische

Bausektor (gemessen an seiner nominalen Wertschöpfung auf Basis von Marktwechselkursen) sogar den der USA überholt und ist seitdem der größte der Welt.¹⁾

Auf Basis der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhält man im Allgemeinen ein vollständigeres Bild darüber, welchen Stellenwert der Wohnungsbau für eine Volkswirtschaft einnimmt. Schließlich enthalten die Wohnungsbauinvestitionen auch Leistungen anderer Sektoren.²⁾ Allerdings werden in der chinesischen VGR nicht die einzelnen Komponenten, sondern nur die Bruttoanlageinvestitionen in der Summe ausgewiesen. Die Wohnungsbauinvestitionen können deshalb lediglich näherungsweise veranschlagt werden. Ausgangspunkt für die hier vorgelegte Schätzung bildet der Wert aller laut der chinesischen Baustatistik in einem Jahr neu erstellten Gebäude. Er betrug im vergangenen Jahr 9 Billionen RMB oder 16% des BIP. Da die Gebäudeinvestitionen aber neben den Wohnungsbauinvestitionen auch gewerbliche und staatliche Bauten enthalten, müssen diese noch herausgerechnet werden. Dazu werden die Gebäudeinvestitionen mit dem Anteil gewichtet, der laut Baustatistik von der neu geschaffenen Geschossfläche in den einzelnen Jahren auf Wohnungen entfällt. So kommt man auf einen BIP-Anteil von knapp 11% im vergangenen Jahr.³⁾

Der so ermittelte Anteil der Wohnungsbauinvestitionen am BIP erscheint sehr hoch,

¹ Dass China den größten Bausektor der Welt besitzt, spiegelt sich auch im Zementverbrauch des Landes wider. Er betrug im Jahr 2013 auf der Grundlage von offiziellen Angaben nicht weniger als 2,4 Milliarden Tonnen. Auch auf Pro-Kopf-Basis ist China, von wenigen Staaten im Nahen Osten abgesehen, das Land mit dem höchsten Zementverbrauch.

² Grundsätzlich enthalten sie auch importierte Leistungen, die aber üblicherweise nicht ins Gewicht fallen.

³ Der hier verfolgte Ansatz dürfte das Niveau der Wohnungsbauinvestitionen eher noch unterschätzen, da er keine Renovierungen erfasst. In anderen Ländern macht diese Komponente einen nicht unerheblichen Teil der gesamten Wohnungsbauinvestitionen aus.

wenn er mit den entsprechenden Quoten in Industrieländern verglichen wird.⁴⁾ Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass in China ein weitaus größerer Bedarf an zusätzlichem Wohnraum besteht. Dieser speist sich vor allem aus dem starken Zuzug von Menschen in die Städte. So hat die städtische Bevölkerung zwischen 2000 und 2010 um durchschnittlich 3 ¾% pro Jahr zugenommen. Für das laufende Jahrzehnt gehen die Vereinten Nationen von einer Wachstumsrate von 2 ½% pro Jahr aus. Zudem hat sich gemäß offiziellen chinesischen Zahlen die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in den Städten von gut 20 m² im Jahr 2000 kontinuierlich auf 33 m² im Jahr 2012 erhöht. Dieser Trend zu größeren und höherwertigen Wohnungen dürfte sich mit Blick auf den zu erwartenden weiteren Einkommensanstieg der privaten Haushalte in den nächsten Jahren fortsetzen.

Das Bild, dass die chinesischen Wohnungsbauinvestitionen im internationalen Maßstab sehr hoch ausfallen, bleibt aber auch dann noch gültig, wenn man ihren Anteil am BIP mit dem von Japan und Südkorea vergleicht, als diese ein ähnliches Einkommensniveau wie heute China aufwiesen; das war in Japan ungefähr im Jahr 1967 und in Südkorea um das Jahr 1988 der Fall. Damals betrug der Anteil der Wohnungsbauinvestitionen am BIP in beiden Ländern nur jeweils rund 6%. Auch im weiteren Entwicklungsprozess ist eine Quote von etwa 9% dort nie überschritten worden.

Neben dem Befund, dass die Wohnungsbauinvestitionen in China ein im internationalen Vergleich recht hohes Niveau erreicht haben, gibt es noch andere Hinweise, die für ein strukturelles Überangebot bei Neubauten sprechen. So scheint sich in vielen Städten inzwischen ein erheblicher Wohnungsleerstand gebildet zu haben. Das chinesische Statistikamt oder andere nationale Behörden veröffentlichen zwar keine offiziellen Zahlen dazu. Auf Basis einer großangelegten Haushaltsumfrage schätzt allerdings das Survey and Research Center for China Household Finance, dass die Leer-



standsquote in Städten im Jahr 2013 auf 22% gestiegen ist.⁵⁾

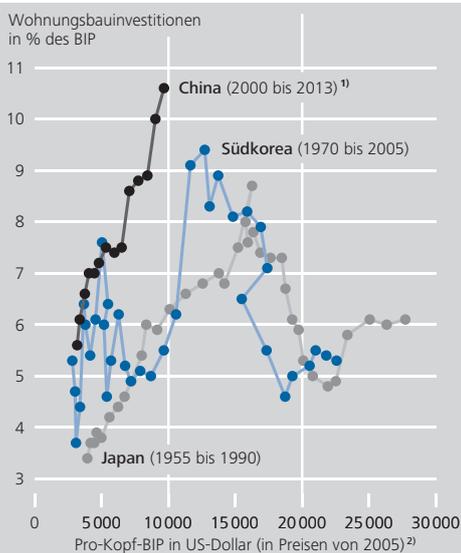
Vor diesem Hintergrund ist es recht wahrscheinlich, dass der vom Bausektor neu geschaffene Wohnraum mittlerweile den Bedarf übersteigt. Somit könnten die chinesischen Bauinvestitionen in den kommenden Jahren nicht nur schwächer als in der Vergangenheit expandieren, sondern unter Umständen sogar schrumpfen. Legt man das oben genannte Gewicht am BIP zugrunde, würde ein Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um 10% in einem Jahr das BIP-Wachstum rein rechnerisch um etwa 1 Prozentpunkt vermindern.

Vermutlich fiel der dämpfende Effekt auf das BIP-Wachstum merklich höher aus, da von den niedrigeren Wohnungsbauinvestitionen noch negative Wirkungen auf andere gesamtwirtschaftliche Nachfragegrößen ausgehen dürften. So würde beispielsweise der private Konsum durch Arbeitsplatzverluste im Bausektor und einen geringeren Bedarf an Einrichtungsgegenständen in Mitleidenschaft gezogen werden. Diese Effekte sind jedoch sehr schwer

⁴ Z. B. belief sich in den USA der BIP-Anteil der Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2005, also auf dem Höhepunkt des Immobilienbooms, nur auf 6 ½%.

⁵ Vgl.: Housing Vacancy Rates and Housing Market Trends – Findings from CHFS, Präsentation von Li Gan, Juli 2014, unveröffentlicht.

Wohnungsbauinvestitionen in China, Japan und Südkorea während ihrer wirtschaftlichen Aufholphase



Quellen: Nationale Angaben, Penn World Table 7.1 und eigene Berechnungen. ¹ Wohnungsbauinvestitionen gemäß eigener Schätzung (siehe Erläuterungen im Text). Pro-Kopf-BIP für die Jahre 2011 bis 2013 fortgeschrieben. ² Auf Basis von Kaufkraftparitäten.

Deutsche Bundesbank

abzuschätzen. Im Gegenzug ist zu berücksichtigen, dass die Wohnungsbauinvestitionen auch in geringem Umfang Importe enthalten, wodurch die Wirkungen auf das chinesische BIP etwas gemildert würden, dafür aber entsprechend bei ausländischen Handelspartnern zum Tragen kämen. Hier ist besonders an die Rohstofflieferanten wie Australien zu denken, die beispielsweise wegen eines geringeren Absatzes von Baustahl weniger Eisenerz nach China liefern könnten.

Eine markante Korrektur auf dem chinesischen Immobilienmarkt könnte auch noch über andere Kanäle negative realwirtschaftliche Effekte verursachen. So ist anzunehmen, dass ein Abschwung mit einem Hauspreisverfall einhergeht, der negative Vermögenseffekte bei nichtfinanziellen Unternehmen und privaten Haushalten auslösen dürfte. Dies gilt gerade mit Blick auf die hervorgehobene Rolle von Immobilien als Vermögensanlage. Außerdem könnten Wertverluste von Immobilien, die zur Besicherung von Krediten dienen, zu Verlusten bei

Geschäftsbanken führen. Dies würde im schlimmsten Fall die Stabilität des Finanzsystems belasten und über ein verringertes Kreditangebot die Investitionstätigkeit dämpfen. Ein solches Risiko erscheint aber insofern begrenzt, als für einen Hauskauf in China – auch aufgrund der ausgeprägten Sparneigung der privaten Haushalte – in der Regel relativ viel Eigenkapital aufgebracht wird. Insofern dürfte selbst bei einem starken Rückgang der Immobilienpreise der Häuserwert die Kreditsumme in den allermeisten Fällen nicht unterschreiten, und die Hausbesitzer dürften somit keinen Anreiz erhalten, die Kreditbedienung einzustellen.

Ein anderer Weg, wie sich ein Immobilienmarktabschwung auf die Realwirtschaft übertragen könnte, beruht darauf, dass Landverkäufe speziell für die Lokalregierungen eine wesentliche Finanzierungsquelle darstellen. Nach Berechnungen des IWF betragen die entsprechenden gesamtstaatlichen Nettoeinnahmen (d. h. nach Abzug von Kosten für den Landerwerb oder Entschädigungszahlungen an private Eigentümer im Falle von Enteignungen) in den letzten Jahren zwischen 2% und 3% des BIP.⁶⁾ Im Falle eines Abschwungs auf dem Immobilienmarkt würden diese Einnahmen infolge von rückläufigen Grundstückspreisen, aber auch wegen einer geringeren Ausweisung von Bauflächen, wohl deutlich zurückgehen. Angesichts ihrer bereits erheblichen Verschuldung könnten die Lokalregierungen dann gezwungen sein, Investitionen einzuschränken.

Alles in allem spricht vieles dafür, dass ein Abbau von Ungleichgewichten auf dem chinesischen Wohnimmobilienmarkt, wie er nun möglicherweise bevorsteht, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes merklich beeinträchtigen könnte. Angesichts des eher groben und unvollständigen statistischen Bildes sind die Einschätzungen über die Wahrscheinlichkeit einer Korrektur, ihr Ausmaß und die gesamtwirtschaftlichen Effekte aber mit großer Unsicherheit verbunden.

⁶ Vgl. hierzu: IWF, People's Republic of China – Staff Report for the 2014 Article IV Consultation, Juli 2014.

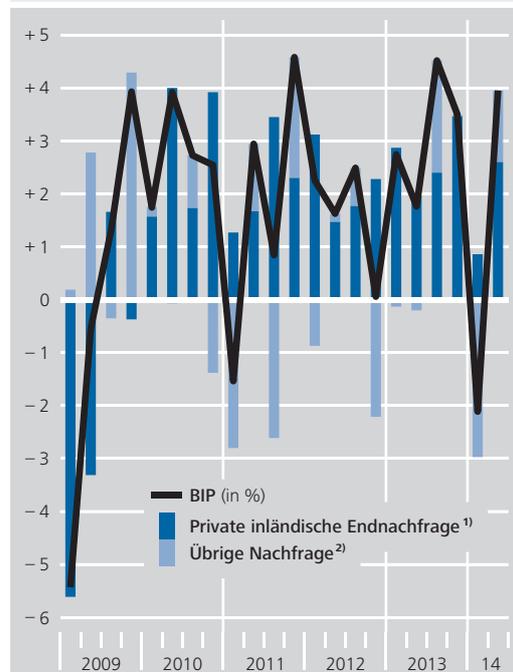
lassen die verfügbaren Indikatoren darauf schließen, dass die Wirtschaftsleistung stagniert hat oder sogar etwas geschrumpft ist. So ist die Industrieproduktion, die bereits im ersten Quartal leicht rückläufig gewesen war, um 2% zurückgegangen. Auch die positiven Nachfrageimpulse in einigen Dienstleistungsbereichen aufgrund der Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft dürften dies nicht aufgewogen haben. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe hat sich in den letzten Monaten leicht erhöht und im Juni 6,5% erreicht. Die Zentralbank hatte im April den Leitzins auf 11% angehoben; sie hat ihn in der Folgezeit aber auch mit Blick auf die schwache Konjunktur nicht mehr verändert.

Russische Wirtschaft unter dem Eindruck des Ukraine-Konflikts

Die russische Wirtschaftsleistung dürfte im zweiten Quartal nach Ausschaltung der Saisoneinflüsse von dem gedrückten Niveau des Vorquartals allenfalls schwach gewachsen sein. Darauf deutet die erste, noch nicht um Saisoneinflüsse bereinigte VGR-Schätzung des russischen Statistikamts hin. Im Vorjahresvergleich hat das reale BIP um ¾% expandiert. Die russische Wirtschaft ist durch die Folgen des Ukraine-Konflikts, der zu erheblichen Vertrauensverlusten sowie steigenden Finanzierungskosten geführt hat, im ersten Halbjahr schwer belastet worden. Die Sanktionsmaßnahmen, welche die Europäische Union gegenüber Russland im Juli verhängt hat, darunter ein Exportstopp für bestimmte Güter sowie Zugangsbeschränkungen für große russische Staatsbanken zum europäischen Kapitalmarkt, werden die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes auch mittelbar über nachlassende Zuflüsse von Direktinvestitionen aus dem Ausland voraussichtlich weiter spürbar dämpfen. Die Teuerung auf der Verbraucherstufe hat sich in den vergangenen Monaten vor allem aufgrund der Rubelabwertung nochmals erhöht. Im Juni stieg die Teuerungsrate auf 7,8%; das ist der höchste Stand seit Mitte 2011. Vor diesem Hintergrund hat die russische Zentralbank den Leitzins im Juli noch einmal angehoben. Die russischen Gegenmaßnahmen dürften in den nächsten Monaten die Lebensmittelpreise weiter deutlich nach oben treiben.

Beiträge zum Wachstum des realen US-BIP gegenüber Vorquartal

%-Punkte, saisonbereinigt, auf Jahresrate hochgerechnet



Quelle: Bureau of Economic Analysis. **1** Privater Verbrauch und private Bruttoanlageinvestitionen. **2** Öffentliche Nachfrage, Vorratsänderungen und Außenbeitrag.
 Deutsche Bundesbank

USA

Die US-Wirtschaft erholte sich im Frühjahr von dem konjunkturellen Rückschlag im Winter. Gemäß dem derzeit verfügbaren Datenstand legte das reale BIP nach Bereinigung üblicher Saisoneinflüsse um 1% gegenüber dem Vorquartal zu, in dem es um ½% geschrumpft war. Ausschlaggebend für diesen Umschwung war vor allem, dass die Vorratsbewegungen das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung nicht mehr spürbar dämpften, sondern erheblich anschoßen. Zudem bremste der Außenhandel nicht so deutlich wie im ersten Jahresviertel. Mit ins Bild zu nehmen ist aber auch, dass die inländische Endnachfrage nach einem schleppenden Jahresauftakt auf einen steileren Expansionspfad zurückgekehrt ist. Insbesondere die privaten Haushalte weiteten ihren Warenverbrauch verstärkt aus, und zwar speziell in der Kategorie langlebiger Güter; der Dienstleistungskonsum nahm hingegen erneut nur wenig

Erholung von konjunkturellem Rückschlag

zu. Auch die privaten Bruttoanlageinvestitionen expandierten im Frühjahr recht kräftig. Dabei drehten die Veränderungsraten der realen Ausgaben für gewerbliche Ausrüstungen und den privaten Wohnungsbau ins Positive. Wenngleich der Aufwärtsschwung, den die US-Wirtschaft in den Frühlingsmonaten zurückgewann, über die einzelnen Verwendungskomponenten hinweg breit angelegt war, könnten die dahinter stehenden Antriebskräfte doch differiert haben. So dürfte die Belebung der inländischen Endnachfrage nicht zuletzt die Normalisierung der Aktivität nach der Beeinträchtigung durch das ungewöhnlich harte Winterwetter zum Jahresanfang reflektieren. Demgegenüber scheinen die Wachstumsbeiträge der Lageränderungen und des Außenhandels ihr volatiles Verlaufsmuster der vorangegangenen Quartale fortgesetzt zu haben, ohne im Zusammenhang mit Witterungseffekten zu stehen. Darauf deuten Rechnungen hin, mit deren Hilfe der Einfluss des ungewöhnlichen Winterwetters auf die Konjunktur im ersten Halbjahr abgeschätzt werden kann (siehe Erläuterungen auf S. 23 ff.). Alles in allem ist das zugrunde liegende Tempo der gesamtwirtschaftlichen Aufwärtsbewegung wohl moderat geblieben. Binnen Jahresfrist legte die private inländische Endnachfrage im Frühjahr um 2¾% zu; ihre durchschnittliche Wachstumsrate seit Beginn der konjunkturellen Erholung wurde damit geringfügig übertroffen. Die Besserung am Arbeitsmarkt hielt bis zuletzt an. Zwar erhöhte sich die Erwerbslosenquote im Juli leicht gegenüber dem Vormonat; mit 6,2% war sie gleichwohl noch um ½ Prozentpunkt niedriger als im März. Zudem festigte sich der Preisauftrieb auf der Konsumentenstufe. Die auf den Verbraucherpreisindex bezogene Teuerungsrate kletterte von 1,5% im März auf 2,1% im Juni, während die entsprechende Kernrate auf 1,9% anzog.

Japan

Die im April 2014 in Kraft getretene Anhebung des Mehrwertsteuersatzes prägte auch im Frühjahr das Wirtschaftsgeschehen in Japan. Bereits

im Winter hatten Vorzieheffekte wohl maßgeblichen Anteil an dem kräftigen Anstieg des realen BIP um saisonbereinigt 1½% gegenüber dem Vorquartal gehabt. Im zweiten Jahresviertel fehlte nun die vorgezogene Nachfrage, sodass die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 1¾% schrumpfte. Dabei ist das Produktionsergebnis durch einen Einbruch der Einfuhren und eine Verlangsamung des Lagerabbaus rechnerisch noch erheblich verbessert worden. Die private Binnennachfrage, in die auch die Vorratsbewegungen eingehen, sackte um 3¾% ab. Neben den Ausgaben der Konsumenten sind insbesondere die privaten Investitionen in den Wohnungsbau stark eingeschränkt worden. Die öffentliche Hand konnte dies durch eine nur geringfügig höhere Nachfrage kaum abfedern. Ihre Bemühungen um eine Steigerung der staatlichen Investitionstätigkeit sind möglicherweise durch das Auslaufen vorangegangener fiskalpolitischer Maßnahmen terkariert worden. Zudem enttäuschte das Auslandsgeschäft japanischer Unternehmen; die Ausfuhren gaben gegenüber der Vorperiode etwas nach und leisteten damit keinen Beitrag zur Stützung der heimischen Produktion. Nicht allein die – trotz vorangegangener Abwertung – ausbleibende Belebung des Exports trübt die Perspektiven der japanischen Wirtschaft. Im Frühjahr sanken die Verdienste der Beschäftigten in realer Rechnung kräftig. Mit dem Inkrafttreten der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes sprang die Teuerungsrate gemäß Verbraucherpreisindex von 1,6% im März auf 3,4% im April; im Juni belief sie sich auf 3,6%. Die Erwerbslosenquote war im gleichen Monat mit 3,7% leicht höher als zum Ende des Winterquartals.

Vereinigtes Königreich

Unvermindert kraftvoll weitete die britische Wirtschaft ihre Leistung im Frühjahr aus. Einer zweiten Schätzung zufolge zog das preis- und saisonbereinigte BIP zum fünften Mal in Folge um ¾% gegenüber dem Vorquartal an. Damit übertraf es auch erstmals seinen bisherigen Höchststand vom Winter 2008. Wichtigster

Einbruch der Binnennachfrage nach Anhebung des Mehrwertsteuersatzes

Anhaltend kraftvoller Aufschwung

Zum Witterungseinfluss auf das reale BIP-Wachstum in den USA im ersten Halbjahr 2014

Laut aktueller Schätzung ist in den USA das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Jahresviertel 2014 nach Ausschaltung üblicher saisonaler Effekte mit einer annualisierten Rate von 2% gegenüber dem Vorquartal geschrumpft. Das ist einer der stärksten Rückgänge der gesamtwirtschaftlichen Produktion während einer Expansionsphase, der bislang in der amerikanischen Statistik ausgewiesen worden ist.¹⁾ Vielfach ist diese Kontraktion auf das ungewöhnlich strenge Winterwetter in den USA zurückgeführt worden.²⁾ Hierzu spiegelbildlich könnte die kräftige gesamtwirtschaftliche Expansion im zweiten Quartal als Resultat einer anschließenden Normalisierung gewertet werden. Im Folgenden werden die Ergebnisse einer einfachen Regressionsrechnung vorgestellt, die einen Hinweis auf die mögliche Größe des Witterungseinflusses im zurückliegenden Halbjahr geben. Konkret wird versucht, das annualisierte Wachstum des realen BIP gegenüber dem Vorquartal durch die Abweichungen bevölkerungsgewichteter Indizes für die Zahl der Heiz- beziehungsweise Kühltage von ihrem langfristigen Durchschnitt zu erklären.³⁾ Um mögliche Gegenbewegungen im Folgequartal einzufangen, werden diese Abweichungen auch mit einer Verzögerung von einem Quartal berücksichtigt.⁴⁾ Das sich im Zeitablauf wandelnde Durchschnittswachstum wird über Dummy-Variablen für die einzelnen Expansions- und Rezessionsphasen gemäß Datierung des National Bureau of Economic Research abgebildet.

Im Ergebnis weisen die geschätzten Koeffizienten plausible Vorzeichen auf. So fällt die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung bei einer ungewöhnlich hohen Zahl von Heiztagen in einem Quartal schwächer aus als üblich. In der folgenden Periode

dreht der Einfluss in die umgekehrte Richtung. Für die Zahl der Kühltage sind die Vorzeichen entsprechend vertauscht. Als statistisch signifikant erweist sich jedoch lediglich der kontemporäre Einfluss der Zahl der Heiztage. Demnach beeinträchtigt ungewöhnliches Winterwetter zwar das BIP-Wachstum im jeweils laufenden Quartal. Im darauf folgenden Jahresviertel ist aber keine Gegenbewegung gleicher Größenordnung und Signifikanz zu beobachten. Weiterführende Rechnungen geben keine Hinweise darauf, dass sich der Witterungseinfluss je nachdem, ob das vierte oder das erste Quartal unmittelbar betroffen ist, wesentlich unterscheiden könnte. Auch scheinen positive und negative Abweichungen der Zahl der Heiztage von ihrem langfristigen Durchschnitt ähnlich starke Effekte zu entfalten, wenngleich in unterschiedliche Richtungen.

1 Vgl.: K. L. Kliesen (2014), How Negative Is Negative Real GDP Growth?, Federal Reserve Bank of St. Louis, Economic Synopses, Nr. 17.

2 Vor Kurzem ist für Deutschland gezeigt worden, dass außergewöhnliche Wetterbedingungen das saisonbereinigte BIP-Wachstum erheblich beeinflussen können. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Wettereffekte auf das Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr 2013/2014, Monatsbericht, Mai 2014, S. 58 f.

3 Ein ähnlicher Ansatz ist von dem Beratungsunternehmen Macroeconomic Advisers gewählt worden. Die hier vorgestellte Schätzung bezieht sich auf den Zeitraum vom ersten Quartal 1990 bis zum zweiten Quartal 2014. Die zugrunde liegenden Daten werden von Haver Analytics bezogen; die Angaben zu Heiz- und Kühltagen gehen auf die National Oceanic and Atmospheric Administration zurück. Dabei handelt es sich um Kennzahlen, die den von der Temperatur abhängigen Energiebedarf widerspiegeln sollen. Sie basieren auf dem (negativen bzw. positiven) Abstand täglicher Durchschnittstemperaturen gegenüber einer bestimmten Basistemperatur. Vgl.: Macroeconomic Advisers, A Winter Chill in Q1 GDP; A Spring Thaw in Q2: Follow-Up, Macro Musing, veröffentlicht am 5. März 2014 unter <http://www.macroadvisers.com/2014/03/a-winter-chill-in-q1-gdp-a-spring-thaw-in-q2-follow-up/>.

4 Im Unterschied hierzu hat die Schätzung der Macroeconomic Advisers eine derartige Gegenbewegung des BIP-Wachstums bei Normalisierung der Temperaturen implizit bereits unterstellt, da dort die ersten Differenzen der Witterungsvariablen als erklärende Größen berücksichtigt worden sind.

Regression *) des realen BIP-Wachstums in den USA und der Beiträge seiner Verwendungskomponenten auf Witterungsvariablen

Position	BIP					
		privater Konsum	private Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsänderungen	Nettoexporte	öffentliche Nachfrage
Regressionskoeffizienten						
Heiztage						
kontemporär	-0,59***	-0,27**	-0,20**	-0,01	-0,02	-0,09
verzögert	0,28	0,07	0,12	-0,05	0,10	0,04
Kühltage						
kontemporär	0,10	0,02	0,02	-0,04	0,03	0,07
verzögert	-0,10	-0,13	-0,05	0,02	0,08	-0,02
Dummy-Variablen						
Expansionsphasen						
1. Vj. 1990 bis 3. Vj. 1990	1,54***	1,09***	-0,56***	0,17	0,39**	0,41*
2. Vj. 1991 bis 1. Vj. 2001	3,67***	2,56***	1,18***	0,06	-0,39*	0,25**
1. Vj. 2002 bis 4. Vj. 2007	2,68***	1,90***	0,43	0,16	-0,13	0,31**
3. Vj. 2009 bis 2. Vj. 2014	2,14***	1,53***	0,73***	0,44	-0,23	-0,33*
Rezessionsphasen						
4. Vj. 1990 bis 1. Vj. 1991	-3,08***	-1,69***	-1,86***	-1,14**	1,13***	0,51***
2. Vj. 2001 bis 4. Vj. 2001	0,01	1,62**	-1,31***	-0,59	-0,40*	0,72***
1. Vj. 2008 bis 2. Vj. 2009	-2,65*	-1,12**	-2,55***	-0,97**	1,24***	0,74***
Bestimmtheitsmaß	0,51	0,58	0,62	0,07	0,25	0,28
F-Test auf Insignifikanz aller Witterungsvariablen (p-Wert)	0,01	0,01	0,02	0,99	0,68	0,28

* Regression der annualisierten Wachstumsrate (bzw. der entsprechenden Wachstumsbeiträge) des saisonbereinigten realen BIP gegenüber Vorquartal. Erklärende Witterungsvariablen sind die Abweichungen von bevölkerungsgewichteten Indizes für die Zahl der Heiz- bzw. Kühltage von ihrem langfristigen Durchschnitt, normiert mithilfe ihrer Standardabweichungen. Die zugrunde liegenden Daten sind der Datenbank von Haver Analytics entnommen. Schätzzeitraum: 1. Vj. 1990 bis 2. Vj. 2014. Standardfehler korrigiert gemäß Newey und West; Sterne (*, **, ***) kennzeichnen Koeffizienten, die auf üblichen Niveaus (5%, 1%, 0,1%) signifikant sind.

Deutsche Bundesbank

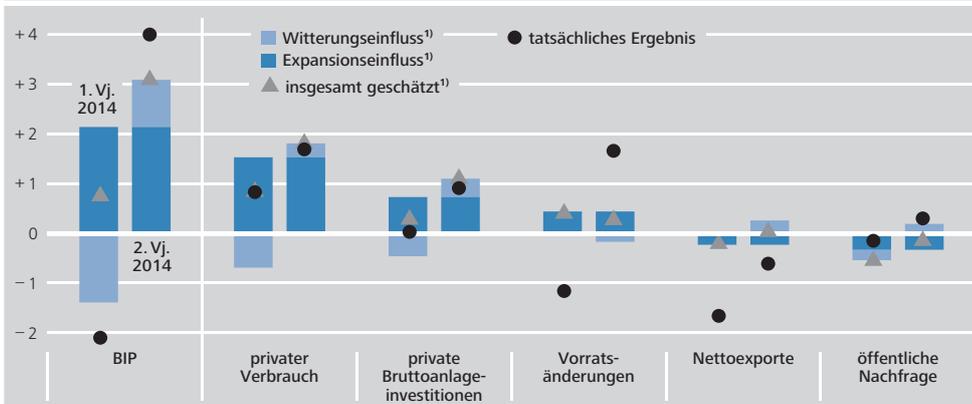
Allerdings ist zu beachten, dass durch die Regression lediglich durchschnittliche historische Einflüsse ungewöhnlicher Temperaturen abgegriffen werden. Wirkungen besonders kräftigen Niederschlags werden durch die gewählte erklärende Größe nicht abgebildet.

Wiederholt man die Schätzung für die Beiträge einzelner Verwendungskomponenten zum annualisierten BIP-Wachstum, lässt sich der Einfluss des Winterwetters in erster Linie auf den Verbrauch und die Bruttoanlageinvestitionen privater Wirtschaftssubjekte zurückverfolgen. Innerhalb des Konsums der privaten Haushalte macht sich der dämpfende Einfluss eines ungewöhnlich strengen Winterwetters insbesondere bei den realen Ausgaben für langlebige Waren bemerkbar, wobei speziell Kraftfahrzeugen eine wich-

tige Rolle zukommt. Zwar stellt sich der kontemporäre Einfluss einer ungewöhnlichen Zahl von Heiztagen auf den Wachstumsbeitrag des Dienstleistungskonsums insgesamt als nicht signifikant heraus. Mit ins Bild zu nehmen ist jedoch, dass in der US-Statistik ein wegen des strengen Winterwetters erhöhter Energieverbrauch die realen Ausgaben in der Dienstleistungskategorie Unterkunft und Versorgung deutlich steigert. Dies dürfte im Aggregat dämpfende Wirkungen bei anderen Dienstleistungsarten ausgleichen. Bei den Wachstumsbeiträgen der realen Konsumausgaben für langlebige Waren wie auch für Dienstleistungen im Bereich Unterkunft und Versorgung stellt sich zudem der verzögerte Einfluss mit jeweils umgekehrtem Vorzeichen als signifikant heraus; auch entspricht er der Größenordnung nach der kontemporären Wirkung.

Geschätztes und tatsächliches reales BIP-Wachstum und Wachstumsbeiträge in den USA

gegenüber Vorquartal, saisonbereinigt, auf Jahresrate hochgerechnet, in % bzw. %-Punkten



1 Eigene Schätzungen auf Basis von Daten von Haver Analytics.
 Deutsche Bundesbank

Mithin kommt es bei diesen Subkomponenten also durchaus zu bedeutsamen Korrekturen im Folgequartal. Dass sich im Aggregat des privaten Konsums keine signifikante Gegenbewegung findet, liegt wohl vor allem an den entgegengesetzten Richtungen der Effekte im Verbrauch langlebiger Waren und von Energie; zugleich scheint die Konsumexpansion bei anderen Dienstleistungsarten lediglich zu ihrem längerfristigen Durchschnitt zurückzukehren, ohne vorangegangene Ausfälle wettzumachen. Kein signifikanter Einfluss des Winterwetters wird bei den Wachstumsbeiträgen des Außenhandels und der Vorratsdynamik festgestellt. Diese sind im Zeitablauf recht volatil und können durch das vorgestellte Modell kaum erklärt werden.

Quantitativ sind die Wirkungen der außergewöhnlich kalten Witterung im vergangenen Winter für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 2014 wohl durchaus von Bedeutung gewesen. Der vorliegenden Schätzung zufolge dürfte das annualisierte BIP-Wachstum im ersten Quartal um knapp 1½ Prozentpunkte reduziert worden sein. Auf Basis des Modells wäre gleichwohl noch eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um ¾% (ebenfalls

auf Jahresrate gerechnet) zu erwarten gewesen. Folglich kann auf diese Weise die erhebliche Kontraktion des realen BIP nicht hinreichend erklärt werden. Die Betrachtung der Wachstumsbeiträge der einzelnen Verwendungskomponenten zeigt zwar, dass die Schwäche der privaten inländischen Endnachfrage weitgehend auf die Witterung zurückgeführt werden kann. Die deutliche Abnahme der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung ist jedoch auch kräftigen Bremswirkungen seitens der Vorratsbewegungen und des Außenhandels geschuldet, für die Wettereinflüsse in der Vergangenheit nicht relevant gewesen sind. Dabei ist die retardierende Wirkung dieser Verwendungskomponenten vor dem Hintergrund zu sehen, dass sie umgekehrt in den Vorquartalen das BIP-Wachstum in erheblichem Maße gestützt haben.

Verzögerte Witterungseinflüsse haben sich in der vorgestellten Regression zwar nicht als statistisch signifikant erwiesen. Nimmt man gleichwohl die geschätzten Koeffizienten zum Nennwert, errechnet sich eine wetterbedingte Steigerung des annualisierten BIP-Wachstums im zweiten Quartal 2014 um 1 Prozentpunkt, und das günstige Abschneiden des privaten Konsums sowie der

privaten Bruttoanlageinvestitionen kann weitgehend als eine – wenn auch unvollständige – Gegenbewegung auf die widrigen Witterungseffekte im Vorquartal interpretiert werden. Ein BIP-Wachstum in Höhe von gut 2% ist im laufenden Aufschwung durchschnittlich zu erwarten. Unexplärt bleibt damit knapp 1 Prozentpunkt der auf das Jahr hochgerechneten Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung von 4% im zweiten Quartal. Dieses Residuum ist im Wesentlichen der Verstärkung des Lageraufbaus geschuldet.

Alles in allem sind die Ausschläge der Änderungsrate des realen US-BIP im ersten Halbjahr 2014 wohl zu einem wichtigen Teil auf Witterungseffekte zurückzuführen. Darüber hinaus spielen aber auch Vorratsbewegungen und Außenhandel eine Rolle, deren Beiträge zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum im Allgemeinen volatil sind. Das

moderate konjunkturelle Grundtempo der US-Wirtschaft, das sich in erster Linie auf die Entwicklung der inländischen Endnachfrage bezieht, scheint weiterhin intakt zu sein. Aufgrund des im Zeitablauf spürbar verringerten Trendwachstums ist damit zu rechnen, dass bei unverminderter Volatilität die Veränderungsrate des realen US-BIP gegenüber dem Vorquartal nun öfter unter die Nulllinie rutscht als früher.⁵⁾ Eine zyklische Wende wird dadurch nicht zwingend impliziert.

⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die US-Wirtschaft im aktuellen Aufschwung, Monatsbericht, April 2013, S. 15 ff.

Wachstumsmotor blieb der Dienstleistungssektor, dessen reale Bruttowertschöpfung im Frühjahr um 1% zulegen und den Vorkrisenstand um 3% überstieg. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) hingegen wurde lediglich ein Plus von ¼% gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatsabschnitt erzielt. Ausschlaggebend hierfür war, dass nach der kräftigen Zunahme im Vorquartal der Ausstoß im Verarbeitenden Gewerbe nur wenig gesteigert werden konnte. Die Erzeugung des Baugewerbes verharrte auf dem recht hohen Niveau vom Jahresbeginn. Der nach wie vor erheblich positive Vorjahresabstand der Produktion verdeutlicht aber die zugrunde liegende Aufwärtstendenz in diesem Sektor. Spiegelbildlich zum gesamtwirtschaftlichen Aufschwung rutschte die Erwerbslosenquote laut den Angaben des nationalen Statistikamts von 6,8% im Winter auf 6,4% im zweiten Quartal ab. Die auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ermittelte Teuerungsrate kletterte von 1,6% im März auf 1,9% im Juni, während die ohne Energie

und unverarbeitete Nahrungsmittel gerechnete Rate im Gleichschritt auf 2,1% stieg.

Neue EU-Mitgliedsländer

In den neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-7)²⁾ insgesamt hat die Wirtschaftsleistung, die im ersten Vierteljahr saisonbereinigt um ¾% gegenüber der Vorperiode zugelegt hatte, im Frühjahr moderater expandiert. Ersten Schnell-schätzungen zufolge war die BIP-Zunahme am kräftigsten in Ungarn und Litauen (jeweils + ¾%). In Polen erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion um ½%. Die in vielen Ländern eingeschlagene langsamere Gangart, speziell in der Industrie, dürfte negativen Einflüssen im Zusammenhang mit der Ukraine-krise sowie nachlassenden Impulsen aus der EWU

*Konjunktureller
Aufwärtstrend
fortgesetzt*

² Der Länderkreis umfasst die seit dem Jahr 2004 der EU beigetretenen Staaten, sofern sie noch nicht zur EWU gehören.

geschuldet sein. Die aggregierte HVPI-Teuerungsrate, die bereits im Winter auf einen langjährigen Tiefstand gefallen war, ist im zweiten Jahresviertel nicht zuletzt aufgrund sinkender Nahrungsmittelpreise auf 0,3% zurückgegangen. Die Bandbreite reichte dabei von -1,6% in Bulgarien über +0,3% in Polen bis +1,3% in Rumänien.

Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

Im Frühjahr Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Produktion

Im zweiten Quartal 2014 ist die zuvor ohnehin schwache wirtschaftliche Aufwärtsbewegung im Euro-Raum ins Stocken geraten. Saisonbereinigt stagnierte das reale BIP auf dem Niveau der Vorperiode.³⁾ Das Ergebnis ist damit spürbar unter der Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission geblieben, die Quartalsprofile ihrer Vorausschätzungen veröffentlicht. Der Stand vor Jahresfrist wurde um ¾% übertroffen, das Vorkrisenniveau des realen BIP von Anfang 2008 zuletzt aber noch um 2½% unterschritten. Die Konjunkturschwäche im zweiten Quartal war insofern breit angelegt, als weder von der Inlandsnachfrage noch vom Außenhandel nennenswerte positive Wachstumsbeiträge ausgegangen sein dürften.

Hinter dem schlechten Ergebnis für den Euro-Raum insgesamt verbirgt sich ein recht heterogenes und im Vergleich zum ersten Quartal stark verändertes Länderbild. Zum einen ist das reale BIP in Deutschland im Frühjahr auch als Reflex auf den zuvor teilweise witterungsbedingten kräftigen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion leicht gesunken. Zum anderen hat die niederländische Wirtschaft nach dem Rückgang in der Vorperiode, der vor allem mit der geringen Gasförderung aufgrund der milden Temperaturen zusammenhing, wieder um ½% expandiert. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Frankreich stagnierte erneut. In Italien sank das reale BIP nochmals, und zwar um ¼% gegenüber dem ersten Jahresviertel, womit das Land nach gängiger Interpretation wieder in eine Rezession gerutscht ist. Weiter-

hin recht lebhaft verlief dagegen die Erholung in Spanien (+ ½%). Von den übrigen acht EWU-Mitgliedsländern, die bisher erste saisonbereinigte Ergebnisse zum BIP-Wachstum veröffentlicht haben, wiesen sieben Länder einen Anstieg aus, lediglich auf Zypern dauerte die Talfahrt an. In Griechenland, für das von amtlicher Seite bis auf Weiteres keine saisonbereinigten Daten veröffentlicht werden, zeigen Schätzungen anderer Institutionen eine leichte Erholung an. Im Vorjahresvergleich sank das reale BIP dort nur noch um ¼%, nach -1% im Winter 2014.

Die aktuellen Indikatoren deuten darauf hin, dass die verhaltene konjunkturelle Aufwärtsbewegung, die im Frühjahr unterbrochen worden war, nach der Jahresmitte wieder in Gang gekommen ist. Ob sie von Dauer ist, hängt allerdings auch davon ab, dass die neu beschlossenen Sanktionen der EU gegenüber Russland und die Gegenmaßnahmen von russischer Seite die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nicht weiter beeinträchtigen. Das Verarbeitende Gewerbe insgesamt verbuchte zwar im April/Mai Bestellzuwächse von ¾% gegenüber dem Vorquartal, die insbesondere den Herstellern von Investitionsgütern sowie Konsumgütern zugutekamen. Die Auftragseingänge ohne den sonstigen Fahrzeugbau, dessen Entwicklung durch Großaufträge geprägt wird, waren im gleichen Zeitraum saisonbereinigt jedoch nicht höher als im Durchschnitt des ersten Quartals. Einen recht guten Start in die zweite Jahreshälfte signalisieren die umfragebasierten Indikatoren. So ist der zusammengesetzte Einkaufsmanagerindex für den Euro-Raum im Juli wieder nach oben gegangen, was auf einen

Frühindikatoren deuten auf verhaltene konjunkturelle Erholung nach der Jahresmitte hin

³ Bei der Interpretation der Schnellschätzung von Eurostat für das zweite Quartal 2014 ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der Mitgliedsländer, darunter Frankreich und Deutschland (siehe dazu Erläuterungen auf S. 60 f.), die Berechnung des BIP bereits auf die neue Methodik des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) umgestellt hat, während die anderen Länder diesen Schritt bis Ende September vollziehen werden. Die BIP-Reihen für den Euro-Raum insgesamt basieren bis Ende 2013 noch ausschl. auf den ESGV '95-Angaben, die BIP-Zuwachsraten für das erste und zweite Quartal 2014 sind aber schon durch die neuen Zahlen aus den Ländern, die umgestellt haben, beeinflusst.

Gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum

2005 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quellen: Eurostat und INSEE. **1** Nach ESVG 2010, umbasiert auf 2005=100. **2** Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt.

Deutsche Bundesbank

unveränderten Stand des Index für das Verarbeitende Gewerbe und einen kräftigen Anstieg der Zahlen für den Dienstleistungssektor zurückzuführen ist. Das Industrievertrauen hat sich im Juli etwas gefestigt und den Abstand zum langfristigen Durchschnitt ausgeweitet.

Vom Produzierenden Gewerbe kamen im Frühjahr keine Wachstumsimpulse. Zum einen verringerte sich die Bauproduktion im April/Mai 2014 gegenüber dem ersten Quartal, dessen Ergebnis durch witterungsbedingte Einflüsse begünstigt worden war, saisonbereinigt um $\frac{3}{4}\%$. Zum anderen stagnierte die Industrieproduktion auf dem Niveau des Winterquartals, in dem sie moderat ($+\frac{1}{4}\%$) gestiegen war. Dabei meldeten die Energieerzeuger einen Zuwachs um $2\frac{1}{2}\%$ und die Hersteller von Verbrauchsgütern ein Plus von $1\frac{3}{4}\%$. Der Ausstoß der Erzeuger von Gebrauchs- und Investitionsgütern war hingegen um jeweils $\frac{3}{4}\%$ und der von Vorleistungen um 1% rückläufig. Das konjunkturelle Grundtempo in der Industrie könnte im Frühjahr dennoch etwas höher gewesen sein, da die Lage der Feiertage in einigen Mitgliedsländern, vor allem in Frankreich und Italien, den Erwerbstätigen überdurchschnittlich viele Möglichkeiten zur Nutzung verlängerter Wochenenden bot. Die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe ist jedenfalls von April bis Juli leicht gestiegen, sie signalisiert aber weiterhin eine moderate Unterauslastung.

Industrie und Bau im Frühjahr ohne Schwung

Blickt man auf die Nachfrageseite, so dürfte der Außenhandel im Frühjahr, wie eingangs berichtet, keinen Wachstumsbeitrag geliefert haben. Die nominalen Warenexporte – auf Basis der Zahlungsbilanzstatistik – waren im April/Mai unter anderem wegen der (schon seit Längerem) schrumpfenden Geschäfte mit Russland, das im vergangenen Jahr 4,7% der Extra-EWU-Ausfuhr aufgenommen hatte und damit sechswichtigster Abnehmer gewesen war, saisonbereinigt um $2\frac{3}{4}\%$ niedriger als im ersten Quartal; die Importwerte gingen in einer ähnlichen Größenordnung zurück. Bescheidene Wachs-

Breit angelegte Nachfrageschwäche

tumsimpulse dürften vom privaten Verbrauch gekommen sein. Die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeuge und Kraftstoffe) tendierten im zweiten Quartal saisonbereinigt zwar nur geringfügig nach oben, die Kfz-Neuzulassungen nahmen jedoch im Vergleich zu den Wintermonaten merklich (+1¾%) zu und übertrafen damit ihren Vorjahresstand um 4%. Im Hinblick auf die Bruttoanlageinvestitionen legen die Entwicklung der Bauproduktion und der Erzeugung von Ausrüstungsgütern einen Rückgang nahe.

*Anhaltende
leichte
Besserung am
Arbeitsmarkt*

Auf dem Arbeitsmarkt setzten sich im Frühjahr die leichten Besserungstendenzen fort. Die Zahl der Erwerbslosen war im Juni immerhin um rund 435 000 niedriger als am Jahresanfang und um 932 000 geringer als vor Jahresfrist. Die standardisierte Arbeitslosenquote im Euro-Raum belief sich zuletzt auf 11,5%, verglichen mit 12,0% vor einem Jahr. Dabei war in den meisten Mitgliedsländern ein nennenswerter Rückgang zu beobachten, nur in Frankreich, Italien und Slowenien verharrte die Quote auf hohem Niveau. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Euro-Raum ebenfalls gesunken, und zwar seit Mitte 2013 um 240 000 auf rund 3,3 Millionen Personen; die entsprechende Quote hat sich in dieser Zeit um 0,7 Prozentpunkte auf 23,2% vermindert. Zu dem allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit in der EWU passt, dass die Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2013 die Talsohle durchschritten hat. Die Zahl der Erwerbstätigen tendierte in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres – aktuellere Angaben liegen nicht vor – saisonbereinigt erneut leicht nach oben und übertraf den Vorjahresstand um 0,2%.

Der Anstieg der Verbraucherpreise ist im Euro-Gebiet im zweiten Vierteljahr 2014 gemessen am HVPI weitgehend zum Erliegen gekommen. Erst um die Jahresmitte zogen die Preise saisonbereinigt wieder leicht an. Die Seitwärtsbewegung des HVPI im zweiten Quartal ergab sich aus gegenläufigen Bewegungen der Teilkomponenten. Bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln kam es von einem recht hohen Niveau aus zu deutlichen Preiskorrekturen nach unten. Auch die Preise für Energie gaben etwas nach: Zwar zog der Rohölpreis insbesondere gegen Ende des Quartals zeitweise an, aber die hierdurch ausgelöste Verteuerung von Kraftstoffen wurde durch niedrigere Tarife für Gas und Strom mehr als ausgeglichen. Zudem sanken die Einzelhandelspreise von gewerblichen Waren etwas, wozu die in den vergangenen Monaten rückläufigen Preise auf der Einfuhrstufe beigetragen haben dürften. Hingegen setzte sich bei Dienstleistungen, die ein Gewicht von rund 40% im HVPI haben, der bereits im ersten Quartal zu beobachtende merkliche Anstieg der Preise fort.

Verbraucherpreise im Euro-Raum mit Seitwärtsbewegung im zweiten Vierteljahr

Aufgrund der insgesamt schwachen Preistendenz in den letzten drei Quartalen hat sich der Vorjahresabstand des HVPI im zweiten Vierteljahr weiter auf 0,6% und im Juli sogar auf 0,4% ermäßigt. Im Vorperiodenvergleich zogen die Verbraucherpreise in den beiden Monaten um die Jahresmitte saisonbereinigt allerdings wieder leicht an, und zwar vor allem wegen steigender Dienstleistungspreise und einer Stabilisierung der Preise von Industriewaren. Hierbei spielt eine Rolle, dass die Preisrückgänge auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen auch aufgrund der Abwertung des Euro allmählich auszulaufen scheinen.

Inflationsrate vorerst weiter auf niedrigem Niveau

Geldpolitik und Bankgeschäft

Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

EZB-Rat senkt Leitzinsen auf neuen historischen Tiefstand

Vor dem Hintergrund fortgesetzt schwacher Inflationsperspektiven hat der EZB-Rat am 5. Juni 2014 ein Bündel geldpolitischer Maßnahmen beschlossen, die dazu beitragen sollen, dass die Teuerungsrate mittelfristig auf ein Niveau zurückkehrt, das näher bei 2% liegt. Im Rahmen dieser Beschlüsse senkte der Rat den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie den Zinssatz für die Einlagefazilität um jeweils 10 Basispunkte. Der Hauptrefinanzierungssatz beträgt nunmehr lediglich noch 0,15%, der Einlagesatz – 0,10%. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde gleichzeitig um 35 Basispunkte auf 0,40% abgesenkt. Damit ist der von Spitzenrefinanzierungs- und Einlagesatz gebildete Zinskorridor wieder symmetrisch und weist eine Breite von

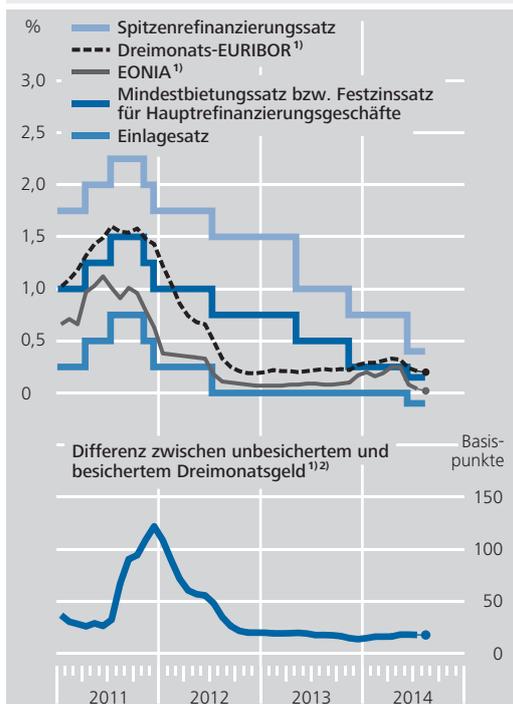
± 25 Basispunkten um den Hauptrefinanzierungssatz auf.¹⁾

Die Zinsentscheidung des EZB-Rats beruhte auf der Einschätzung, dass die im Mai 2014 erneut niedriger als erwartet ausgefallene jährliche HVPI-Teuerungsrate auch in den folgenden Monaten niedrig bleibt und sich bis Ende 2016 nur allmählich erhöhen wird. Darauf deuten auch die weiterhin verhaltene Grunddynamik des Geldmengenwachstums und die schwache Entwicklung der Buchkreditvergabe hin. Gleichzeitig bestätigte der EZB-Rat erneut, dass er die EZB-Leitzinsen für einen längeren Zeitraum auf diesem niedrigen Niveau belassen wird. Im Juli und August behielt der EZB-Rat dementsprechend die im Juni beschlossenen Leitzinssätze bei.

Mit der Leitzinssenkung vom 5. Juni wurde der Zinssatz der Einlagefazilität mit – 0,10% erstmals negativ. Dieser Zinssatz gilt auch für über das Mindestreservesoll hinausgehende Reserveguthaben der Banken und bestimmte andere Einlagen beim Eurosystem. Durch den Verzicht auf eine nochmalige Verringerung des Zinsabstandes zwischen Hauptrefinanzierungs- und Einlagesatz sollen die noch bestehenden, durch die schrittweise Verengung des Zinskorridors in den vergangenen Jahren bereits deutlich reduzierten Anreize für die Geldmarktaktivität aufrechterhalten werden.²⁾

Einlagesatz erstmalig negativ

Geldmarktzinsen im Euro-Raum



Quelle: EZB. 1 Monatsdurchschnitte. 2 Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EUREPO. • Durchschnitt 1. bis 13. August 2014.

Deutsche Bundesbank

Gleichzeitig mit der Zinssenkung beschloss der EZB-Rat im Juni eine Reihe von unkonventionellen Maßnahmen. Um einen hohen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten

EZB-Rat beschließt weitere unkonventionelle Maßnahmen

1 Traditionell betrug die Breite des Zinskorridors im Euro-Währungsgebiet meist ± 100 Basispunkte um den Hauptrefinanzierungssatz.

2 Die Breite des Zinskorridors bestimmt die Anreize für den horizontalen Liquiditätsausgleich zwischen den Banken über den Interbanken-Geldmarkt, siehe auch: Deutsche Bundesbank, Implikationen der Geldmarktsteuerung des Eurosystems während der Finanzkrise, Monatsbericht, April 2014, S. 44 f.

Geldmarktrisikoprämien als Indikatoren für die Verfassung des Interbankenmarkts

Während der Finanzkrise erlangten Geldmarktrisikoprämien – errechnet als Differenz zwischen den Zinssätzen risikobehafteter, unbesicherter Geldmarktgeschäfte im Interbankenhandel („unbesicherte Geldmarktsätze“) und weitgehend risikofreien Zinssätzen – eine vielbeachtete Rolle als Indikatoren für die zeitweise ausgeprägten Verspannungen am Interbanken-Geldmarkt. Die verschiedenen Einflussfaktoren dieser Risikoprämien und ihre Dynamik im Verlauf der verschiedenen Krisen werden nachfolgend näher beleuchtet.

Ermittlung und Determinanten von Geldmarktrisikoprämien

Zur Berechnung von Geldmarktrisikoprämien im Euro-Währungsgebiet wird als unbesicherter Geldmarktsatz zumeist der auf Umfragen bei einem Panel von Banken basierende EURIBOR („Euro Interbank Offered Rate“) mit einer Laufzeit von drei Monaten verwendet. Unbesicherte Geldmarktsätze wie der EURIBOR beinhalten eine Kreditrisikokomponente: Wenn das kreditnehmende Institut den Geldmarktkredit am Ende der vereinbarten Laufzeit nicht zurückzahlen kann, erleidet die Gläubigerbank zunächst einen Verlust – und muss darauf hoffen, zumindest einen Teil der Kreditsumme und Zinsen im Rahmen eines langwierigen Insolvenzverfahrens zurückzuerhalten. Um die Einschätzungen der Panelbanken bezüglich des mit einem unbesicherten Geldmarktgeschäft verbundenen Kreditrisikos zu konkretisieren, definiert das für die Ermittlung des EURIBOR verantwortliche European Money Markets Institute (EMMI, zuvor: Euribor-EBF), dass die im Rahmen der täglich durchgeführten Umfrage abgegebenen Einschätzungen über den Zinssatz von Interbankeinlagen sich auf Geschäfte zwischen Kreditinstituten mit hoher Kreditwürdigkeit für kurzfristige Verbindlichkeiten beziehen sollen.¹⁾ Es handelt sich somit bei EURIBOR nicht um einen gewichteten Durchschnittssatz tatsächlich durchgeführter Transaktionen, sondern um durchschnittliche Einschätzungen über die Zinssätze typisierter Transaktionen, die von den an der Umfrage teilnehmenden Instituten nicht abgeschlossen worden sein müssen.

Die Geldmarktrisikoprämie wird meist als einfache Differenz zwischen dem Dreimonats-EURIBOR und einem weitgehend risikofreien, als

sicher betrachteten Zinssatz²⁾ gleicher Laufzeit berechnet. Dafür werden einerseits die Zinssätze besicherter Geldmarktgeschäfte („besicherte Geldmarktsätze“ oder auch „Reposätze“) verwendet. Gebräuchlich ist hier insbesondere der wie EURIBOR ebenfalls umfragebasierte und von EMMI ermittelte EUREPO-Satz. Die so berechnete Risikoprämie wird häufig als „Depo-Repo-Spread“ bezeichnet. Grundsätzlich können auch andere verfügbare Reposätze wie zum Beispiel der seit Oktober 2013 verfügbare Eurex-Repo-GC-Pooling-Satz zur Berechnung von Risikoprämien herangezogen werden. Andererseits kann der risikofreie Zins im Euro-Währungsgebiet durch den EONIA-Swapsatz³⁾ approximiert werden. Da der EONIA-Swap seiner Natur nach auch als Overnight-Index-Swap (OIS) angesehen werden kann, bezeichnet man die so berechnete Risikoprämie häufig vereinfachend als „EURIBOR-OIS-Spread“.

Bei besicherten Geldmarktkrediten kann der Gläubiger bei Ausfall des Schuldners die gestellten Sicherheiten verwerten. Der Gläubiger muss nur dann auf die Insolvenzmasse des Schuldners zurückgreifen, wenn der Erlös aus der Verwertung der Sicherheiten Zins und Tilgung nicht abdeckt. Das Kreditrisiko ist somit bei adäquater Besicherung größtenteils ausgeschaltet. Daher notieren unbesicherte Geldmarktsätze wie EURIBOR in aller Regel oberhalb ihrer besicherten Pendants.

Neben dem Kreditrisiko spiegelt die Geldmarktrisikoprämie auch ein Liquiditätsrisiko wider. Ein Liquiditätsrisiko besteht für das kreditgewährende Institut insofern, als es sich bei unerwarteten Mittelabflüssen selbst Liquidität am Interbanken-Geldmarkt beschaffen muss, diese dann aber möglicherweise nicht oder nur zu ungünstigen Konditionen erhalten kann. Aus diesem Grund ist

1 Siehe: <http://www.emmi-benchmarks.eu>.

2 Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Zinssätze am Repomarkt: Approximation für den kurzfristigen risikofreien Zins, Monatsbericht, Februar 2014, S. 35 f.

3 EONIA-Swapsätze sind Absicherungsgeschäfte, bei denen für die Laufzeit des Kontrakts ein fixer Zinssatz (der Swapsatz) gegen den unbesicherten Interbanken-Tagesgeldsatz EONIA „getauscht“ wird. Dabei fließt kein Kreditbetrag – somit besteht auch nahezu kein Kreditrisiko. Der in dem als Referenzzins für den Swap genutzte EONIA-Satz enthält zwar prinzipiell eine Kreditrisikokomponente, diese wird aber meist als vernachlässigbar gering angesehen.

Geldmarktrisikoprämien im Euro-Währungsgebiet

%-Punkte, Wochendurchschnitte



Quellen: European Money Markets Institute (EMMI), Bloomberg, Eurex Repo; eigene Berechnungen. **1** Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EUREPO. **2** Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EONIA Swap Index (bis 30. Juni 2014, ab 1. Juli 2014: EONIA Swapsatz). **3** Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-Reposatz.

Deutsche Bundesbank

es für Banken sinnvoll, einen Zinsaufschlag für gewährte Kredite zu verlangen, wenn ihre eigenen Liquiditätsrisiken zunehmen. Auch die Liquiditätsrisikokomponente ist bei besicherten Geldmarktgeschäften geringer als bei unbesicherten Geschäften, da der Kreditgeber die erhaltenen Sicherheiten bei Bedarf seinerseits nutzen kann, um sich im Rahmen besicherter Transaktionen Liquidität zu beschaffen. Eine Aufteilung der ermittelten Geldmarktrisikoprämien in die beiden Determinanten Kreditrisiko und Liquiditätsrisiko ist in der Praxis kaum möglich.

Entwicklung der Geldmarktrisikoprämien

Vor dem Beginn der Liquiditätskrise betragen die Geldmarktrisikoprämien zumeist nur wenige Basispunkte. Die vorhandenen Kredit- und Liquiditätsrisiken am Interbanken-Geldmarkt wurden in dieser Phase von den Marktteilnehmern als gering eingestuft. Mit dem Beginn der Liquiditätskrise im August 2007 stiegen die Geldmarktrisikoprämien, die zuvor stets nur wenige Basispunkte betragen hatten, sprunghaft an, bevor sie mit der Zuspitzung der Finanzkrise im Herbst 2008 neue Rekordstände erreichten. Nachdem die verschiedenen Krisenmaßnahmen der Notenbanken und Regierungen im Jahresverlauf 2009 für Entspannung gesorgt hatten, zeichneten sich mit der im Jahr 2010 einsetzenden Staatsschuldenkrise abermals Verspannungen an den Geldmärkten ab. Diese mündeten im Rahmen der Verschärfung der Staatsschuldenkrise zum Jahresende 2011 in einen neuerlichen, sehr starken Anstieg der Risikoprämien, die jedoch unter den Ende 2008 verzeichneten Höchstständen blieben.

Die zwischenzeitlichen EZB-Ratsbeschlüsse über weitere geldpolitische Maßnahmen, die Restrukturierung und Rekapitalisierung von Banken insbesondere in der Peripherie des Euro-Währungsgebiets, die Vereinbarungen der europäischen Regierungen sowie die ersten Schritte zur Haushaltskonsolidierung in einigen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion dürften wesentliche Beiträge zum anschließenden Rückgang der Geldmarktrisikoprämien bis in die jüngste Zeit geleistet haben.

Auch wenn eine Rückkehr zu den bis zum Sommer 2007 beobachteten Niveaus zurzeit nicht absehbar ist, fallen die Geldmarktrisikoprämien im Vergleich zu den vorangegangenen Krisenjahren zuletzt recht niedrig aus. Die Risiken werden von den Marktteilnehmern nach wie vor differenziert wahrgenommen, insgesamt aber als deutlich niedriger eingeschätzt – insbesondere, wenn es sich bei den potenziellen Kreditnehmern von unbesichertem Dreimonatsgeld um Institute mit hoher Kreditwürdigkeit im Sinne der EMMI-Definition handelt. Unbesicherte Transaktionen mit einer Laufzeit von drei Monaten oder länger sind allerdings noch nicht wieder im gleichen Maß üblich wie vor der Liquiditätskrise. Soweit solche Transaktionen zu niedrigen, dem EURIBOR vergleichbaren Sätzen abgeschlossen werden, kann dies als Beleg für das Vertrauen des Kreditgebers in eine hohe Solidität des Kreditnehmers gewertet werden.

und mögliche Schwankungen an den Geldmärkten zu begrenzen, verlängerte der EZB-Rat die Vollzuteilung bei den geldpolitischen Refinanzierungsgeschäften bis mindestens Ende 2016. Dem letztgenannten Ziel dient auch, dass die liquiditätsabsorbierenden Geschäfte im Zusammenhang mit dem Programm für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme: SMP) ausgesetzt werden. Das Aussetzen dieser Absorptionsgeschäfte trägt zur Verringerung von Schwankungen der Liquiditätslage und damit auch der kurzfristigen Geldmarktsätze bei.³⁾

Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte zur Stärkung der Kreditvergabe an den Privatsektor

Angesichts der anhaltend schwachen Buchkreditvergabe an den Privatsektor hat der EZB-Rat zudem beschlossen, insgesamt acht gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (GLRG) durchzuführen. Nachdem die Finanzierungsmittel, die die Banken Ende 2011 und Anfang 2012 in den beiden Refinanzierungsgeschäften mit dreijähriger Laufzeit aufgenommen hatten, zu großen Teilen für den Erwerb von Staatsanleihen genutzt wurden,⁴⁾ sind die neuen Geschäfte teilweise an die vergangene und künftige Kreditvergabe der Banken an den Privatsektor gekoppelt.

So sind die teilnehmenden Banken in den ersten beiden Auktionen im September und Dezember 2014 berechtigt, insgesamt Notenbankkredite in Höhe von bis zu 7% ihres zum Stichtag 30. April 2014 ausstehenden Kreditvolumens an den nichtfinanziellen Privatsektor (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) aufzunehmen. Zwischen März 2015 und Juni 2016 folgen in vierteljährlichem Abstand sechs weitere Geschäfte, bei denen sich die Geschäftspartner Mittel in bis zu dreifacher Höhe ihrer über eine Referenzgröße hinausgehenden anrechenbaren Netto-Kreditvergabe leihen können. Die Referenzgröße wird dabei unterschiedlich festgesetzt, je nachdem ob eine Bank in den 12 Monaten vor dem 30. April 2014 eine positive oder negative Netto-Kreditentwicklung aufwies.⁵⁾ Aufgrund dieser Ausgestaltung kann das von den Banken im Rahmen der GLRG in Anspruch genommene Refinanzierungsvolumen ihre positive Netto-Kreditvergabe übersteigen.

Alle GLRG laufen zum September 2018 aus, und der Zinssatz liegt bei jedem Geschäft 10 Basispunkte über dem zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme geltenden Hauptrefinanzierungssatz.

Um den Anreiz zur Ausdehnung der Kreditvergabe zu stärken, werden die Banken verpflichtet, alle aufgenommenen Mittel im September 2016 zurückzuzahlen, wenn die kumulierte anrechenbare Netto-Kreditvergabe im Zeitraum 1. Mai 2014 bis 30. April 2016 unter ihrer jeweiligen bankindividuellen Referenzgröße liegt. Im Ergebnis setzt dieser Mechanismus gewisse Anreize für die Banken, eine negative Netto-Kreditvergabe zu vermeiden oder gemessen an ihrer bankindividuellen Referenzgröße zusätzliche Kredite zu vergeben. Dies kann jedoch grundsätzlich nicht verhindern, dass die Institute einen Teil der erhaltenen Zentralbankkredite zur Ablösung auslaufender Marktfinanzierung oder zum Erwerb verzinslicher Wertpapiere (darunter inländische Staatsanleihen) einsetzen, obwohl die Anreize hierzu aufgrund der gesunkenen Verzinsung der entsprechenden Wertpapiere geringer sind als zuvor. Die Wirkungen der GLRG müssen daher sorgfältig beobachtet werden, um im Falle von Fehlentwicklungen rechtzeitig gegensteuern zu können und das vom EZB-Rat bekundete Ziel der Stärkung der Kreditvergabe zu erreichen.

Außerdem kündigte der EZB-Rat an, präventiv die Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf potenzielle Käufe von Asset-Backed Securities (ABS) zu intensivieren. Unter dieser Initiative wird das Eurosystem den Ankauf einfacher und transparenter ABS erwägen, die mit Forderungen an den nichtfinanziellen Privatsektor im Euro-Raum unterlegt sind. Dabei muss das Eurosystem darauf achten, dass nicht im Rah-

Erzwungene Rückzahlungen zur Stärkung der Anreize für die Kreditvergabe

Intensivierung der Vorbereitungsarbeiten für potenzielle ABS-Käufe

³ Siehe: Deutsche Bundesbank, Geldpolitik und Bankgeschäft, Monatsbericht, Februar 2014, S. 34.

⁴ Siehe: Deutsche Bundesbank, Umfangreiche Staatsanleihenkäufe durch Eurosystem und Geschäftsbanken, Monatsbericht, Mai 2012, S. 32; sowie Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der Bestände heimischer Staatsanleihen der Banken im Euro-Raum, Monatsbericht, November 2013, S. 33 f.

⁵ Weitere Details sind in der EZB-Pressemitteilung vom 3. Juli 2014 enthalten.

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

In den drei Reserveperioden vom 9. April bis 8. Juli 2014 nahm der Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren im Euro-Raum spürbar zu. Gegenüber dem Durchschnitt der Periode März/April 2014 von 468,2 Mrd € erhöhte er sich um 47,3 Mrd € auf durchschnittlich 515,6 Mrd € in der Periode Juni/Juli 2014. Die Volatilität der autonomen Faktoren war dabei erneut sehr groß; sie bewegten sich zwischen 462 Mrd € und 553 Mrd €. Ursachen für den Anstieg waren die höheren Einlagen öffentlicher Haushalte (per saldo + 36,2 Mrd €) und der gestiegene Banknotenumlauf (per saldo + 19,7 Mrd €) im Euro-Raum. Die übrigen autonomen Faktoren (inklusive Netto-Währungsreserven) hatten demgegenüber in der Summe einen liquiditätszuführenden Effekt (per saldo – 8,6 Mrd €). Leicht liquiditätsabsorbierend entwickelte sich das Mindestreservesoll, das über die drei Reserveperioden um 0,8 Mrd €

auf 104,4 Mrd € in der Periode Juni/Juli zunahm (siehe unten stehende Tabelle).

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats vom 5. Juni 2014 (siehe S. 30 ff.) beeinflussten das Nachfrageverhalten der Kreditinstitute bei den Tenderoperationen merklich. In der Reserveperiode Juni/Juli, in der die Leitzinssenkung und die Aussetzung des SMP-Absorptionstenders (Securities Markets Programme) erstmalig wirksam wurden, zeigte sich ein verändertes Bietungsverhalten. Durch Fälligkeit der letzten SMP-Absorptionsoperation flossen dem Bankensystem am 18. Juni brutto rund 109 Mrd € zu, was die Banken dazu veranlasst hatte, ihre Haupttendernachfrage und auch die Gebote im letztmals durchgeführten Periodentender merklich zu reduzieren. Die Netto-Liquiditätszufuhr fiel dadurch deutlich niedriger aus, was durch den gleichzeitigen

Liquiditätsbestimmende Faktoren ¹⁾

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2014		
	9. April bis 13. Mai	14. Mai bis 10. Juni	11. Juni bis 8. Juli
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (–) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren			
1. Banknotenumlauf (Zunahme: –)	– 9,5	– 3,1	– 7,1
2. Einlagen öffentl. Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: –)	– 13,9	– 23,9	+ 1,6
3. Netto-Währungsreserven ²⁾	+ 17,5	+ 0,4	+ 3,2
4. Sonstige Faktoren ²⁾	– 22,9	– 1,6	+ 12,0
Insgesamt	– 28,8	– 28,2	+ 9,7
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems			
1. Offenmarktgeschäfte			
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	+ 22,7	+ 20,0	– 36,4
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	– 15,0	– 11,8	– 47,7
c) Sonstige Geschäfte	+ 18,2	+ 19,7	+ 91,9
2. Ständige Fazilitäten			
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	– 0,5	– 0,1	+ 0,0
b) Einlagefazilität (Zunahme: –)	– 0,5	+ 1,4	+ 4,4
Insgesamt	+ 24,9	+ 29,2	+ 12,2
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	– 4,0	+ 1,1	+ 22,0
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: –)	+ 0,1	– 0,4	– 0,5

¹ Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts.

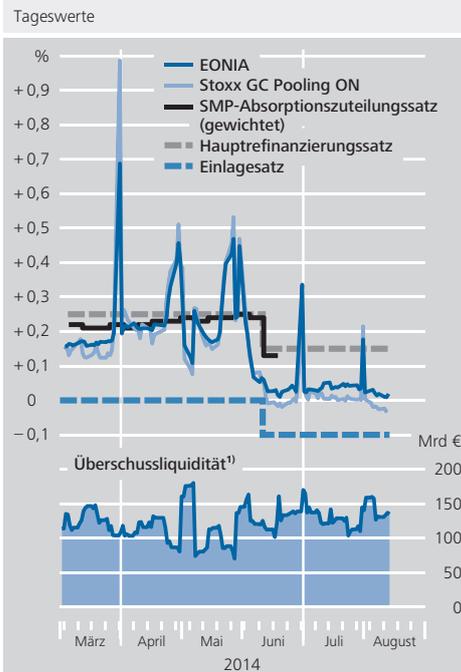
² Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Deutsche Bundesbank

Anstieg des Liquiditätsbedarfs aus autonomen Faktoren noch verstärkt wurde. Insgesamt sank im Betrachtungszeitraum das ausstehende Tendervolumen (ohne absorbierende Feinsteuerungsoperationen) von durchschnittlich 640 Mrd € in der Periode März/April auf 572 Mrd € in der Periode Juni/Juli, was vor allem auf die vorzeitigen Rückzahlungen bei den Dreijahrestendern in Höhe von 81,7 Mrd € zurückzuführen war. Wie meistens auch in den Vorperioden zeigte sich in dem jeweiligen Hauptrefinanzierungsgeschäft direkt vor einem Monatsultimo eine erhöhte Nachfrage (bis auf 174 Mrd € Ende Mai), um möglichen Liquiditätsengpässen am Euro-Geldmarkt, verbunden mit hohen Refinanzierungskosten, vorzubeugen. Die Bereitschaft zu Ausleihungen an andere Banken über die Ultimos scheint wegen des höheren Stellenwerts der Bilanzpolitik tendenziell noch weiter abgenommen zu haben.

Die bilanziellen Wertpapierbestände bei den Ankaufprogrammen gingen im Betrachtungszeitraum durch Fälligkeiten und unter Berücksichtigung von Neubewertungen zum Quartalsende weiter zurück. So sanken die Bestände bei den beiden Ankaufprogrammen für gedeckte Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme: CBPP1 und CBPP2) um 3,0 Mrd € auf 34,7 Mrd € beziehungsweise um 0,4 Mrd € auf 14,1 Mrd €. Der bilanzielle Bestand der Wertpapiere, die im Rahmen des SMP gekauft worden waren, reduzierte sich um 16,2 Mrd € auf 156,3 Mrd €. Bei den bis zu ihrer Aussetzung am 18. Juni 2014 wöchentlich durchgeführten SMP-Absorptionstendern, die den Liquiditätseffekt aus diesem Ankaufprogramm neutralisieren sollten, hatte es seit Mitte April durchgängig Unterbietungen gegeben. Neben den unterschiedlich starken Haupttendernachfragen hatten die Kreditinstitute im Eurosystem auch das Ausmaß ihrer Teilnahme an diesen Fein-

Notenbankzinsen, Geldmarktsätze und Überschussliquidität



Quellen: EZB, Eurex Repo und eigene Berechnungen. 1 Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll plus Einlagefazilität. Deutsche Bundesbank

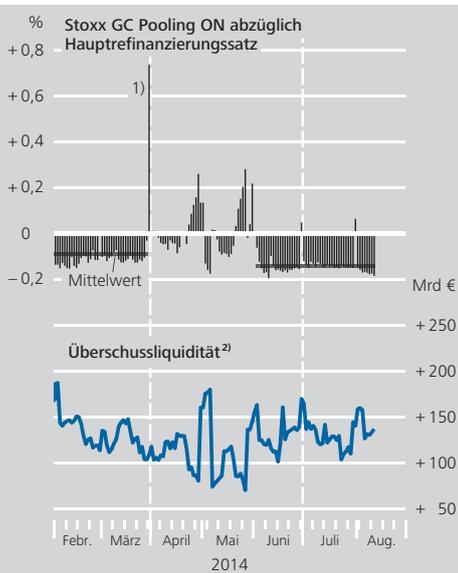
steuerungsoperationen dazu genutzt, um auf die (erwarteten) Liquiditätsverhältnisse zu reagieren und ihren Liquiditätsbedarf zu steuern.

Dieses Verhalten spiegelte sich in der Höhe der Überschussliquidität wider. In den drei betrachteten Reserveperioden zeigte sie sich sehr volatil in einer Bandbreite von 70 Mrd € (Ende Mai) bis 180 Mrd € (Anfang Mai), obwohl ihre jeweiligen Periodendurchschnitte von 117,4 Mrd €, 116,6 Mrd € und 133,7 Mrd € relativ konstant blieben. Zusätzlich zum Bietungsverhalten in den Tendern hatten auch größere Schwankungen der autonomen Faktoren Auswirkungen auf das jeweilige Niveau der Überschussliquidität, hier spielte insbesondere die Volatilität der Einlagen öffentlicher Haushalte eine große Rolle.

Die Abhängigkeit der Tagesgeldsätze von der Höhe der Überschussliquidität variierte

Zinsabstand von Stoxx GC Pooling ON zum Hauptrefinanzierungssatz und Überschussliquidität

Tageswerte



Quellen: EZB, Eurex Repo und eigene Berechnungen. **1** Am 31. März 2014 hoher Zinsabstand wegen Quartalsultimo und recht niedriger Überschussliquidität. **2** Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll plus Einlagefazilität.
 Deutsche Bundesbank

im Betrachtungszeitraum. Zwar führten ein spürbarer Rückgang der Überschussliquidität oder ein Absinken unter ein Niveau von 100 Mrd € des Öfteren zu einem Anstieg dieser Sätze, allerdings war dieser Zusammenhang gerade zum Ende einer Reserveperiode weniger stark. An den Monatsultimos stand Tagesgeld meist deutlich über dem Hauptrefinanzierungssatz und stieg dabei gegenüber dem Vortag um bis zu 31 Basispunkte (EONIA) beziehungsweise 20 Basispunkte (GC Pooling Overnight, ECB Basket) an, obwohl die Kreditinstitute im Vorfeld durch ihr entsprechendes Bietungsverhalten in den Tendern jeweils für recht deutlich höhere Überschussliquidität gesorgt hatten (siehe Schaubild auf S. 35). Bereits im Vorfeld der Zinssenkung deutete sich eine leichte Belebung am Geldmarkt an, zum Beispiel durch mehr längerfristige Repotransaktionen, auch um negative Zinssätze zu vermeiden. Dass der Abstand vom Leitzins zum besicherten Geldmarktzins seit

dem 11. Juni bei gleich gebliebener Korridorbreite größer geworden ist (siehe nebenstehendes Schaubild), dürfte auch eine Folge der Aussetzung des SMP-Absorptionstenders gewesen sein. Dessen durchschnittliche Zuteilungssätze (in den letzten Monaten meist nahe am Hauptrefinanzierungssatz) hatten zu einem höheren Zinsniveau beim Tagesgeld beigetragen.

In der sich an den Betrachtungszeitraum anschließenden Reserveperiode Juli/August 2014 zeigten sich die Tagesgeldsätze – mit Ausnahme des Monatsultimos – recht stabil. Während EONIA meist wenige Basispunkte über 0,00% lag, bewegte sich besichertes Tagesgeld (GC Pooling, ECB Basket) zunächst knapp über der Null-Prozent-Marke, sank aber gegen Ende der Reserveperiode leicht in den negativen Bereich. Die auch in dieser Periode zum Teil deutlich schwankende Überschussliquidität (sie bewegte sich zwischen 104 Mrd € und 160 Mrd €) beeinflusste die Tagesgeldsätze somit kaum. Auffallend war zudem, dass die tägliche Nutzung der Einlagefazilität trotz dieser Liquiditätsschwankungen fast nie unter den Wert von 20 Mrd € fiel. Dieses Anlageverhalten der Kreditinstitute war in ähnlicher Weise auch in den drei Vorperioden zu beobachten. Insgesamt reduzierte sich das ausstehende Tendervolumen weiter auf durchschnittlich 521 Mrd € (– 50 Mrd € zur Vorperiode), wozu rein rechnerisch unter anderem neben den vorzeitigen Rückzahlungen bei den Dreijahrestendern in Höhe von insgesamt 35,4 Mrd € und einer etwas geringeren Haupttendernachfrage auch die Einstellung des Reserveperiodentenders beigetragen hat.

men derartiger Wertpapierkäufe Gewinne aus Kreditgeschäften bei den Banken verbleiben, während Risiken und zu erwartende Verluste auf die Notenbanken verlagert und damit letztlich von der Allgemeinheit getragen werden.

In Anbetracht des Umstandes, dass die mittelfristigen Inflationsaussichten derzeit die vom Eurosystem angestrebte Preissteigerungsrate erkennbar unterschreiten, ist das beschlossene Maßnahmenpaket insgesamt vertretbar. Gleichwohl geht mit der expansiven Geldpolitik auch die Gefahr einher, dass es zu Übertreibungen auf den Finanz- oder Immobilienmärkten kommt und dass der Handlungsdruck auf fiskalpolitische Akteure abnimmt. Dadurch könnten die Konsolidierungs- und Reformanstrengungen der Mitgliedstaaten der Währungsunion nachlassen.

Im Juli hat der EZB-Rat beschlossen, dass seine geldpolitischen Sitzungen ab Januar 2015 in einem neuen Sechs-Wochen-Zyklus stattfinden werden. Die Mindestreserve-Erfüllungsperioden werden diesem Rhythmus angepasst und ebenfalls auf sechs Wochen verlängert. Zudem plant die EZB ab der Umstellung auf den neuen Sitzungsrhythmus eine Veröffentlichung von Zusammenfassungen der geldpolitischen Erörterungen. Nicht die Geldpolitik betreffende Sitzungen werden weiterhin mindestens einmal im Monat abgehalten.

EZB-Rat beschließt Veränderung des geldpolitischen Sitzungsrhythmus

Das gesamte ausstehende Refinanzierungsvolumen nahm seit Beginn des zweiten Quartals per saldo um gut 130 Mrd € auf zuletzt lediglich noch etwas über 500 Mrd € ab. Der Rückgang des Refinanzierungsvolumens reflektiert unter anderem das bereits oben erwähnte Aussetzen der Absorptionsgeschäfte. Im Ergebnis ermöglichte diese Entscheidung es, den Banken ihre Liquiditätsnachfrage beim Eurosystem zurückzuführen, ohne dass es dadurch zu einem starken Rückgang der Überschussliquidität und einem Anstieg der Geldmarktsätze kam. Die abnehmende Nachfrage nach Zentralbankkrediten schlug sich unter anderem in fortgesetzten Rückzahlungen bei den Dreijahrestendern in Höhe von 120 Mrd € nieder. Einige Monate vor

Refinanzierungsvolumen zunächst weiter mit abnehmendem Trend

dem Auslaufen der beiden dreijährigen Refinanzierungsgeschäfte haben die Institute somit bereits beinahe zwei Drittel des ursprünglich abgerufenen Volumens von etwas mehr als 1 Billion € vorzeitig an das Eurosystem zurückgezahlt.

Die durch die zeitweise relativ volatile Liquiditätslage bedingten Schwankungen der kurzfristigen Geldmarktsätze, die bereits in den Vormonaten zu beobachten waren, setzten sich im Mai zunächst noch fort, nahmen aber im Juni nach den Entscheidungen des EZB-Rats deutlich ab. Insbesondere dürften die Beibehaltung des Zinsabstandes zwischen Hauptrefinanzierungsgeschäften und Einlagefazilität und die Aussetzung der SMP-Absorptionsoperationen maßgeblich dazu beigetragen haben, dass sich die Leitzinssenkung von 10 Basispunkten teilweise sogar leicht überproportional in den kurzfristigen Geldmarktsätzen niederschlug. Während der unbesicherte Interbanken-Tagesgeldsatz EONIA angesichts des erstmals negativen Einlagezinssatzes seit Mitte Juni in der Regel nur noch knapp im positiven Bereich notiert, sind bei besicherten Tagesgeldgeschäften zwischen Banken in Abhängigkeit von der jeweiligen Liquiditätsausstattung zeitweise leicht negative Zinssätze zu beobachten. Insgesamt sind die kurzfristigen Geldmarktsätze seit der Verabschiedung der Maßnahmen wieder deutlicher unter den Hauptrefinanzierungssatz abgesunken.

Kurzfristige Geldmarktsätze mit deutlicher Reaktion auf Entscheidungen des EZB-Rats

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Die leichte gesamtwirtschaftliche Erholung im Euro-Raum, die Mitte vergangenen Jahres eingesetzt hatte, scheint sich allmählich auf die Kreditentwicklung auszuwirken, wenngleich die Heterogenität im Euro-Raum hoch bleibt. Dafür spricht, dass die Buchkreditvergabe an den Privatsektor im Euro-Raum im Frühjahrsquartal zum ersten Mal seit zwei Jahren per saldo wieder leicht positiv war, wobei im Vergleich mit den Vorquartalen insbesondere die – wei-

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors der EWU *)

Veränderung in Mrd €, saisonbereinigt

Aktiva	2014, 2. Vj.	2014, 1. Vj.	Passiva	2014, 2. Vj.	2014, 1. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	- 34,9	- 28,2	Einlagen von Zentralstaaten	16,1	1,1
Buchkredite	- 41,4	- 10,0	Geldmenge M3	72,9	43,3
Buchkredite, bereinigt 1)	10,5	- 7,3	davon Komponenten:		
Wertpapierkredite	6,5	- 18,2	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	54,9	89,3
Kredite an öffentliche Haushalte im Euro-Währungsgebiet	- 34,4	17,2	Übrige kurzfristige Bankeinlagen (M2-M1)	15,7	- 23,9
Buchkredite	- 13,1	20,4	Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	2,3	- 22,1
Wertpapierkredite	- 21,4	- 3,2	Geldkapital	- 68,9	9,2
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	90,6	79,6	davon:		
andere Gegenposten von M3	- 53,1	- 17,8	Kapital und Rücklagen	7,1	54,7
			Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	- 76,0	- 45,5

* Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. 1 Bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen.

Deutsche Bundesbank

terhin negative – Buchkreditvergabe an nicht-finanzielle Unternehmen an Aufwärtsdynamik gewann. Auch die Wertpapierkredite an den Privatsektor legten nach zum Teil starken Abflüssen in den Vorquartalen wieder etwas zu. Vor diesem Hintergrund setzte sich der bereits im Vorquartal beobachtete leichte Aufwärtstrend des Geldmengen- und Buchkreditwachstums im Berichtsquartal weiter fort. Von einer breit angelegten Erholung der Ausleihungen kann jedoch noch keine Rede sein.

M3-Wachstum weiterhin von Sichteinlagen getrieben

Gestützt durch anhaltende Mittelzuflüsse aus dem Ausland und die Aufwärtstendenz bei der Buchkreditvergabe an den Privatsektor, erhöhte sich das Tempo der monetären Expansion in den Frühjahrsmonaten spürbar. Die Ausweitung betraf erneut in erster Linie die täglich fälligen Einlagen, die von weiter rückläufigen Zinsen für übrige Einlagearten profitierten. Im Gegensatz zu den Vorquartalen verzeichneten jedoch auch die sonstigen in M3 enthaltenen Anlageformen im Berichtsquartal per saldo leichte Zuwächse.

Leichte Aufwärtsbewegung von Geldmengen- und Kreditwachstum

Vor diesem Hintergrund setzte sich der bereits im Vorquartal beobachtete leichte Aufwärtstrend des Geldmengenwachstums im Berichtsquartal weiter fort. Die Jahreswachstumsrate von M3 stieg spürbar von 1,0% Ende März auf 1,5% Ende Juni, wobei auch ein Basiseffekt eine Rolle spielte. Zugleich nahm die Jahresrate der

(um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigten) Buchkredite an den Privatsektor im Euro-Raum, die am Ende des Vorquartals noch bei - 2,0% gelegen hatte, deutlich auf - 1,1% zu. Damit verringerte sich der Abstand zwischen Geldmengen- und Buchkreditwachstum zwar erkennbar; er ist im historischen Vergleich jedoch weiterhin groß. Die monetäre Grunddynamik ist trotz der vorsichtigen Erholungstendenzen nach wie vor sehr gedämpft.

Nach zwei Jahren mit rückläufigen Volumina sind die Buchkredite an den Privatsektor im Euro-Raum in den Frühjahrsmonaten per saldo erstmals wieder leicht angestiegen. Die Verbesserung gegenüber dem Vorquartal war im Wesentlichen auf den Sektor der nichtfinanziellen Unternehmen zurückzuführen, wo sich der Rückgang im zweiten Vierteljahr nochmals deutlich abschwächte. Die seit Sommer 2013 anhaltende Erholung der Kreditvergabe hatte zur Folge, dass auch die Jahresrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen von - 3,1% im März auf - 2,3% im Juni anstieg.

Anzeichen für eine allmähliche Stabilisierung im nichtfinanziellen Unternehmenssektor lieferte auch die im zweiten Quartal durchgeführte Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS): Die befragten Banken im Euro-Raum meldeten wie schon im Vorquartal eine kaum ver-

Abbau der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen weiter verlangsamt

Laut BLS Standards für Unternehmenskredite weitgehend unverändert; gleiches Bild für Kreditnachfrage

änderte Nachfrage nichtfinanzieller Unternehmen nach Bankkrediten. Damit ist der seit dem dritten Quartal 2011 andauernde Rückgang der Nachfrage nichtfinanzieller Unternehmen nach Bankkrediten zum Stillstand gekommen. Gleichzeitig beließen die teilnehmenden Institute die Standards für Unternehmenskredite per saldo weitgehend auf dem Niveau des Vorquartals.

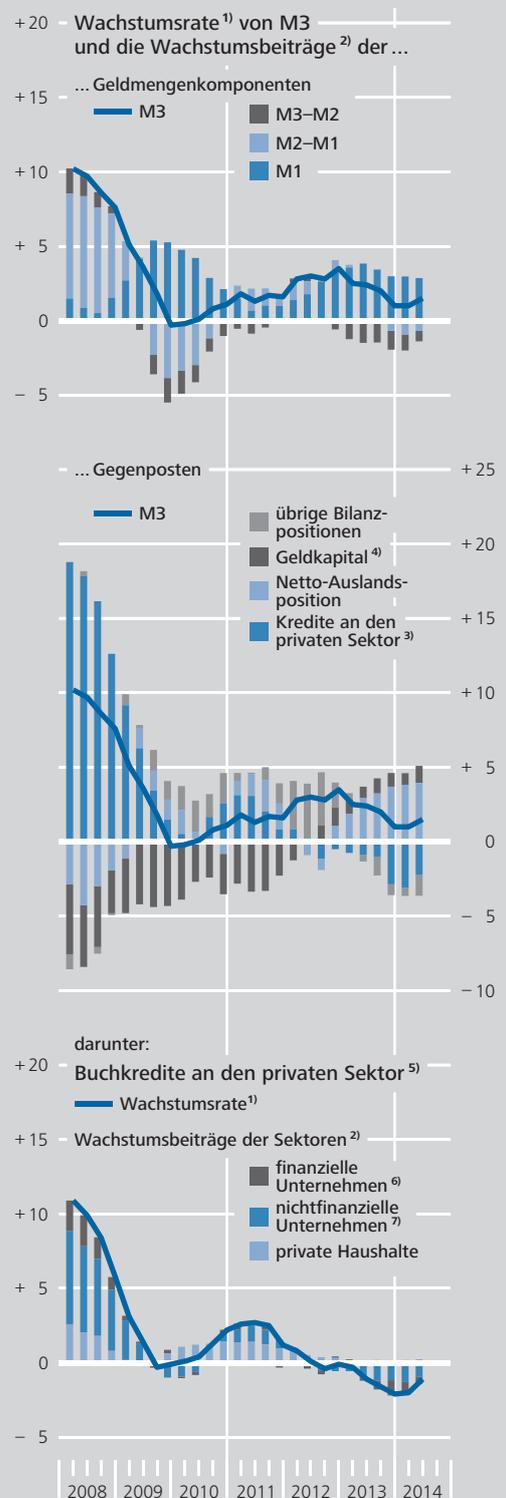
Leicht aufwärtsgerichtete Tendenz des Kreditwachstums trotz Heterogenität in allen vier großen Ländern des Euro-Raums

Obwohl die Heterogenität auf Länderebene bei der Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Gebiet hoch blieb, zeichnete sich in allen vier großen Mitgliedsländern eine leicht aufwärtsgerichtete Tendenz des Kreditwachstums ab (vgl. Schaubild auf S. 40). Französische und erstmals auch deutsche Banken meldeten erkennbar positive Quartalszuflüsse. In Italien und vor allem in Spanien setzte sich der Abbau der Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen per saldo zwar fort, jedoch schwächte sich das Tempo des Abbaus in den letzten vier Quartalen ab. Dies lässt sich im Falle Deutschlands und Spaniens – weniger für Frankreich und Italien – mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung erklären, die – typischerweise um einige Quartale verzögert – auch die Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen unterstützen sollte. Mit Blick auf die künftige Buchkreditentwicklung stellt für Italien der erneute Rückfall in die Rezession ein Risiko dar; in Spanien werden dagegen die positiven konjunkturellen Impulse tendenziell dadurch überlagert, dass der Sektor der nichtfinanziellen Unternehmen weiterhin einen hohen Entschuldungsbedarf aufweist. In den vier großen Mitgliedsländern (wie auch im gesamten Euro-Raum) dürfte die Kreditnachfrage zudem wie in den Vorquartalen dadurch gedämpft worden sein, dass nichtfinanzielle Unternehmen die Finanzierung über Bankkredite teilweise durch eine erhöhte Finanzierung aus Eigenmitteln oder – angesichts aktuell günstiger Finanzierungsbedingungen für Unternehmen – den direkten Zugriff auf die Kapitalmärkte ersetzt haben.

Gestützt wurde das Buchkreditwachstum in den Frühjahrsmonaten vor allem von den Krediten

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euro-Raum

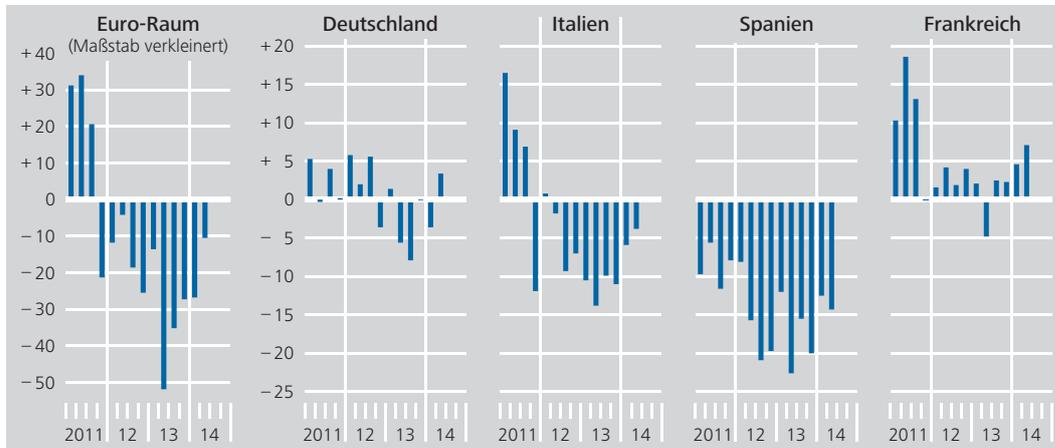
saisonbereinigt, Quartalsendstände



Quelle: EZB. **1** Veränderung gegenüber Vorjahr in %. **2** In Prozentpunkten. **3** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **4** Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. **5** Ab 1. Vj. 2010 bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **6** Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. **7** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Mrd €; Dreimonatsveränderungen zum Quartalsende, saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen



Deutsche Bundesbank

Buchkredite an private Haushalte mit leichter Zunahme

an finanzielle Unternehmen, die an ihren moderaten Anstieg im Vorquartal anknüpften. Die Buchkredite an private Haushalte im Euro-Raum nahmen mit einer Jahreswachstumsrate von 0,5% unverändert schwach zu; Wachstumsträger waren im zweiten Vierteljahr abermals die Wohnungsbaukredite.⁶ Auch hier zeigt sich auf Länderebene eine anhaltende Heterogenität: Hinter der moderaten Zunahme des Euro-Raum-Aggregats verbarg sich ein deutlicherer Anstieg der Wohnungsbaukredite in den Kernländern der Währungsunion; in den Ländern der Peripherie gingen die Ausleihungen vor dem Hintergrund des bestehenden Entschuldungsbedarfs der privaten Haushalte dagegen weiter zurück. Für den Euro-Raum als Ganzes berichteten die im BLS befragten Banken von einer leichten Lockerung der Standards für Wohnungsbaukredite; dies dürfte die Kreditvergabe im Euro-Raum insgesamt unterstützt haben. Zugleich verzeichneten die teilnehmenden Banken einen spürbaren Anstieg der Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten, der nach ihrer Einschätzung so stark ausfiel wie zuletzt Ende 2010.

Im Einklang mit der moderaten Zunahme der nominalen privaten Konsumausgaben weisen die Konsumentenkredite seit Ende 2012 eine allmähliche Aufwärtsbewegung auf, die trotz leichter Nettoabflüsse auch im Berichtsquartal

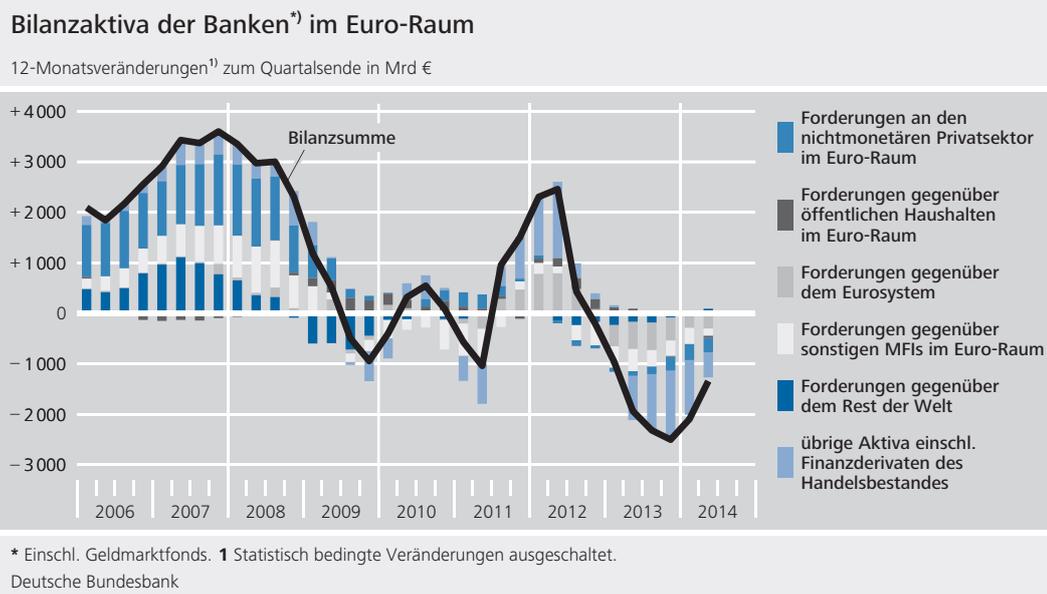
andauerte. Die Aufwärtstendenz in diesem Kreditsegment spiegelt sich im BLS wider. So berichteten die befragten Banken, dass die Nachfrage nach Konsumentenkrediten im Euro-Raum im zweiten Quartal erstmals seit Anfang 2007 wieder merklich gestiegen sei; die Kreditstandards blieben dabei fast unverändert.

Neben der Aufwärtstendenz bei der Buchkreditvergabe an den Privatsektor wurde die Geldmengenentwicklung im Berichtsquartal abermals vor allem durch Mittelzuflüsse aus dem Ausland gestützt, die sich in einer deutlichen Ausweitung der Netto-Auslandsposition des MFI-Sektors niederschlugen.⁷ Die vorliegenden

Netto-Auslandsposition mit deutlicher Ausweitung

⁶ Im Gegensatz zum Aggregat der Buchkredite an private Haushalte wird die Zeitreihe der Wohnungsbaukredite an private Haushalte nicht um Kreditverbriefungen und -verkäufe bereinigt. Dies erklärt, warum die Zahlen zu den Wohnungsbaukrediten im Euro-Raum im zweiten Quartal des Jahres von einem großvolumigen Verbriefungsgeschäft in Frankreich im Mai nach unten verzerrt wurden, während das Aggregat der Buchkredite an die privaten Haushalte keine Auffälligkeiten zeigte.

⁷ Das Berichtsquartal wurde von zwei großvolumigen Sondereinflüssen geprägt, die per saldo keinen Einfluss auf M3 ausübten und daher bei der Interpretation der M3-Entwicklung unbeachtet bleiben. Im April kam es infolge der Auflösung von Kreditverbriefungsgeschäften in Frankreich zu einem beträchtlichen Rückgang der langfristigen Termineinlagen und der Wertpapierkredite an den inländischen Privatsektor (siehe auch folgender Abschnitt). Im Mai führte eine Verbriefungstransaktion in Frankreich zu einem starken Rückgang der Buchkredite an private Haushalte für den Wohnungsbau bei gleichzeitigem Anstieg der Wertpapierkredite an den inländischen Privatsektor (siehe Fußnote 6).



Daten deuten darauf hin, dass dahinter gleichermaßen anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse des Euro-Raums sowie Zuflüsse aus dem Wertpapierverkehr mit dem Ausland standen. Wie in den Vorquartalen dürfte für Letzteres insbesondere die starke Nachfrage ausländischer Anleger nach Wertpapieren aus dem Euro-Raum ausschlaggebend gewesen sein. Die daraus resultierenden Einlagenzuflüsse in den Euro-Raum wurden von den anhaltenden Käufen ausländischer Wertpapiere durch inländische Nicht-MFIs nur teilweise kompensiert.

Geldkapital deutlich gesunken, jedoch nur teilweise mit Einfluss auf die Geldmenge

Gestützt wurde das Geldmengenwachstum im Berichtsquartal ferner durch den Rückgang des Geldkapitals. Dieser war zum Großteil auf starke Abflüsse bei den langfristigen Termineinlagen zurückzuführen. Da jedoch ein Gutteil dieser Abflüsse auf die Auflösung von Verbriefungsgeschäften in Frankreich zurückging und da Transaktionen dieser Art gleichzeitig zu einem entsprechenden Rückgang der Wertpapierkredite an den Privatsektor führen, blieben sie per saldo ohne Einfluss auf die Geldmenge M3. Neben der Auflösung von Termineinlagen setzte sich jedoch auch der Abbau langfristiger Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von über zwei Jahren fort. Trotz der von den im Rahmen des BLS befragten Instituten gemeldeten, teilweise spürbaren Verbesserungen bei der Begebung längerfristiger Bankschuldverschrei-

bungen wiesen insbesondere deutsche, spanische und italienische Banken Abflüsse in diesem Bereich auf. Dies legt nahe, dass hier weiterhin auch bankseitige Faktoren eine Rolle spielen: Neben dem geringen Finanzierungsbedarf einiger Kreditinstitute im Zuge des Verschuldungsabbaus zählt hierzu vor allem die bankseitige Substitution von Bankschuldverschreibungen durch alternative Finanzierungsquellen, wie die günstig vom Eurosystem zur Verfügung gestellte Liquidität und der weiter wachsende Einlagenbestand. Hierzu passt, dass die im Zuge des BLS befragten Banken auch von verbesserten Refinanzierungsmöglichkeiten über Einlagen und über den Geldmarkt berichteten.

Der im Jahr 2013 beobachtete Nettoabbau von Bilanzaktiva schwächte sich im Berichtsquartal – gemessen an 12-Monatsveränderungen – erstmals deutlich ab. Dies ist grundsätzlich konform mit den Ergebnissen der aktuellen BLS-Runde. Dort gaben die befragten Banken an, dass der Abbau risikogewichteter Aktiva in der ersten Jahreshälfte 2014 im Zuge der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten zum Stillstand kam; die Stärkung der Eigenkapitalposition setzten die Banken dagegen fort. Verantwortlich für die Verlangsamung des Bilanzabbaus waren vor allem Positionen, die keinen oder keinen wesentlichen Einfluss auf

Nettoabbau von Bilanzaktiva schwächte sich deutlich ab

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland^{*)}

Veränderungen in Mrd €, saisonbereinigt

Position	2014	
	1. Vj.	2. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs ¹⁾		
täglich fällig	20,4	22,2
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	9,6	0,4
über 2 Jahre	-7,6	-9,1
mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis zu 3 Monaten	-3,2	1,6
über 3 Monate	-0,3	-0,8
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	-1,2	-6,5
Wertpapierkredite	-2,0	4,7
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite ²⁾	2,9	9,3
darunter: an private Haushalte ³⁾	5,6	5,8
an nichtfinanzielle Unternehmen ⁴⁾	-4,8	4,0
Wertpapierkredite	-1,1	10,4

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. 1 Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund. 2 Bereinigt um Forderungsverkäufe und -verbriefungen. 3 Und Organisationen ohne Erwerbszweck. 4 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

die Geldmengenentwicklung haben (vgl. Schaubild auf S. 41). So schwächte sich insbesondere der starke Abbau der Finanzderivate des Handelsbestandes in allen vier großen Ländern des Euro-Raums ab, der sich im Jahr 2013 insbesondere auch aus der Verschärfung der bankaufsichtlichen Anforderungen ergeben hatte. Ferner reduzierte sich – mit Ausnahme Italiens – der Rückgang der Forderungen an andere Euro-Raum-MFIs, was mit dem wieder angestiegenen Vertrauen in die Peripherie und das Euro-Währungsgebiet insgesamt zusammenhängen dürfte. Beschränkt man den Blick auf die in den Bilanzaktiva enthaltenen Gegenposten von M3, so setzte sich der Bilanzabbau in Spanien und Italien weiter fort. Zwar gingen dort die Forderungen gegenüber dem Rest der Welt und an den Privatsektor im Euro-Raum weniger stark zurück als im Vorquartal, allerdings verstärkten die Banken den Abbau von Wertpapierkrediten an öffentliche Haushalte. Dagegen wurden in Deutschland und Frankreich die in den Bilanzaktiva enthaltenen Gegenposten von M3 zu-

letzt wieder leicht aufgebaut, was im Wesentlichen auf Forderungen gegenüber dem Rest der Welt zurückzuführen war.

Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Der Zuwachs im Einlagengeschäft deutscher Banken bei gleichzeitiger Umschichtung hin zu kürzerfristigen Anlagearten setzte sich auch im zweiten Quartal 2014 fort. Ebenso wie im Euro-Raum dürfte hierzu der insgesamt erneut rückläufige Zinsabstand zwischen Einlagen unterschiedlicher Laufzeiten zusammen mit einer ausgeprägten Liquiditätspräferenz der Anleger beigetragen haben. Der Abbau der längerfristigen Einlagen betraf hauptsächlich die langfristigen Termineinlagen, während Zuwächse im kürzerfristigen Bereich insbesondere von Zuflüssen bei den Sichteinlagen der privaten Haushalte getrieben wurden. Neben der geringen Verzinsung alternativer sicherer Anlageformen könnte die anhaltende Attraktivität von Sichteinlagen im Berichtsquartal durch die Diskussionen über eine mögliche Übertreibung an den Aktienmärkten sowie über das Niveau des Garantiezinses bei Versicherungen gefördert worden sein. Im Vergleich zum Aufbau der Sichteinlagen von privaten Haushalten fielen die anderen Bewegungen bei den kürzerfristigen Einlagen kaum ins Gewicht. Nichtfinanzielle Unternehmen bauten ihre Sichteinlagen im zweiten Vierteljahr 2014 in ungleich geringerem Umfang auf, kurzfristige Termin- und Spareinlagen nahmen über alle Sektoren hinweg allenfalls leicht zu.

Einlagengeschäft erneut mit Zuwachs und fast vollständig auf Sichteinlagen der privaten Haushalte zurückzuführen

Hinter dem Abbau im längerfristigen Laufzeitensegment des Einlagengeschäfts inländischer Banken standen im Berichtsquartal vor allem erneut spürbar rückläufige langfristige Termineinlagen finanzieller Unternehmen, insbesondere von Versicherungsunternehmen und Pensionskassen. Auf der Suche nach einer höheren Verzinsung dürften diese professionellen Anleger, wie auch in den Quartalen zuvor, die frei

Längerfristige Einlagen erneut vornehmlich von finanziellen Unternehmen abgebaut

gewordenen Gelder in weniger liquide und risikoreichere Aktiva außerhalb von M3 umgeschichtet haben. Ferner setzten auch die privaten Haushalte den Abbau ihrer langfristigen Einlagen fort.

Ausleihungen der Banken an inländische Nichtbanken deutlich anziehend und vom nicht-finanziellen Privatsektor getrieben

Das Kreditgeschäft der Banken in Deutschland expandierte im zweiten Quartal 2014 im Vergleich zu den Vorquartalen deutlich, allerdings allein aufgrund zunehmender Kredite an private Nichtbanken. Dabei stockten die Banken in Deutschland sowohl ihre Bestände an Wertpapieren privater inländischer Emittenten als auch ihre Buchkreditvergabe an Private und hier vor allem den nichtfinanziellen Privatsektor auf.

Zuwachs der Buchkredite an private Haushalte weiterhin von Wohnungsbaukrediten getrieben

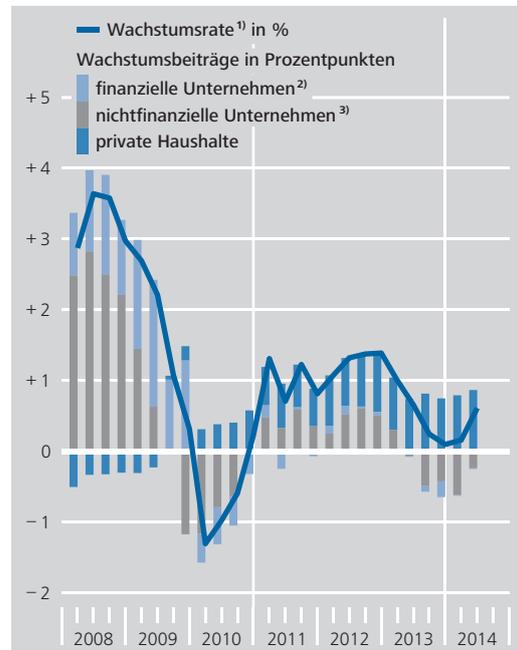
Bei den Buchkrediten an private Haushalte setzte sich die positive Entwicklung des Vorquartals fort. Triebfeder des Wachstums waren erneut die Wohnungsbaukredite, deren Anstieg sich noch einmal etwas beschleunigte. Diese Entwicklung deckt sich in etwa mit den Angaben der im Rahmen des BLS befragten Institute, wonach sich die Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten im zweiten Quartal 2014 noch einmal moderat erhöhte, auch wenn der Nachfragezuwachs spürbar schwächer ausfiel als im Vorquartal. Getrieben wurde diese Entwicklung nach Einschätzung der befragten Bankmanager sowohl vom Optimismus der Kreditnehmer hinsichtlich der Aussichten auf dem Wohnungsmarkt als auch vom noch leicht gestiegenen Verbrauchervertrauen.

Standards für Wohnungsbaukredite unverändert

Die Standards für Wohnungsbaukredite blieben nach Angaben der im Rahmen des BLS befragten Banken unverändert. Dabei identifizierten die Banken keinen Faktor mit einem nennenswerten Einfluss auf die Kreditstandards. Insbesondere schrieben sie den Aussichten für den Wohnungsmarkt erneut keine lockernde Wirkung auf die Entwicklung der Standards zu, während sie für die Nachfrageentwicklung eine expansive Rolle dieses Faktors ausmachten. Anpassungen der Margen nahmen die Banken vor allem für durchschnittlich riskante Wohnungsbaukredite vor; in diesem Kreditsegment wurden die Margen spürbar verengt. Für risiko-

Buchkredite deutscher Banken nach ausgewählten Sektoren

saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen, Quartalsendstände



1 Veränderungsrate gegenüber Vorjahr. 2 Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. 3 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.
 Deutsche Bundesbank

reichere Kredite blieben die Margen dagegen weitestgehend unverändert.

Auch bei Konsumentenkrediten wurden die Margen für durchschnittlich riskante Kredite im Berichtsquartal etwas verengt, für risikoreichere Kredite hingegen praktisch unverändert belassen. Weiterhin vermeldeten die im Rahmen des BLS befragten Banken eine leichte Lockerung der Standards für Konsumentenkredite im zweiten Quartal und berichteten außerdem von einer leicht erhöhten Nachfrage in dieser Kreditkategorie. Für den Monat Juni weist die Statistik, die sich nicht nur auf Meldungen der im BLS befragten, sondern auf Angaben aller MFIs in Deutschland stützt, tatsächlich einen deutlichen Anstieg der entsprechenden Kreditvergabe aus. Da sie zu Beginn des Quartals noch rückläufig gewesen war, stagnierten die Konsumentenkredite in der Betrachtung über das komplette zweite Vierteljahr. Insgesamt gesehen bleibt die Buchkreditvergabe an inländische private Haushalte zur Jahresmitte 2014 moderat: Die

Konsumentenkredite stagnieren

12-Monatsrate der Buchkredite an private Haushalte erhöhte sich zum Quartalsende auf 1,4% im Vergleich zu 1,3% Ende März und setzte damit ihren seit geraumer Zeit beobachtbaren leichten Aufwärtstrend fort.

*Buchkredit-
vergabe an
nichtfinanzielle
Unternehmen
merklich
gestiegen*

Positiv entwickelten sich auch die Buchkredite an inländische nichtfinanzielle Unternehmen, die im Berichtsquartal erstmals seit Sommer 2012 im kurzen und im mittleren Laufzeitensegment wieder merklich anstiegen. Zum Ende des Quartals hin kam diese Entwicklung jedoch zum Erliegen, da die Nettozuflüsse bei den kurzfristigen Krediten im Juni etwas geringer ausfielen als die Nettoabflüsse bei den längeren Laufzeiten. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass sich die Kreditnachfrage der Unternehmen im zweiten Quartal 2014 nach Einschätzung der am BLS teilnehmenden deutschen Banken per saldo kaum veränderte. Die Nachfrage wurde gemäß BLS-Angaben wie schon in den Vorquartalen durch den Rückgriff der Unternehmen auf alternative Finanzierungsquellen, insbesondere die Innenfinanzierung, gedämpft. In der Betrachtung über die letzten 12 Monate konnte der Zuwachs im zweiten Quartal die Nettotilgungen in den Vorquartalen allerdings nicht vollständig kompensieren. Somit stieg die Jahreswachstumsrate zwar um 1,1 Prozentpunkte, blieb mit – 0,7% aber im negativen Bereich.

*Kreditstandards
deutscher
Banken
gegenüber
Unternehmen
unverändert*

Umfragen liefern derzeit keine Hinweise auf größere angebotsseitige Hemmnisse für die Kreditvergabe, obgleich die deutschen Banken das Niveau ihrer Kreditstandards im Unternehmensgeschäft in der vergangenen BLS-Umfrage als vergleichsweise straff eingeschätzt hatten (vgl. dazu die Erläuterungen: Zum Niveau der Kreditstandards im Bank Lending Survey auf S. 46 ff.). Den deutschen Ergebnissen der aktuellen BLS-Umfrage für das zweite Quartal zufolge veränderten die befragten Institute ihre Standards im Unternehmenskreditgeschäft nicht. Dies betrifft Kredite für alle Unternehmensgrößen und aller Laufzeiten. Keiner der für die Kreditstandards relevanten Faktoren, die im BLS erfragt werden, hatte für sich genommen einen nennenswerten Einfluss. Die Margen für Unter-

nehmenskredite wurden von den befragten Banken in moderatem Umfang verengt. Hiervon konnten allerdings nur große Unternehmen profitieren, im Geschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen blieben die Margen unverändert.

Der BLS enthielt im zweiten Quartal zusätzlich Fragen zu den Refinanzierungsbedingungen der Banken, den Folgen der Staatsschuldenkrise sowie zu den Auswirkungen der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten, welche auch die Bilanzprüfung der EZB einschließen. Die Refinanzierungssituation verbesserte sich nach Angaben der Institute im zweiten Quartal 2014 leicht. Ferner gaben die Institute an, dass die Staatsschuldenkrise keinerlei Auswirkungen auf die Kreditangebotspolitik und sehr geringe Auswirkungen auf die Refinanzierungsbedingungen hatte. Im Zuge der neuen regulatorischen und aufsichtlichen Aktivitäten reduzierten die Banken im ersten Halbjahr 2014 ihre risikogewichteten Aktiva, allerdings in geringerem Umfang als noch im zweiten Halbjahr 2013. Weiterhin stärkten sie ihre Eigenkapitalposition, was sie über die Thesaurierung von Gewinnen und die Ausgabe von Kapitalinstrumenten bewerkstelligten. Nennenswerte Auswirkungen auf die Refinanzierungsbedingungen hatten die neuen Regelungen in der isolierten Betrachtung nach Angaben der Institute nicht. Das veränderte regulatorische und aufsichtliche Umfeld wirkte für sich genommen auf das Kreditgeschäft lediglich in Form von etwas verschärften Standards für Unternehmenskredite.

Die Entwicklung der Bankkreditzinsen im Neugeschäft dürfte angesichts des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus die inländische Kreditvergabe an den privaten Sektor gestützt haben. Laut Zinsstatistik vollzogen die Bankzinsen den moderaten Rückgang der Zinsen an den Geld- und Kapitalmärkten im zweiten Quartal über die gemeldeten Geschäftszweige, Laufzeiten und Volumina hinweg überwiegend nach. So sanken die Zinsen für kleinvolumige Unternehmenskredite leicht und für großvolumige Aus-

*Risikogewichtete
Aktiva abgebaut
und Eigen-
kapitalposition
gestärkt*

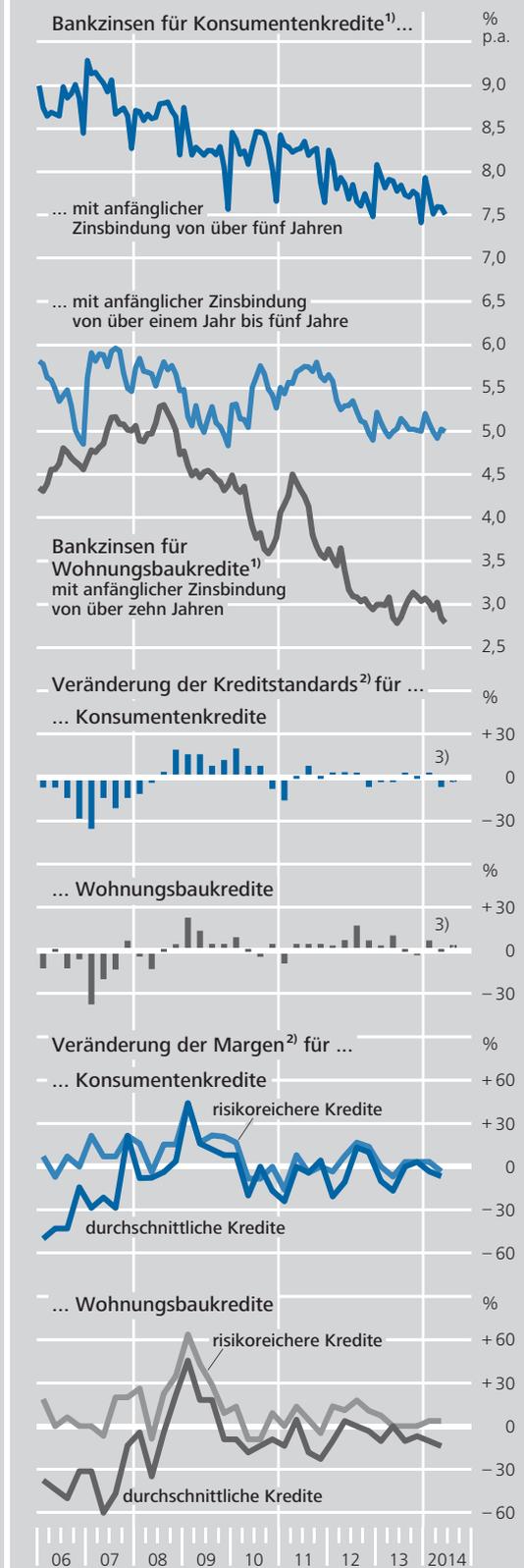
*Bankkreditzinsen
vollziehen Zins-
rückgang am
Kapitalmarkt
nach*

Bankkonditionen in Deutschland

Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen



Kredite an private Haushalte



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter EWU-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey; für Kreditstandards: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten, für Margen: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich ausgeweitet“ und „leicht ausgeweitet“ und der Summe der Angaben „etwas verengt“ und „deutlich verengt“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 3. Vj. 2014.

Zum Niveau der Kreditstandards im Bank Lending Survey

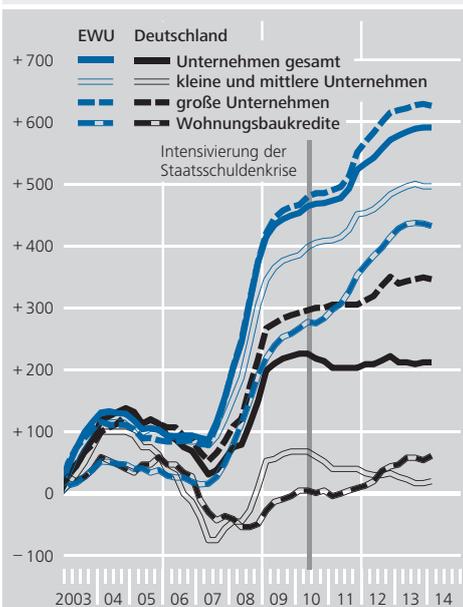
Erstmals seit Beginn der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS) im Jahr 2003 wurden die befragten Banken in der diesjährigen April-Runde nicht nur nach den Veränderungen der Kreditstandards im abgelaufenen Quartal gefragt, sondern auch explizit nach deren Niveaus. Dabei wurden die Gesprächspartner aufgefordert, das derzeitige Niveau ihrer Kreditstandards relativ zu den Niveaus seit Anfang 2003 sowie seit dem zweiten Quartal 2010 einzuschätzen.¹⁾

Bisher konnten die Niveaus der Kreditstandards lediglich durch die aufsummierten quartalsweise gemeldeten Veränderungen der Standards approximiert werden. Diese Werte zeigen im Euro-Raum für den längeren Vergleichszeitraum seit Anfang 2003 in allen Kreditsegmenten tendenziell restriktiver werdende Kreditstandards mit zwei-

schzeitlichen Schwankungen: Verschärfungsperioden wechseln sich ab mit Zeiträumen, in denen die Verschärfungen stagnierten oder abnahmen, aber nicht (gänzlich) zurückgenommen wurden. Für Deutschland liegt ein solcher Trend lediglich in abgeschwächter Form vor und zudem nur bei den Standards für Kredite an große Unternehmen. Bei den Krediten an kleine und mittlere Unternehmen sowie für Wohnungsbauzwecke schwanken dagegen die kumulierten Standards mehr oder weniger um den Anfangswert von 2003. Bezogen auf den Zeitraum seit dem zweiten Quartal 2010 deuten die kumulierten Veränderungen aktuell auf eine Straffung der Kreditstandards sowohl bei den Unternehmenskrediten als auch bei den Wohnungsbaukrediten im Euro-Raum hin. In Deutschland ist eine Straffung hingegen nur für Kredite an große Unternehmen sowie für Wohnungsbauzwecke erkennbar.

Kumulierte Veränderungen der Kreditstandards

Kumulierte Nettosalden¹⁾



¹ Saldo aus Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten aufsummiert vom 1. Vj. 2003 bis zum jeweiligen Zeitpunkt.
 Deutsche Bundesbank

Eine große Schwäche dieser Kumulationsmethode besteht darin, dass keine Informationen darüber vorliegen, zu welchem Zeitpunkt die Kreditstandards auf einem „neutralen“ Niveau waren, und nur dieser Zeitpunkt wäre wirklich als Aufsetzpunkt einer Kumulation geeignet.²⁾ Außerdem können die Gründe für den vor allem im Euro-Raum festzustellenden Trend zu restriktiveren Standards über den gesamten Zeitraum nicht eindeutig identifiziert werden. Zu einem bedeutenden Teil dürfte dieser Trend der Finanzkrise geschuldet sein, die einen Großteil der betrachteten Zeiträume abdeckt und in den meisten Ländern zu einer

¹ Der Zeitraum seit Anfang 2003 stellt die längste mögliche Vergleichsperiode dar, da der BLS seitdem existiert. Der zweite, kürzere Zeitraum wurde vorgegeben, um auch eine Einschätzung des derzeitigen Niveaus der Standards im Vergleich zur Periode seit der Intensivierung der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum zu erhalten.

² Dieser Zeitpunkt dürfte zudem zwischen den verschiedenen Banken und Ländern im Euro-Raum variieren, was den Vergleich zusätzlich einschränkt.

restriktiveren Kreditvergabe geführt hat. Nicht ausgeschlossen werden kann allerdings, dass das Antwortverhalten der Banken grundsätzlich in Richtung „verschärft“ verzerrt ist.³⁾ Eine solche Verzerrung kann entweder in strategisch oder in unbewusst zu strengem Antwortverhalten begründet sein.⁴⁾

Aufgrund dieser Schwächen wurden die teilnehmenden Banken in der jüngsten April-Runde des BLS direkt und separat für jede Kreditkategorie gefragt, wie restriktiv oder expansiv sie ihre derzeitigen Kreditstandards verglichen mit zwei Referenzzeiträumen einschätzen: zum einen vom Beginn des BLS im Jahr 2003 bis zum aktuellen Rand, zum anderen von der Intensivierung der Staatsschuldenkrise im zweiten Quartal 2010 bis zum aktuellen Rand. Als Referenzniveau sollte die einzelne Bank dabei den Mittelpunkt der Bandbreite ihrer Antworten verwenden, das heißt den Mittelpunkt zwischen dem straffsten und dem lockersten Niveau der von ihr aufgestellten Richtlinien im jeweiligen Zeitraum.⁵⁾ Für die Aggregation der

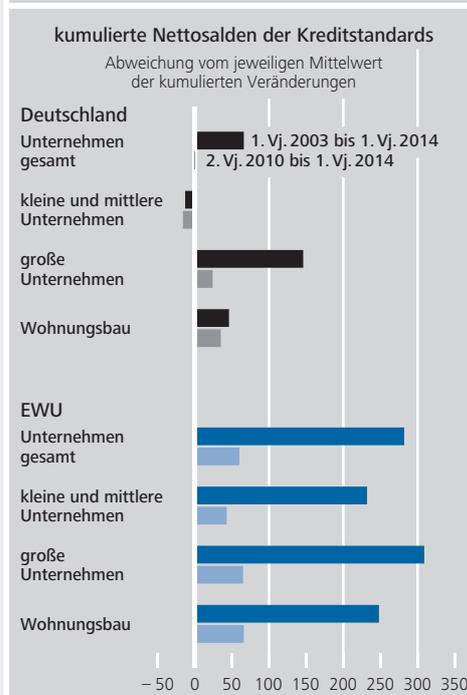
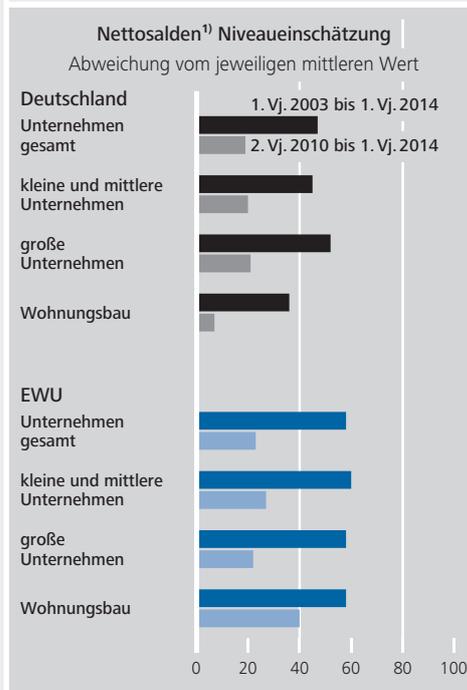
3 Beim Senior Loan Officer Opinion Survey on Bank Lending Practices (SLOOS) des US Federal Reserve System, in dessen Rahmen bereits seit dem Jahr 1967 Daten zum Kreditgabeverhalten der Banken erhoben werden, wurde das Phänomen, dass im Zeitverlauf deutlich häufiger eine Verschärfung der Kreditstandards als eine Lockerung angegeben wurde, ebenfalls beobachtet.

4 Die Ergebnisse der Kumulationsmethode können aber noch aus weiteren Gründen verzerrt sein: So haben in vielen Banken die Gesprächspartner im Laufe der Zeit gewechselt, sodass eine Kontinuität im Antwortverhalten nicht immer gewährleistet war. Außerdem vernachlässigen die Nettosalden die Abstufungen der Antwortmöglichkeiten („deutlich“ vs. „leicht“) in der Anpassung der Standards. Überdies impliziert eine leichte Lockerung mit anschließender leichter Verschärfung nicht zwangsläufig exakt eine Rückkehr zum vorherigen Niveau.

5 Bei der Einschätzung des aktuellen Niveaus der Kreditstandards im Vergleich zum Referenzniveau waren acht Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Neben den sich am Standardbogen orientierenden fünf Abstufungen (von „deutlich straffer als der Mittelpunkt der Bandbreite“ bis zu „deutlich lockerer als der Mittelpunkt der Bandbreite“) gab es noch drei weitere Antwortmöglichkeiten, die besonders herausstellungswürdige Niveaus (straffstes bzw. lockerstes Niveau in diesem Zeitraum) bzw. Entwicklungen (Niveau blieb über diesen Zeitraum konstant) erfassen sollen.

Vergleich der Angaben zur Niveaufrage³⁾ und der aktuellen Abweichung vom Mittelwert der kumulierten Veränderungen

in % der gegebenen Antworten



* Einschätzung des derzeitigen Niveaus der Kreditstandards relativ zum Mittelpunkt der Bandbreite der in zwei verschiedenen Zeiträumen implementierten Standards. **1** Saldo aus Summe der Angaben „straffstes Niveau/deutlich/etwas straffer als der Mittelpunkt der Bandbreite“ und „lockerstes Niveau/etwas/ deutlich lockerer als der Mittelpunkt der Bandbreite“ in % der gegebenen Antworten.

Antworten der einzelnen Banken wurde auf das auch für die Fragen im BLS-Standardfragebogen verwendete Konzept der Nettosaldeberechnung zurückgegriffen.⁶⁾ Aufgrund der Ausgestaltung der Frage können bei der Interpretation dieser Nettosaldeberechnungen zwar keine Aussagen zu absoluten Niveaus der derzeitigen Standards getroffen werden. Möglich sind aber Feststellungen darüber, wie groß derzeit die Abweichungen vom jeweiligen „historischen“ Bezugswert in den einzelnen Ländern beziehungsweise im Euro-Raum als Ganzem eingeschätzt werden. Das schon bei der Kumulationsmethode genannte Problem der mangelnden Kenntnis über das „neutrale“ Vergleichsniveau der Kreditstandards kann auch hier nicht gänzlich eliminiert werden. Dadurch, dass das derzeitige Niveau jedoch mit der Bandbreite der Niveaus über einen längeren Zeitraum verglichen wird und nicht mit dem Niveau zu dem festen Zeitpunkt Anfang 2003, wird das Problem eines möglicherweise ungeeigneten Referenzniveaus aber deutlich gemildert.

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass das derzeitige Niveau der Standards für Unternehmens- und Wohnungsbaukredite sowohl im Euro-Raum als auch in Deutschland per saldo deutlich restriktiver ist als der Referenzwert für den längeren Bezugszeitraum (seit dem Jahr 2003). Unterschiede nach Unternehmensgröße sind kaum festzustellen. Das Ausmaß der restriktiven Abweichungen vom Bezugswert ist im Euro-Raum etwas größer als in Deutschland und über die einzelnen Länder des Euro-Raums hinweg sehr heterogen ausgeprägt. Zu beachten ist, dass große restriktive Abweichungen vom Mittelpunkt der Bandbreite für diesen Zeitraum nicht (nur) aus einem derzeit extrem restriktiven Niveau resultieren müssen; sie können sich auch daraus ergeben, dass das Vorkrisenniveau keineswegs „neutral“ war, etwa weil die Kreditvergabebedingungen vor der Krise teilweise locker waren. Die großen derzeitigen Abwei-

chungen können dann (auch) auf eine Korrektur hindeuten.

Im Vergleich zum Referenzwert des kürzeren Zeitraums (seit dem zweiten Quartal 2010) sind die Richtlinien im Unternehmenskreditgeschäft derzeit ebenfalls strenger. Sie übertreffen den Vergleichswert dabei aber bei Weitem nicht so deutlich wie bei den Ergebnissen für den längeren Referenzzeitraum. Dies überrascht nicht, da krisenbedingte massive Verschärfungen der Standards überwiegend vor dem Jahr 2010 stattgefunden haben und sich somit die Standards in den meisten Ländern und Kreditsegmenten im zweiten Quartal 2010 bereits auf einem recht hohen Niveau befunden haben dürften. Gemäß den Angaben der Banken im Standardfragebogen wurden sie danach nur noch wenig verschärft oder sie stagnierten. Für den Zeitraum seit dem zweiten Quartal 2010 unterscheiden sich die Abweichungen vom Bezugswert im Unternehmenskreditgeschäft im Euro-Raum und in Deutschland nicht wesentlich voneinander. Bei den Wohnungsbaukrediten hingegen sind die Standards in Deutschland derzeit nur leicht strenger als im Mittel seit der Intensivierung der Staatsschuldenkrise, während sie im Euro-Raum deutlich restriktiver sind als der entsprechende Bezugswert.

Die Angaben zu den Niveaus können den mittels der kumulierten Veränderungen bestimmten Abweichungen der derzeitigen Niveaus von den in den jeweiligen Referenzzeiträumen berechneten Mittelwerten gegenübergestellt werden. Theoretisch können beide Methoden aus verschiedenen Gründen zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. So lag eventuell dem Gesprächspartner, der die Niveaufrage be-

⁶ So wurde für jedes Land und für den Euro-Raum insgesamt die Differenz der Summe der Angaben unter „Straffstes Niveau/deutlich/etwas strenger als der Mittelpunkt der Bandbreite“ und „lockerstes Niveau/etwas deutlich lockerer als der Mittelpunkt der Bandbreite“ gebildet und der Anteil dieser Differenz an allen gegebenen Antworten (in %) berechnet.

antwortet hat, die Zeitreihe der Vergangenheitswerte gar nicht vor, und er konnte sich daher nicht daran orientieren. Konnte er dies hingegen, so kann er ein verzerrtes Antwortverhalten in der Vergangenheit aufgedeckt und dies nun nachträglich mit der Beantwortung der Frage korrigiert haben. Angesichts der genannten Gründe ist es erstaunlich, dass die Ergebnisse beider Methoden in den meisten Fällen weitgehend übereinstimmen. Ebenso denkbar ist es aber auch, dass eine Tendenz zur Strenge in den Antworten zur Niveaufrage genauso enthalten ist wie mutmaßlich in den kumulierten Veränderungen, was die hohe Übereinstimmung erklären könnte.

Beide Konzepte zeigen, dass in Deutschland wie im Euro-Raum die deutlichsten Niveauveränderungen der Standards vor der Intensivierung der Staatsschuldenkrise stattgefunden haben und dass danach nur noch vergleichsweise geringfügige Anpassungen vorgenommen wurden. Auch finden sich bei beiden Methoden die gleichen qualitativen Unterschiede zwischen den Ergebnissen des Euro-Raums und Deutschlands wieder: Das Ausmaß der Verschärfung ist im Euro-Raum größer als in Deutschland. Zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen die beiden Konzepte dagegen bei den Standards für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Deutschland: So ist das Niveau der Standards gemessen an den kumulierten Veränderungen derzeit etwas lockerer als die Mittelwerte beider Vergleichszeiträume. Laut Niveaufrage hingegen beurteilen die deutschen Banken das derzeitige Niveau der Standards für Ausleihungen an KMU – ähnlich wie bei den Standards für große Unternehmen – spürbar straffer als der jeweilige Referenzwert für die beiden Zeiträume.⁷⁾

Unterschiede in den Ergebnissen beider Methoden zu den Standards für Kredite an KMU in Deutschland deuten allerdings nicht unbedingt auf einen Widerspruch hin: Zwar wurden diese Standards gemäß

den kumulierten Änderungen über den gesamten Zeitraum nur relativ geringfügig verändert. Dennoch könnte die von vielen Banken getroffene Aussage, dass die Standards derzeit leicht oder deutlich straffer sind als der Mittelpunkt der Bandbreite oder gar ihr straffstes Niveau erreicht haben, ebenfalls zutreffen, nämlich innerhalb einer schmalen Bandbreite.

Die Unterschiede in den Ergebnissen beider Methoden zu den Standards für Kredite an KMU in Deutschland zeigen auch die Bedeutung der Frage nach den Niveaus der Standards auf. Erst die Gegenüberstellung der Ergebnisse der beiden Methoden zur Einschätzung des Niveaus der Kreditstandards erlaubt es, mögliche Abweichungen zwischen den mittels der kumulierten Nettosalden berechneten und den von den Banken gemeldeten Niveaus offenzulegen. Da keiner der Ansätze klar überlegen ist, müssen Divergenzen vor dem Hintergrund der verfahrensspezifischen Vor- und Nachteile bewertet werden. Zukünftig ist beabsichtigt, die Frage zu den Niveaus der Kreditstandards jeweils jährlich im Rahmen der April-Umfrage des BLS zu stellen.

⁷ Die Diskrepanz der Ergebnisse der beiden Methoden könnte unter anderem durch die Unterschiede in der Einschätzung der Standards für Kredite an große Unternehmen und Kredite an KMU begründet sein. So haben die Banken bei der Niveaufrage die derzeitigen Unterschiede bei den Standards für Kredite an Unternehmen verschiedener Größe als gering eingeschätzt. Gelegentliche Differenzierungen nach Unternehmensgröße, wie sie bei den Veränderungen der Kreditstandards vorgenommen wurden, können sich aber im Zeitverlauf zu spürbaren Unterschieden kumulieren, was den antwortenden Banken erst bei Überlegungen zur Beantwortung der Niveaufrage bewusst geworden sein könnte. Darüber hinaus gibt es bei wenigen einzelnen Banken deutliche Diskrepanzen zwischen den Ergebnissen der beiden Methoden, die die Unterschiede auf aggregierter Ebene spürbar treiben.

leihungen spürbar. Für kurzfristige Mittel verlangten die meldenden Institute Ende Juni 3,0% für kleinvolumige beziehungsweise 1,7% für großvolumige Kredite. Die Zinsen für langfristige Ausleihungen an inländische nichtfinanzielle Unternehmen lagen zuletzt bei 2,6% beziehungsweise 2,4%.

Auch die Zinsen für Wohnungsbaukredite waren im zweiten Quartal spürbar rückläufig. Ende Juni lag der Zins für langfristige Ausleihungen bei 2,8%. Die Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen wurden im Vergleich zum Vorquartal erneut überwiegend etwas niedriger vergütet.

■ Finanzmärkte

■ Finanzmarktumfeld

*Finanzmärkte
im Zeichen
geopolitischer
Risiken und
geldpolitischer
Lockerung*

Die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten wurde in den Frühjahrsmonaten 2014 wesentlich von der sehr expansiv ausgerichteten Geldpolitik in den wichtigsten Währungsräumen bestimmt. So hat der EZB-Rat im Juni weitere stimulierende geldpolitische Maßnahmen beschlossen. In der Folge hat sich das Renditeniveau an den Anleihemärkten insbesondere im Euro-Raum deutlich verringert. Zugleich blieb der Risikoappetit der Marktteilnehmer hoch, sodass risikobehaftete Anlagen bis in den Juni hinein mit äußerst geringen Renditeaufschlägen gehandelt wurden. Dabei wurden die hohen Kurse von Aktien und Unternehmensanleihen durch eine positive konjunkturelle Grundeinschätzung der Marktteilnehmer gestützt. Gestiegene geopolitische Spannungen sowie – damit wohl auch zusammenhängend – zuletzt teilweise schwächer als erwartet ausgefallene Konjunkturindikatoren vor allem für den Euro-Raum belasteten anschließend aber insbesondere die Marktbewertungen europäischer Unternehmen. So mussten die europäischen Aktienmärkte seit Ende März im Ergebnis Kursverluste von rund 5% hinnehmen, während der US-Aktienmarkt günstiger abschnitt. Die Kursentwicklung an den Devisenmärkten wurde maßgeblich von den aktuellen geldpolitischen Entscheidungen und den Erwartungen über den zukünftigen geldpolitischen Kurs dies- und jenseits des Atlantiks geprägt. Im Ergebnis hat der Euro verglichen mit Ende März handelsgewichtet rund 2 ½% an Wert eingebüßt.

■ Wechselkurse

*Euro verliert per
saldo gegenüber
US-Dollar, ...*

An den Devisenmärkten hat die geldpolitische Lockerung im Euro-Raum den Kurs des Euro spürbar belastet. Gegenüber dem US-Dollar hat er im Vergleich zu Ende März 2014 per saldo rund 3% an Wert verloren.

Bis Anfang Mai legte der Euro allerdings zunächst an Wert zu; er erreichte mit knapp 1,40 US- $\text{\$}$ zwischenzeitlich sogar den höchsten Stand seit Herbst 2011. Dafür waren einerseits positive Wirtschaftsdaten aus einigen Mitgliedsländern des Euro-Raums und die vom Markt positiv aufgenommene erste Emission griechischer Staatsanleihen verantwortlich. Andererseits wurde der Euro-Dollar-Kurs durch die Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls der US-Notenbank gestärkt, die dazu führte, dass die Marktteilnehmer eine zügige Heraufsetzung des US-Leitzinses mehrheitlich für weniger wahrscheinlich hielten.

*... steigt
zunächst aber
auf höchsten
Stand seit mehr
als zwei Jahren*

Der Aufwärtstrend der Gemeinschaftswährung kehrte sich erst um, als EZB-Präsident Draghi für Juni eine weitere geldpolitische Lockerung in Aussicht stellte. Zusätzlich geschwächt wurde der Euro in dieser Phase durch sich eintrübende Konjunkturerwartungen. Die dann tatsächlich erfolgte Senkung des Hauptrefinanzierungssatzes im Euro-Raum auf ein Rekordtief von 0,15% und die Ankündigung weiterer geldpolitischer Lockerungsmaßnahmen verstärkten Anfang Juni den Druck auf den Euro.

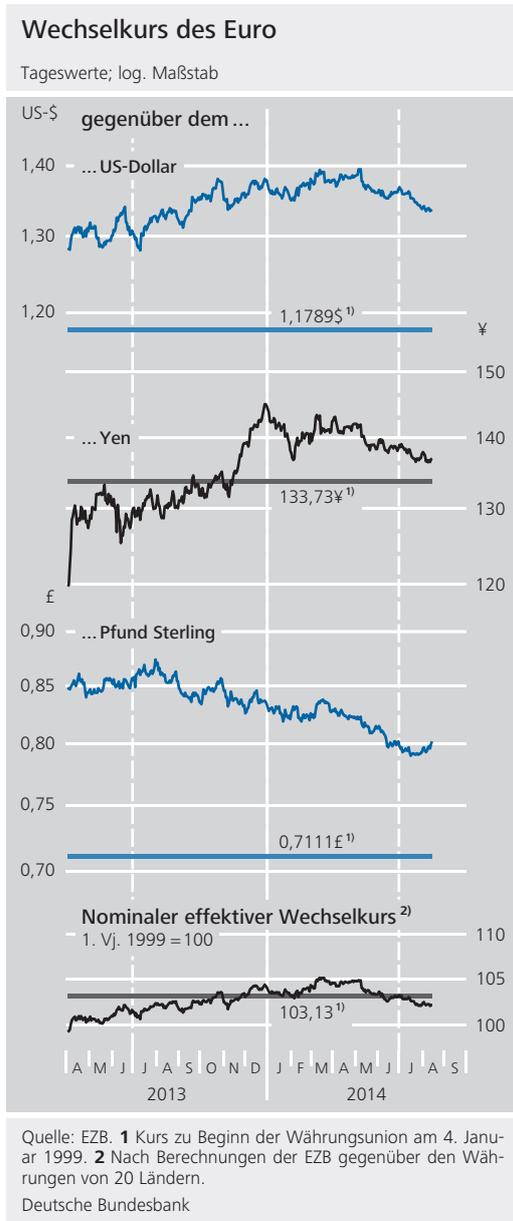
*Euro
geschwächt
durch weitere
geldpolitische
Lockerung im
Euro-Raum ...*

Nach einer zwischenzeitlichen Stabilisierung geriet der Euro erneut unter Abwertungsdruck als Anfang Juli besser als erwartet ausgefallene Zahlen zum US-Arbeitsmarkt veröffentlicht wurden. Mit den positiven Wirtschaftsdaten stieg in den Augen der Marktteilnehmer die Wahrscheinlichkeit einer früheren Zinserhöhung in den Vereinigten Staaten. Zudem schwächten die politischen Spannungen im Zusammenhang mit dem Ukraine Konflikt den Euro. Zuletzt notierte die Gemeinschaftswährung mit knapp 1,34 US- $\text{\$}$ in der Nähe des Jahrestiefstandes.

*... und
infolge sich
verfestigender
Erwartungen auf
Zinswende in
den Vereinigten
Staaten*

Auch gegenüber dem Yen hatte der Euro im späten Frühjahr und im Sommer Einbußen zu verzeichnen, nachdem er im vergangenen Jahr noch um über ein Viertel an Wert gewonnen hatte. Diese sind zum einen auf ein höher als

*Gemeinschafts-
währung verliert
auch gegenüber
Yen ...*



erwartet ausgefallenes Wirtschaftswachstum in Japan für das erste Quartal zurückzuführen. Zum anderen dürfte der Yen auch von der gestiegenen Unsicherheit an den internationalen Finanzmärkten profitiert haben, was in der Vergangenheit bereits häufiger zu einem Kursanstieg der japanischen Währung geführt hat. Zuletzt notierte der Euro bei 137 Yen und damit etwa 4% schwächer als Ende März.

Kursverluste erlitt die Gemeinschaftswährung auch gegenüber dem Pfund Sterling. Ausschlaggebend waren in erster Linie wiederholte Signale der Bank von England, die Leitzinsen möglicherweise früher als von den Marktteilneh-

... und
 Pfund Sterling

mern erwartet zu erhöhen. Die überraschend zügige Erholung am britischen Arbeitsmarkt, infolge derer die Arbeitslosenquote im Vereinigten Königreich auf den niedrigsten Stand seit November 2008 gefallen war, trug ebenfalls zur Anpassung der Erwartungen der Marktteilnehmer bei und schwächte so den Euro-Pfund-Kurs. Zuletzt stand er bei 0,80 Pfund Sterling. Der Euro notierte damit rund 3% schwächer als am Ende des ersten Quartals.

Gegenüber den Währungen der 20 wichtigsten Handelspartner hat der Euro im Vergleich zu Ende März rund 2½% abgewertet. Zuletzt notierte die Gemeinschaftswährung damit rund 1% unter dem Stand zu Beginn der Währungsunion. Auch real betrachtet – also unter Berücksichtigung der gleichzeitig bestehenden Inflationsdifferenzen zwischen dem Euro-Währungsgebiet und den wichtigen Handelspartnern – hat der effektive Euro im Berichtszeitraum an Wert verloren. Hierdurch hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern aus dem Euro-Raum verbessert. Sie ist aber dennoch etwas ungünstiger einzuschätzen als im langfristigen Durchschnitt.

Auch effektiver Wechselkurs des Euro notiert schwächer

Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

Die Anleihemärkte des Euro-Raums standen im Berichtszeitraum sowohl in der Erwartung geldpolitischer Lockerungsmaßnahmen als auch unter dem Einfluss verschärfte geopolitischer Spannungen, die der Nachfrage nach sicheren Anleihen zusätzlichen Schub verliehen. Diese Sicherheitszuflüsse, die Leitzinssenkung und die Ankündigung von Sondermaßnahmen des Eurosystems trugen dazu bei, dass sich der Rückgang der Kapitalmarktrenditen in Europa fortsetzte. Zuletzt erreichte das Renditeniveau europäischer Staatsanleihen in vielen EWU-Ländern – so auch in Deutschland – neue Tiefstände (vgl. Schaubild auf S. 53). Insgesamt fiel die BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Anleihen von EWU-Staaten (ohne Deutschland) seit Ende März von 2,7% auf 2,1%, verglichen mit einem

Europäische Anleihemärkte geprägt durch niedrige Zinsen

Renditerückgang laufzeitgleicher Bundesanleihen um 54 Basispunkte auf etwas über 0,9%.

Starker Zinsrückgang bei Staatsanleihen in der EWU-Peripherie

Dabei sind die Renditen von Staatsanleihen der Peripherieländer des Euro-Gebiets überdurchschnittlich stark zurückgegangen. Innerhalb dieser Ländergruppe zeigten sich allerdings unterschiedliche Entwicklungen. So ist das Zinsniveau in Spanien stärker gesunken als in Italien, nicht zuletzt weil sich die BIP-Wachstumserwartungen (Consensus Forecast) in Spanien vergleichsweise günstiger entwickelt haben. In beiden Ländern haben sich zugleich die Kreditrisikoprämien (Credit Default Swaps: CDS) ermäßigt. Im Ergebnis haben sich mit Ausnahme Portugals und Griechenlands die Renditeaufschläge lang laufender Staatsanleihen der Peripherieländer des Euro-Gebiets gegenüber laufzeitgleichen Bundstiteln eingengt.¹⁾ Der Vertrauensvorschuss der Marktteilnehmer in künftige Reformfortschritte hat sich damit der Tendenz nach erhöht.

Rückläufige Zinsen auch in den USA

Auch das Zinsniveau am US-amerikanischen Rentenmarkt stand angesichts geopolitischer Risiken unter dem Eindruck von „Safe Haven“-Flüssen. Im Ergebnis fielen die Renditen zehnjähriger US-Treasuries im Berichtszeitraum von 2,75% auf 2,4%. Zugleich behielt die US-Notenbank ihren Kurs bei, die monatlichen Käufe von Treasuries und Hypothekenanleihen in Schritten von zusammen 10 Mrd US-\$ zu reduzieren. Da der Renditerückgang von US-Staatsanleihen schwächer ausfiel als derjenige deutscher Bundesanleihen, erreichte der Zinsabstand zehnjähriger US-Treasuries zu laufzeitgleichen Bundesanleihen zuletzt ein Niveau von 147 Basispunkten, während er im März noch bei 125 Basispunkten gelegen hatte. Er bewegte sich damit in der Nähe seines Höchststandes seit Beginn der Währungsunion.

Zinsstrukturkurve aus Bundeswertpapieren erneut verflacht

Die deutsche Zinsstrukturkurve, die aus den Renditen von Bundeswertpapieren ermittelt wird, hat sich seit Ende März – gemessen am Renditeabstand von zehnjährigen gegenüber zweijährigen Anleihen – um 40 Basispunkte auf 111 Basispunkte abgeflacht. Damit setzte sich

Anleiherenditen in Deutschland, im übrigen Euro-Raum und in den USA

Monatswerte



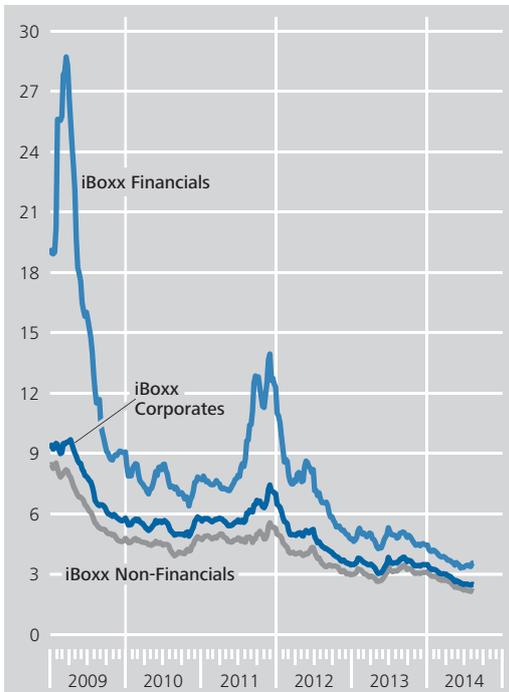
Quelle: Bloomberg und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

die Einengung des Zinsgefälles fort, das zu Jahresbeginn noch bei 187 Basispunkten gelegen hatte. Die Verflachung der Zinsstruktur spiegelt in erster Linie die Erwartung eines für längere Zeit niedrigen Kurzfristzinses wider, zu der die geldpolitischen Maßnahmen des EZB-Rats maßgeblich beigetragen haben. Änderungen der Terminprämien waren dagegen von geringerer Bedeutung.

¹ In Portugal haben die Schwierigkeiten einer Privatbank, die vom Staat gestützt werden musste, den Renditerückgang gebremst.

Renditen für Unternehmensanleihen im Euro-Raum^{*)}

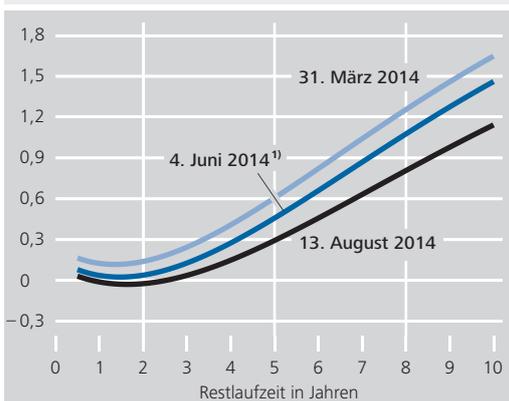
in %, Wochendurchschnitte



Quelle: Markt. * BBB-Anleihen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren.
 Deutsche Bundesbank

Zinsstruktur am deutschen Rentenmarkt^{*)}

in %



* Zinssätze für (hypothetische) Nullkuponanleihen (Svensson-Methode), basierend auf börsennotierten Bundeswertpapieren.
 1 Tag vor der jüngsten Zinssenkung durch den EZB-Rat.
 Deutsche Bundesbank

Inflationserwartungen verankert

Die fünfjährige Termininflationssrate in fünf Jahren auf Basis von Inflationsswaps blieb im Ergebnis wenig verändert bei 2,1% per annum. Die längerfristigen Inflationserwartungen sind vor diesem Hintergrund im derzeitigen Zinsumfeld als verankert anzusehen.

Die Finanzierungsbedingungen europäischer Unternehmen am Kapitalmarkt haben sich seit Ende des ersten Quartals weiter verbessert. Im Juli wurden bei Renditen von Unternehmensanleihen die tiefsten Stände seit Beginn der Währungsunion erreicht, sodass es für Unternehmen aus dem Euro-Raum seither noch nie so günstig war, sich am Anleihemarkt zu finanzieren. Im Ergebnis verringerten sich für europäische finanzielle Unternehmen die Renditen von Anleihen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren und einem BBB-Rating seit Ende März von 3,8% auf zuletzt 3,5%.²⁾ Die entsprechenden Anleiherenditen von europäischen nichtfinanziellen Unternehmen sanken ebenfalls, und zwar von 2,7% auf 2,1%. Nach zunächst rückläufigen Renditeaufschlägen gegenüber Bundesanleihen setzte im Juni allerdings eine Gegenbewegung ein, weil die Erwartung einer weiterhin lockeren Geldpolitik und die „Flucht in die Sicherheit“ ihren Widerhall am Markt für Bundeswertpapiere in Form stark sinkender Renditen fand. Entsprechend weiteten sich die Renditeaufschläge europäischer Unternehmensanleihen seither etwas aus; sie liegen damit aber noch immer geringfügig (5 Basispunkte) unter dem Stand von Ende März.

Finanzierungskosten von Unternehmen am Kapitalmarkt auf historischem Tiefstand

Die Prämien für Kreditausfallversicherungen von Unternehmen sind ebenfalls gefallen. Vor dem Hintergrund des fortbestehenden globalen Niedrigzinsumfelds deutet dies auf eine weiter recht niedrige Kompensation der Investoren für implizit erwartete Kreditausfallverluste hin.

CDS-Spreads gefallen

Das Brutto-Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im zweiten Quartal 2014 auf 358½ Mrd €; es lag somit deutlich unter dem Wert des Vorquartals (395½ Mrd €). Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden im Ergebnis inländische Schuldverschreibungen im Wert von 1 Mrd € getilgt. Ausländische Schuldner brachten Pa-

Gesunkener Nettoabsatz am Rentenmarkt

²⁾ Hierbei werden Renditen von Anleihen der Unternehmen aus den nach Ratingklassen unterschiedenen Anleiheindizes von iBoxx zugrunde gelegt.

piere im Wert von 28 Mrd € am deutschen Markt unter. Das Mittelaufkommen am deutschen Rentenmarkt betrug im Berichtszeitraum somit im Ergebnis 27 Mrd €.

*Größere Mittel-
aufnahme
öffentlicher
Stellen*

Die öffentliche Hand nahm den Rentenmarkt im Frühjahrsquartal mit 14½ Mrd € in Anspruch, verglichen mit 4 Mrd € im Dreimonatsabschnitt zuvor. In diesen Zahlen sind auch die Emissionen von Abwicklungsanstalten deutscher Banken enthalten, die statistisch dem öffentlichen Sektor zuzurechnen sind. Der Bund selbst emittierte vor allem zehnjährige und 30-jährige Anleihen (13 Mrd € bzw. 2½ Mrd €). Zudem begab er eine langfristige inflationsindexierte Anleihe in einem Umfang von 2 Mrd €. Dem standen Nettotilgungen von Bundesobligationen sowie von unverzinslichen Bubills in Höhe von jeweils 3½ Mrd € gegenüber. Die Länder emittierten im Berichtsquartal im Ergebnis eigene Anleihen für 5½ Mrd €.

*Nettotilgungen
von Unter-
nehmens-
anleihen*

Inländische Unternehmen, die einen Großteil ihres Finanzbedarfs aus internen Quellen decken, tilgten im zweiten Vierteljahr 2014 Schuldverschreibungen für per saldo 5 Mrd €. Bei diesen handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um Titel mit Laufzeiten von bis einem Jahr. Dabei standen einer gestiegenen Kapitalmarktverschuldung von Finanzunternehmen Nettotilgungen nichtfinanzieller Unternehmen in Höhe von 6½ Mrd € gegenüber.

*Nettotilgungen
der Kredit-
institute*

Wie bereits im Vorquartal führten die inländischen Kreditinstitute ihre Kapitalmarktverschuldung zurück, und zwar um 10 Mrd €, verglichen mit 17½ Mrd € im ersten Quartal. Dabei tilgten sie vor allem Öffentliche Pfandbriefe (8 Mrd €), in geringerem Umfang auch die flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen (3½ Mrd €) sowie Hypothekendarlehen (2 Mrd €). Dem standen Nettoemissionen von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute in Höhe von 3½ Mrd € gegenüber.

Als Erwerber am heimischen Anleihemarkt traten von April bis Juni vor allem inländische Nichtbanken in Erscheinung, die Rentenwerte

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Mrd €

Position	2013	2014	
	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Schuldverschreibungen			
Inländer	27,3	1,2	16,6
Kreditinstitute	- 2,5	- 5,4	1,2
darunter:			
ausländische			
Schuldverschreibungen	8,9	5,0	2,3
Deutsche Bundesbank	- 3,7	- 2,3	- 4,4
Übrige Sektoren	33,6	8,9	19,8
darunter:			
inländische			
Schuldverschreibungen	7,7	- 15,3	- 9,8
Ausländer	- 14,9	14,7	10,3
Aktien			
Inländer	11,5	10,7	15,7
Kreditinstitute	- 1,1	7,2	2,8
darunter:			
inländische Aktien	- 1,3	5,7	0,5
Nichtbanken	12,6	3,5	12,9
darunter:			
inländische Aktien	7,0	1,2	1,8
Ausländer	1,6	- 6,0	7,7
Investmentzertifikate			
Anlage in Spezialfonds	13,0	20,9	11,7
Anlage in Publikumsfonds	1,5	2,7	2,5
darunter:			
Aktienfonds	- 1,0	- 0,6	0,4

Deutsche Bundesbank

für 20 Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Dabei standen ausländische Titel, die typischerweise höhere Renditen aufweisen als beispielsweise Bundesanleihen, stark im Fokus ihres Anlageinteresses (30 Mrd €). Ausländische Investoren erwarben deutsche Schuldverschreibungen für 10½ Mrd €, wobei es sich im Ergebnis überwiegend um Titel privater Emittenten handelte. Auch die heimischen Kreditinstitute kauften zinstragende Papiere, und zwar für 1 Mrd €.

*Erwerb von
Schuldver-
schreibungen
vor allem durch
inländische
Nichtbanken*

Die internationalen Aktienmärkte entwickelten sich im Frühjahr noch überwiegend freundlich (vgl. Schaubild auf S. 56). Bis in den Juli hinein stiegen die Aktienkurse; einige Indizes wie der amerikanische S&P 500 oder der deutsche DAX, bei dem es sich allerdings um einen Performance-Index handelt, verzeichneten Rekordstände. Neben der durch die Leitzinssenkung und die Sondermaßnahmen des Eurosystems begründeten Erwartung auf längerfristig niedrige Zinsen stützte sich der Kursanstieg der

*Aktienmärkte
uneinheitlich*



europäischen Aktien auf ein positives Konjunkturbild und einen Anstieg der langfristigen Gewinnerwartungen. Im Juli trübten sich dann allerdings das konjunkturelle Bild und die Gewinnaussichten ein. Während die Quartalsergebnisse für US-amerikanische Aktiengesellschaften überwiegend besser als von den Analysten erwartet ausfielen, zeigte sich für deutsche Unternehmen kein vergleichbar positives Bild. Zudem rückten geopolitische Risiken stärker in den Vordergrund. Insbesondere mit dem Konflikt um die Ukraine verbanden die Marktteilnehmer in Europa und Deutschland die Sorge, dass die daraus resultierenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland die Unternehmen belasten könnten. Im Ergebnis haben sich die Aktienmärkte seit Ende des ersten Quartals uneinheitlich entwickelt: US-amerikanische Aktien, gemessen am S&P 500, gewannen 4%, während in Europa der Euro Stoxx 5% und der CDAX-Kursindex 6% verloren.

Die Aktienmarktentwicklung in Europa stand nicht zuletzt unter dem negativen Einfluss europäischer Bankaktien; diese verzeichneten mit 11% deutlich stärkere Verluste als der Gesamtmarkt. Neben der akuten Krise einer portugiesischen Bank im Juli spielte hierbei möglicherweise auch die Unsicherheit über die Ergebnisse der Bilanzprüfung eine Rolle, die derzeit vor der Einführung des einheitlichen europäischen Überwachungsmechanismus durchgeführt wird. Ratingagenturen begründeten zudem verschlechterte Ratingausblicke damit, dass im Falle einer Schieflage staatliche Rettungsmaßnahmen nach Einführung des europäischen Abwicklungsmechanismus weniger wahrscheinlich seien. Kapitalerhöhungen im Bankensektor, um die künftigen Eigenkapitalstandards zu erfüllen, setzten die Kurse zusätzlich unter Druck. Einzig spanische Bankaktien verzeichneten leichte Kursgewinne, worin eine positive Markteinschätzung der eingeleiteten Reformen zum Ausdruck kommt.

Erhebliche Kursverluste europäischer Banken

Die mittels eines Dividendenbarwert-Modells errechneten impliziten Aktienrisikoprämien für den Euro Stoxx und den S&P 500 verharrten bei 8,5% beziehungsweise 5,8%. Während die von den Anlegern geforderte Kompensation für ein Aktienengagement damit für europäische Werte über dem langfristigen Durchschnitt liegt, notiert sie für amerikanische Werte leicht darunter. Angesichts der Kursrückgänge und kaum veränderter Gewinnerwartungen ist das Kurs-Gewinn-Verhältnis auf der Grundlage 12-monatiger Gewinnwachstumsenerwartungen für den Euro Stoxx zuletzt auf 13,8 gesunken, während es für den S&P 500 verglichen mit Ende März noch weiter gestiegen ist. Beide Bewertungsindikatoren liegen weiterhin über den fünfjährigen Durchschnitt, was nach wie vor auf eine relativ hohe Bewertung von Aktien hindeutet.

Kurs-Gewinn-Verhältnis weiterhin hoch

Die Emissionstätigkeit am heimischen Aktienmarkt hat sich im zweiten Vierteljahr etwas belebt. Inländische Unternehmen emittierten neue Aktien für 10 Mrd €; dabei handelte es sich überwiegend um börsennotierte Dividenden-

Mittelaufnahme am Aktienmarkt und Aktienwerb etwas belebt

titel. Ein Großteil entfiel hierbei auf eine Kapitalerhöhung eines DAX-Unternehmens. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg um 13 ½ Mrd €. Erworben wurden Dividendenpapiere in erster Linie von heimischen Nichtbanken (13 Mrd €) und ausländischen Investoren (7 ½ Mrd €). Inländische Kreditinstitute kauften Dividendenwerte in Höhe von 3 Mrd €. Bei den beiden inländischen Erwerbergruppen standen jeweils ausländische Werte im Vordergrund des Kaufinteresses.³⁾

Lebhafter Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten

Inländische Investmentgesellschaften verzeichneten im Berichtsquartal einen Mittelzufluss in Höhe von 14 Mrd €, nach einem Aufkommen von 23 ½ Mrd € in den vorangegangenen drei Monaten. Die neuen Mittel kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (11 ½ Mrd €). In den einzelnen Anlageklassen haben hauptsächlich Aktienfonds (5 Mrd €), aber auch Gemischte Fonds und Gemischte Wertpapierfonds (je 3 ½ Mrd €) neue Anteile untergebracht. Am deutschen Markt vertriebene Fonds ausländischer Gesellschaften konnten im zweiten Quartal 2014 im Ergebnis neue Mittel für 8 ½ Mrd € akquirieren. Auf der Erwerberseite dominierten gebietsansässige Nichtbanken, die Anteilscheine für 21 ½ Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Hierunter befanden sich in erster Linie heimische Papiere. Ausländische Investoren und inländische Kreditinstitute erwarben Investmentzertifikate für jeweils ½ Mrd €.

■ Direktinvestitionen

Kapitalexporte im Bereich der Direktinvestitionen

Ebenso wie im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr, welcher Mittelabflüsse im Umfang von netto 22 ½ Mrd € verzeichnete, ergaben sich im Bereich der Direktinvestitionen im zweiten Quartal 2014 Netto-Kapitalexporte, und zwar in Höhe von 16 Mrd €.

Ausschlaggebend war die vergleichsweise hohe Mittelbereitstellung gebietsansässiger Unter-

³ Zu den Direktinvestitionen siehe unten.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2013	2014	
	2. Vj. p)	1. Vj. p)	2. Vj. p)
I. Leistungsbilanz	+ 46,8	+ 49,4	+ 44,1
1. Warenhandel ¹⁾	+ 56,0	+ 53,1	+ 53,1
2. Dienstleistungen ²⁾	- 11,7	- 7,1	- 8,7
3. Primäreinkommen	+ 9,9	+ 18,2	+ 6,6
4. Sekundäreinkommen	- 7,4	- 14,8	- 6,9
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,6
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 67,2	+ 66,7	+ 64,2
1. Direktinvestition	+ 15,0	+ 25,3	+ 15,8
Inländische Anlagen im Ausland	+ 30,7	+ 27,1	+ 23,2
Ausländische Anlagen im Inland	+ 15,7	+ 1,7	+ 7,3
2. Wertpapieranlagen	+ 52,3	+ 31,2	+ 22,7
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 39,1	+ 40,5	+ 41,3
Aktien ³⁾	+ 3,3	+ 3,4	+ 4,9
Investmentfondsanteile ⁴⁾	+ 4,1	+ 9,7	+ 8,6
darunter:			
Geldmarktfondsanteile	- 1,1	+ 1,1	- 2,0
langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	+ 32,0	+ 22,5	+ 27,6
darunter:			
denominiert in Euro ⁶⁾	+ 24,9	+ 22,3	+ 23,9
kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	- 0,2	+ 4,9	+ 0,2
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	- 13,2	+ 9,3	+ 18,6
Aktien ³⁾	+ 2,5	- 5,3	+ 7,7
Investmentfondsanteile	- 0,8	- 0,1	+ 0,7
langfristige Schuldverschreibungen ⁵⁾	- 18,5	+ 7,9	+ 11,0
darunter: öffentliche Emittenten ⁸⁾	+ 3,8	+ 19,7	+ 9,7
kurzfristige Schuldverschreibungen ⁷⁾	+ 3,6	+ 6,8	- 0,6
3. Finanzderivate ⁹⁾	+ 4,7	+ 5,0	+ 9,0
4. Übriger Kapitalverkehr ¹⁰⁾	- 4,9	+ 5,8	+ 17,3
Monetäre Finanzinstitute	+ 13,3	- 0,8	+ 41,8
Unternehmen und Privatpersonen ¹¹⁾	- 10,2	+ 18,4	- 4,0
Staat	- 6,0	+ 6,0	- 3,5
Bundesbank	- 2,1	- 17,9	- 17,1
5. Währungsreserven ¹²⁾	+ 0,1	- 0,6	- 0,6
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹³⁾	+ 19,5	+ 15,7	+ 19,5

¹ Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ² Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. ³ Einschl. Genussscheine. ⁴ Einschl. reinvestierter Erträge. ⁵ Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁶ Einschl. noch ausstehender DM-Auslandsanleihen. ⁷ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. ⁸ Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt. ⁹ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. ¹⁰ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ¹¹ Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. ¹² Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingten Änderungen. ¹³ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

*Deutsche
Direkt-
investitionen
im Ausland*

nehmen an das Ausland, die im zweiten Quartal bei 23 Mrd € lag. Dabei haben die Unternehmen im Wesentlichen den Bestand an Beteiligungskapital im engeren Sinne aufgestockt (10½ Mrd €), Gewinne reinvestiert (8½ Mrd €) und Direktinvestitionskredite ausgeweitet (4½ Mrd €).⁴ Bei Letzteren stand einer Ausweitung der Finanzkredite (5 Mrd €) – insbesondere an ausländische Tochtergesellschaften – eine Rückführung der Handelskredite (½ Mrd €) gegenüber. Eine besondere Rolle spielten im Berichtszeitraum die Beziehungen zu Schweden, der Schweiz, Luxemburg und dem Vereinigten Königreich. Während die deutschen Direktinvestitionen in Schweden (7 Mrd €) – insbesondere im Fahrzeugbau – und Luxemburg (3 Mrd €) vorwiegend durch die Aufstockung des Beteiligungskapitals getätigt wurden, erfolgte die Ausweitung des Engagements in der Schweiz (3 Mrd €) und dem Vereinigten Königreich (2 Mrd €) über Direktinvestitionskredite.

Ausländische Investoren weiteten ihr Engagement in Deutschland im zweiten Quartal leicht

aus (7½ Mrd €). Der Kapitalaufbau erfolgte dabei hauptsächlich über konzerninterne Kredite (7 Mrd €). Ein wichtiges Herkunftsland waren die Niederlande (5 Mrd €). Die ausländischen Tochtergesellschaften hiesiger Unternehmen an diesem beliebten Standort deutscher Finanzierungsgesellschaften stellten ihren in Deutschland ansässigen Muttergesellschaften überwiegend Mittel zur Verfügung, die sie zuvor über die Emission von Wertpapieren am internationalen Kapitalmarkt aufgenommen hatten.

*Ausländische
Direkt-
investitionen
im Inland*

⁴ Mit der Umsetzung der 6. Auflage des Handbuchs zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus des Internationalen Währungsfonds (BPM6) in Deutschland werden die Kreditbeziehungen verbundener Unternehmen nach dem Asset-Liability-Prinzip dargestellt. Damit enthalten Direktinvestitionskredite an das Ausland neben den von inländischen Muttergesellschaften vergebenen Krediten auch diejenigen hier ansässiger Niederlassungen an ihre gebietsfremden Eigner. Entsprechendes gilt für die aus dem Ausland zufließenden Direktinvestitionskredite. Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus, Monatsbericht, Juni 2014, S. 59–70.

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

Wirtschaftsleistung hat im Frühjahr 2014 überraschend nachgegeben

Die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland ist der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge im zweiten Vierteljahr 2014 saison- und kalenderbereinigt um 0,2% unter den Stand des Vorquartals gefallen. Dabei spielte zwar eine Rolle, dass in einigen witterungsabhängigen Wirtschaftsbereichen aufgrund der außergewöhnlich milden Temperaturen zu Jahresbeginn deutlich mehr als saisonüblich produziert worden war, was im Berichtszeitraum die Vorquartalsrate rechnerisch nach unten drückte.¹⁾ Hinzu kam aber, dass der Konjunkturverlauf hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Zum einen belastete die deutsche Wirtschaft, dass sich der Euro-Raum weiterhin nur langsam erholt und das Wachstum auf Drittmärkten verhalten geblieben ist. Zum anderen kristallisierten sich die zunehmenden geopolitischen Spannungen in letzter Zeit immer stärker als Belastungsfaktor heraus. Direkte realwirtschaftliche Auswirkungen über den Handelskanal waren in den Frühjahrsmonaten zwar noch nicht in nennenswertem Umfang zu spüren. Die Stimmung der Unternehmen hat unter der Verschärfung der Lage in den internationalen Krisenregionen aber zweifelsohne gelitten. Dies dürfte zu vorsichtigeren Dispositionen geführt haben.

Potenzialwachstum wird im ersten Halbjahr nicht ganz erreicht

Wird zur Ausschaltung der Witterungseffekte die Wirtschaftsentwicklung über die gesamte erste Jahreshälfte betrachtet, so belief sich das Expansionstempo des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf ¼% pro Quartal. Der Zuwachs hat sich damit gegenüber dem zweiten Halbjahr 2013 vermindert, und auch das Potenzialwachstum wurde nicht mehr ganz erreicht. Der Nutzungs-

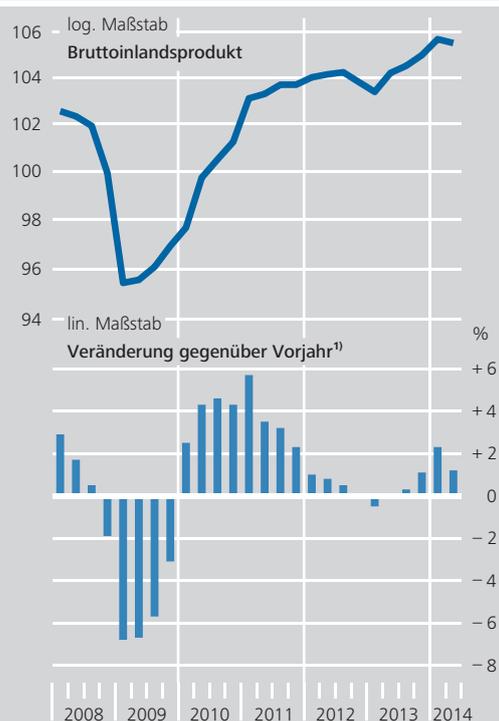
grad der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten hat sich dementsprechend seit dem Jahreswechsel 2013/2014 etwas verringert, blieb aber im Korridor der Normalauslastung. Dies hängt damit zusammen, dass die binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte grundsätzlich intakt geblieben sind.

Zum aktuellen Veröffentlichungstermin wurde eine Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) umgesetzt. Die auffälligste Veränderung betrifft die Anhebung des nominalen BIP über den gesamten Rechenzeitraum (vgl. dazu die Erläuterungen auf S. 60 f.). Dies hat Einfluss auf zentrale makroökonomische Kennzahlen, die beispielsweise im Rahmen von Überwachungsverfahren auch wirtschaftspolitische Bedeutung haben. Zur Jahresmitte erfolgte überdies eine umfassende Revision der Zahlungsbilanzstatistik.²⁾ Durch die

Leistungsbilanzüberschuss in Prozent des BIP im Zuge statistischer Generalrevision wahrnehmbar abgesenkt

Gesamtwirtschaftliche Produktion

2010 = 100, preis- und saisonbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

1 Dieser Effekt kann auf rd. 0,3 Prozentpunkte beziffert werden. Siehe dazu: Deutsche Bundesbank, Wettereffekte auf das Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr 2013/2014, Monatsbericht, Mai 2014, S. 58 f.

2 Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus, Monatsbericht, Juni 2014, S. 59–70.

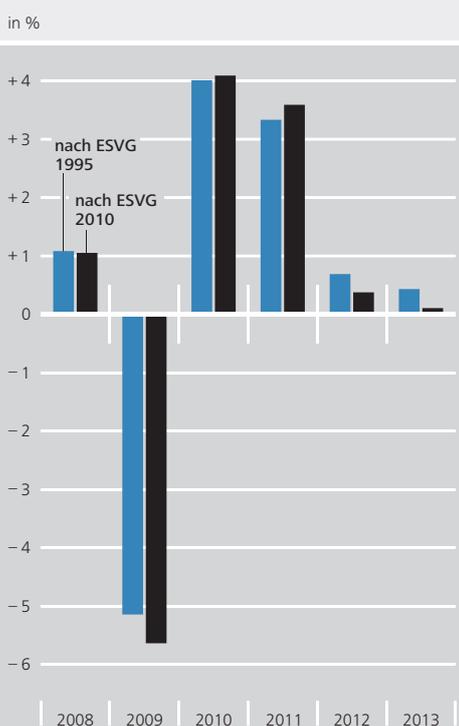
Auswirkungen der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 auf das Bruttoinlandsprodukt

Mit der Schnellmeldung zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2014 hat das Statistische Bundesamt erste Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf Basis des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) veröffentlicht. Die neuen Rechnungslegungsvorschriften basieren auf den aktuell gültigen, international abgestimmten Konventionen für gesamtwirtschaftliche Rechenwerke, die im System of National Accounts 2008 (SNA 2008) niedergelegt sind. Damit wird das aus dem SNA 1993 abgeleitete ESGV 1995 ersetzt. Vorgesehen ist eine vollständige Rückrechnung der VGR bis ins Jahr 1991.¹⁾ Über die methodischen Änderungen hinaus wurden – wie zum Sommertermin üblich – die VGR-Angaben der letzten dreieinhalb Jahre revidiert. Dabei wurden die Informationen

nachlaufender Basisstatistiken, insbesondere aus den Jahresehebungen für 2012, eingearbeitet.

Die mit Blick auf das BIP quantitativ bedeutendste methodische Neuerung ist die Erfassung der Forschungs- und Entwicklungsleistungen (FuE) sowie der Ausgaben für militärische Waffensysteme als Investitionen.²⁾ Bislang wurden FuE-Aufwendungen als Vorleistungen behandelt, welche bei der Bestimmung der Bruttowertschöpfung vom Produktionswert abgezogen werden. Für die FuE-Aufwendungen der Unternehmen ergibt sich durch die Zuordnung zu den Bruttoanlageinvestitionen eine direkte BIP-erhöhende Wirkung. Die Umbuchung der staatlichen FuE-Aufwendungen bewirkt für sich genommen hingegen keine BIP-Erhöhung, da sie in den alten VGR über die Vorleistungen Bestandteil der (staatlichen) Konsumausgaben waren. Allerdings wird die Wertschöpfung im öffentlichen Bereich weitgehend über die Kostenseite berechnet, sodass die zusätzlich zu berücksichtigenden Abschreibungen auf die FuE-Investitionen indirekt zu einer Erhöhung des BIP führen. Der gleiche Effekt tritt bei den Aufwendungen für militärische Waffensysteme auf, welche bisher den (staatlichen) Konsumausgaben zugerechnet wurden und nach dem ESGV 2010 ebenfalls als Investitionen gelten.

Wachstumsraten des realen BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt.
 Deutsche Bundesbank

¹ Detaillierte Ergebnisse der VGR-Generalrevision 2014 werden am 1. September 2014 vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

² Vgl.: A. Braakmann, Revidierte Konzepte für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: *Wirtschaft und Statistik*, August 2013, S. 521–527; sowie Statistisches Bundesamt, VGR-Generalrevision 2014: Erste Ergebnisse und Hintergründe, Hintergrundpapier zur Pressemitteilung vom 14. August 2014.

Aus der Generalrevision der VGR resultiert im Wesentlichen eine Niveaushiftung des (nominalen) BIP nach oben. Im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2013 beträgt sie gut 3% gegenüber den bisherigen Angaben nach dem ESVG 1995 und liegt damit im Rahmen der Erwartungen. Die Wachstumsdynamik der deutschen Volkswirtschaft zeigt sich nach der Neuberechnung demgegenüber nur wenig verändert. Die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP beläuft sich im Zeitraum 1991 bis 2013 unverändert auf 1,3%. Auch der konjunkturelle Verlauf erscheint in keinem grundlegend neuen Licht. Allerdings sind die zyklischen Bewegungen etwas stärker ausgeprägt als nach dem bisherigen Rechenstand. Gerade der schwere Einbruch der Wirtschaftsleistung im Jahr 2009 stellt sich mit einer Rate von –5,6% noch deutlicher dar als vor der Revision (–5,1%). Dies gilt auch für den Aufschwung in den Jahren

2010 und 2011, der kumuliert um gut 0,3 Prozentpunkte kräftiger ausfällt. Im Verlauf des Jahres 2012 hat sich die gesamtwirtschaftliche Expansion der neuen Rechnung zufolge deutlicher abgeschwächt und der Rückgang im Winterhalbjahr 2012/2013 stellt sich etwas stärker dar. Der Befund, dass die deutsche Volkswirtschaft im weiteren Verlauf des Jahres 2013 wieder auf einen Wachstumspfad zurückgekehrt ist, hat weiterhin Bestand. Allerdings fällt das BIP-Wachstum für die beiden letzten Jahre schwächer aus als bisher berichtet. Bei der Interpretation der Revisionen für die vergangenen beiden Jahre ist zu berücksichtigen, dass die üblichen Datenrevisionen am aktuellen Rand eine deutlich größere Rolle spielen dürften als die methodischen Änderungen.

konzeptionellen Neuerungen in den beiden statistischen Rechenwerken überschreitet im Ergebnis der Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Volkswirtschaft den Schwellenwert in Höhe von 6% des BIP seit 2006 nur noch in der Hälfte der Jahre und nicht wie zuvor gemeldet praktisch ausnahmslos.³⁾ Im ersten Halbjahr 2014 belief er sich saisonbereinigt auf 6,9%.

wohingegen die Exporte in Staaten außerhalb des Euro-Raums insgesamt kaum anstiegen. Zwar nahmen die Exporte in die USA und nach China Fahrt auf, bei den Lieferungen nach Japan gab es aber erneut einen kräftigen Rückschlag. Der Warenabsatz in den mittel- und osteuropäi-

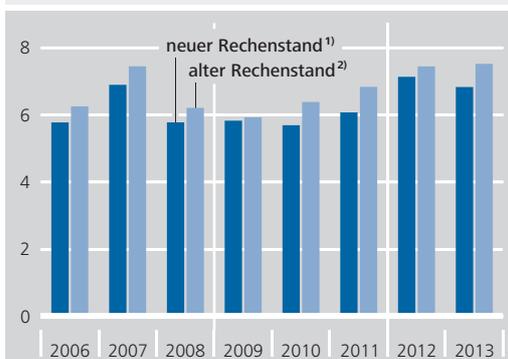
Warenexporte
 erneut nur
 wenig gestiegen

Das Auslandsgeschäft der deutschen Unternehmen nahm im zweiten Quartal 2014 erneut nur wenig zu. So stiegen die Warenexporte preis- und saisonbereinigt um $\frac{3}{4}$ % gegenüber dem Vorquartal, in dem der Zuwachs $\frac{1}{2}$ % betragen hatte. Überdurchschnittlich erhöhten sich diesmal die Lieferungen in die EWU-Partnerländer,

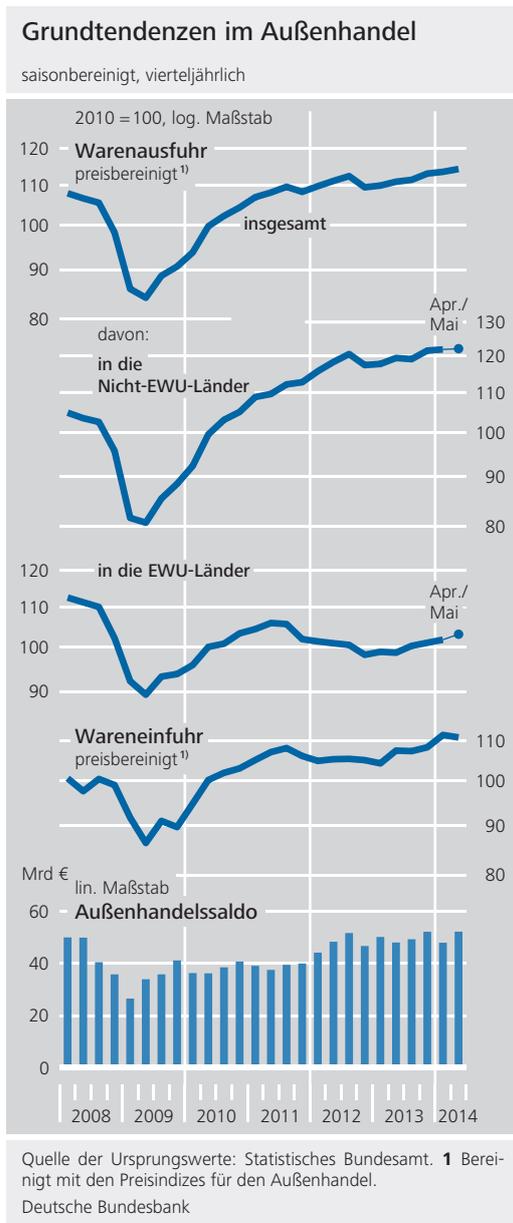
³ Der Schwellenwert ist im Rahmen des EU-Verfahrens zur Überwachung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte relevant. Vgl. dazu z. B.: Deutsche Bundesbank, Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft, Geschäftsbericht 2013, S. 43–65; und: Deutsche Bundesbank, Die außenwirtschaftliche Position Deutschlands vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftspolitischer Überwachung, Monatsbericht, Oktober 2011, S. 41–60.

Leistungsbilanzüberschuss

in % des BIP



¹ Leistungsbilanzsaldo nach Balance of Payments and International Investment Position Manual, Sixth Edition (BPM6), BIP nach Europäischem System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010. ² Leistungsbilanzsaldo nach BPM5, BIP nach ESVG 1995.



Exporte. Ein kleines Plus gab es preisbereinigt zudem bei den Ausfuhren anderer Investitionsgüter wie DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie elektrischen Ausrüstungen, nach kräftigem Anstieg im Winter. Demgegenüber lagen die Exporte von Maschinen und von Vorleistungsgütern jeweils nur wenig über dem Vorquartalsstand. Die Ausfuhren von Konsumgütern nahmen leicht zu.

Kfz-Exporte weiterhin Stütze des Auslands-geschäfts

Bei den Warenimporten hat sich die seit Beginn des vorigen Jahres beobachtbare Aufwärtsbewegung im zweiten Jahresviertel nicht fortgesetzt. Mit ½% verminderten sie sich in realer Rechnung saisonbereinigt leicht gegenüber dem Vorquartal. Die schwächere Nachfrage nach ausländischen Erzeugnissen traf die Lieferanten aus dem Euro-Raum in etwas stärkerem Maße als die Anbieter aus Drittstaaten. Besonders kräftig gingen die Käufe von Investitionsgütern zurück. Ausschlaggebend dafür waren die erheblich geringeren Importe aus dem Bereich des sonstigen Fahrzeugbaus, was im Zusammenhang mit der schwächeren Nachfrage nach Produkten der europäischen Luftfahrtindustrie stand. Demgegenüber zogen die Lieferungen von Kraftwagen und -teilen aus dem Ausland spürbar an. Zudem wurden erneut mehr Erzeugnisse der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie elektrische Ausrüstungen importiert. Bei den Bezügen von Maschinen aus dem Ausland schlug im Einklang mit der verhaltenen inländischen Investitionstätigkeit ein spürbares Minus zu Buche, nachdem es im Quartal zuvor einen deutlichen Anstieg gegeben hatte. Es mag mit der im Unternehmenssektor wieder stärker um sich greifenden Vorsicht zusammenhängen, dass sich die Einfuhren von Vorleistungsgütern merklich verringerten, nachdem der Bezug von Vor- und Zwischenprodukten im Winter kräftig zugelegt hatte. Die Einfuhren von Konsumgütern verminderten sich ebenfalls, während sich die Energielieferungen aus dem Ausland preisbereinigt wenig veränderten.

Importe leicht ermäßigt

schen EU-Staaten und im Vereinigten Königreich ließ in den ersten beiden Frühjahrsmonaten etwas nach, nachdem die Nachfrage nach deutschen Produkten dort seit verganginem Sommer beträchtlich expandiert hatte. Das Russlandgeschäft der deutschen Wirtschaft ist bereits seit Anfang des Jahres 2013 der Tendenz nach rückläufig. Bis Mai 2014 ist der Warenwert insgesamt um beinahe ein Fünftel gefallen. Offensichtlich haben sich die Rahmenbedingungen für den Handel mit Russland nicht erst seit der Zuspitzung der Ukraine Krise verschlechtert.

Als wichtigste Stütze des Auslandsgeschäfts erwiesen sich im Frühjahr einmal mehr die Kfz-

Die Investitionen der Unternehmen in neue Ausrüstungen reichten im Frühjahr saisonberei-

*Dämpfer bei den Ausrüstungs-
investitionen*

nigt wohl nicht ganz an das Volumen der Wintermonate heran. Die vor einem Jahr in Gang gekommene Erholung der Investitionstätigkeit hat damit einen Dämpfer bekommen. Bis zur Jahresmitte war bei gut ausgelasteten Kapazitäten in der Breite der Wirtschaft von mindestens zufriedenstellenden Absatzperspektiven und begrenzten geopolitischen Risiken auszugehen. Inzwischen gibt es angesichts der verschärften Lage in einigen Krisenregionen Grund für die Befürchtung, dass das Investitionsklima Schaden nehmen könnte.

Bauinvestitionen im ersten Halbjahr aufgrund des Wettereffekts sehr volatil

Die Bauinvestitionen haben im Frühjahr den Vorquartalsstand saisonbereinigt klar unterschritten. Das kräftige Minus ist maßgeblich auf die technische Gegenbewegung infolge der witterungsbedingt stark erhöhten Produktion im ersten Quartal zurückzuführen. Wird zur weitgehenden Ausschaltung der Wettereffekte das Halbjahresergebnis betrachtet, so sollte sich eine leichte Zunahme gegenüber der zweiten Jahreshälfte 2013 zeigen.

Privater Konsum nach wie vor mit Aufwärtstendenz

Der private Konsum dürfte im Berichtszeitraum erneut zugelegt haben. Dafür spricht, dass sich das Konsumklima gemäß den Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) weiter verbessert hat. Zu den überaus optimistischen Einschätzungen der privaten Haushalte haben auch die gute Arbeitsmarktlage und die beachtlichen Lohnsteigerungen beigetragen. Infolgedessen blieb die Anschaffungsneigung auf ausgesprochen hohem Stand. Die Einzelhandelsunternehmen beurteilten im Berichtszeitraum ihre Geschäftslage ebenso günstig wie im ersten Jahresviertel. Die Branche konnte das Umsatzniveau, das im Winter kräftig gestiegen war, nicht ganz halten. Die privaten Haushalte nutzten die bereits über einen längeren Zeitraum vergleichsweise günstigen Heizölpreise, um ihre Vorräte aufzustocken. Demgegenüber wurden im Frühjahr weniger neue Pkw für die private Nutzung zugelassen.

■ Sektorale Tendenzen

Die Erzeugung der Industrie blieb im zweiten Vierteljahr 2014 saisonbereinigt um 1% hinter dem Stand des Vorquartals zurück. Dieses spürbare Minus kann zur Hälfte auf Brückentags- und Ferieneffekte zurückgeführt werden.⁴⁾ Die darüber hinausgehende Einschränkung der Produktion ist nur schwer mit der Indikatorenlage in Übereinstimmung zu bringen. Der Auftragszugang und auch die Produktionserwartungen waren jedenfalls bis ins Frühjahr hinein aufwärtsgerichtet, und Abstriche bei der Kapazitätsauslastung wurden nicht gemeldet.

*Industrie-
produktion
unerwartet
gesunken*

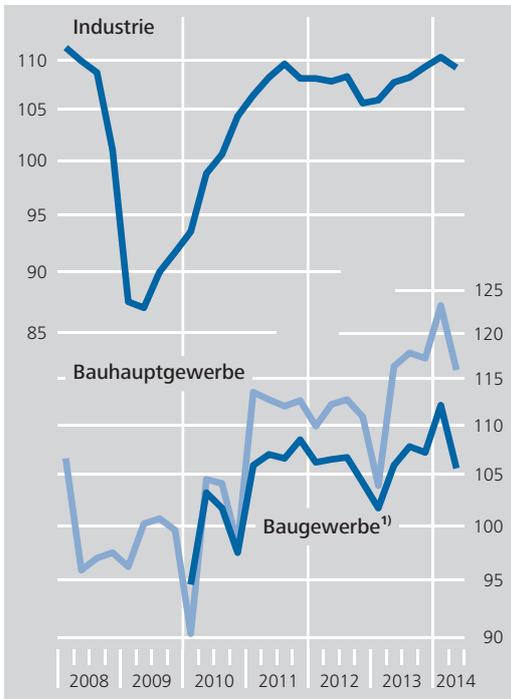
Die Investitionsgüterfertigung lief im Berichtszeitraum immer noch günstiger als die Erzeugung von Vor- und Zwischenprodukten. Dies gilt schon mit Blick auf die in der Produktionsstatistik veröffentlichten saisonbereinigten Vorquartalsraten von $-3/4\%$ beziehungsweise $-1\frac{1}{2}\%$. Geht man zudem davon aus, dass in den Investitionsgüter erzeugenden Branchen aufgrund der Produktionsabläufe Brückentags- und Ferieneffekte eine vergleichsweise große Rolle spielen, blieb die konjunkturelle Tendenz dort vergleichsweise stabil. In der Automobilindustrie wurde saisonbereinigt das im Dreimonatszeitraum zuvor kräftig ausgeweitete Fertigungsniveau praktisch gehalten. Das galt auch für die Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten sowie elektronischen und optischen Erzeugnissen. Der Maschinenbau schränkte das Produktionsvolumen trotz reichlicher Auftragsgänge nochmals ein. In der chemischen Industrie sank der Ausstoß ebenfalls das zweite Quartal in Folge, mit $4\frac{3}{4}\%$ sogar recht dras-

*Vorleistungs-
erzeuger stärker
als Investitions-
güterhersteller
betroffen*

⁴ Zum einen gab es für die Beschäftigten dadurch, dass der Maifeiertag in diesem Jahr auf einen Donnerstag fiel, eine zusätzliche Möglichkeit, ein verlängertes arbeitsfreies Wochenende zu nehmen. Dies dürfte die Produktion im zweiten Vierteljahr gedämpft haben. Zum anderen war durch den sehr späten Ostertermin die Zahl der Ferientage im ersten Jahresviertel so gering wie noch nie in einem Jahresauftaktquartal seit 1991. Dementsprechend konnte von Januar bis März 2014 vergleichsweise viel produziert werden. Da im zweiten Quartal eine saisonübliche Ferientagskonstellation vorlag, wird die saisonbereinigte Vorquartalsrate gedrückt. Fasst man beide Effekte zusammen, ergibt sich rechnerisch ein Minus von näherungsweise $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt für die Quartalsveränderung der Industrieproduktion.

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

führte damals zu einem weit unterdurchschnittlichen Produktionsausfall, was in der saisonbereinigten Betrachtung das Bauvolumen rechnerisch nach oben zog. Ferner dürften – ebenso wie in der Industrie – Brückentags- und Ferieneffekte von Bedeutung gewesen sein. Der Ausstoß im Bauhauptgewerbe, der im Allgemeinen kräftige witterungsbedingte Schwankungen aufweist, sank im Berichtszeitraum verglichen mit dem Vorquartal saisonbereinigt um 6%. Dabei war der Rückgang im Hochbau etwas stärker als im Tiefbau. Im Ausbaugewerbe, dessen Meldungen allerdings als sehr vorläufig anzusehen sind, gab die Leistung um 5¾% nach. Die Erzeugung von Energie erhöhte sich im Frühjahr leicht um ¼%.

Bauproduktion saisonbereinigt wegen des Wittereffekts mit starken Einbußen, Energieerzeugung leicht gestiegen

Die Aufwärtsbewegung bei den Dienstleistern dürfte sich im Berichtszeitraum in der Tendenz fortgesetzt haben. So wurde gemäß den Befragungen des ifo Instituts die Geschäftslage in wichtigen industrie- und konsumbezogenen Sparten weiterhin sehr positiv oder sogar besser als im ersten Quartal eingeschätzt. Gleichwohl machte sich in einigen Wirtschaftszweigen bemerkbar, dass das Produzierende Gewerbe nach dem guten Start ins Jahr 2014 im Frühjahr schwächelte. Dass davon das Transportgewerbe betroffen gewesen sein dürfte, legt der Rückgang der Fahrleistung inländischer Lkw auf mautpflichtigen Straßen nahe. Zudem liefen die Geschäfte des Großhandels nach dem kräftigen Umsatzanstieg im ersten Vierteljahr etwas ungünstiger. Der Kfz-Handel musste nach erfreulichem Jahresbeginn zwar Absatzeinbußen hinnehmen. Dahinter standen jedoch rückläufige Verkäufe an private Halter, während der Umsatz mit Gewerbetreibenden erneut leicht zulegen konnte. Die verbrauchsnahe Dienstleister profitierten vom günstigen Konsumklima. Der Absatz des Einzelhandels lag im Frühjahr nur geringfügig unter dem hohen Vorquartalsniveau. Das Gastgewerbe verbuchte ein Umsatzminus.

Positive konjunkturelle Tendenz im Dienstleistungssektor

tisch. Die Konsumgüterherstellung verringerte sich im Frühjahr im Vergleich zum Vorquartal nur wenig.

Industriekapazitäten weitgehend normal ausgelastet

Die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes meldeten im Juli einen Nutzungsgrad der Sachanlagen von 84% der betrieblichen Vollauslastung. Damit liegt die Kapazitätsauslastung seit Jahresanfang unverändert in Höhe des längerfristigen Mittels, das als Normalauslastung interpretiert werden kann. Im Einklang mit den Produktionseinbußen sank die Auslastung in der Vorleistungsgüterindustrie etwas, verblieb aber oberhalb des langfristigen sektoralen Durchschnitts. Demgegenüber erreichte der Nutzungsgrad im Investitionsgütersektor die branchenspezifische Normalauslastung.

Das für die Bauproduktion ausgewiesene kräftige Minus von saisonbereinigt 5¾% gegenüber dem Vorquartal ist zum Gutteil auf Wittereffekte zurückzuführen. Die außergewöhnlich milde Witterung während der Wintermonate

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Beschäftigungszuwachs nach mildem Winter erwartungsgemäß schwächer ausgefallen

Der Stellenzuwachs setzte sich im zweiten Vierteljahr 2014 fort. Da vor allem wegen des milden Winters die Frühjahrsbelebung schwächer als üblich ausgefallen war, erhöhte sich die Zahl der im Inland erwerbstätigen Personen gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt mit 89 000 beziehungsweise 0,2% etwas weniger stark als im ersten Jahresviertel (+ 126 000). Die Zunahme ist erneut hauptsächlich auf zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zurückzuführen. Deren Umfang hat allein in den ersten beiden Monaten des Frühjahrs – weitergehende Angaben liegen noch nicht vor – den Durchschnitt des Winters um 112 000 Stellen übertroffen (+ 0,4%). Gleichzeitig nahm die Zahl der Selbstständigen weiter ab, wenngleich nicht so stark wie ein Quartal zuvor. Hierzu könnte beigetragen haben, dass ein Teil der Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien nach Gewährung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit zu Beginn dieses Jahres in ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis gewechselt ist.

Stellenplus auf einige Dienstleistungsbranchen konzentriert

In der Industrie wurden nach den verstärkten Einstellungsaktivitäten zu Jahresbeginn im April und Mai saisonbereinigt nur wenige zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen besetzt. Noch stärker zeigte sich dieses Profil aufgrund der hohen Wetterabhängigkeit im Baugewerbe. Das größte Beschäftigungsplus gab es in den seit Längerem kräftig expandierenden wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung) mit + 1% und im Gastgewerbe sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (jeweils + ¾%). Einen weiterhin überdurchschnittlichen Stellenaufbau verzeichneten überdies die Bereiche Transport und Logistik sowie Erziehung und Unterricht mit jeweils + ½%.

Arbeitslosigkeit moderat gesunken

Die registrierte Arbeitslosigkeit hat sich im Durchschnitt des zweiten Quartals saisonbereinigt um 19 000 Personen verringert, nachdem sich im Winter nicht zuletzt aufgrund der milden Temperaturen das Minus auf 47 000 Personen belaufen hatte. Im Berichtszeitraum be-



trug die Zahl der Arbeitslosen 2,90 Millionen. Die entsprechende Quote sank um 0,1 Prozentpunkte auf 6,7%. Dass es im Mai und Juni saisonbereinigt zu einem vorübergehenden Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen ist, dürfte auf die Normalisierung im Anschluss an das witterungsbedingt gedrückte Niveau der Vormonate zurückzuführen sein. Im Juli hat die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt jedenfalls wieder leicht abgenommen. Im Gegensatz zur registrierten Arbeitslosigkeit stieg die gesamte Unterbeschäftigung (einschl. der Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, ohne Kurzarbeit) im Verlauf des zweiten Vierteljahres nicht an. Das hing vor allem damit zusammen, dass weniger Arbeitsgelegenheiten vergeben und weniger vorruhestandsähnliche Regelungen in Anspruch genommen wurden.

Etwas mehr offene Stellen

Im Berichtszeitraum wurden nur wenige ungeforderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen zusätzlich als offen gemeldet. Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich das Angebot zuletzt gegenüber dem Vorquartal nicht mehr, und auf dem Bau gab es im Vergleich zum Winter wieder weniger Vakanzen. Dagegen stieg die Zahl der offenen Stellen in einigen Dienstleistungsbranchen wie dem Gesundheits- und Sozialwesen, dem Handel sowie im freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Bereich. Nach zwei Jahren des Rückgangs gab es erstmals auch wieder ein Stellenplus bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, die auch die Arbeitnehmerüberlassung enthalten.⁵⁾

In den kommenden Monaten von vorsichtigerer Einstellungspraxis der Unternehmen auszugehen

In nächster Zeit ist mit einer vorsichtigeren Einstellungspraxis der Unternehmen zu rechnen. Dies geht aus dem Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts hervor, in das bereits die Juli-Befragungen eingegangen sind. Auf die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte dies nur begrenzte Auswirkungen haben, da es hier seit längerem nur noch wenige kurzfristig mobilisierbare Reserven gibt. Für eine Seitwärtsbewegung der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten spricht auch, dass das IAB-Arbeitsmarktbarometer, dem eine Befragung aller Leiter der

regionalen Arbeitsagenturen zugrunde liegt, inzwischen knapp unter die neutrale Schwelle gesunken ist.

■ Löhne und Preise

Die Tarifverdienste haben sich im Frühjahr 2014 mit + 3,4% gegenüber dem Vorjahr praktisch genauso stark erhöht wie in den Wintermonaten (+ 3,3%). Während damals bei geringerem Zuwachs der Grundvergütungen (+ 2,8%) vor allem die erheblichen Nachzahlungen im Einzelhandel eine Rolle gespielt hatten, schlugen im Berichtszeitraum die kräftigen tabellenwirksamen Erhöhungen der ersten Abschlüsse der diesjährigen Tarifrunde zu Buche. Der Zuwachs der tariflichen Entgeltleistungen ohne Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen wird mit + 3,5% gegenüber dem Vorjahr im Berichtszeitraum aller Voraussicht nach eine Spitze erreicht haben. Dies liegt zum einen daran, dass die in den bisherigen Abschlüssen häufig vereinbarten zweiten Anhebungsstufen geringer ausfallen als die ersten. Zum anderen blieben die jüngsten Vereinbarungen hinter dem Steigerungsvolumen der Abkommen vom Jahresanfang zurück. So erhalten die Tarifbeschäftigten im privaten und öffentlichen Bankgewerbe sowie in der Stahlindustrie durch die neuen Verträge – umgerechnet auf eine fiktive Laufzeit von 12 Monaten – ein Lohnplus von 2 ¼%. In den Abschlüssen davor (z. B. chemische Industrie und Öffentlicher Dienst des Bundes und der Kommunen) belief sich die entsprechende Rate auf 3%.

Tarifverdienstzuwachs hat im Frühjahr Spitze erreicht

⁵ Die Statistik der gemeldeten offenen Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurde im Juli rückwirkend ab Januar 2013 um Stellen aus einem automatisierten Kooperationsverfahren teilnehmender Arbeitgeber erweitert. Aus den Angaben lässt sich zum einen ein Niveausprung im Januar 2013 erkennen. Zum anderen geht aus dem Vergleich zwischen den neuen und alten Zeitreihen hervor, dass das neu integrierte Verfahren zur automatischen Stellenübermittlung insbesondere im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung zunehmend genutzt worden ist. Dabei ist aber ungewiss, ob es zu Verschiebungen innerhalb der Meldarten oder zu erhöhten Meldungen bei der BA gekommen ist.

*Mindestlohn-
 gesetz ver-
 abschiedet*

Anfang Juli 2014 haben Bundestag und Bundesrat das Tarifaufstärkungsgesetz verabschiedet, das unter anderem die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von grundsätzlich 8,50 € je Stunde ab Januar 2015 vorsieht. Über die bereits im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorhandenen Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen hinaus wurde zum einen beschlossen, dass für Zeitungshersteller der Mindestlohn stufenweise zwischen 2015 und 2017 eingeführt wird. Zum anderen wurde klargestellt, dass für Saisonarbeiter ab 2015 das Mindestentgelt von 8,50 € je Stunde gilt; es wird allerdings die Anzahl der Tage, in denen sie von der Sozialversicherungspflicht befreit sind, befristet für vier Jahre von 50 auf 70 ausgeweitet, und Kost und Logis können auf das Stundenentgelt angerechnet werden. Überdies wird die unabhängige Mindestlohnkommission – anders als noch im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehen – bereits bis Mitte des Jahres 2016 die Höhe des Mindestlohns überprüfen. Auf Basis ihrer Empfehlung könnte es erstmalig im Januar 2017 und danach turnusmäßig alle zwei Jahre zu einer Anpassung kommen.

*Weitere
 Branchen nutzen
 Übergangs-
 regelungen beim
 Mindestlohn*

Für branchenspezifische Untergrenzen gelten Übergangsfristen bis Ende 2017, wobei ab Januar 2017 aber mindestens 8,50 € gezahlt werden müssen. Nicht zuletzt mit dem Ziel, den mindestlohnbedingten Kostenanstieg zeitlich zu staffeln, einigten sich daher in jüngerer Zeit die IG BAU und die Vertreter der Arbeitgeberverbände für die Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft und im Gartenbau auf ein tarifliches Mindestentgelt. Der Abschluss sieht einen Mindestlohn von 7,40 € pro Stunde im Westen und 7,20 € im Osten ab Januar 2015 sowie eine stufenweise Anhebung auf bundes einheitlich 9,10 € je Stunde ab November 2017 vor. Im Gastgewerbe ist hingegen kein Einvernehmen zwischen den Tarifpartnern erzielt worden. Die Gespräche über eine entsprechende Regelung für das Taxigewerbe sind noch nicht abgeschlossen.



Im Frühjahr haben die Preise auf den vorgelegten Wirtschaftsstufen in Deutschland saisonbereinigt weiter nachgegeben. Wesentlich hierfür waren vor allem abnehmende Preise für Energie und hier insbesondere die scharfen Preisanpassungen bei Gas und Strom, während Mineralölzeugnisse im Einklang mit den Notierungen auf den internationalen Märkten sogar etwas teurer wurden. Auch die anderen Industriegüterpreise ermäßigten sich sowohl auf der Import- als auch auf der inländischen Erzeugerstufe etwas. Im Quartalsverlauf kam bei ersteren der Preisrückgang allerdings zum Erliegen, wobei die Abwertung des Euro gegenüber wichtigen Partnerwährungen eine Rolle gespielt haben dürfte. Trotz der weiteren Preisrückgänge verringerte sich der negative Vorjahresabstand der Preise im Inlandsabsatz leicht auf – 0,8% und bei den Einfuhren spürbar auf – 1,9%. Da die Preise im Auslandsabsatz binnen Jahresfrist weniger stark nachgaben, verbesserte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis.

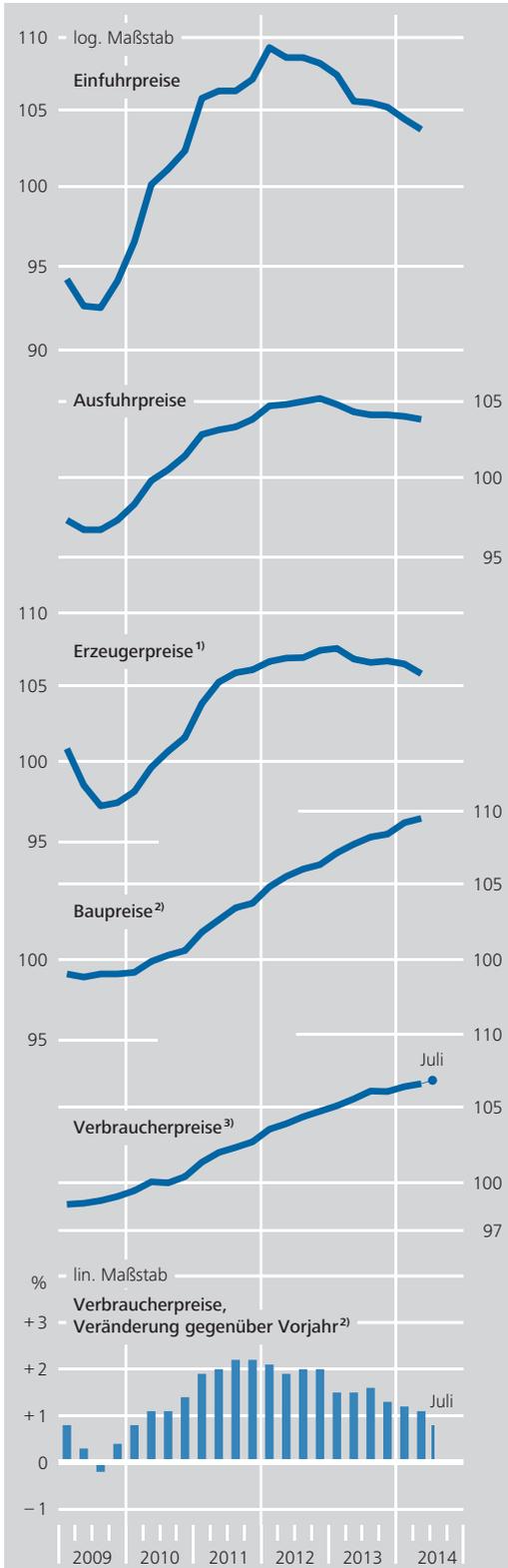
*Preise auf vor-
 gelagerten Wirt-
 schaftsstufen
 weiter rückläufig*

Ungeachtet der weiterhin hohen Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe ließ der Preisauftrieb für Bauleistungen im zweiten Quartal nach. Die Vorjahresrate ermäßigte sich von 2,0% auf 1,7%. Die nachlassende Dynamik dürfte zum Großteil der günstigen Entwicklung der Materialkosten geschuldet sein, deren Anstieg sich

*Verlangsamter
 Anstieg der
 Baupreise*

Einfuhr-, Ausfuhr-, Erzeuger-, Bau- und Verbraucherpreise

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz. **2** Nicht saisonbereinigt. **3** Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung.

im zweiten Quartal nochmals spürbar verringerte. Die Preise von Wohnimmobilien sind laut vdp im Frühjahr mit einer Jahresrate von 2,5% erneut mäßig gestiegen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im zweiten Quartal wieder etwas abgeschwächt. Saisonbereinigt erhöhten sich die Preise im Vergleich zum Vorquartal lediglich um 0,2%, nach noch 0,4% zu Jahresbeginn. Für die etwas flachere Aufwärtsbewegung waren insbesondere deutlich rückläufige Preise für Obst und Gemüse verantwortlich, die im vergangenen Jahr witterungsbedingt erheblich gestiegen waren. Bei gewerblichen Waren kam der Preisauftrieb wohl auch als Folge der vorangegangenen Euro-Aufwertung weitgehend zum Stillstand. Der verringerte Preisanstieg bei Dienstleistungen ist vor allem auf Pauschalreisen zurückzuführen. Mit dem saisonüblichen Wechsel im Warenkorb der Pauschalreisen zu den Sommerdestinationen wurden Preisnachlässe für Ferienaufenthalte in einigen Ländern Südeuropas auch im deutschen Verbraucherpreisindex wirksam. Dagegen stiegen die Preise für die anderen Dienstleistungen und die Wohnungsmieten weiter an. Bei den Energieträgern verteuerten sich Kraftstoffe im Zuge der anziehenden Rohölnotierungen spürbar. Von den scharfen Preiskorrekturen bei Gas und Strom auf der Erzeuger- und Importstufe kam bisher bei den Verbrauchern fast nichts an. Im Ergebnis verringerte sich die Jahresrate des Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung leicht auf 1,0%. Beim Harmonisierten Verbraucherpreisindex verharrte sie bei 1,0%.

Verhaltener Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe

Im Juli zog der Verbraucherpreisanstieg in Deutschland leicht an. Im Vergleich zum Vormonat erhöhten sich die Konsumentenpreise saisonbereinigt um 0,2%, nach 0,1% im Juni. Lediglich die Energiepreise ermäßigten sich etwas. Der Vorjahresabstand sowohl des VPI als auch des HVPI verringerte sich wegen eines Basiseffekts auf jeweils 0,8%.

Leicht verstärkter Preisauftrieb im Juli

Auftragslage und Perspektiven

Wirtschaftsaussichten laut neuer Indikatorenlage eingetrübt

Die konjunkturellen Aussichten der deutschen Wirtschaft haben sich durch die Häufung ungünstiger Nachrichten von den globalen Krisenherden nach der Jahresmitte eingetrübt. Die den Frühjahrsprognosen zugrunde liegende Erwartung, die zyklische Grundtendenz werde sich im zweiten Halbjahr 2014 weiter festigen, wird durch die aktuelle Indikatorenlage infrage gestellt. Der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts ist zuletzt dreimal in Folge gefallen, wobei insbesondere die Erwartungskomponente Einbußen hinnehmen musste. Dass vor allem die Industriekonjunktur unter den externen Störeinflüssen leiden dürfte, lässt sich aus dem im Verlauf des zweiten Quartals spürbar nachgebenden Auftragsfluss sowie den sinkenden Exporterwartungen ableiten. Hinzu kommt, dass die verschärfte Sanktionspolitik gegenüber Russland und die Gegenmaßnahmen der dortigen Regierung sich im Außenhandel niederschlagen werden und sich die Stimmung nicht allein in den stark ausfuhrabhängigen Branchen eintrübt. Ebenfalls betroffen sind binnenwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsbereiche wie das Baugewerbe, der Handel und – im Juli erstmals wahrnehmbar – auch die Dienstleistungsunternehmen. Gleichwohl erfolgte die Stimmungseintrübung von einem hohen Niveau aus, was im Verbund mit der nach wie vor grundsätzlich aufwärtsgerichteten Binnennachfrage gegen eine konjunkturelle Richtungsänderung spricht.

Auftragseingänge der Industrie zurückgegangen, ...

Die Auftragseingänge der Industrie haben sich im Frühjahr 2014 saisonbereinigt insgesamt um ½% gegenüber dem Jahresanfangsquartal verringert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der im April und Mai sehr kräftige Zufluss von Großaufträgen trotz des ausgesprochen schwachen Juni-Ergebnisses die Vorquartalsrate rechnerisch um etwas mehr als 1 Prozentpunkt angehoben hat. Wird ins Bild genommen, dass diese volatile Komponente im ersten Quartal dämpfend gewirkt hat, wird die Unterbrechung der Aufwärtsbewegung bei den Industriegüterbestellungen seit Frühjahrsbeginn noch deutlicher.

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

... vor allem
im Investitions-
güterbereich

Gemessen am Order-Capacity-Index reichen die bis Juni hereingekommenen Aufträge gleichwohl aus, die Industriekapazitäten normal auszulasten.

Die Erzeuger von Vorleistungsgütern mussten im Berichtszeitraum ein Auftragsminus von $\frac{3}{4}\%$ gegenüber dem Vorquartal hinnehmen. Dabei nahm der Orderzufluss aus dem Inland weniger stark ab. Im Auslandsgeschäft gab es hier zwar – wie im Winter – etwas mehr Bestellungen aus dem Euro-Raum, insgesamt dominierte aber der recht deutliche Rückgang der Orders aus den Drittländern. Die Investitionsgüterbestellungen sind einschließlich der Großaufträge saisonbereinigt um $\frac{1}{2}\%$ gegenüber dem Winter gefallen, nachdem schon damals das Vorquartalsergebnis nicht ganz gehalten werden konnte. Ohne den von großvolumigen Bestellungen besonders geprägten sonstigen Fahrzeugbau gerechnet, war der Auftragsfluss im Investitionsgüterbereich mit $-2\frac{1}{4}\%$ recht deutlich rückläufig. Dabei ist die Abschwächung im Inland geringer ausgefallen als im Ausland. Im Drittstaatengeschäft gab es nach dem kräftigen Plus in den ersten drei Monaten des Jahres wieder einen Rückgang auf das Ausgangsniveau. Aus dem Währungsraum entwickeln sich die Bestellungen aus diesem Bereich seit Jahresbeginn ungünstig, nachdem es im Jahr 2013 eine spürbare Erholung von sehr gedrücktem Niveau aus gegeben hatte. Dass die EWU-Bestellungen für die gesamte Investitionsgüterindustrie im Berichtszeitraum dennoch beträchtlich gestiegen sind, ist auf die Aufträge des sonstigen Fahrzeugbaus zurückzuführen. Nach einem geringeren Volumen im ersten Quartal sind die Orders, die zum Großteil dem europäischen Produktionsverbund von Luft- und Raumfahrzeugen entstammen, trotz des schlechten Juniergebnisses auf einen neuen Höchstwert gestiegen.

Für die Bauwirtschaft sind die Aussichten nach wie vor günstig. Dazu hat nicht allein der Wohnungsbau beigetragen, auch aus anderen Sparten kamen neue Anstöße. Im bisherigen Jahresverlauf hat die öffentliche Hand saisonbereinigt mehr Aufträge für neue Bauvorhaben erteilt als in der zweiten Jahreshälfte 2013. Im gewerblichen Bereich ging das Ordervolumen zuletzt zwar zurück; dies lag aber maßgeblich daran, dass in den ersten beiden Frühjahrsmonaten im Gegensatz zu den Vorquartalen keine Großprojekte in vergleichbarem Umfang in Auftrag gegeben worden sind. Hauptträger der lebhaften Baukonjunktur ist die Erstellung neuer Wohneinheiten geblieben. So ist das Genehmigungsvolumen für neue Ein- und Mehrfamilienhäuser – gemessen an den veranschlagten Baukosten – im ersten Halbjahr 2014 mit schätzungsweise $4\frac{3}{4}\%$ gegenüber dem entsprechenden Vorzeitraum genauso stark gestiegen wie in der zweiten Jahreshälfte 2013.

Der private Verbrauch ist neben dem Wohnungsbau der zentrale Pfeiler, auf dem die Konjunktur trotz zunehmender Störungen aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld derzeit ruht. Den Umfrageergebnissen der GfK zufolge hat sich das Konsumklima im Frühsommer weiter verbessert: Die Einkommenserwartungen sind sehr optimistisch, nicht zuletzt dank günstiger Beschäftigungs- und Verdienstaussichten. Die niedrige Inflationsrate erhöht zudem den realen Ausgabenspielraum. Die eingetrübten Konjunkturperspektiven haben sich noch nicht in der Stimmungslage der privaten Haushalte niedergeschlagen. Mit Blick auf die jüngere Vergangenheit besteht aber selbst in diesem Fall die berechtigte Hoffnung, dass sich die Konsumlaune hierzulande als robust erweisen wird.

*Günstige
Perspektiven
für die
Bauwirtschaft*

*Privater
Verbrauch als
eine Stütze der
Konjunktur*

■ Öffentliche Finanzen^{*)}

■ Staatlicher Gesamthaushalt

*Finanzierungs-
saldo weit-
gehend stabil
und ...*

Die deutschen Staatsfinanzen sind aktuell in vergleichsweise guter Verfassung, und die sehr hohe Schuldenquote ist auf einen Abwärtstrend eingeschwenkt. Unterstützt durch insgesamt günstige Rahmenbedingungen wurden in den vergangenen beiden Jahren kleine Überschüsse erreicht. Auch für 2014 und 2015 ist aus heutiger Sicht ein etwa ausgeglichener Staatshaushalt zu erwarten. Ausgehend von einer leichten konjunkturellen Belastung im Jahresdurchschnitt 2013 ist bis 2015 mit günstigen Konjunkturlageeinflüssen zu rechnen. Außerdem könnten die Zinsausgaben aufgrund einer sinkenden Durchschnittsverzinsung und eines möglichen absoluten Schuldenrückgangs sinken. Aus verschiedenen finanzpolitischen Maßnahmen resultieren in der Summe hingegen Haushaltsbelastungen. So sind zusätzliche Mittel für Verkehrsinfrastruktur, Kinderbetreuung, Bildung und Forschung vorgesehen. Vom finanziellen Umfang her am bedeutsamsten sind aber die selektiven Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung – insbesondere für Erziehungszeiten (Mütterrente) und vorgezogene Renteneintritte (abschlagsfreie Rente mit 63). Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zur Rücklagenbegrenzung könnten dennoch zu einer Senkung des Rentenbeitragsatzes führen, was den ohnehin absehbaren Abbau der Finanzreserven der gesetzlichen Rentenversicherung beschleunigen würde.

*... Schulden-
quote rückläufig*

Die Schulden waren Ende 2013 mit 78,4% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch sehr hoch, im Vorjahresvergleich aber bereits deutlich rückläufig. Im ersten Quartal verringerten sie sich weiter auf 77,3%, und die Schuldenquote dürfte auch im weiteren Verlauf abnehmen. So senkt das erwartete nominale Wachstum des BIP im Nenner bei annähernd ausgeglichenen Staatshaushalten die Quote relativ zügig. Außerdem setzt sich der Portfolioabbau der staatlichen Bad Banks aus

heutiger Sicht fort. Die schuldenerhöhenden Effekte der noch vorgesehenen Leistungen im Rahmen der fiskalischen EWU-Hilfsmechanismen fallen dagegen weniger ins Gewicht.¹⁾

Das Bundesfinanzministerium erwartet in seiner jüngsten Projektion ab dem Jahr 2016 gesamtstaatliche Überschüsse in einer Größenordnung von ½% des BIP.²⁾ Die Schuldenquote soll dabei zügig verringert, die 60%-Grenze aber auch zum Ende des derzeitigen mittelfristigen Projektionshorizonts noch überschritten werden (2018: 65%). Das mittelfristige Haushaltsziel einer strukturellen Defizitquote von maximal ½% des BIP soll mit einem spürbaren Abstand von rund 1 Prozentpunkt eingehalten werden. Allerdings scheinen die strukturelle Haushaltslage und damit der Sicherheitsabstand zum Mittelfristziel mit dem verwendeten – für die EU-Haushaltsüberwachung vereinbarten – Bereinigungsverfahren zu günstig dargestellt.³⁾

Der strukturelle Finanzierungssaldo bleibt auch deshalb vergleichsweise stabil, weil zwar der haushaltspolitische Kurs etwas gelockert wird, es gleichzeitig aber zu weiteren Entlastungen bei den Zinsausgaben kommt. Teilweise wird Deutschland empfohlen, eine expansivere Finanzpolitik insbesondere durch nicht gegenfinanzierte Ausweitungen der staatlichen Investitionen zu verfolgen und den Abstand zu den Defizitgrenzen weiter zu verringern. Dadurch soll unter anderem das Wachstumspotenzial

*Projektion
mittelfristiger
Überschüsse
für den
Gesamtstaat*

*Leichte
Lockerung des
Haushaltskurses
geplant, ...*

* Der Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ bezieht sich auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Maastricht-Kennzahlen gemäß dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Ab September wird dieses für alle Aggregate durch den revidierten Standard ESGV 2010 abgelöst. In den nachfolgenden Abschnitten wird über die Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungszweige auf Basis der finanzstatistischen (prinzipiell haushaltsmäßigen) Abgrenzung berichtet.

1 Grundsätzlich bestehen weiterhin Haushaltsrisiken nicht zuletzt im Zusammenhang mit den Unsicherheiten im europäischen und globalen Umfeld.

2 Vgl. dazu: BMF-Pressemitteilung Nr. 32 vom 10. Juli 2014.

3 Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Mai 2014, S. 70–85, vor allem S. 71.



gestärkt werden. Ein solches begrüßenswertes Ziel ließe sich aber durchaus mit Strukturverschiebungen oder einer Änderung der politischen Prioritäten erreichen, ohne dass der Haushaltskurs weiter gelockert wird.

... aber nicht empfehlenswert

Im Hinblick auf die Ausgabenstruktur hat die Bundesregierung bislang den finanziellen Schwerpunkt zusätzlicher Ausgaben eindeutig auf eine Ausweitung der Rentenleistungen gelegt und die staatlichen Investitionen im Vergleich dazu mit deutlich weniger zusätzlichen Mitteln bedacht. Im Hinblick auf die Stärkung des Wachstumspotenzials erscheint dies kontraproduktiv. Angesichts der ausgesprochen günstigen Bedingungen für die öffentlichen Finanzen in Deutschland und der weiterhin vorhandenen Haushaltsrisiken wäre überdies statt einer Kurslockerung eher eine ambitioniertere Haushaltspolitik zu empfehlen. Damit könnten die Schuldenquote schneller unter die 60%-Grenze gesenkt und so insbesondere die absehbaren demografischen Lasten abgedeckt werden. Außerdem könnte die bei zahlreichen Gebietskörperschaften noch erforderliche Konsolidierung unter den aktuell insgesamt günstigen Vorzeichen energischer vorangetrieben werden. Problematisch wäre es, wenn nur sehr begrenzte Sicherheitsabstände zu den strikten nationalen Defizitobergrenzen eingeplant würden, da dies die Gefahr in sich birgt, in wieder

schlechteren Zeiten dann prozyklisch wirkende Korrekturen vornehmen zu müssen. Hierauf weist auch der neu gegründete unabhängige Beirat des Stabilitätsrates hin, der regelmäßig zu den Aussichten für die Staatsfinanzen und zur Einhaltung der europäischen Vorgaben Stellung bezieht.⁴⁾ Die Erfahrungen zeigen, wie wichtig eine umsichtige Haushaltspolitik in guten Zeiten ist, um in wieder schwierigerem Umfeld Handlungsspielräume zu behalten. Dies gilt nicht zuletzt für Deutschland als Stabilitätsanker in der EWU.

Haushalte der Gebietskörperschaften

Steuereinnahmen

Das Steueraufkommen⁵⁾ stieg im zweiten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um lediglich 1½% (siehe oben stehendes Schaubild und Tabelle auf S. 73). Ursächlich für diese Verlangsamung waren hauptsächlich Gerichtsbeschlüsse, nach denen den vor dem Finanzgericht Hamburg klagenden Kernkraftwerksbetreibern die seit dem Jahr 2011 abgeführten Kernbrennstoffsteuerzahlungen einstweilig zurückzuerstatten waren.⁶⁾ Ohne die Rückzahlungen wäre das Aufkommen um 3% gestiegen. Die Erträge aus der Lohnsteuer nahmen brutto um 4% zu, und das vom Aufkommen abgesetzte Kindergeld stagnierte, sodass die kassenmäßigen Lohnsteuereinnahmen noch etwas stärker stiegen. Ebenso stützten leicht rückläufige Erstattungen an Arbeitnehmer das weiterhin dynamische Aufkommenswachstum der veranlagten Einkommensteuer. Hingegen waren die Aufkommen aus der Körperschaft- und Kapitalertragsteuer rückläufig. Sie sind

Gedämpfter Anstieg der Steuereinnahmen im zweiten Quartal ...

... hauptsächlich aufgrund von Sondereffekten

4 Vgl.: Beirat des Stabilitätsrates, Zur Einhaltung der Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit nach § 51 Absatz 2 HGrG, Erste Stellungnahme vom 21. Mai 2014.

5 Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die – für das Berichtsquartal noch nicht bekannten – Erträge aus den Gemeindesteuern.

6 Beschlüsse des Finanzgerichts Hamburg vom 11. April 2014 (Az. 4 V 154/13).

Steueraufkommen									
Steuerart	1. Halbjahr				Schätzung für 2014 1) 2)	2. Vierteljahr			
	2013		2014			2013		2014	
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	in %
Steuereinnahmen insgesamt 2)	277,5	284,5	+ 7,0	+ 2,5	+ 3,4	142,5	144,4	+ 2,0	+ 1,4
darunter:									
Lohnsteuer	75,3	79,8	+ 4,5	+ 6,0	+ 6,0	38,8	40,8	+ 1,9	+ 5,0
Gewinnabhängige Steuern 3)	49,0	48,4	- 0,6	- 1,3	+ 0,2	25,6	24,5	- 1,2	- 4,5
davon:									
Veranlagte Einkommensteuer	21,8	23,8	+ 1,9	+ 8,9	+ 7,5	11,1	12,0	+ 0,9	+ 7,9
Körperschaftsteuer	11,4	10,7	- 0,8	- 6,7	- 7,5	5,4	5,1	- 0,4	- 6,6
Kapitalertragsteuer 4)	15,7	13,9	- 1,8	- 11,4	- 5,9	9,1	7,4	- 1,7	- 18,4
Steuern vom Umsatz 5)	96,3	99,7	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,3	47,1	49,2	+ 2,0	+ 4,3
Energiesteuer	14,1	14,5	+ 0,4	+ 2,8	+ 0,2	9,5	9,9	+ 0,4	+ 4,2
Tabaksteuer	5,6	6,2	+ 0,5	+ 9,6	+ 3,5	3,5	3,7	+ 0,2	+ 5,8

Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. 1 Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2014. 2 Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. 3 Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investitionszulage vom Aufkommen abgesetzt. 4 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 5 Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Deutsche Bundesbank

jedoch generell recht volatil, sodass der in der offiziellen Steuerschätzung erwartete Anstieg für diese Steuerarten aus heutiger Sicht in der Summe noch erreichbar scheint. Die Einnahmen aus den verbrauchsabhängigen Steuern legten mit 4% deutlich zu, allerdings sind die unterjährigen Aufkommensschwankungen auch hier groß.⁷⁾

Insgesamt entwickelte sich das Aufkommen bisher etwas ungünstiger als prognostiziert. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die bereits erwähnten Rückerstattungen der Kernbrennstoffsteuer, die bei der Steuerschätzung noch nicht einbezogen wurden und die das Aufkommenswachstum im Gesamtjahr um etwa ½ Prozentpunkt dämpfen.⁹⁾ Gleichzeitig ist die Unsicherheit nicht zuletzt aufgrund der

Im Gesamtjahr solider Anstieg

Für das Gesamtjahr wird gemäß der offiziellen Steuerschätzung vom Mai ein Aufkommenszuwachs um 3 ½% (inkl. Gemeindesteuern) prognostiziert. Der Anstieg reflektiert vor allem die unterstellten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Auch der Fiscal drag führt per saldo zu Mehreinnahmen, während Rechtsänderungen das Aufkommen in der Summe leicht senken (vor allem die Erhöhung des Einkommensteuer-Grundfreibetrags und der sukzessive Übergang zur nachgelagerten Rentenbesteuerung). Die Steuerrückzahlungen nach dem EuGH-Urteil zur Besteuerung von Streubesitzdividenden bremsen den erwarteten Zuwachs.⁸⁾

⁷ Aufkommensschwankungen bei der Umsatzsteuer können insbesondere durch die teilweise hohen Erstattungen oder Nachzahlungen bei Abweichungen zwischen den unterjährig zu leistenden Vorauszahlungen und der festgesetzten Steuer entstehen. Auch bei den übrigen Verbrauchsteuern wurden im zweiten Quartal verschiedene Sondererlässe verzeichnet, die mit unterjährigen Zahlungsveränderungen verbunden waren, z.B. die Übernahme der Kraftfahrzeugsteuererhebung durch die Zollverwaltung.

⁸ Urteil vom 20. Oktober 2011 in der Rechtssache C-284/09.

⁹ Insgesamt dürften seit 2011 bis Ende 2014 Einnahmen aus der Kernbrennstoffsteuer in Höhe von etwa 5 Mrd € verzeichnet werden. Sollte eine höchstrichterliche Entscheidung in diesem Jahr fallen und dann auch die Zahlungen der nicht vor dem Finanzgericht Hamburg klagenden Unternehmen zurückzuerstatten sein, so beträgt das Risiko für das Aufkommenswachstum 1 Prozentpunkt.

Finanzierungssalden des Bundes^{*)}

Mrd €



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen. *) Kernhaushalt ohne Extrahaushalte. Ohne Bereinigung um finanzielle Transaktionen und Konjunkturreffekte.

Deutsche Bundesbank

teils stark schwankenden Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern hoch.

Bundshaushalt

Unveränderter Überschuss im zweiten Quartal 2014 trotz Rückzahlungen von Kernbrennstoffsteuer

Der Bundshaushalt verzeichnete im zweiten Quartal 2014 wie vor Jahresfrist einen Überschuss von 1 Mrd €. Die Einnahmen lagen wie die Ausgaben jeweils um 1% (3/4 Mrd €) unter dem Ergebnis vom Frühjahr 2013. So fiel das Steueraufkommen um 1% (1/2 Mrd €) niedriger aus. Ausschlaggebend hierfür war die Rückzahlung von Kernbrennstoffsteuereinnahmen von 2 Mrd €. Aber auch die vom Steueraufkommen abgesetzten Abführungen an den EU-Haushalt übertrafen den Vorjahresstand nochmals um 1/2 Mrd €. Weiterhin waren die Einnahmen aus Vermögensverwertung insbesondere wegen rückläufiger Privatisierungserlöse um 1/2 Mrd € niedriger. Auf der Ausgabenseite wirkten erneut vor allem die Zinszahlungen entlastend, die – auch wegen geringerer Vorsorgezuführungen

an das Sondervermögen zur Tilgung inflationsindexierter Bundeswertpapiere – um 2 Mrd € niedriger ausfielen als vor Jahresfrist. Ein Zuwachs stand dagegen bei den Zahlungen an die Sozialversicherungen zu Buche (1 Mrd €). Bei Einrechnung der im Sommer rückwirkend in Kraft getretenen erneuten und verstärkten Kürzung der Mittel für den Gesundheitsfonds wären diese Transfers dagegen nur leicht gestiegen.

Im Juni wurden die parlamentarischen Beratungen zum Bundshaushalt 2014 abgeschlossen. Gegenüber dem von der neuen Bundesregierung im März vorgelegten Entwurf blieb die Nettoneuverschuldung mit 6 1/2 Mrd € unverändert. Dabei wurden die Belastungen aus dem oben genannten Gerichtsurteil zur Kernbrennstoffsteuer offenbar in einer globalen Mindereinnahme aufgenommen. Gegenüber dem Regierungsentwurf wurden hier allerdings nur um 1 1/2 Mrd € höhere Lasten veranschlagt, das heißt, die Anhebung der Belastung blieb hinter dem reinen Rückzahlungsbetrag zurück. Somit wurde ein nicht erläuteter einnahmenerhöhender Posten eingestellt – wobei berichtet wurde, dass hierbei die Erwartung von Steuermehreinnahmen gegenüber der offiziellen Steuerschätzung¹⁰⁾ eine entscheidende Rolle gespielt habe. Als Ausgleich für die neuen Belastungen – auch durch die geplante Besoldungsanpassung – wurden insbesondere die Ansätze für die Zinsausgaben um gut 1 Mrd €, aber auch für Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen, Arbeitslosengeld II und im Verteidigungsbereich um jeweils knapp 1/2 Mrd € gekürzt. Aufgelöst wurde zudem die bisherige globale Mehrausgabe von 1/2 Mrd € für im März noch nicht spezifizierte Vorhaben im Bereich Kinderbetreuung, Bildung und Forschung, wobei die konkreten Mittelaufstockungen in den betroffenen Fachressorts hinter diesem Wert zurückbleiben. Auch wenn die derzeit sehr niedrigen Zinsen noch etwas Entlastung gegenüber den Planun-

Haushalt 2014 mit knapper kalkulierten Ansätzen als in Vorjahren

¹⁰ Die Steuerschätzung, die grundsätzlich die Basis der Haushaltsplanungen darstellen soll, hatte in den Schlussberatungen zunächst noch zu einer Absenkung der Steueraufkommensansätze im Haushalt um gut 1/2 Mrd € geführt.

Die mittelfristige Finanzplanung des Bundes 2014 bis 2018 und die strukturelle Nettokreditaufnahme im Rahmen der Schuldenbremse

in Mrd €

Position	Ist 2012	Ist 2013	Soll 2014	Entwurf 2015	Finanzplan		
					2016	2017	2018
Ausgaben ¹⁾	306,8	307,8	296,5	299,5	310,6	319,9	329,3
darunter:							
Investitionen ²⁾	27,6	24,8	25,5	26,1	27,2	27,9	27,2
Einnahmen ^{1) 3)}	284,3	285,7	290,0	299,5	310,6	319,9	329,3
darunter:							
Steuereinnahmen ¹⁾	256,1	259,8	268,2	278,5	292,9	300,7	311,8
Nettokreditaufnahme	22,5	22,1	6,5	–	–	–	–
zzgl. Konjunkturkomponente ⁴⁾	– 6,4	– 3,9	– 4,9	– 1,7	– 1,4	– 0,6	–
zzgl. Saldo finanzieller Transaktionen ⁵⁾	– 7,4	– 4,6	– 2,9	1,4	0,5	0,5	– 0,5
Finanzierungssalden relevanter Extrahaushalte							
Energie- und Klimafonds	0,2	– 0,1	– 0,1	–	.	.	.
Aufbauhilfefonds (Flut 2013)	–	7,4	–	–	.	.	.
Strukturelle Nettokreditaufnahme in % des BIP ⁶⁾	8,5 0,3	6,2 0,2	– 1,2 – 0,0	– 0,2 – 0,0	.	.	.
Nachrichtlich: Strukturelle Nettokreditaufnahme ⁷⁾ Obergrenze gemäß BMF	39,4	33,2	26,6	18,1	9,9	10,3	10,6

¹ Nach Abzug der Bundesergänzungszuweisungen, der Anteile am Energiesteuerertrag, des Ausgleichs im Rahmen der Kfz-Steuerreform 2009 und der Konsolidierungshilfen ab 2011 an Länder. ² Ohne Beteiligungen am ESM. ³ Einschl. Münzerlöse. ⁴ 2012 und 2013 Angaben aus der Haushaltsrechnung 2013. 2014 bis 2018 gemäß Frühjahrsprojektion 2014 der Bundesregierung. ⁵ Gemäß Definition des jeweiligen Haushaltsjahres. ⁶ Nominales BIP des jeweiligen Jahres vor der Haushaltsaufstellung (Jahre des Finanzplans gemäß Frühjahrsprojektion 2014). ⁷ Der verwendete Defizitobergrenzenpfad von 2011 bis 2015 basiert auf dem im Juni 2010 erwarteten strukturellen Ausgangsdefizit von 2,2% des BIP in 2010 und Abbausritten in Höhe von 0,31% des BIP pro Jahr.

Deutsche Bundesbank

gen schaffen könnten, erscheint insgesamt der Haushalt 2014 deutlich knapper veranschlagt als die Budgets der Vorjahre. Sofern es zu nennenswerten weiteren Ausfällen etwa bei der Kernbrennstoffsteuer kommt oder veranschlagte Entlastungen nicht erwirtschaftet werden können (wie es sich etwa beim Arbeitslosengeld II andeutet), erscheint auch ein Verfehlen des Plandefizits möglich.

Anfang Juli hat das Bundeskabinett den Entwurf für den Bundeshaushalt 2015 beschlossen. Wie in den Eckwerten vom März vorgesehen soll der Bundeshaushalt – erstmals seit 1970 – ohne eine Nettokreditaufnahme auskommen. Gegenüber dem Eckwertebeschluss wurden die Ansätze im Bildungsressort um gut 1 Mrd € angehoben und im Gegenzug der entsprechende Vorsorgetitel im Einzelplan „Allgemeine Finanzverwaltung“ aufgelöst. Insbesondere höhere Verstärkungsansätze für die Personalausgaben – entsprechend der nun konkretisierten Besoldungsanpassungsplanung – sind durch jetzt

niedriger veranschlagte Zinsausgaben ausglich.

Gegenüber den Planungen für das laufende Jahr sinkt das Defizit damit um 6½ Mrd €. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Entfallen der Kapitalzuführung zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) von 4½ Mrd € aus dem laufenden Jahr. Angesichts der unterstellten günstigen Wirtschaftsentwicklung ist für das Steueraufkommen 2015 ein deutliches Plus veranschlagt. Unter Einrechnung der globalen Mindereinnahme im Haushalt 2014 für die Kernbrennstoffsteuerrückzahlungen beträgt es gut 11½ Mrd €. Dem stehen allerdings zahlreiche Belastungen gegenüber. So führt allein die Umsetzung von Teilen der Koalitionsvereinbarung zu Mehrausgaben von 3 Mrd €, vornehmlich in den Bereichen Bildung und Forschung, Unterstützung der Gemeinden bei der Eingliederungshilfe und Verkehrsinvestitionen. Weiterhin wurden einige Entlastungsmaßnahmen, die noch im Jahr 2014 zu Buche schlugen

Deutlichem Zuwachs des Steueraufkommens stehen beinahe ebenso hohe Mehrbelastungen gegenüber

Haushaltsentwurf 2015 wie im Eckwertebeschluss ohne Nettokreditaufnahme

(wie etwa die Rückholung von Mitteln des Fluthilfefonds oder die Kürzung der Zuweisungen an den Gesundheitsfonds), nicht mehr oder in vermindertem Umfang veranschlagt. Außerdem fällt der Gesamtzuschuss an die Rentenversicherung regelgebunden um 2 Mrd € höher aus, und auch für die Personalausgaben sind 1 Mrd € mehr angesetzt. Schließlich wurden noch die Ansätze für einige Sozialleistungen wie etwa die Grundsicherung im Alter und das Betreuungsgeld merklich angehoben. Unter dem Strich addieren sich die Mehrbelastungen auf etwas über 10 Mrd € und gleichen damit den Anstieg des Steueraufkommens bereits weitgehend aus.

Strukturelle Verschlechterung des Haushalts-saldos geplant

Da der Großteil der Saldenverbesserung auf dem Entfallen der als finanzielle Transaktion klassifizierten ESM-Kapitalzuführung beruht und zugleich die angerechnete Konjunkturlast um 3 Mrd € zurückgeht, wird für den strukturellen Saldo im Rahmen der Schuldenbremse somit gegenüber den Planungen für das laufende Jahr eine Verschlechterung um 1 Mrd € ausgewiesen, und der strukturelle Überschuss schrumpft auf ¼ Mrd €. Im Hinblick auf diesen Überschuss ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Regierung noch immer eine rechnerische Konjunkturlast von gut 1½ Mrd € in Ansatz bringt, während unter anderem wichtige Indikatoren wie die Kapazitätsauslastung und die Arbeitslosigkeit schon heute eher eine Normallage anzeigen, die angesichts der unterstellten gesamtwirtschaftlichen Weiterentwicklung 2015 bereits spürbar überschritten sein müsste.¹¹ Somit müsste bei der strukturellen Betrachtung eigentlich eine konjunkturelle Entlastung des Haushalts angerechnet werden. Außerdem ist der erneute Ansatz eines Nulldefizits für den im Rahmen der Schuldenbremse einzurechnenden Extrahaushalt Fluthilfefonds nicht naheliegend, da signifikante Abflüsse im nächsten Jahr zu erwarten sind. Insgesamt wird demnach zwar ein ausgeglichener Kernhaushalt erreicht, in struktureller Betrachtung einschließlich der Extrahaushalte deuten die Planungen aber wieder ein Defizit an. Immerhin scheinen einige Ansätze vorsichtig bemessen zu sein, sodass ein

besseres Ergebnis im Vollzug durchaus nicht ausgeschlossen ist.

In dem mit dem Haushaltsentwurf 2015 verabschiedeten Finanzplan bis zum Jahr 2018 wird gemäß der Koalitionsvereinbarung durchgehend ein Haushaltsausgleich ohne Netto-neuverschuldung angestrebt. Gegenüber den Planungen der alten Bundesregierung vom Sommer 2013 mit bis zum damaligen Endjahr 2017 auf 9½ Mrd € wachsenden Überschüssen stellt die nun angekündigte Politik aber eine deutliche Kurslockerung dar. Eine strukturelle Konsolidierung ist nicht mehr geplant. Wird die Konjunkturlage – abweichend von der Einschätzung der Bundesregierung – über den Prognosezeitraum als zunehmend günstig eingestuft, löst sich der Sicherheitsabstand zur Neuverschuldungsgrenze sukzessiv auf, während weiterhin Risiken etwa im Zusammenhang mit der Schuldenkrise drohen. Dies und die bevorstehenden erheblichen Belastungen durch den demografischen Wandel lassen es auch angezeigt erscheinen, stärker auf eine Rückführung der hohen Bundesschulden abzielen.

Geplante Kurslockerung bis 2018 nicht ratsam

Die Extrahaushalte des Bundes (ohne Bad Banks) verzeichneten im zweiten Quartal einen Überschuss von ½ Mrd €, nach 2 Mrd € vor Jahresfrist. Damals hatte die Rückzahlung des Restes der stillen Einlagen bei der Commerzbank zu einem Überschuss des Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) von 1½ Mrd € geführt. Andererseits waren – anders als im Vorjahr – keine inflationsindexierten Bundesschulden zu tilgen. Da aber auch die Zuführungen des Bundes an das für diese Tilgungslasten gegründete Sondervermögen wegen der niedrigeren Preissteigerungsrate deutlich geringer ausfielen, stand hier per saldo nur eine Verbesserung von ½ Mrd € zu Buche. Weiterhin wurden nur sehr moderate Abflüsse aus dem im Sommer 2013 zum Ausgleich von Flutschäden gebildeten Hilfsfonds gemeldet. Im zweiten

Erneut moderater Überschuss der Extrahaushalte im zweiten Quartal

¹¹ Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016, Monatsbericht, Juni 2014, S. 11 ff.

Halbjahr sind hier allerdings nicht zuletzt wegen der vom Bund geplanten Rückholung von 1 Mrd € in den Bundeshaushalt deutlich höhere Auszahlungen zu erwarten. Im Gesamtjahr sollten die Überschüsse der Vorsorgerücklagen sowie des Investitions- und Tilgungsfonds (infolge der hohen Zuführung aus dem Bundesbankgewinn) aber dazu führen, dass die Extrahaushalte des Bundes mit einem Überschuss abschließen. Dieser dürfte deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr, als durch die Vorfinanzierung des Fluthilfefonds und die Rückzahlung an den SoFFin noch ein Plus von fast 11 Mrd € erreicht worden war.

Länderhaushalte¹²⁾

Im zweiten Quartal 2014 nochmals ungünstigeres Ergebnis wegen spürbarer Ausgabenzuwächse

Wie schon zum Jahresauftakt entwickelten sich die Kernhaushalte der Länder auch im zweiten Quartal 2014 ungünstiger als im entsprechenden Vorjahresquartal. So sank der Überschuss spürbar um 2 Mrd € auf 1 Mrd €. Die Einnahmen wuchsen nur noch leicht (½% bzw. ½ Mrd €). Einem Plus des Steueraufkommens von 2% (1½ Mrd €) standen insgesamt rückläufige sonstige Einnahmen gegenüber. Bei den Gesamtausgaben betrug der Anstieg 3½% (2½ Mrd €), obwohl die Zinslasten weiter deutlich rückläufig waren (– ½ Mrd €). Dagegen wuchsen die Zuweisungen an Verwaltungen (insbesondere Gemeinden) kräftig um 2 Mrd €. Bei den Personalausgaben war der Anstieg – trotz eines deutlichen Zuwachses bei den Versorgungsleistungen – mit 2½% (½ Mrd €) verhaltener.

Im Gesamtjahr zwar wohl keine weitere Verbesserung, aber mittelfristig Überschüsse möglich

Angesichts etwas schwächerer Zwischenergebnisse erwartet das Bundesfinanzministerium für das laufende Jahr ein weitgehend unverändertes Gesamtdefizit der Länderkernhaushalte von 2 Mrd €. ¹³⁾ Das weiter deutliche Plus beim Steueraufkommen und auch die Entlastungen bei den Zinsausgaben sollen demzufolge von steigenden Aufwendungen für das Personal und die Gemeinden aufgewogen werden. Für die Folgejahre werden dann bis zum Jahr 2018 sukzessiv auf 3 Mrd € anwachsende Überschüsse

erwartet. Das etwas beschleunigte Wachstum der Steuereinnahmen wird zwar nicht zuletzt von einem zeitweise geringeren Anstieg der Zuweisungen an die Gemeinden flankiert. Dem steht aber ein spürbarer Wiederanstieg der Zinslasten gegenüber. Angesichts der unterstellten störungsfreien Wirtschaftsentwicklung und vor dem Hintergrund der von der Bundesregierung in Aussicht gestellten weiteren Erleichterungen für die Länder insbesondere im Bildungsbereich scheint dieses relativ günstige Bild durchaus plausibel, auch wenn aufgrund der strengen Vorgaben der Schuldenbremse im Grundgesetz insgesamt eine stärkere Verbesserung wünschenswert erscheint.

Die relativ günstige Gesamtlage verdeckt fortbestehende erhebliche strukturelle Anspannungen in einer ganzen Reihe von Ländern. Eine umgehende landesrechtliche Konkretisierung der Schuldenbremse des Grundgesetzes erscheint weiterhin geboten, um die jeweiligen Handlungsbedarfe besser abschätzen zu können. Für die Konsolidierungshilfsländer Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein hat der Stabilitätsrat auf seiner Sitzung Ende Mai zwar festgestellt, dass sie die bis 2019 vereinbarten Obergrenzen des Abbaupfades für die strukturellen Defizite auch im letzten Jahr eingehalten haben. Die Zwischenbeurteilung der mehrjährigen Sanierungsplanungen fiel allerdings insbesondere für Bremen und das Saarland weniger günstig aus. Der Stabilitätsrat fordert vor allem weitere Konkretisierungen der geplanten Konsolidierung. Aber auch in anderen Ländern besteht noch Handlungsbedarf beim Abbau der strukturellen Defizite. Zu erwähnen sind hier insbesondere Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen hat der Verfassungsgerichtshof Anfang Juli die für die gewichtigsten Besoldungsgruppen stark gedämpften Besoldungsanpassungen für die Jahre 2013 und 2014 als

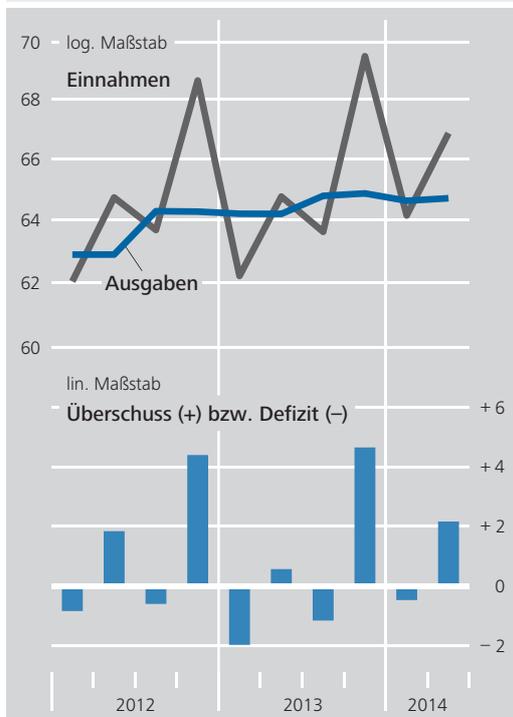
Nicht nur Konsolidierungshilfsländer mit weiter stark angespannter Finanzlage

¹² Die Entwicklung der Gemeindefinanzen im ersten Quartal 2014 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts Juli kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

¹³ Vgl. dazu: BMF-Pressemitteilung Nr. 32 vom 10. Juli 2014.

Finanzen der Deutschen Rentenversicherung

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund.
 Deutsche Bundesbank

verfassungswidrig verworfen, sodass hier weitere spürbare Haushaltsbelastungen im Raume stehen. In Bremen könnte sich ebenfalls zusätzlicher Anpassungsbedarf ergeben, da dort ähnliche Regelungen beschlossen wurden. Auch die in Rheinland-Pfalz seit einigen Jahren praktizierte und in Hessen geplante mehrjährige Abkopplung der Beamtenbesoldung von der Entgeltentwicklung in der Gesamtwirtschaft ist mit rechtlichen Risiken behaftet. Für die neuen Länder wird sich dagegen das Auslaufen der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen bis 2020 einschneidend bemerkbar machen. Vor diesem Hintergrund stehen viele Länder weiter vor der Notwendigkeit, die von ihnen wahrgenommenen Aufgaben kritisch zu hinterfragen und die Wirtschaftlichkeit zu stärken.

Sozialversicherungen¹⁴⁾

Rentenversicherung

In der gesetzlichen Rentenversicherung ergab sich im zweiten Quartal 2014 ein Überschuss von gut 2 Mrd €, der damit um 1½ Mrd € höher ausfiel als vor Jahresfrist. Entscheidend für die deutliche Verbesserung waren einerseits die günstige Entwicklung der Beitragseingänge (fast + 4%) und andererseits der weiter moderate Ausgabenzuwachs (knapp 1%) aufgrund der nur leicht steigenden Rentenzahl und der insgesamt relativ niedrigen Rentenanpassung zum 1. Juli 2013. Im gesamten ersten Halbjahr lag der Überschuss mit 1½ Mrd € um 3 Mrd € höher als vor einem Jahr.

Finanzielle Verbesserung setzt sich im zweiten Quartal 2014 fort

Im zweiten Halbjahr ist mit einer deutlichen Entrübung der Finanzlage zu rechnen. Zunächst fiel die Rentenanpassung zum 1. Juli 2014 insgesamt deutlich höher aus (1,67% im Westen und 2,53% im Osten). Hinzu kommt, dass die zur Jahresmitte in Kraft getretenen Leistungsausweitungen insbesondere für Kindererziehungszeiten, besonders langjährig Versicherte und Erwerbsunfähige spürbare Mehrausgaben verursachen werden. Auf Basis der Kostenschätzungen der Bundesregierung für die zusätzlichen Leistungen erscheint für das Gesamtjahr dennoch ein Überschuss möglich. Insgesamt könnten die Rücklagen noch weiter über ihre gesetzliche Obergrenze von 1,5 Monatsausgaben steigen. Bei unverändertem Beitragssatz wäre dann zu erwarten, dass die Rücklagen auch bis Ende 2015 noch über dieser Obergrenze bleiben würden, sodass gemäß der gesetzlichen Anpassungsvorschrift der Beitragssatz zu senken wäre.

Im Gesamtjahr trotz reformbedingter Belastungen Überschuss und ...

... für kommendes Jahr Beitragssatzsenkung möglich

Die Leistungsausweitungen durch die jüngste Rentenreform wurden zum Ende des Gesetzgebungsverfahrens noch dahingehend abge-

¹⁴ Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung im ersten Quartal 2014 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts Juli kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

Anrechnung von Arbeitslosigkeit für abschlagsfreie Rente mit 63 zuletzt noch eingeschränkt

schwächt, dass bei Arbeitslosigkeit unmittelbar vor dem Renteneintritt die letzten zwei Jahre grundsätzlich nicht auf die notwendigen 45 Beitragsjahre angerechnet werden.¹⁵⁾ Damit wird die in der Vergangenheit häufig in Anspruch genommene Möglichkeit erschwert, den Arbeitslosengeldbezug zum vorzeitigen Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit zu benutzen. Außerdem können Vereinbarungen, die eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit Erreichen des Regelrentenalters vorsehen, von Arbeitgebern und Arbeitnehmern jeweils einvernehmlich beliebig hinausgeschoben werden. Eine Parlamentskommission soll darüber hinaus Vorschläge entwickeln, wie der Renteneintritt generell weiter flexibilisiert werden kann. Das Rentenrecht ermöglicht es bestimmten Versichertengruppen bereits vor dem gesetzlichen Rentenalter in den Ruhestand zu wechseln – mit Abschlägen von 3,6%.¹⁶⁾ Außerdem ist es rentenrechtlich generell und zeitlich unbegrenzt möglich, mit Zuschlägen von 6% pro Jahr länger erwerbstätig zu bleiben. Grundsätzlich sind bei einer größeren Flexibilität in Rentenversiche-

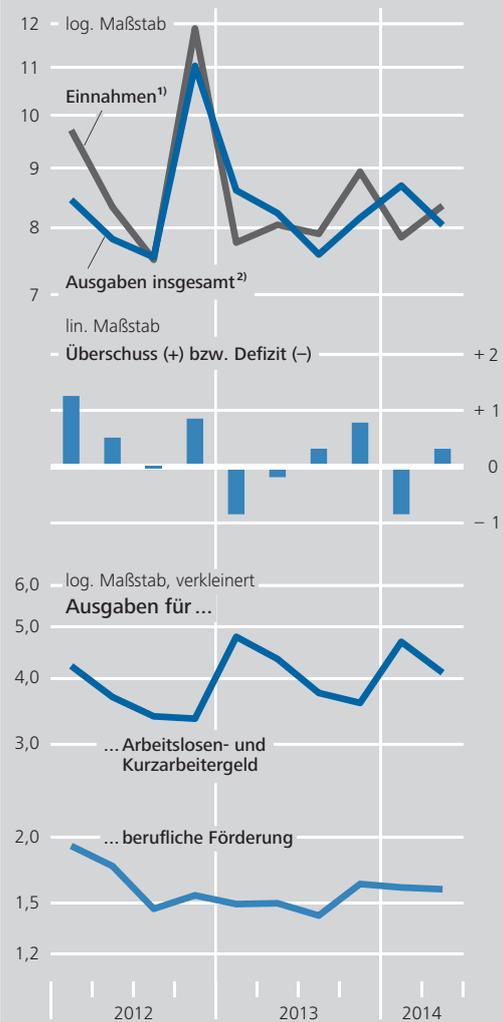
15 Zeiten der Arbeitslosigkeit werden dagegen auch für diesen Zeitraum ungeschmälert angerechnet, wenn diese auf einer Insolvenz oder Betriebsaufgabe des Arbeitgebers beruht. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, in den letzten zwei Jahren eine Beschäftigung aufzunehmen, die sozialversicherungspflichtig ist, im Regelfall aber nicht mehr als 15 Stunden pro Woche umfasst und daher einen parallelen Bezug von Arbeitslosengeld I unter Anrechnung des über 165 € pro Monat hinausgehenden Nettoeinkommens zulässt. Auch damit können anrechnungsfähige Beitragsjahre in der Rentenversicherung erworben werden (§ 138 Abs. 3 SGB III).

16 Langjährig Versicherte mit 35 Versicherungsjahren (einschl. Zeiten der Arbeitslosigkeit) können ab 63 Jahren die gesetzliche Altersrente unter Inkaufnahme von Abschlägen beziehen. Für Schwerbehinderte gilt ein gesetzliches Rentenalter von 65 Jahren, und ein vorzeitiger Renteneintritt ist ab Vollendung des 62. Lebensjahres mit Abschlägen möglich.

17 Wählen beispielsweise vor allem Personen mit unterdurchschnittlicher Lebenserwartung den vorzeitigen Renteneintritt, so reicht ein auf den Durchschnitt aller Versicherten kalkulierter Abschlag nicht aus, weil den zusätzlichen Rentenbezügen aufgrund des vorgezogenen Rentenbeginns per saldo geringere kumulierte Rentenkürzungen gegenüberstehen. Schieben außerdem vor allem Personen mit überdurchschnittlicher Lebenserwartung den Renteneintritt hinaus, so ist der Zuschlag für sie zu hoch bemessen. Ihr verkürzter Rentenbezug wird dann mehr als ausgeglichen durch die Summe der höheren laufenden Renten. Diese Szenarien setzen durchaus plausibel voraus, dass Menschen ihre gesundheitlichen Risiken im Vergleich zum Durchschnitt ihrer Kohorte tendenziell zutreffend einschätzen und so für sie vorteilhafte Entscheidungen treffen können.

Finanzen der Bundesagentur für Arbeit

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. **1** Ohne Liquiditätshilfen des Bundes. **2** Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. Deutsche Bundesbank

rungen allerdings insgesamt dann höhere Kosten zu erwarten, wenn die Ab- und Zuschläge auf Basis eines Durchschnitts der Versichertengemeinschaft kalkuliert sind.¹⁷⁾

Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) verzeichnete im zweiten Quartal 2014 einen Überschuss von fast ½ Mrd €, nach einem leichten Defizit vor Jahresfrist. Während die Einnahmen um fast 4% stiegen, gingen die Ausgaben um 2 ½% zurück. Die Beitragszuflüsse nahmen weiter mit 4% zu, worin sich die günstige Beschäftigungs-

Ergebnisverbesserung im zweiten Quartal 2014

und Entgeltentwicklung widerspiegelt. Auf der Ausgabenseite wurde für das Arbeitslosengeld I gut 1½% weniger aufgewendet. Die Zahlungen für das Kurzarbeitergeld halbierten sich sogar im Vergleich zum Vorjahr. Dagegen wurden für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik fast 6½% mehr ausgegeben.

*Merklicher
Überschuss im
Gesamtjahr zu
erwarten*

Bei einer Fortsetzung der günstigen Lage am Arbeitsmarkt ist mit einem Überschuss zu rechnen, der merklich höher ausfallen dürfte als im Haushaltsplan der BA vorgesehen (Soll: ¼ Mrd €). Allerdings war zuletzt wieder ein leichter An-

stieg bei den Zahlungen für das Arbeitslosengeld I festzustellen. Die BA reagiert als automatischer Stabilisator vor allem über die Ausgabenseite besonders sensibel auf gesamtwirtschaftliche Schwankungen. In struktureller Betrachtung sind die finanziellen Risiken aus der jüngsten Rentenreform zuletzt verringert worden, indem die Anrechnung von Zeiten des Arbeitslosengeld I-Bezugs vor dem Renteneintritt eingeschränkt wurden. Der Bezug dieser Lohnersatzleistung kommt damit weniger als Brücke in den vorzeitigen Ruhestand in Betracht.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	55•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	56•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	56•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik).....	57•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik).....	57•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	58•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	58*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	59*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	59*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	60*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	60*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	61*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	61*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	61*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	62*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	63*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	64*
3. Auftragseingang in der Industrie	65*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	66*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	66*
6. Arbeitsmarkt.....	67*
7. Preise	68*
8. Einkommen der privaten Haushalte	69*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	69*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	70*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	71*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	72*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	73*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	74*
4. Dienstleistungsverkehr sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	75*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	75*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	75*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	76*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998	77*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	77*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	78*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	79*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	79*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	80*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2012 Okt.	6,4	4,3	3,9	3,5	0,7	- 1,3	- 1,8	0,09	0,21	3,4
Nov.	6,4	4,4	3,8	3,7	0,6	- 1,2	- 1,8	0,08	0,19	3,3
Dez.	6,4	4,5	3,5	3,5	0,7	- 0,5	- 1,5	0,07	0,19	3,0
2013 Jan.	6,5	4,4	3,4	3,3	0,3	- 0,7	- 1,7	0,07	0,20	3,0
Febr.	7,0	4,2	3,1	3,0	0,2	- 0,6	- 1,6	0,07	0,22	3,1
März	7,0	4,1	2,5	2,9	0,3	- 0,5	- 1,2	0,07	0,21	3,0
April	8,6	4,8	3,2	2,8	0,3	- 0,5	- 1,5	0,08	0,21	2,7
Mai	8,3	4,6	2,8	2,8	0,2	- 0,6	- 1,0	0,08	0,20	2,6
Juni	7,5	4,3	2,4	2,4	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	3,0
Juli	7,0	4,0	2,1	2,2	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0
Aug.	6,7	4,0	2,3	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	2,9
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8
Dez.	5,7	2,5	1,0	1,2	- 1,8	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9
2014 Jan.	6,1	2,4	1,1	1,1	- 1,8	- 2,3	- 1,1	0,20	0,29	2,8
Febr.	6,2	2,4	1,3	1,1	- 1,9	- 2,4	- 1,2	0,16	0,29	2,6
März	5,6	2,2	1,0	1,0	- 2,1	- 2,5	- 1,0	0,19	0,31	2,5
April	5,2	2,0	0,7	0,9	- 2,2	- 2,6	- 1,0	0,25	0,33	2,3
Mai	5,0	2,1	1,0	1,1	- 2,4	- 2,7	- 1,2	0,25	0,32	2,2
Juni	5,3	2,3	1,5	...	- 2,3	- 2,3	- 1,5	0,08	0,24	2,1
Juli	0,04	0,21	1,9

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43 • 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft *)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz					Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2012 Okt.	+ 14 374	+ 10 199	- 25 102	- 38 621	+ 67 207	- 51 032	- 2 657	1,2974	97,8	95,5
Nov.	+ 21 166	+ 12 758	- 36 888	- 27 983	+ 27 171	- 35 111	- 964	1,2828	97,2	94,9
Dez.	+ 27 259	+ 9 287	- 43 470	+ 6 340	+ 12 066	- 62 497	+ 620	1,3119	98,7	96,3
2013 Jan.	- 5 404	- 3 373	+ 3 853	- 21 755	+ 30 963	- 587	- 4 768	1,3288	100,4	98,0
Febr.	+ 9 684	+ 10 815	- 11 133	+ 12 126	- 12 306	- 13 388	+ 2 437	1,3359	101,6	99,1
März	+ 24 325	+ 21 850	- 15 952	- 15 544	- 8 053	+ 5 368	+ 2 278	1,2964	100,2	97,9
April	+ 15 682	+ 15 966	- 22 109	- 7 492	- 12 040	- 2 536	- 41	1,3026	100,5	97,9
Mai	+ 13 281	+ 16 534	- 19 277	+ 43 749	+ 16 032	- 78 503	- 555	1,2982	100,5	98,1
Juni	+ 31 110	+ 17 359	- 30 802	- 14 289	+ 38 096	- 54 018	- 591	1,3189	101,6	98,9
Juli	+ 25 727	+ 18 655	- 28 642	+ 6 932	- 33 262	- 2 551	+ 239	1,3080	101,5	98,9
Aug.	+ 10 197	+ 6 737	- 6 788	- 311	+ 25 517	- 30 025	- 1 969	1,3310	102,2	99,5
Sept.	+ 15 496	+ 12 674	- 20 433	- 19 275	+ 20 258	- 20 286	- 1 131	1,3348	102,0	99,1
Okt.	+ 26 444	+ 17 447	- 19 823	+ 17 937	- 1 006	- 37 608	+ 855	1,3635	102,8	99,8
Nov.	+ 28 788	+ 17 698	- 32 897	- 23 194	+ 56 136	- 66 021	+ 181	1,3493	102,6	99,5
Dez.	+ 32 480	+ 12 947	- 48 851	- 11 048	+ 7 261	- 43 720	- 1 344	1,3704	103,9	100,7
2014 Jan.	+ 2 763	+ 1 836	+ 7 061	- 9 239	+ 45 337	- 26 304	- 2 733	1,3610	103,4	100,3
Febr.	+ 9 280	+ 15 923	- 11 990	- 521	+ 37 966	- 49 479	+ 513	1,3659	103,6	100,4
März	+ 19 540	+ 19 157	- 26 849	- 14 616	- 18 389	+ 6 493	- 336	1,3823	104,6	101,3
April	+ 18 793	+ 15 723	- 19 137	- 18 708	- 83 554	+ 83 464	- 339	1,3813	104,5	p) 101,0
Mai	+ 8 888	+ 15 078	- 7 665	+ 12 010	+ 46 712	- 65 792	- 595	1,3732	103,8	p) 100,1
Juni	1,3592	103,0	p) 99,2
Juli	1,3539	102,6	p) 98,7

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 5. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab. XII.12 und

13, S. 79 • / 80 • 2 Einschl. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾										
2011	1,6	1,8	3,6	9,6	2,8	2,0	- 7,1	2,2	0,4	5,3
2012	- 0,7	- 0,1	0,4	3,9	- 1,0	0,0	- 7,0	0,2	- 2,4	5,2
2013	- 0,4	0,2	0,1	0,8	- 1,4	0,2	- 3,9	- 0,3	- 1,8	4,1
2013 1.Vj.	- 1,1	- 0,5	- 1,8	1,3	- 3,2	- 0,7	- 6,0	- 1,7	- 2,6	3,8
2.Vj.	- 0,6	0,1	0,5	1,1	- 0,8	0,7	- 4,0	- 1,6	- 2,3	4,4
3.Vj.	- 0,3	0,4	0,8	0,7	- 0,8	0,6	- 3,2	- 2,7	- 1,5	4,6
4.Vj.	0,5	0,8	1,0	0,3	- 0,2	0,5	- 2,3	- 0,7	- 1,0	3,6
2014 1.Vj.	0,9	1,1	2,5	- 1,4	- 0,1	0,7	- 0,9	...	- 0,8	2,7
2.Vj.	0,7	...	0,8
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾										
2011	3,5	4,4	7,2	19,7	2,1	2,3	- 5,8	0,5	1,2	8,8
2012	- 2,5	- 3,3	5) - 0,4	1,5	- 1,6	- 2,7	- 2,1	- 1,7	- 6,5	6,2
2013	- 0,7	0,8	0,2	3,0	- 3,6	- 0,7	- 3,2	- 0,8	- 3,1	- 0,4
2013 1.Vj.	- 2,3	- 3,3	- 1,8	4,2	- 3,7	- 1,9	- 2,1	- 3,8	- 4,6	- 1,0
2.Vj.	- 1,1	1,3	- 0,3	3,8	- 6,3	0,2	- 0,4	- 2,7	- 3,9	- 0,1
3.Vj.	- 1,0	0,8	- 0,2	2,7	- 2,4	- 1,7	- 5,4	1,4	- 3,6	0,2
4.Vj.	1,6	4,5	3,0	1,4	- 2,0	0,4	- 4,8	2,7	- 0,2	- 0,6
2014 1.Vj.	1,3	4,0	3,0	- 1,2	- 5,8	- 0,7	- 2,5	9,3	0,5	- 2,8
2.Vj.	s) 0,8	...	6) 0,8	2,3	- 2,4	- 1,9	p) - 4,0	p) 21,5	0,0	- 0,2
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁷⁾										
2011	80,7	80,5	86,1	73,3	80,5	83,4	67,9	-	72,6	67,6
2012	78,9	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1	70,8
2013	78,0	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	70,1	72,0
2013 2.Vj.	77,5	76,4	81,5	70,8	77,4	80,9	64,0	-	68,4	72,0
3.Vj.	78,3	76,4	82,5	71,5	80,3	80,8	64,9	-	71,3	71,8
4.Vj.	78,4	78,2	82,3	72,5	77,5	79,6	65,9	-	72,2	72,2
2014 1.Vj.	80,1	79,5	83,3	72,3	79,1	81,8	65,9	-	72,5	72,1
2.Vj.	79,5	79,0	83,9	72,6	79,9	81,3	67,7	-	71,7	72,0
3.Vj.	79,8	79,2	84,0	74,0	78,9	82,3	70,4	-	72,5	71,5
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁸⁾⁹⁾										
2011	10,1	7,2	6,0	12,3	7,8	9,2	17,9	14,7	8,4	16,2
2012	11,3	7,6	5,5	10,0	7,7	9,8	24,5	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,3	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,2	11,9
2014 Jan.	11,8	8,4	5,1	8,2	8,4	10,2	27,2	12,1	12,6	11,4
Febr.	11,7	8,4	5,1	7,8	8,4	10,2	27,3	12,1	12,6	11,4
März	11,7	8,4	5,3	7,6	8,4	10,2	27,3	12,0	12,4	11,4
April	11,6	8,5	5,4	7,7	8,5	10,1	27,3	11,9	12,5	...
Mai	11,6	8,5	5,2	7,2	8,7	10,1	27,2	11,9	12,6	...
Juni	11,5	8,5	5,1	...	8,8	10,2	...	11,8	12,3	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2011	10) 2,7	3,4	2,5	5,1	3,3	2,3	3,1	1,2	2,9	4,2
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2014 Febr.	0,7	1,0	1,0	1,1	1,6	1,1	- 0,9	0,1	0,4	0,5
März	0,5	0,9	0,9	0,7	1,3	0,7	- 1,5	0,3	0,3	0,3
April	0,7	0,9	1,1	0,8	1,3	0,8	- 1,6	0,4	0,5	0,8
Mai	0,5	0,8	0,6	0,6	1,0	0,8	- 2,1	0,4	0,4	0,8
Juni	0,5	0,7	1,0	0,4	1,1	0,6	- 1,5	0,5	0,2	0,8
Juli	p) 0,4	0,6	0,8	0,0	1,0	0,6	- 0,8	0,5	s) 0,0	0,6
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾										
2011	- 4,1	- 3,8	- 0,8	1,1	- 0,7	- 5,2	- 9,6	- 13,1	- 3,7	- 3,5
2012	- 3,7	- 4,1	0,1	- 0,2	- 1,8	- 4,9	- 8,9	- 8,2	- 3,0	- 1,3
2013	- 3,0	- 2,6	0,2	- 0,2	- 2,1	- 4,3	- 12,7	- 7,2	- 3,0	- 1,0
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾										
2011	87,4	99,2	80,0	6,1	49,3	86,2	170,3	104,1	120,7	42,0
2012	90,7	101,1	81,0	9,8	53,6	90,6	157,2	117,4	127,0	40,8
2013	92,6	101,5	78,4	10,0	57,0	93,5	175,1	123,7	132,6	38,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Bruttoinlandsprodukt Deutschland:

ESVG 2010. **4** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. **5** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **6** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾³⁾									
1,9	1,5	0,9	2,8	- 1,2	3,0	0,7	0,1	0,4	2011
- 0,2	0,8	- 1,2	0,9	- 3,2	1,8	- 2,5	- 1,6	- 2,4	2012
2,1	2,6	- 0,8	0,3	- 1,4	1,0	- 1,1	...	- 5,4	2013
0,6	1,9	- 1,8	- 0,5	- 4,6	0,5	- 4,6	- 2,5	- 5,3	2013 1.Vj.
2,1	4,1	- 1,7	- 0,1	- 2,4	0,8	- 1,4	- 1,7	- 6,1	2.Vj.
2,8	2,5	- 0,6	0,5	- 1,8	0,9	- 0,5	- 0,6	- 5,2	3.Vj.
3,1	2,2	0,8	1,3	3,2	1,5	2,1	- 0,1	- 5,1	4.Vj.
3,8	3,5	- 0,5	0,3	0,6	2,4	1,9	0,8	- 4,0	2014 1.Vj.
...	2.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾⁴⁾									
2,0	-	- 0,7	6,8	- 1,0	5,4	2,1	- 1,7	- 8,4	2011
- 4,3	-	- 0,5	0,3	- 6,1	7,7	- 0,5	- 6,9	- 9,2	2012
- 3,4	-	0,6	0,3	0,5	5,3	- 1,4	- 1,7	- 12,5	2013
- 8,1	-	2,2	0,5	- 1,3	2,8	- 2,2	- 4,1	- 15,4	2013 1.Vj.
- 7,3	-	0,2	0,2	1,1	3,0	- 2,3	- 2,6	- 13,3	2.Vj.
- 2,6	-	- 0,4	0,3	- 1,5	4,5	- 2,3	- 0,9	- 11,0	3.Vj.
5,0	-	0,3	0,3	3,8	10,9	1,3	1,0	- 10,4	4.Vj.
7,6	-	- 7,1	3,1	2,3	6,0	1,8	1,5	- 2,5	2014 1.Vj.
10,0	-	p) - 1,8	...	2,1	p) 5,2	p) 3,6	p) 2,4	...	2.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁷⁾									
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
62,3	76,2	75,9	83,5	73,9	72,3	78,4	74,6	43,7	2013 2.Vj.
63,1	76,1	76,6	83,5	73,2	55,2	78,2	76,2	50,5	3.Vj.
65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	4.Vj.
67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
64,8	76,8	81,0	85,1	74,8	46,8	79,5	74,1	54,1	2.Vj.
65,4	77,2	79,6	84,2	75,6	56,5	80,8	75,3	54,5	3.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁸⁾⁹⁾									
4,8	6,4	4,4	4,2	12,9	13,7	8,2	21,4	7,9	2011
5,1	6,3	5,3	4,3	15,8	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
5,9	6,4	6,7	4,9	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
6,2	6,2	7,1	5,0	15,0	13,9	10,1	25,5	15,7	2014 Jan.
6,2	6,0	7,3	4,9	14,9	13,9	10,2	25,2	15,6	Febr.
6,2	5,9	7,2	4,9	14,8	13,8	10,3	25,1	15,9	März
6,2	5,7	7,2	4,8	14,6	13,9	10,3	24,9	15,4	April
6,3	5,7	7,0	4,9	14,3	13,9	10,2	24,7	15,2	Mai
6,3	5,6	6,8	5,0	14,1	13,8	10,1	24,5	15,2	Juni
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,8	1,6	0,4	1,5	- 0,1	- 0,1	0,2	0,1	- 1,3	2014 Febr.
0,8	1,4	0,1	1,4	- 0,4	- 0,2	0,6	- 0,2	- 0,9	März
0,9	0,5	0,6	1,6	- 0,1	- 0,2	0,5	0,3	- 0,4	April
1,4	0,4	0,1	1,5	- 0,3	- 0,0	1,0	0,2	- 0,1	Mai
1,2	0,7	0,3	1,7	- 0,2	- 0,1	1,0	0,0	0,0	Juni
1,2	0,6	p) 0,3	p) 1,7	- 0,7	- 0,2	0,3	- 0,4	0,9	Juli
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
0,2	- 2,7	- 4,3	- 2,5	- 4,3	- 4,8	- 6,4	- 9,6	- 6,3	2011
0,0	- 3,3	- 4,1	- 2,6	- 6,4	- 4,5	- 4,0	- 10,6	- 6,4	2012
0,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5	- 4,9	- 2,8	- 14,7	- 7,1	- 5,4	2013
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
18,7	68,8	65,7	73,1	108,2	43,6	47,1	70,5	71,5	2011
21,7	70,8	71,3	74,4	124,1	52,7	54,4	86,0	86,6	2012
23,1	73,0	73,5	74,5	129,0	55,4	71,7	93,9	111,7	2013

7 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. 8 In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. 9 Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von

Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. 10 Ab 2011 einschl. Estland. 11 In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2012 Nov.	14,4	- 3,2	- 0,5	17,7	27,2	64,5	- 12,4	- 76,8	- 2,5	- 4,6	- 0,7	- 1,4	4,2
2012 Dez.	- 74,8	- 9,4	66,6	- 65,4	- 50,6	32,4	- 89,5	- 121,9	16,5	- 4,2	- 1,8	- 19,5	42,1
2013 Jan.	55,4	24,8	- 2,5	30,6	26,5	32,4	60,3	28,0	- 6,6	- 4,3	- 1,0	- 7,1	5,8
2013 Febr.	0,4	- 4,2	- 3,4	4,6	43,8	- 10,5	- 10,6	- 0,1	- 4,6	- 8,4	- 2,0	- 1,0	6,9
2013 März	53,4	18,0	24,1	35,4	29,8	11,5	- 42,1	- 53,7	- 6,0	16,7	- 1,5	- 32,4	11,2
2013 April	14,5	13,3	34,0	1,2	- 8,8	- 6,0	58,9	65,0	- 24,9	- 7,6	- 1,9	- 15,7	0,2
2013 Mai	7,2	- 19,3	0,3	26,5	52,1	77,6	- 0,0	- 77,6	- 5,5	4,6	- 2,1	- 19,5	11,5
2013 Juni	- 7,3	- 35,8	- 24,8	28,5	36,5	36,0	- 56,6	- 92,5	13,7	- 0,6	- 1,3	- 22,4	37,9
2013 Juli	- 120,7	- 83,5	- 12,0	- 37,2	- 39,5	- 1,8	- 27,9	- 26,1	- 35,0	- 4,2	- 1,2	- 25,8	- 3,8
2013 Aug.	- 53,7	- 35,9	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,3	- 15,8	- 50,1	- 8,8	- 6,3	- 0,8	- 13,7	12,0
2013 Sept.	3,2	19,3	- 0,6	- 16,1	- 16,3	23,8	- 31,6	- 55,4	- 8,6	- 4,2	- 1,3	- 2,0	- 1,0
2013 Okt.	- 43,1	- 61,4	- 26,5	18,2	5,8	34,1	65,3	31,3	8,4	2,0	- 0,5	15,3	- 8,4
2013 Nov.	- 18,9	7,6	- 2,5	- 26,5	- 7,8	51,6	5,6	- 46,0	- 2,2	1,7	- 0,3	- 2,3	- 1,4
2013 Dez.	- 181,2	- 106,4	- 38,7	- 74,8	- 73,0	79,5	- 84,8	- 164,4	- 10,9	- 8,8	- 0,5	- 9,8	8,2
2014 Jan.	45,4	- 16,8	9,6	62,2	42,5	1,4	124,9	123,5	- 1,2	- 2,7	0,1	- 12,4	13,9
2014 Febr.	- 5,8	- 9,9	- 16,3	4,1	12,3	32,7	16,3	- 16,4	- 11,7	- 5,8	0,1	- 11,3	5,3
2014 März	6,5	4,9	- 3,2	1,6	3,9	12,7	- 23,6	- 36,3	10,4	- 8,6	- 0,2	- 0,1	19,3
2014 April	- 1,9	- 2,0	- 17,2	0,1	- 0,0	- 9,7	64,9	74,6	- 24,9	- 31,0	- 0,3	- 1,0	7,5
2014 Mai	- 25,5	- 36,2	23,7	10,8	9,2	49,5	35,9	- 13,5	- 21,0	- 14,8	- 0,4	3,3	- 9,1
2014 Juni	10,6	24,1	- 10,8	- 13,5	- 5,8	79,4	- 26,4	- 105,8	- 7,1	- 9,4	- 1,4	- 20,8	24,5

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2012 Nov.	- 5,2	- 4,1	0,8	- 1,2	5,0	23,7	- 7,2	- 30,9	- 12,5	- 5,4	- 1,3	- 5,4	- 0,4
2012 Dez.	- 50,5	- 32,0	- 2,8	- 18,5	- 7,0	53,7	- 20,2	- 73,9	- 12,5	- 1,0	- 1,6	- 10,6	0,8
2013 Jan.	34,9	34,0	10,6	0,9	- 1,0	- 13,7	- 2,1	11,6	- 7,9	- 2,0	- 1,8	- 4,9	0,8
2013 Febr.	- 8,7	- 2,0	- 3,5	- 6,7	- 1,8	4,4	- 3,2	- 7,6	- 2,8	- 4,4	- 1,5	- 1,4	1,8
2013 März	- 2,4	0,7	7,9	- 3,0	- 0,7	16,7	- 3,4	- 20,1	- 7,2	- 0,9	- 0,8	- 10,8	5,3
2013 April	26,3	16,3	17,2	10,0	- 0,7	5,0	6,1	1,2	- 5,2	- 4,4	- 1,5	- 2,6	3,3
2013 Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
2013 Juni	0,2	3,6	- 6,1	- 3,4	- 0,4	- 0,3	- 8,3	- 8,0	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2
2013 Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
2013 Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
2013 Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
2013 Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
2013 Nov.	5,0	7,9	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
2013 Dez.	- 17,0	- 8,3	- 6,3	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,6	- 66,3	- 6,5	- 1,5	- 0,2	- 5,7	0,9
2014 Jan.	15,2	9,7	10,4	5,4	- 0,8	- 12,1	32,5	44,7	- 8,6	- 1,4	- 0,5	- 7,2	0,4
2014 Febr.	- 3,1	- 3,9	- 8,7	0,8	4,6	24,4	4,7	- 19,7	- 2,7	- 3,5	0,3	0,2	0,4
2014 März	4,1	7,8	6,0	- 3,7	1,0	15,8	- 3,7	- 19,6	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,8	0,7
2014 April	21,3	20,5	13,8	0,9	- 0,1	0,4	8,2	7,8	- 15,7	- 3,6	- 0,3	- 12,0	0,1
2014 Mai	- 2,3	- 4,7	- 9,6	2,4	1,0	7,4	17,7	10,3	12,1	- 2,6	- 0,2	10,9	3,9
2014 Juni	- 6,2	1,5	- 0,9	- 7,7	0,6	34,4	12,3	- 22,1	5,4	- 3,1	- 1,1	- 3,1	12,7

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2							Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
40,5	33,6	-	7,3	29,6	35,4	- 0,2	35,5	- 13,9	8,1	6,4	- 1,2	- 19,6	2012 Nov.	
- 60,6	- 54,2	-	55,9	95,2	82,3	12,7	69,6	- 12,3	25,2	- 44,6	- 26,9	- 6,1	Dez.	
33,9	85,0	-	24,6	- 35,3	- 53,9	- 19,8	- 34,1	- 5,4	24,1	14,1	7,2	- 6,7	2013 Jan.	
5,7	- 12,5	-	1,2	- 9,9	5,1	- 1,2	6,2	- 3,4	8,2	26,9	6,3	- 13,4	Febr.	
10,6	15,5	-	44,8	58,0	47,2	11,7	35,5	5,1	5,6	22,7	- 5,9	- 5,4	März	
- 50,6	26,1	-	57,9	54,1	73,8	7,2	66,7	- 26,5	6,7	- 8,8	- 0,4	1,4	April	
62,5	26,6	-	1,1	11,6	25,8	5,0	20,8	- 17,2	3,0	13,2	- 3,4	- 7,4	Mai	
30,3	- 8,6	-	6,7	25,7	45,1	6,2	38,9	- 19,2	- 0,2	21,8	- 19,6	- 2,1	Juni	
- 26,1	- 55,1	-	6,4	- 7,0	- 8,3	6,9	- 15,2	- 2,2	3,5	- 48,9	- 1,1	- 6,7	Juli	
- 55,7	12,4	-	32,8	27,4	25,4	1,4	24,0	0,5	1,5	4,4	9,5	1,1	Aug.	
11,2	58,1	-	33,8	- 1,3	23,6	- 0,2	23,8	- 19,2	- 5,6	- 8,0	- 26,4	6,5	Sept.	
- 28,0	- 5,3	-	15,7	22,0	38,5	3,9	34,6	- 9,4	- 7,1	- 5,5	1,3	- 12,4	Okt.	
18,4	- 11,9	-	28,4	33,9	47,1	5,4	41,7	- 15,1	1,9	3,7	- 1,1	- 4,0	Nov.	
- 49,3	- 25,1	-	16,4	15,7	14,2	17,9	- 3,6	- 0,2	1,7	- 15,1	- 12,8	- 12,9	Dez.	
20,4	39,6	-	12,0	- 39,7	- 36,6	- 13,6	- 23,0	- 15,6	12,5	- 7,2	17,8	- 0,9	2014 Jan.	
36,9	- 14,4	-	16,0	14,4	12,2	1,9	10,2	2,3	- 0,0	19,6	- 0,7	- 4,9	Febr.	
- 5,3	1,9	-	12,3	38,5	33,0	6,3	26,7	0,6	4,9	- 13,3	- 17,6	3,2	März	
- 10,7	- 2,2	-	26,1	27,5	37,9	5,3	32,6	- 8,0	- 2,4	- 8,9	5,1	- 11,8	April	
33,1	- 50,4	-	62,4	57,5	54,7	7,1	47,6	0,9	1,9	- 14,2	- 5,2	8,6	Mai	
26,1	55,1	-	15,9	21,9	43,1	6,4	36,7	- 19,4	- 1,8	28,0	- 12,5	2,6	Juni	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge							Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte						
								Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)					
1,3	12,0	2,6	- 0,1	- 17,5	25,9	- 9,0	0,5	- 0,8	- 0,0	1,1	2012 Nov.		
- 2,6	71,8	3,0	2,0	- 53,4	- 7,0	- 24,2	6,3	- 26,5	0,2	- 2,2	Dez.		
0,9	40,4	- 0,9	- 3,6	- 12,1	- 1,9	- 10,2	0,9	2,7	0,1	3,6	2013 Jan.		
- 2,9	- 12,4	2,0	- 0,6	13,8	2,5	- 8,3	1,4	16,6	0,3	1,5	Febr.		
- 1,7	35,1	2,4	2,5	- 11,8	- 10,3	3,6	- 1,4	- 2,7	0,1	- 1,1	März		
- 2,7	6,2	0,3	2,5	33,1	30,2	- 1,3	- 0,6	1,9	0,6	2,2	April		
5,0	1,0	2,9	0,7	4,0	5,4	0,1	0,4	- 0,9	- 0,0	0,9	Mai		
1,1	- 4,6	1,3	1,7	5,7	- 0,6	- 5,7	- 0,2	15,4	- 0,5	- 2,7	Juni		
- 1,8	23,1	3,3	1,4	- 14,1	9,1	- 3,0	- 0,6	- 23,5	- 0,0	3,9	Juli		
- 8,9	3,4	3,4	- 0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	- 9,4	0,0	3,0	Aug.		
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	- 6,5	- 0,3	0,7	- 0,5	1,8	Sept.		
- 3,3	7,0	2,2	0,6	32,2	27,1	- 0,7	0,0	4,0	- 0,3	2,1	Okt.		
0,5	18,8	1,5	1,4	1,9	10,4	- 1,9	- 0,0	- 3,5	- 0,1	3,0	Nov.		
2,6	31,0	2,5	3,7	- 3,3	- 13,6	7,1	4,1	2,9	- 0,0	3,9	Dez.		
- 3,1	16,2	10,4	- 13,0	- 1,3	5,1	- 4,9	- 0,6	1,2	0,1	2,2	2014 Jan.		
3,7	5,1	2,4	0,2	15,2	8,7	4,4	0,5	0,1	- 0,0	1,6	Febr.		
- 1,6	37,3	1,6	1,9	- 10,7	- 7,9	3,7	- 1,2	- 2,8	- 0,2	2,2	März		
- 2,3	6,1	2,2	1,4	33,6	35,9	- 3,3	- 1,6	2,5	0,0	0,1	April		
1,9	- 24,6	3,0	1,3	15,7	11,2	7,3	- 0,6	- 3,0	- 0,1	0,7	Mai		
- 0,9	32,0	2,8	1,9	- 8,3	- 8,3	- 2,5	- 0,4	0,4	- 0,1	2,5	Juni		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
			Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2012 Mai	27 826,4	16 721,8	13 449,0	11 176,3	1 520,6	752,1	3 272,8	1 161,3	2 111,5	5 205,9	5 898,7
Juni	27 214,9	16 732,1	13 389,4	11 193,8	1 463,1	732,5	3 342,6	1 187,0	2 155,6	5 089,7	5 393,1
Juli	27 538,2	16 703,9	13 375,1	11 222,2	1 416,1	736,8	3 328,8	1 186,4	2 142,4	5 183,4	5 651,0
Aug.	27 308,5	16 630,7	13 308,3	11 168,4	1 400,8	739,1	3 322,4	1 177,0	2 145,4	5 104,1	5 573,7
Sept.	27 168,2	16 703,9	13 333,5	11 196,6	1 386,6	750,3	3 370,4	1 180,1	2 190,3	5 045,6	5 418,6
Okt.	26 635,7	16 703,7	13 308,5	11 176,6	1 384,2	747,8	3 395,2	1 194,7	2 200,5	5 013,0	4 918,9
Nov.	26 703,9	16 727,0	13 301,5	11 169,7	1 370,3	761,5	3 425,5	1 185,1	2 240,4	4 996,6	4 980,3
Dez.	26 251,1	16 610,8	13 245,1	11 044,3	1 433,8	767,0	3 365,7	1 170,3	2 195,4	4 845,6	4 794,7
2013 Jan.	26 397,8	16 646,9	13 249,6	11 053,1	1 415,9	780,7	3 397,3	1 174,2	2 223,1	4 799,6	4 951,2
Febr.	26 517,2	16 640,3	13 243,1	11 048,6	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,7	4 826,1	5 050,8
März	26 567,8	16 698,5	13 262,6	11 044,6	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 844,2	5 025,1
April	26 709,3	16 730,7	13 270,3	11 014,5	1 440,4	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 818,7	5 159,9
Mai	26 371,6	16 728,1	13 249,1	10 992,1	1 446,8	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,6	4 844,9
Juni	25 926,2	16 691,6	13 200,4	10 975,2	1 432,7	792,6	3 491,1	1 116,9	2 374,3	4 669,1	4 565,6
Juli	25 675,6	16 573,2	13 113,1	10 895,5	1 432,0	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,9	4 465,6
Aug.	25 458,7	16 417,2	12 977,1	10 767,7	1 427,9	781,6	3 440,0	1 105,3	2 334,8	4 661,9	4 379,6
Sept.	25 420,6	16 423,1	12 996,1	10 781,6	1 421,9	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9
Okt.	25 463,9	16 386,4	12 927,6	10 732,8	1 401,5	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2
Nov.	25 426,6	16 364,8	12 929,5	10 736,1	1 398,2	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 445,2
Dez.	24 649,7	16 162,3	12 803,0	10 650,3	1 360,6	792,1	3 359,3	1 097,4	2 262,0	4 488,2	3 999,1
2014 Jan.	25 045,4	16 244,7	12 806,2	10 643,1	1 368,4	794,7	3 438,5	1 118,5	2 320,0	4 681,4	4 119,3
Febr.	24 988,5	16 224,0	12 773,7	10 637,6	1 343,7	792,3	3 450,4	1 110,2	2 340,1	4 672,3	4 092,3
März	24 906,5	16 234,4	12 773,7	10 639,5	1 330,0	804,2	3 460,6	1 108,0	2 352,6	4 639,5	4 032,7
April	25 047,0	16 238,4	12 772,4	10 652,2	1 294,7	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 698,1	4 110,5
Mai	25 177,5	16 222,3	12 738,8	10 590,9	1 332,9	815,0	3 483,5	1 109,4	2 374,1	4 770,4	4 184,8
Juni	25 132,1	16 214,5	12 734,9	10 610,4	1 318,4	806,0	3 479,6	1 101,4	2 378,2	4 754,1	4 163,5
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2012 Mai	6 499,3	3 745,2	3 001,6	2 594,7	178,2	228,7	743,5	395,8	347,7	1 221,4	1 532,7
Juni	6 313,4	3 752,8	2 970,9	2 592,7	156,5	221,7	781,8	406,4	375,4	1 183,7	1 377,0
Juli	6 448,1	3 784,2	3 006,9	2 629,3	154,0	223,6	777,3	402,5	374,8	1 205,4	1 458,5
Aug.	6 408,2	3 779,1	3 005,1	2 625,9	153,0	226,2	774,0	395,7	378,2	1 206,3	1 422,8
Sept.	6 361,1	3 785,2	3 004,1	2 620,0	153,3	230,8	781,1	395,6	385,5	1 209,7	1 366,2
Okt.	6 314,2	3 803,4	3 010,6	2 631,5	147,6	231,5	792,8	402,8	390,0	1 201,4	1 309,5
Nov.	6 280,7	3 798,0	3 005,5	2 625,8	148,3	231,4	792,5	396,6	395,9	1 194,7	1 288,1
Dez.	6 158,5	3 745,1	2 970,5	2 593,8	147,9	228,9	774,6	385,1	389,5	1 159,8	1 253,7
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,1	915,7
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2
Juni	5 698,2	3 671,8	2 911,9	2 516,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			von mehr als 2 Jahren	von mehr als 3 Monaten		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren		bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
856,3	10 707,2	10 079,3	10 102,0	3 811,1	1 440,0	312,0	2 459,7	1 971,8	107,4	2012 Mai	
867,7	10 754,8	10 113,1	10 103,6	3 869,9	1 411,5	304,0	2 433,6	1 978,1	106,6	Juni	
871,5	10 686,7	10 067,8	10 064,9	3 886,4	1 405,2	302,9	2 381,5	1 983,4	105,5	Juli	
870,2	10 643,2	10 063,2	10 071,1	3 896,1	1 391,5	301,5	2 384,1	1 993,5	104,4	Aug.	
866,7	10 716,2	10 109,3	10 110,9	3 940,3	1 390,3	300,8	2 381,1	1 995,3	103,1	Sept.	
864,3	10 745,5	10 155,5	10 153,9	3 965,3	1 405,5	306,6	2 368,1	2 005,9	102,5	Okt.	
864,1	10 807,6	10 183,5	10 170,2	3 994,2	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	Nov.	
876,8	10 809,5	10 247,1	10 269,7	4 061,3	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.	
857,0	10 821,5	10 224,9	10 253,7	4 036,1	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.	
855,8	10 836,5	10 221,3	10 262,6	4 047,8	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.	
867,5	10 915,5	10 288,3	10 326,1	4 090,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März	
874,7	10 895,0	10 325,1	10 354,6	4 147,6	1 320,3	350,5	2 358,7	2 084,1	93,5	April	
879,7	10 966,5	10 332,1	10 351,2	4 160,2	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai	
885,9	11 010,7	10 339,5	10 356,6	4 191,4	1 256,1	371,3	2 360,2	2 087,3	90,4	Juni	
892,8	10 958,0	10 321,2	10 341,5	4 181,5	1 243,0	383,2	2 354,4	2 090,2	89,3	Juli	
894,2	10 922,7	10 336,4	10 362,1	4 208,3	1 241,3	385,9	2 346,9	2 091,3	88,4	Aug.	
894,0	10 924,4	10 323,2	10 348,0	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,0	2 085,6	87,2	Sept.	
898,0	10 915,2	10 342,4	10 372,6	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,3	2 078,9	86,8	Okt.	
903,4	10 961,8	10 369,7	10 389,6	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,1	2 080,3	86,7	Nov.	
921,2	10 901,1	10 352,5	10 402,0	4 311,2	1 153,6	431,3	2 335,0	2 084,5	86,4	Dez.	
908,3	10 919,8	10 349,3	10 400,1	4 305,2	1 132,1	442,6	2 337,7	2 096,5	86,0	2014 Jan.	
910,2	10 949,9	10 339,2	10 383,5	4 308,3	1 129,1	445,4	2 319,9	2 094,6	86,2	Febr.	
916,5	10 967,3	10 356,3	10 399,7	4 333,2	1 129,0	441,5	2 311,5	2 098,5	86,1	März	
921,8	10 948,5	10 351,2	10 394,6	4 365,0	1 124,3	442,5	2 280,2	2 096,5	86,0	April	
928,9	11 020,8	10 387,4	10 426,0	4 414,8	1 121,4	439,2	2 266,5	2 098,4	85,6	Mai	
935,3	11 051,0	10 388,9	10 424,6	4 446,9	1 104,3	434,7	2 257,0	2 097,3	84,4	Juni	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
212,3	3 072,2	2 998,5	2 874,4	1 170,8	257,5	43,8	784,0	520,2	98,1	2012 Mai	
215,2	3 094,3	3 019,5	2 863,0	1 182,2	252,1	43,4	768,1	520,1	97,1	Juni	
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	Juli	
215,9	3 111,3	3 040,9	2 888,5	1 220,9	247,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.	
214,7	3 117,3	3 045,7	2 891,7	1 237,8	239,2	41,8	757,8	521,9	93,3	Sept.	
214,4	3 150,2	3 077,3	2 926,3	1 291,6	229,9	41,2	749,0	522,0	92,5	Okt.	
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	Nov.	
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.	
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.	
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.	
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März	
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April	
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai	
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni	
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli	
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.	
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.	
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.	
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.	
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.	
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.	
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.	
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März	
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April	
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	Mai	
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,1	1 446,5	195,5	32,1	693,6	528,3	76,1	Juni	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

noch: Passiva														
noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet														
Stand am Jahres- bzw. Monatsende	öffentliche Haushalte								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Geldmarkt- fonds- anteile (netto) ³⁾	Begebene Schuld-		
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist ²⁾		insgesamt		darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	insgesamt	darunter: auf Euro
		zusammen	tätlich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten						
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾														
2012 Mai	316,1	289,1	131,3	106,4	5,9	30,0	9,0	6,6	440,6	434,6	533,6	2 983,6	2 271,8	
Juni	333,3	317,9	134,8	117,9	6,6	42,8	9,3	6,5	440,6	436,8	510,1	2 975,2	2 275,3	
Juli	300,7	321,1	136,0	119,9	6,2	43,0	9,5	6,4	444,8	438,9	508,8	2 996,9	2 275,9	
Aug.	261,3	310,8	124,6	120,9	6,3	42,9	9,9	6,3	427,5	422,3	513,2	2 965,8	2 264,9	
Sept.	294,5	310,8	127,4	117,8	6,2	43,0	10,3	6,2	432,3	428,3	492,5	2 938,5	2 251,6	
Okt.	271,7	319,8	140,0	113,7	6,0	43,1	11,1	6,0	414,8	411,2	497,3	2 914,4	2 226,2	
Nov.	312,3	325,1	143,7	114,0	6,1	43,5	11,9	5,9	421,2	417,4	495,5	2 889,4	2 206,6	
Dez.	251,0	288,7	134,9	86,7	6,0	43,9	11,6	5,6	376,4	372,4	467,9	2 853,2	2 183,1	
2013 Jan.	284,9	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	390,1	386,2	459,7	2 807,6	2 172,3	
Febr.	290,5	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	417,3	412,0	465,9	2 806,9	2 151,4	
März	301,2	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	440,3	434,2	459,6	2 775,5	2 122,0	
April	250,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	431,3	423,8	459,1	2 747,3	2 102,0	
Mai	313,2	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	444,5	437,7	455,7	2 721,4	2 076,4	
Juni	343,5	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	466,2	459,7	436,0	2 695,8	2 061,8	
Juli	317,4	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	417,1	411,3	434,8	2 656,5	2 031,2	
Aug.	261,7	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	339,1	332,9	444,4	2 646,2	2 012,9	
Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	331,1	325,3	417,9	2 642,7	2 003,7	
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	313,9	308,0	419,1	2 638,0	2 006,1	
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	310,6	303,4	417,9	2 631,1	1 999,9	
Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	294,8	288,1	404,8	2 586,4	1 978,6	
2014 Jan.	236,4	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	287,9	279,4	422,6	2 581,8	1 969,1	
Febr.	272,5	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	307,3	295,7	421,8	2 556,5	1 956,7	
März	267,2	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	294,0	285,4	404,1	2 558,8	1 961,6	
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,1	2 544,4	1 948,4	
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,1	262,4	403,8	2 563,0	1 948,7	
Juni	315,8	310,6	133,6	101,5	9,4	45,4	15,6	5,2	299,1	284,8	391,2	2 534,5	1 920,5	
Deutscher Beitrag (Mrd €)														
2012 Mai	36,4	161,4	47,2	82,8	3,9	25,1	2,0	0,4	108,3	105,0	4,2	666,3	373,8	
Juni	38,1	193,1	53,6	94,5	4,6	37,9	2,1	0,4	98,9	97,7	4,4	662,6	374,1	
Juli	32,9	193,1	50,9	97,0	4,3	38,1	2,3	0,5	106,6	103,2	4,4	668,8	371,1	
Aug.	31,9	190,9	47,6	98,0	4,4	38,0	2,4	0,5	108,1	105,4	4,0	658,6	366,5	
Sept.	32,6	193,0	53,8	93,9	4,4	38,1	2,4	0,5	98,0	97,3	3,8	654,1	367,7	
Okt.	30,5	193,4	55,6	92,6	4,3	38,0	2,4	0,5	107,8	107,3	4,2	649,9	362,0	
Nov.	31,9	200,9	62,0	93,4	4,5	38,1	2,5	0,5	107,0	106,6	4,1	644,4	357,6	
Dez.	29,2	171,7	58,5	67,5	4,4	38,2	2,5	0,5	80,4	80,1	4,3	627,0	350,3	
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1	
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1	
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4	
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1	
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7	
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4	
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1	
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2	
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5	
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5	
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1	
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5	
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4	
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5	
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3	
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7	
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7	
Juni	15,9	177,7	46,8	82,5	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,1	294,3	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (EurosysteM). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

lungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des EurosysteMs sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) 3)										Nachrichtlich					Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet 5)	Kapital und Rücklagen 6)	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	sonstige Passivpositionen		Geldmengenaggregate 7) (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) 14)				
bis zu 1 Jahr 4)	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren				insgesamt 8)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9)	M1 10)	M2 11)	M3 12)		Geldkapitalbildung 13)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)															
114,0	107,2	2 762,4	4 285,9	2 276,2	- 66,0	5 809,0	-	4 883,1	8 752,9	9 646,2	7 642,3	109,1	2012 Mai		
128,5	102,1	2 744,7	4 158,6	2 312,3	- 65,2	5 260,6	-	4 958,2	8 810,9	9 683,5	7 646,4	111,0	Juni		
136,0	96,2	2 764,7	4 201,9	2 353,7	- 63,2	5 537,2	-	4 982,7	8 834,6	9 712,7	7 654,8	113,5	Juli		
122,7	96,4	2 746,8	4 115,7	2 361,9	- 47,0	5 458,0	-	4 979,0	8 827,3	9 688,6	7 646,4	113,0	Aug.		
119,8	92,6	2 726,0	4 047,7	2 405,8	- 57,2	5 325,8	-	5 022,9	8 868,1	9 701,8	7 665,2	113,1	Sept.		
113,6	93,5	2 707,3	4 020,9	2 394,4	- 73,0	4 857,2	-	5 056,5	8 930,4	9 756,9	7 621,4	112,1	Okt.		
96,1	91,2	2 702,1	3 940,0	2 408,9	- 67,4	4 944,8	-	5 091,6	8 957,5	9 761,1	7 627,4	114,6	Nov.		
87,4	93,8	2 672,1	3 793,4	2 396,4	- 52,1	4 729,6	-	5 168,7	9 045,7	9 809,1	7 578,1	120,0	Dez.		
70,1	92,3	2 645,3	3 774,6	2 387,7	- 32,6	4 932,3	-	5 109,7	9 002,2	9 749,0	7 536,2	112,0	2013 Jan.		
61,7	88,1	2 657,0	3 812,7	2 378,2	- 38,3	4 982,2	-	5 119,4	9 018,5	9 757,0	7 529,6	111,1	Febr.		
59,2	84,1	2 632,1	3 798,4	2 414,3	- 58,9	4 955,7	-	5 170,4	9 081,9	9 805,9	7 557,1	110,9	März		
62,5	81,6	2 603,3	3 832,7	2 390,1	- 43,1	5 122,2	-	5 239,7	9 128,2	9 855,0	7 495,4	111,2	April		
62,9	74,4	2 584,0	3 755,3	2 377,8	- 54,6	4 825,3	-	5 265,1	9 139,4	9 856,7	7 467,3	111,9	Mai		
66,1	68,4	2 561,4	3 651,9	2 335,9	- 63,2	4 507,1	-	5 309,1	9 165,4	9 850,1	7 398,0	113,0	Juni		
62,1	66,7	2 527,8	3 599,3	2 365,2	- 59,0	4 411,0	-	5 299,1	9 155,4	9 841,6	7 387,5	116,5	Juli		
66,1	63,1	2 517,0	3 572,1	2 391,4	- 61,5	4 310,0	-	5 325,6	9 185,4	9 885,0	7 394,1	115,9	Aug.		
76,0	58,3	2 508,5	3 500,7	2 372,9	- 45,1	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 846,9	7 362,1	116,6	Sept.		
63,7	58,1	2 516,1	3 511,7	2 376,8	- 45,1	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,6	7 374,6	114,3	Okt.		
63,7	53,4	2 514,0	3 474,2	2 357,7	- 51,9	4 421,8	-	5 432,0	9 236,1	9 888,4	7 354,4	117,2	Nov.		
38,5	49,1	2 498,9	3 308,9	2 340,4	- 62,3	3 954,3	-	5 445,1	9 250,0	9 852,8	7 311,0	114,1	Dez.		
42,3	43,9	2 495,6	3 473,8	2 385,1	- 42,3	4 108,4	-	5 419,2	9 224,8	9 855,2	7 355,3	107,7	2014 Jan.		
42,1	39,1	2 475,3	3 427,9	2 405,4	- 29,9	4 039,4	-	5 428,4	9 235,6	9 867,3	7 337,9	105,3	Febr.		
49,1	35,4	2 474,4	3 391,8	2 422,1	- 29,2	3 981,0	-	5 461,6	9 274,3	9 879,7	7 344,9	106,1	März		
37,9	32,6	2 473,9	3 463,2	2 433,7	- 17,6	4 058,8	-	5 499,1	9 301,2	9 903,0	7 324,7	104,5	April		
43,8	35,1	2 484,1	3 478,0	2 426,9	- 30,2	4 115,2	-	5 556,6	9 362,7	9 969,3	7 313,9	105,4	Mai		
44,7	35,9	2 453,9	3 372,4	2 458,2	- 45,8	4 135,8	-	5 599,3	9 384,3	9 984,0	7 304,1	105,8	Juni		
Deutscher Beitrag (Mrd €)															
13,4	9,9	643,0	919,2	495,5	- 796,5	2 029,9	179,3	1 218,0	2 128,2	2 264,1	2 046,1	-	2012 Mai		
13,8	10,5	638,3	913,8	501,1	- 829,7	1 868,1	181,0	1 235,7	2 152,5	2 280,1	2 042,9	-	Juni		
15,5	11,2	642,1	937,5	512,6	- 840,9	1 953,8	184,5	1 256,7	2 173,6	2 311,3	2 052,6	-	Juli		
14,6	10,3	633,7	951,4	513,4	- 857,1	1 918,4	188,5	1 268,5	2 184,9	2 322,0	2 041,6	-	Aug.		
16,2	10,4	627,5	900,0	521,5	- 806,5	1 872,9	191,9	1 291,6	2 195,0	2 323,4	2 038,7	-	Sept.		
17,3	10,3	622,3	889,1	515,3	- 822,5	1 820,3	194,7	1 347,2	2 239,6	2 379,2	2 017,6	-	Okt.		
17,8	10,8	615,8	857,9	516,9	- 813,3	1 801,6	197,3	1 373,1	2 257,0	2 396,7	2 005,9	-	Nov.		
16,0	10,3	600,7	780,0	510,2	- 759,5	1 784,7	200,3	1 365,7	2 231,6	2 342,6	1 981,4	-	Dez.		
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013 Jan.		
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	Febr.		
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März		
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April		
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai		
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni		
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli		
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.		
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.		
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.		
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.		
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.		
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.		
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.		
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März		
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	April		
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	Mai		
9,0	6,5	524,6	614,0	521,8	- 591,4	1 439,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,0	1 855,7	-	Juni		

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
2012 Jan.	683,9	169,4	627,3	6,0	278,6	399,3	210,8	883,7	67,7	- 8,7	212,3	1 495,3
Febr.	698,3	120,6	683,6	2,3	282,4	489,0	218,5	870,1	100,1	1,6	108,1	1 467,1
März	688,2	89,1	860,1	2,2	288,1	621,0	219,5	868,8	129,0	- 19,4	108,9	1 598,6
April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Juni	656,8	58,1	1 071,0	1,6	281,1	770,8	212,8	880,8	117,8	- 24,2	110,8	1 762,3
Juli	666,7	160,7	1 074,9	1,8	280,7	770,6	210,9	892,5	138,8	60,6	111,5	1 774,6
Aug.	678,9	146,0	1 079,9	0,8	281,0	343,1	211,5	897,7	130,7	93,5	510,2	1 751,0
Sept.	676,8	130,6	1 076,8	0,8	279,7	328,6	210,5	897,6	107,0	81,0	540,0	1 766,2
Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	322,2	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Deutsche Bundesbank												
2012 Jan.	182,3	4,4	40,3	0,1	67,2	101,7	117,0	219,8	0,8	- 199,6	54,5	376,0
Febr.	183,2	1,8	46,7	0,0	69,2	141,9	130,5	216,9	0,8	- 217,6	28,3	387,1
März	183,6	1,2	59,4	0,0	69,2	192,6	142,2	217,0	0,8	- 266,8	27,7	437,3
April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2
Juni	180,4	3,8	74,6	0,5	68,7	276,9	150,3	219,8	0,8	- 349,1	29,3	526,0
Juli	180,3	3,1	76,5	0,1	68,6	293,3	152,1	222,3	1,0	- 369,8	29,6	545,2
Aug.	179,6	2,5	76,3	0,2	68,8	102,0	162,9	225,1	4,2	- 351,5	184,8	511,9
Sept.	177,7	1,6	75,4	0,0	68,6	112,1	134,6	224,6	6,0	- 349,1	195,2	531,9
Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	93,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwappengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Bericht-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige Liquiditätszuführende Geschäfte 3)	Sonstige Liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen				Sonstige Faktoren (netto) 6)
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige Liquiditätszuführende Geschäfte 3)									
Eurosystem 2)													
+ 61,8	- 68,6	+ 238,3	+ 1,6	+ 18,3	+145,6	+ 10,3	+ 14,3	+ 3,9	+ 77,2	+ 0,1	+ 160,0	2012 Jan.	
+ 14,4	- 48,8	+ 56,3	- 3,7	+ 3,8	+ 89,7	+ 7,7	- 13,6	+ 32,4	+ 10,3	- 104,2	- 28,2	Febr.	
- 10,1	- 31,5	+ 176,5	- 0,1	+ 5,7	+132,0	+ 1,0	- 1,3	+ 28,9	- 21,0	+ 0,8	+ 131,5	März	
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	April	
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai	
- 2,5	+ 11,1	- 17,7	+ 0,6	- 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 8,1	- 19,3	+ 4,3	+ 0,3	+ 7,7	Juni	
+ 9,9	+102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	Juli	
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	- 1,0	+ 0,3	-427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	- 23,6	Aug.	
- 2,1	- 15,4	- 3,1	+ 0,0	+ 1,3	- 14,5	- 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.	
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	Okt.	
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.	
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.	
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.	
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.	
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	- 63,3	- 105,2	März	
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April	
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai	
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni	
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli	
- 83,6	- 4,3	- 9,4	- 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.	
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.	
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.	
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	+ 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.	
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.	
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.	
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.	
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März	
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April	
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai	
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni	
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli	
Deutsche Bundesbank													
+ 13,6	+ 1,4	+ 22,7	- 0,0	+ 4,0	+ 41,3	- 9,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 5,9	+ 0,1	+ 44,8	2012 Jan.	
+ 0,9	- 2,6	+ 6,4	- 0,1	+ 2,0	+ 40,2	+ 13,5	- 2,9	- 0,1	- 18,0	- 26,2	+ 11,1	Febr.	
+ 0,4	- 0,6	+ 12,7	+ 0,0	± 0,0	+ 50,7	+ 11,7	+ 0,1	+ 0,0	- 49,3	- 0,6	+ 50,2	März	
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	April	
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai	
- 0,9	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 5,7	+ 2,0	+ 0,1	- 21,6	+ 0,4	+ 18,8	Juni	
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	Juli	
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.	
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.	
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	Okt.	
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.	
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.	
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.	
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.	
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März	
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April	
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai	
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni	
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli	
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.	
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.	
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.	
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.	
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.	
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.	
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.	
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März	
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April	
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai	
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni	
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli	

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der Liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der Liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknoten-umlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2013 Nov. 29.	2 291,0	343,9	244,3	82,5	161,8	23,4	19,3	19,3	–
Dez. 6.	2 280,8	343,9	244,6	82,5	162,1	23,6	20,4	20,4	–
13.	2 283,0	343,9	243,7	82,4	161,2	23,8	20,2	20,2	–
20.	2 287,5	343,9	244,0	82,7	161,3	23,3	19,5	19,5	–
27.	2 285,4	343,9	245,7	82,9	162,8	23,0	19,5	19,5	–
2014 Jan. 3.	2 278,6	303,2	241,6	81,7	159,9	23,2	20,2	20,2	–
10.	2 220,5	303,2	244,3	81,6	162,7	22,5	21,8	21,8	–
17.	2 197,9	303,2	245,8	81,6	164,2	22,6	21,0	21,0	–
24.	2 221,3	303,2	243,9	81,6	162,3	23,3	21,1	21,1	–
31.	2 217,1	303,2	244,2	81,4	162,8	23,7	20,2	20,2	–
Febr. 7.	2 190,3	303,2	244,2	81,0	163,2	22,8	19,2	19,2	–
14.	2 190,1	303,2	244,5	80,5	164,0	23,1	19,1	19,1	–
21.	2 184,8	303,2	244,1	80,7	163,4	23,0	18,8	18,8	–
28.	2 181,1	303,2	243,8	80,7	163,1	24,1	19,0	19,0	–
März 7.	2 172,3	303,2	244,3	80,8	163,5	23,9	18,8	18,8	–
14.	2 167,8	303,1	244,5	80,8	163,7	23,8	18,3	18,3	–
21.	2 166,1	303,1	244,7	80,7	164,0	23,9	19,2	19,2	–
28.	2 152,1	303,1	244,5	80,7	163,9	23,1	17,7	17,7	–
April 4.	2 161,0	326,5	244,4	80,9	163,5	23,1	17,4	17,4	–
11.	2 169,1	326,5	244,4	80,9	163,5	23,5	17,7	17,7	–
18.	2 167,8	326,5	244,1	80,9	163,2	23,8	17,3	17,3	–
25.	2 169,1	326,5	245,2	81,8	163,4	23,8	18,4	18,4	–
2014 Mai 2.	2 217,1	326,5	245,6	81,8	163,8	23,5	18,7	18,7	–
9.	2 167,7	326,5	246,3	81,6	164,7	23,2	18,6	18,6	–
16.	2 185,0	326,5	244,5	81,3	163,2	24,2	19,5	19,5	–
23.	2 163,7	326,5	245,3	81,3	164,0	24,5	20,3	20,3	–
30.	2 197,1	326,5	245,9	81,3	164,6	23,8	19,6	19,6	–
Juni 6.	2 172,3	326,5	248,3	81,7	166,6	22,9	19,9	19,9	–
13.	2 124,3	326,5	247,5	81,6	165,9	23,4	18,8	18,8	–
20.	2 080,0	326,5	244,4	81,0	163,5	25,5	18,4	18,4	–
27.	2 088,1	326,5	244,4	80,6	163,8	24,4	18,6	18,6	–
Juli 4.	2 070,3	334,4	249,6	81,7	167,9	23,3	18,2	18,2	–
11.	2 057,1	334,4	249,2	81,6	167,6	22,9	18,5	18,5	–
18.	2 062,5	334,4	248,2	81,6	166,5	24,5	19,5	19,5	–
25.	2 044,3	334,4	248,1	81,6	166,5	25,2	18,6	18,6	–
Aug. 1.	2 059,7	334,4	248,5	81,7	166,8	24,9	18,5	18,5	–
Deutsche Bundesbank									
2012 Sept.	1 090,9	150,4	53,0	23,3	29,7	1,5	–	–	–
Okt.	1 110,0	150,2	53,1	23,3	29,8	1,8	–	–	–
Nov.	1 098,6	150,2	52,8	23,0	29,8	2,3	–	–	–
Dez.	1 026,0	137,5	51,1	22,3	28,8	3,3	–	–	–
2013 Jan.	964,1	137,5	51,6	22,5	29,1	1,6	–	–	–
Febr.	934,9	137,5	51,3	22,2	29,0	3,2	–	–	–
März	906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	–	–	–
April	916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	–	–	–
Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–
Dez.	800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	–	–	–
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–
Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	–	–	–
Juli	697,1	104,6	48,8	20,9	27,9	0,1	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
719,0	97,2	621,7	–	–	0,1	0,0	77,2	592,2	241,4	350,8	28,3	243,3	2013 Nov.	29.
709,3	94,6	614,5	–	–	0,2	0,0	75,9	591,4	241,4	350,0	28,3	243,4	Dez.	6.
713,0	98,5	614,4	–	–	0,1	0,0	73,2	591,9	241,3	350,7	28,3	244,9		13.
723,3	118,9	604,1	–	–	0,3	0,0	74,2	585,3	235,4	349,9	28,3	245,7		20.
717,1	133,6	583,3	–	–	0,2	–	75,0	586,1	235,4	350,6	28,3	246,8		27.
752,3	168,7	583,3	–	–	0,3	0,0	73,5	591,2	235,9	355,3	28,3	245,1	2014 Jan.	3.
695,9	112,5	583,3	–	–	0,0	0,1	72,1	590,8	235,9	354,9	28,3	241,6		10.
672,6	94,7	577,7	–	–	0,1	0,0	73,1	588,7	234,0	354,7	28,3	242,6		17.
693,2	116,3	576,7	–	–	0,2	0,0	74,7	589,3	233,5	355,7	28,3	244,5		24.
691,9	115,6	576,0	–	–	0,3	0,0	72,9	587,4	231,3	356,1	28,3	245,3		31.
671,3	95,1	575,6	–	–	0,5	0,0	70,5	586,2	230,6	355,6	28,2	244,8	Febr.	7.
666,6	93,3	573,2	–	–	0,1	0,0	74,7	587,2	229,9	357,3	28,2	243,4		14.
665,2	92,9	572,2	–	–	0,2	0,0	77,0	585,8	229,4	356,5	28,2	239,5		21.
664,5	94,0	569,7	–	–	0,8	0,0	74,1	586,4	229,3	357,1	28,2	237,7		28.
654,0	87,0	566,7	–	–	0,3	0,0	72,9	588,0	229,3	358,7	28,2	239,0	März	7.
648,9	92,6	556,3	–	–	0,0	0,0	76,0	587,9	228,8	359,0	28,2	237,0		14.
644,1	96,9	546,2	–	–	0,9	0,0	77,8	588,5	228,6	359,9	28,2	236,6		21.
640,8	121,3	518,0	–	–	1,4	–	66,0	590,4	228,4	362,0	28,2	238,2		28.
627,4	110,6	516,5	–	–	0,2	–	66,5	588,4	224,9	363,5	28,2	239,1	April	4.
636,7	104,6	532,1	–	–	–	–	64,9	588,1	224,7	363,4	28,2	239,0		11.
636,3	112,2	523,8	–	–	0,3	–	63,6	588,3	224,7	363,7	28,2	239,5		18.
638,1	121,8	516,3	–	–	0,0	0,0	60,1	586,7	224,7	362,0	28,2	242,0		25.
688,3	172,6	515,0	–	–	0,8	0,0	61,3	581,6	219,6	362,0	27,3	244,2	2014 Mai	2.
642,4	129,1	513,2	–	–	–	–	60,6	583,1	219,6	363,6	27,3	239,7		9.
651,5	137,3	514,2	–	–	0,0	0,0	68,4	583,6	219,6	364,1	27,3	239,4		16.
640,0	131,9	508,0	–	–	0,1	–	61,2	576,6	216,7	360,0	27,3	242,0		23.
679,7	174,0	505,7	–	–	0,1	0,0	57,4	573,7	215,3	358,5	27,3	243,2		30.
653,3	149,4	503,9	–	–	0,0	–	61,1	570,9	212,8	358,0	27,3	242,3	Juni	6.
607,6	136,8	470,8	–	–	0,0	–	63,8	570,0	212,5	357,4	27,3	239,4		13.
565,0	97,9	467,1	–	–	0,0	–	62,9	569,4	209,9	359,5	27,3	240,6		20.
568,4	115,0	453,3	–	–	0,1	–	65,2	570,6	209,9	360,7	27,3	242,8		27.
545,9	97,1	448,8	–	–	–	–	61,6	566,9	205,2	361,7	26,7	243,6	Juli	4.
529,2	94,2	434,8	–	–	0,2	–	60,9	568,8	204,8	364,0	26,7	246,5		11.
531,7	99,9	431,1	–	–	0,7	0,0	68,3	565,8	204,1	361,7	26,7	243,4		18.
507,8	97,9	409,6	–	–	0,4	–	74,2	566,3	203,5	362,8	26,7	242,8		25.
533,5	133,3	400,2	–	–	0,0	0,0	74,2	556,8	199,0	357,8	26,7	242,1	Aug.	1.
Deutsche Bundesbank														
76,1	1,7	73,9	–	–	0,5	–	8,9	68,8	68,8	–	4,4	727,8	2012 Sept.	
76,6	1,6	73,9	–	–	1,1	–	5,0	67,9	67,9	–	4,4	751,0	Okt.	
72,4	1,9	69,7	–	–	0,8	–	2,5	67,4	67,4	–	4,4	746,6	Nov.	
73,1	2,9	69,7	–	–	0,6	–	1,4	67,5	67,5	–	4,4	687,5	Dez.	
49,5	0,3	49,1	–	–	0,0	–	4,9	66,2	66,2	–	4,4	648,3	2013 Jan.	
25,8	0,8	24,9	–	–	0,0	–	5,0	65,2	65,2	–	4,4	642,5	Febr.	
21,8	0,1	21,6	–	–	0,2	–	5,7	65,0	65,0	–	4,4	617,9	März	
14,8	0,5	14,3	–	–	0,0	–	5,8	63,8	63,8	–	4,4	636,7	April	
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	–	–	0,1	–	4,7	55,8	55,8	–	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.	
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.	
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März	
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April	
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai	
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	Juni	
17,8	7,1	10,5	–	–	0,2	–	1,6	47,4	47,4	–	4,4	472,3	Juli	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung			Einlagen aus dem Margenausgleich	insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 4)													
2013 Nov. 29.	2 291,0	927,5	429,6	215,5	56,1	157,8	–	0,2	5,1	–	133,9	96,5	37,4
Dez. 6.	2 280,8	935,1	442,1	203,7	54,1	184,0	–	0,4	5,2	–	103,8	77,3	26,5
13.	2 283,0	938,7	446,1	223,6	38,3	184,0	–	0,1	5,0	–	104,3	75,9	28,4
20.	2 287,5	950,5	462,5	256,1	53,3	152,3	–	0,8	4,2	–	81,4	56,0	25,4
27.	2 285,4	958,3	443,7	244,1	59,6	139,9	–	0,1	4,2	–	82,3	56,8	25,6
2014 Jan. 3.	2 278,6	952,9	492,0	298,9	88,2	104,8	–	0,0	3,2	–	81,0	55,5	25,5
10.	2 220,5	941,7	441,3	202,3	59,8	179,0	–	0,2	8,7	–	81,8	57,9	23,9
17.	2 197,9	934,9	418,0	202,4	36,5	179,0	–	0,1	4,0	–	98,3	72,5	25,8
24.	2 221,3	929,9	424,0	227,9	44,0	152,1	–	0,0	2,1	–	123,0	93,6	29,3
31.	2 217,1	932,5	423,1	215,7	56,1	151,2	–	0,2	3,1	–	116,1	92,9	23,2
Febr. 7.	2 190,3	932,6	423,2	200,4	47,2	175,5	–	0,0	4,1	–	94,1	74,5	19,6
14.	2 190,1	931,2	429,6	223,7	29,9	175,5	–	0,5	5,2	–	86,4	65,8	20,6
21.	2 184,8	929,1	403,8	196,3	32,0	175,5	–	0,0	5,1	–	116,8	91,7	25,1
28.	2 181,1	933,8	392,5	187,4	29,4	175,5	–	0,2	5,2	–	126,1	99,3	26,9
März 7.	2 172,3	937,0	393,6	187,1	30,9	175,5	–	0,0	5,2	–	113,9	74,7	39,2
14.	2 167,8	938,1	425,8	226,8	23,5	175,5	–	0,0	5,0	–	83,4	56,4	27,1
21.	2 166,1	936,9	405,2	195,2	34,5	175,5	–	0,0	5,1	–	103,4	77,7	25,8
28.	2 152,1	938,7	382,9	179,2	28,3	175,5	–	–	9,5	–	117,1	89,9	27,2
April 4.	2 161,0	942,5	382,4	181,1	25,7	175,5	–	0,0	10,3	–	95,1	69,9	25,2
11.	2 169,1	944,2	392,0	198,2	21,2	172,5	–	0,2	4,1	–	99,9	68,9	31,0
18.	2 167,8	951,9	386,4	202,9	30,1	153,4	–	0,0	4,1	–	98,7	63,7	35,0
25.	2 169,1	946,4	356,9	166,1	24,0	166,8	–	0,0	4,0	–	129,2	91,1	38,1
2014 Mai 2.	2 217,1	950,3	383,3	240,2	39,1	103,9	–	0,1	2,8	–	147,7	105,3	42,4
9.	2 167,7	948,9	349,5	150,0	33,8	165,5	–	0,1	2,9	–	139,6	101,4	38,2
16.	2 185,0	947,7	363,2	201,4	17,5	144,3	–	0,0	2,5	–	142,4	102,6	39,8
23.	2 163,7	947,2	329,8	168,5	23,8	137,5	–	0,0	2,8	–	157,7	121,1	36,5
30.	2 197,1	953,8	352,2	209,4	39,9	102,9	–	0,0	1,7	–	163,0	119,8	43,3
Juni 6.	2 172,3	957,8	343,7	187,1	37,3	119,2	–	0,1	1,8	–	141,6	100,3	41,3
13.	2 124,3	956,5	325,8	199,8	17,2	108,7	–	0,2	2,7	–	124,1	89,2	34,9
20.	2 080,0	955,9	237,8	211,2	26,5	–	–	0,0	8,0	–	168,3	130,1	38,2
27.	2 088,1	958,3	243,2	217,7	25,4	–	–	0,0	8,6	–	171,6	131,9	39,7
Juli 4.	2 070,3	963,9	241,5	214,2	27,3	–	–	0,0	3,7	–	141,1	100,3	40,9
11.	2 057,1	965,2	226,3	206,2	20,2	–	–	0,0	4,2	–	144,1	107,2	36,8
18.	2 062,5	965,6	233,9	211,1	22,7	–	–	0,1	5,0	–	140,9	103,2	37,7
25.	2 044,3	965,5	217,7	196,4	21,3	–	–	0,0	4,8	–	139,9	107,1	32,8
Aug. 1.	2 059,7	971,4	263,9	219,7	44,1	–	–	0,0	4,8	–	105,8	70,9	34,9
Deutsche Bundesbank													
2012 Sept.	1 090,9	222,2	385,8	173,1	78,4	134,2	–	–	–	–	17,3	7,0	10,2
Okt.	1 110,0	222,0	372,3	177,9	59,0	135,5	–	–	–	–	50,7	5,1	45,7
Nov.	1 098,6	221,5	361,9	184,1	51,9	125,9	–	–	–	–	47,2	11,4	35,9
Dez.	1 026,0	227,2	300,0	129,6	40,5	129,9	–	–	0,0	–	39,9	11,9	28,1
2013 Jan.	964,1	219,7	260,4	128,3	39,1	93,0	–	–	–	–	25,9	2,3	23,6
Febr.	934,9	219,1	240,8	100,8	23,9	116,0	–	–	–	–	22,4	0,5	21,8
März	906,7	223,1	222,9	108,7	20,8	93,3	–	–	–	–	10,9	0,5	10,4
April	916,9	224,5	215,5	102,9	30,8	81,8	–	–	–	–	28,7	0,9	27,7
Mai	891,6	225,4	198,3	88,3	20,6	89,4	–	–	–	–	20,6	0,6	20,1
Juni	839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli	838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0
Aug.	832,2	228,1	179,2	90,8	15,1	73,4	–	–	–	–	10,6	0,5	10,0
Sept.	835,0	227,9	173,7	97,7	17,5	58,5	–	–	–	–	13,5	1,9	11,6
Okt.	823,5	229,3	139,0	61,5	12,3	65,3	–	–	–	–	33,0	1,4	31,5
Nov.	806,9	230,1	135,5	64,0	13,9	57,6	–	–	–	–	19,1	1,0	18,1
Dez.	800,7	237,3	141,5	83,9	10,7	46,9	–	–	–	–	10,5	2,0	8,5
2014 Jan.	768,1	220,6	123,2	64,1	10,7	48,4	–	–	–	–	9,5	1,0	8,5
Febr.	752,9	220,9	115,0	53,0	9,1	53,0	–	–	–	–	11,8	1,2	10,7
März	737,8	222,2	103,3	50,2	4,7	48,5	–	–	–	–	8,4	1,1	7,3
April	770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2
Mai	764,9	225,7	103,4	62,2	7,2	34,0	–	–	–	–	24,7	0,9	23,9
Juni	725,5	227,0	65,5	60,0	5,5	–	–	–	–	–	18,9	1,2	17,7
Juli	697,1	229,4	56,5	49,9	6,6	–	–	–	–	–	14,2	0,8	13,4

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
114,3	2,3	5,1	5,1	–	53,6	224,6	–	304,5	90,4	2013 Nov. 29.
114,3	2,0	5,6	5,6	–	53,6	224,2	–	304,5	90,4	Dez. 6.
110,2	2,0	5,0	5,0	–	53,6	223,2	–	304,5	90,4	13.
109,6	2,4	4,0	4,0	–	53,6	224,5	–	304,5	90,4	20.
115,2	4,4	3,2	3,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	27.
114,2	4,8	3,2	3,2	–	52,7	220,9	–	262,9	90,7	2014 Jan. 3.
110,5	3,5	5,5	5,5	–	52,7	221,3	–	262,9	90,7	10.
106,1	2,7	5,9	5,9	–	52,7	221,6	–	262,9	90,6	17.
105,8	1,3	5,9	5,9	–	52,7	223,2	–	262,9	90,5	24.
106,1	2,9	5,1	5,1	–	52,7	222,0	–	262,9	90,6	31.
101,9	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	90,6	Febr. 7.
99,4	1,4	7,2	7,2	–	52,7	223,5	–	262,9	90,6	14.
94,0	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	92,1	21.
93,5	2,8	4,9	4,9	–	52,7	214,2	–	262,9	92,4	28.
90,6	1,9	5,8	5,8	–	52,7	216,5	–	262,9	92,4	März 7.
88,1	1,2	6,5	6,5	–	52,7	211,5	–	262,9	92,5	14.
88,2	1,0	6,9	6,9	–	52,7	211,2	–	262,9	92,5	21.
81,6	1,4	5,7	5,7	–	52,7	206,8	–	262,9	92,7	28.
84,1	1,1	4,6	4,6	–	52,8	206,1	–	288,9	93,0	April 4.
82,9	1,1	4,9	4,9	–	52,8	205,4	–	288,9	93,0	11.
78,3	1,3	4,4	4,4	–	52,8	208,0	–	288,9	93,0	18.
80,5	1,4	4,5	4,5	–	52,8	211,4	–	288,9	93,0	25.
78,4	1,5	4,5	4,5	–	52,8	214,0	–	288,9	93,0	2014 Mai 2.
79,8	1,2	5,1	5,1	–	52,8	206,3	–	288,9	92,8	9.
79,7	1,1	4,9	4,9	–	52,8	209,1	–	288,9	92,6	16.
77,1	1,2	5,8	5,8	–	52,8	207,8	–	288,9	92,6	23.
76,5	1,0	5,3	5,3	–	52,8	209,2	–	288,9	92,6	30.
78,3	1,0	6,6	6,6	–	52,8	206,3	–	288,9	93,4	Juni 6.
67,1	1,0	6,6	6,6	–	52,8	205,3	–	288,9	93,4	13.
61,6	1,1	6,2	6,2	–	52,8	204,0	–	288,9	95,3	20.
59,7	0,8	5,5	5,5	–	52,8	203,4	–	288,9	95,3	27.
56,9	1,0	5,4	5,4	–	53,4	206,6	–	301,4	95,3	Juli 4.
53,2	1,1	4,8	4,8	–	53,4	208,1	–	301,4	95,3	11.
52,2	1,3	5,0	5,0	–	53,4	208,5	–	301,4	95,3	18.
48,5	1,1	5,6	5,6	–	53,4	211,1	–	301,4	95,3	25.
44,2	1,3	5,4	5,4	–	53,4	212,8	–	301,4	95,3	Aug. 1.
Deutsche Bundesbank										
86,3	0,0	–	–	–	14,4	21,6	191,9	146,5	5,0	2012 Sept.
82,1	0,0	0,2	0,2	–	14,4	22,3	194,7	146,5	5,0	Okt.
81,8	0,0	0,3	0,3	–	14,4	22,8	197,3	146,5	5,0	Nov.
83,3	0,0	0,1	0,1	–	14,1	23,6	200,3	132,6	5,0	Dez.
83,0	0,0	0,5	0,5	–	14,1	23,5	199,4	132,6	5,0	2013 Jan.
74,4	0,0	0,7	0,7	–	14,1	24,5	201,4	132,6	5,0	Febr.
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai
25,4	0,0	0,7	0,7	–	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	Juni
3,4	0,0	1,0	1,0	–	13,7	24,5	251,2	98,3	5,0	Juli

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBn aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumschlag ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen	Buch- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3	
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9	
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2012 Sept.	8 567,6	16,0	2 463,9	1 947,5	1 481,5	466,0	516,4	346,1	170,3	3 730,1	3 322,3	2 720,6	2 458,6	
Okt.	8 489,2	15,9	2 426,0	1 916,6	1 456,5	460,1	509,4	340,1	169,3	3 748,2	3 340,1	2 728,3	2 471,5	
Nov.	8 440,0	15,6	2 411,8	1 904,4	1 448,5	455,9	507,4	337,2	170,2	3 741,9	3 334,9	2 722,7	2 465,5	
Dez.	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013 Jan.	8 110,4	15,0	2 284,4	1 784,1	1 337,9	446,2	500,3	325,9	174,4	3 717,9	3 313,3	2 721,2	2 454,3	
Febr.	8 094,4	15,0	2 268,2	1 755,8	1 312,0	443,8	512,4	339,6	172,8	3 711,7	3 307,1	2 718,4	2 457,6	
März	8 063,0	16,9	2 228,8	1 727,6	1 290,0	437,6	501,1	332,8	168,3	3 710,8	3 302,6	2 715,8	2 451,0	
April	8 080,3	15,7	2 220,5	1 715,6	1 281,3	434,3	504,9	337,1	167,8	3 736,2	3 329,5	2 732,4	2 446,6	
Mai	7 937,6	16,0	2 196,9	1 692,8	1 258,9	433,9	504,1	335,6	168,5	3 713,8	3 302,1	2 720,5	2 451,6	
Juni	7 833,2	15,8	2 189,1	1 676,4	1 243,9	432,5	512,7	344,5	168,2	3 713,6	3 307,8	2 727,1	2 464,1	
Juli	7 752,9	15,1	2 149,0	1 650,0	1 223,2	426,9	499,0	333,5	165,5	3 708,9	3 300,7	2 711,5	2 449,8	
Aug.	7 684,9	16,4	2 256,6	1 752,4	1 252,4	425,3	504,2	336,9	167,2	3 604,4	3 197,1	2 613,8	2 351,7	
Sept.	7 682,1	15,3	2 250,2	1 741,8	1 317,7	424,0	508,4	342,6	165,9	3 599,5	3 197,8	2 615,6	2 352,6	
Okt.	7 670,3	15,9	2 205,2	1 701,8	1 283,3	418,4	503,4	338,9	164,5	3 607,9	3 207,9	2 615,7	2 351,6	
Nov.	7 704,8	15,3	2 221,4	1 713,0	1 294,7	418,3	508,3	342,0	166,3	3 612,6	3 208,8	2 619,5	2 356,1	
Dez.	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014 Jan.	7 610,4	14,9	2 156,0	1 653,3	1 240,7	412,6	502,7	336,9	165,8	3 610,2	3 210,8	2 620,3	2 351,3	
Febr.	7 563,0	15,1	2 145,2	1 653,5	1 244,9	408,6	491,7	328,2	163,5	3 604,7	3 204,2	2 616,6	2 354,6	
März	7 512,4	14,6	2 110,7	1 625,0	1 219,7	405,3	485,7	322,1	163,6	3 608,1	3 206,8	2 623,6	2 356,3	
April	7 543,0	15,5	2 107,4	1 616,2	1 212,2	404,1	491,1	325,6	165,6	3 630,9	3 228,6	2 644,2	2 359,8	
Mai	7 619,9	15,4	2 126,3	1 632,2	1 229,5	402,7	494,1	329,1	165,0	3 630,4	3 225,2	2 637,6	2 364,9	
Juni	7 590,1	14,9	2 089,3	1 595,1	1 196,2	398,9	494,2	330,2	164,0	3 624,8	3 220,0	2 638,3	2 368,1	
Veränderungen 3)														
2006	356,8	1,1	84,2	0,5	28,0	- 27,6	83,7	22,4	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3	
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	- 20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	- 1,0	38,7	53,2	
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5	
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6	
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7	
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7	
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8	
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6	
2012 Okt.	- 75,9	- 0,1	- 38,7	- 31,8	- 26,6	- 5,3	- 6,8	- 5,8	- 1,0	19,2	18,6	9,1	14,3	
Nov.	- 29,4	- 0,3	- 14,3	- 12,3	- 8,0	- 4,3	- 1,9	- 2,8	0,8	- 5,2	- 4,6	- 4,9	- 5,3	
Dez.	- 204,3	3,6	- 101,8	- 90,5	- 84,2	- 6,3	- 11,3	- 14,5	3,2	- 50,5	- 43,1	- 24,8	- 27,5	
2013 Jan.	- 97,7	- 4,2	- 21,9	- 27,6	- 24,8	- 2,8	5,7	5,0	0,7	35,4	28,8	30,4	23,3	
Febr.	- 27,1	0,0	- 15,6	- 26,4	- 23,7	- 2,7	10,8	12,6	- 1,8	8,1	- 7,4	- 4,0	2,0	
März	- 44,2	1,9	- 41,3	- 29,2	- 22,7	- 6,5	- 12,1	- 6,8	- 5,3	- 2,4	- 5,1	- 3,2	- 7,3	
April	27,6	- 1,3	- 6,9	- 11,2	- 8,1	- 3,1	4,3	4,9	- 0,5	27,6	28,4	18,1	- 2,8	
Mai	- 142,7	0,3	- 23,5	- 22,8	- 22,4	- 0,5	- 0,7	- 1,4	0,7	- 22,0	- 27,1	- 11,6	5,5	
Juni	- 102,1	- 0,2	- 7,2	- 16,1	- 14,9	- 1,1	8,8	9,1	- 0,3	1,1	6,6	7,3	12,9	
Juli	- 72,5	- 0,6	- 38,9	- 25,6	- 20,3	- 5,4	- 13,2	- 10,5	- 2,8	- 2,8	- 6,0	- 14,6	- 13,1	
Aug.	- 87,5	1,2	- 7,7	- 5,7	- 7,3	- 1,6	2,0	0,3	1,7	- 12,1	- 11,6	- 5,9	- 6,4	
Sept.	- 14,6	- 1,0	- 5,4	- 10,1	- 8,9	- 1,2	4,7	6,1	- 1,4	- 2,7	2,3	3,4	2,8	
Okt.	- 5,5	0,6	- 44,2	- 39,4	- 34,0	- 5,4	- 4,8	- 3,2	- 1,6	9,9	11,2	1,2	0,5	
Nov.	32,6	- 0,6	15,3	11,0	11,2	- 0,2	4,2	2,3	1,9	5,6	1,3	4,0	4,8	
Dez.	- 169,8	3,4	- 75,2	- 57,6	- 55,3	- 2,3	- 17,6	- 16,9	- 0,7	- 15,8	- 4,7	- 1,6	- 0,7	
2014 Jan.	71,1	- 3,8	9,8	- 2,1	1,0	- 3,1	11,9	11,4	0,5	16,3	- 9,5	4,9	- 2,4	
Febr.	- 37,7	0,2	- 9,3	1,0	4,7	- 3,7	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 3,1	- 4,9	- 2,0	5,1	
März	- 50,8	- 0,6	- 34,5	- 28,5	- 25,2	- 3,3	- 6,0	- 6,1	0,1	4,1	3,4	7,9	2,4	
April	32,0	1,0	- 3,1	- 8,6	- 7,4	- 1,2	5,5	3,6	2,0	23,2	22,1	20,6	3,6	
Mai	67,8	- 0,1	17,3	15,2	16,8	- 1,6	2,1	2,8	- 0,7	- 1,8	- 4,0	- 7,1	4,7	
Juni	- 29,8	- 0,5	- 36,6	- 36,8	- 33,3	- 3,5	0,2	1,1	- 0,9	- 5,0	- 4,6	1,2	3,3	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern											insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-	öffentliche Haushalte			zusammen	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte							
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere	insgesamt	darunter Buchkredite		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
262,1	601,7	359,8	241,9	407,8	283,5	161,4	124,3	31,4	92,9	1 005,3	788,1	1 352,2	2012 Sept.	
256,9	611,8	366,5	245,3	408,0	282,2	160,0	125,8	31,9	93,9	1 003,5	784,8	1 295,6	Okt.	
257,2	612,2	360,2	252,0	407,1	282,8	160,3	124,3	32,0	92,3	996,2	778,1	1 274,5	Nov.	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	Dez.	
266,8	592,1	352,2	239,9	404,6	277,6	157,0	127,0	30,3	96,8	955,4	728,8	1 137,7	2013 Jan.	
260,8	588,7	347,3	241,4	404,6	280,2	157,0	124,4	30,3	94,1	959,5	739,4	1 140,0	Febr.	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,4	583,2	336,7	246,5	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	954,9	723,4	824,1	März	
284,3	584,4	336,7	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,7	732,7	827,4	April	
272,7	587,6	338,2	249,5	405,2	273,0	148,8	132,2	28,6	103,6	986,8	754,4	861,0	Mai	
270,2	581,7	330,2	251,4	404,8	273,3	147,8	131,4	27,9	103,5	997,6	762,8	863,5	Juni	
Veränderungen 3)														
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,1	- 1,3	- 3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	- 0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
- 5,2	9,5	- 6,7	2,8	- 0,7	- 0,9	- 1,1	1,6	0,6	1,0	- 0,9	- 0,8	- 57,3	2012 Okt.	
0,4	0,3	- 6,3	6,6	- 0,7	0,8	0,4	- 1,5	0,1	- 1,6	- 6,8	- 6,3	- 2,8	Nov.	
2,7	- 18,3	- 9,9	- 8,5	- 7,3	- 7,2	- 1,6	- 0,2	- 1,6	1,4	- 19,8	- 27,4	- 35,8	Dez.	
7,1	- 1,6	2,0	- 3,5	6,6	3,6	0,1	3,0	- 0,1	3,1	- 3,1	- 4,8	- 103,9	2013 Jan.	
6,0	- 3,4	- 4,9	1,5	- 0,7	2,0	- 0,5	- 2,7	0,0	- 2,7	- 2,4	1,6	- 1,1	Febr.	
4,1	- 2,0	- 2,1	0,2	2,8	3,9	0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 7,1	0,6	März	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 11,0	- 6,7	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 27,1	- 26,8	- 55,2	Dez.	
7,4	4,6	6,2	- 1,6	6,8	4,8	1,8	2,0	0,1	2,0	33,4	33,3	15,3	2014 Jan.	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	5,0	11,5	- 30,5	Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,1	- 0,6	0,8	- 0,2	1,0	- 4,4	- 12,0	- 15,4	März	
16,9	1,6	0,4	1,2	1,1	- 0,1	3,0	1,2	0,6	0,6	7,9	10,4	3,0	April	
- 11,8	3,1	1,4	1,7	2,3	2,4	0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	18,7	15,9	33,7	Mai	
- 2,2	- 5,7	- 7,6	1,9	- 0,5	0,3	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,1	11,9	8,7	0,4	Juni	

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II, 1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Einlagen von Nicht-		
		ins- gesamt	von Banken			ins- gesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland			mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
			im Inland	in anderen Mitglieds- ländern	ins- gesamt		zu- sammen	täglich fällig	zu- sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu- sammen	darunter bis zu 3 Monaten			zu- sammen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende															
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6		
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9		
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2012 Sept.	8 567,6	1 428,2	1 175,5	252,8	3 100,1	2 991,1	1 241,8	1 135,2	366,7	614,1	521,3	77,5	33,6		
Okt.	8 489,2	1 415,4	1 161,0	254,4	3 099,5	2 993,8	1 265,7	1 114,7	355,4	613,5	521,5	76,3	32,1		
Nov.	8 440,0	1 413,7	1 160,3	253,5	3 114,9	3 006,6	1 293,1	1 100,7	346,7	612,8	522,0	76,8	33,1		
Dez.	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013 Jan.	8 110,4	1 371,5	1 127,0	244,6	3 090,1	2 983,1	1 305,1	1 061,3	310,2	616,7	529,3	77,0	32,1		
Febr.	8 094,4	1 348,4	1 103,4	245,0	3 081,2	2 977,9	1 310,2	1 051,2	303,2	616,6	530,7	76,3	33,7		
März	8 063,0	1 333,9	1 093,6	240,3	3 082,3	2 979,7	1 310,5	1 054,7	307,1	614,4	529,3	77,2	35,3		
April	8 080,3	1 348,6	1 089,7	258,9	3 083,6	2 984,0	1 322,3	1 049,5	305,9	612,3	528,7	77,0	35,4		
Mai	7 937,6	1 320,9	1 071,5	249,4	3 100,0	2 998,0	1 337,7	1 049,6	306,6	610,7	529,1	74,3	32,7		
Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 997,9	1 345,3	1 043,0	302,4	609,6	528,9	78,2	37,1		
Juli	7 752,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	608,1	528,3	76,3	34,9		
Aug.	7 684,9	1 388,6	1 148,9	239,7	3 101,4	3 006,8	1 367,7	1 031,7	298,5	607,4	528,6	76,5	34,0		
Sept.	7 682,1	1 387,4	1 147,4	240,0	3 101,7	3 005,5	1 375,9	1 023,3	293,7	606,3	528,2	78,5	36,9		
Okt.	7 670,3	1 375,2	1 141,5	233,7	3 101,5	3 011,3	1 387,4	1 017,6	291,1	606,3	528,3	75,1	32,0		
Nov.	7 704,8	1 391,9	1 161,9	230,0	3 123,8	3 030,2	1 409,9	1 014,1	289,9	606,3	528,3	77,8	33,8		
Dez.	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2014 Jan.	7 610,4	1 363,2	1 138,4	224,9	3 126,9	3 034,2	1 411,3	1 013,8	292,6	609,1	531,8	77,7	33,9		
Febr.	7 563,0	1 357,9	1 148,8	209,2	3 137,8	3 042,7	1 416,9	1 016,0	297,4	609,8	532,3	77,2	34,1		
März	7 512,4	1 347,5	1 132,2	215,3	3 131,3	3 035,5	1 412,2	1 014,8	298,8	608,5	531,0	79,3	34,2		
April	7 543,0	1 376,0	1 153,3	222,7	3 137,7	3 043,0	1 427,3	1 009,0	296,3	606,6	529,3	80,7	36,9		
Mai	7 619,9	1 378,3	1 163,9	214,5	3 157,4	3 061,4	1 442,9	1 012,5	302,7	605,9	528,8	79,9	34,7		
Juni	7 590,1	1 370,1	1 143,3	226,8	3 146,9	3 053,7	1 438,8	1 010,4	303,4	604,5	528,4	78,1	36,5		
Veränderungen 4)															
2006	356,8	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,4	4,4		
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6		
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	0,1		
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 224,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	- 4,1		
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	- 24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	47,6	58,8	- 2,6	1,3	4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3		
2012 Okt.	- 75,9	- 15,5	- 17,2	1,7	- 0,4	3,0	24,0	- 20,5	- 11,3	- 0,6	0,2	- 1,1	- 1,5		
Nov.	- 29,4	- 1,3	- 0,7	- 0,6	15,5	12,8	27,5	- 13,9	- 8,7	- 0,7	0,6	0,4	1,0		
Dez.	- 204,3	- 37,3	- 19,4	- 17,9	- 22,8	- 20,8	2,1	- 27,7	- 26,6	4,8	6,3	0,6	- 1,8		
2013 Jan.	- 97,7	2,3	- 7,4	9,8	- 0,2	- 1,2	10,9	- 11,2	- 9,7	- 0,8	1,0	- 0,1	1,0		
Febr.	- 27,1	- 24,8	- 24,6	- 0,2	- 9,8	- 5,9	4,5	- 10,3	- 7,2	- 0,1	1,4	- 0,9	1,5		
März	- 44,2	- 15,5	- 10,3	- 5,3	- 0,0	0,8	- 0,4	3,4	3,8	- 2,2	- 1,4	0,8	1,5		
April	27,6	15,8	- 3,2	19,1	1,9	4,9	12,5	- 5,4	- 1,4	- 2,1	- 0,6	- 0,2	0,1		
Mai	- 142,7	- 27,7	- 18,1	- 9,6	16,0	14,0	15,5	0,1	0,7	- 1,6	0,4	- 3,1	- 2,2		
Juni	- 102,1	- 19,8	- 11,6	- 8,2	5,4	0,3	7,6	- 6,2	- 4,6	- 1,1	- 0,2	4,0	4,5		
Juli	- 72,5	- 7,7	- 9,6	2,0	- 6,6	- 3,0	6,8	- 8,2	- 4,0	- 1,5	- 0,6	- 1,8	- 2,1		
Aug.	- 87,5	- 12,9	- 18,5	- 5,7	3,5	12,2	15,9	- 3,0	0,2	- 0,7	0,2	0,1	- 1,0		
Sept.	- 14,6	- 0,5	- 1,1	0,6	- 0,5	- 0,9	8,4	- 8,2	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,9	3,0		
Okt.	- 5,5	- 11,5	- 5,5	- 6,1	0,3	6,2	11,8	- 5,6	- 2,3	- 0,0	0,0	- 3,4	- 4,9		
Nov.	32,6	16,2	20,3	- 4,1	22,1	18,8	22,4	- 3,5	- 1,2	- 0,0	- 0,0	2,7	1,8		
Dez.	- 169,8	- 45,9	- 21,3	- 24,6	7,1	1,7	- 4,3	2,1	3,8	3,9	4,1	3,6	0,1		
2014 Jan.	71,1	16,0	- 2,5	18,5	- 4,4	2,0	5,5	- 2,5	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 3,8	- 0,0		
Febr.	- 37,7	- 4,4	11,0	- 15,3	11,6	8,4	6,2	1,5	4,0	0,7	0,5	- 0,4	0,2		
März	- 50,8	- 10,4	- 16,6	6,2	- 6,6	- 7,2	- 4,7	- 1,2	1,4	- 1,2	- 1,2	2,1	0,2		
April	32,0	28,6	21,3	7,4	6,6	7,6	15,2	- 5,7	- 2,4	- 1,9	- 1,6	- 1,4	2,7		
Mai	67,8	1,5	10,0	8,5	19,0	17,8	15,1	3,4	6,3	- 0,7	- 0,5	- 0,9	- 2,2		
Juni	- 29,8	- 8,2	- 20,6	12,3	- 10,5	- 7,7	- 4,1	- 2,1	0,7	- 1,4	- 0,4	- 1,8	1,8		

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repogeschäften mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarktfondsanteile 3)	Begebene Schuldverschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passivpositionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		insgesamt	darunter inländische Zentralstaaten			insgesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
40,0	12,5	3,9	2,9	31,5	26,7	98,0	5,1	1 277,2	61,0	726,4	487,8	1 444,8	2012 Sept.
40,4	12,6	3,9	2,9	29,3	26,6	107,8	5,4	1 264,6	60,7	719,3	488,1	1 389,0	Okt.
39,9	12,3	3,8	2,9	31,5	26,6	107,0	5,4	1 255,2	60,8	685,8	490,6	1 367,4	Nov.
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	Dez.
41,2	14,2	3,7	2,8	30,0	24,0	83,1	7,4	1 212,4	52,0	613,2	489,8	1 242,9	2013 Jan.
38,9	13,1	3,7	2,8	27,1	23,6	99,7	6,8	1 215,9	51,7	612,0	499,8	1 230,6	Febr.
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	März
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	Dez.
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,4	35,1	501,5	511,5	921,0	März
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,3	919,0	April
41,8	16,0	3,4	2,7	16,1	10,9	4,8	4,0	1 091,2	36,7	519,8	516,8	947,6	Mai
38,3	12,8	3,4	2,7	15,0	12,8	5,2	3,9	1 085,3	39,5	498,9	531,9	947,9	Juni
Veränderungen 4)													
- 3,9	-	0,1	-	0,2	3,9	3,1	- 3,3	34,8	22,1	32,4	27,5	36,6	2006
8,0	12,9	0,0	-	0,1	5,8	4,3	- 8,1	20,9	49,3	48,7	42,3	68,3	2007
- 7,5	0,6	0,1	-	0,0	3,3	3,2	36,1	12,2	33,9	50,2	0,1	39,3	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	-	0,2	2,4	0,8	19,4	- 5,0	104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	9,2	- 19,6	1,2	- 107,0	- 18,6	54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
0,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,0	9,9	0,4	- 10,5	- 0,2	- 5,8	0,7	- 54,6	2012 Okt.
- 0,5	- 0,4	- 0,0	- 0,0	2,2	0,0	- 0,8	- 0,0	- 8,4	0,2	- 33,4	2,7	- 3,6	Nov.
2,5	2,5	- 0,1	- 0,1	- 2,6	- 0,7	- 26,5	1,9	- 17,6	- 3,7	- 71,5	- 2,5	- 28,1	Dez.
- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 0,0	1,1	- 2,0	2,7	0,1	- 12,0	- 4,6	7,3	5,0	- 102,9	2013 Jan.
- 2,4	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,4	16,6	- 0,5	- 2,2	- 0,5	5,5	8,4	- 9,4	Febr.
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,7	- 0,2	- 2,7	- 0,1	- 19,8	- 2,3	- 16,3	1,8	8,4	März
- 0,3	0,1	- 0,0	0,0	- 2,8	- 1,6	1,9	0,7	- 4,3	0,8	6,0	0,9	4,7	April
- 0,9	- 0,6	- 0,0	0,0	5,1	0,7	- 0,9	- 0,1	- 14,7	- 1,7	- 17,6	4,0	- 101,7	Mai
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,6	15,4	- 1,6	- 10,8	- 3,0	- 10,1	10,8	- 91,2	Juni
0,3	0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,8	1,5	- 23,5	- 0,0	- 12,7	4,0	- 5,7	2,0	- 18,3	Juli
1,2	2,2	- 0,0	- 0,0	- 8,9	- 6,8	- 9,4	0,0	- 8,4	- 3,4	- 17,6	3,6	- 72,1	Aug.
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 1,3	0,7	- 0,5	- 0,2	- 2,2	- 34,5	- 0,5	21,4	Sept.
1,5	1,6	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 1,5	4,0	- 0,5	- 5,9	0,1	4,2	- 0,1	4,2	Okt.
1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	0,6	0,4	- 3,5	- 0,1	- 2,1	- 1,6	9,3	- 5,5	- 3,8	Nov.
3,5	3,3	- 0,0	0,0	1,8	1,7	2,9	- 0,5	- 11,7	- 3,3	- 53,7	- 11,5	- 56,5	Dez.
- 3,8	- 3,7	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 4,2	1,2	0,1	- 12,2	- 3,3	37,2	13,5	19,8	2014 Jan.
- 0,6	0,3	- 0,0	0,0	3,6	1,1	0,1	- 0,0	- 5,1	1,7	- 4,5	- 2,2	- 33,2	Febr.
2,0	2,3	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,3	- 2,8	- 0,2	- 8,1	- 2,3	- 9,9	- 3,1	- 9,7	März
- 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,4	- 1,5	2,5	0,0	- 11,0	0,3	10,2	- 3,0	- 1,9	April
1,3	1,0	- 0,0	- 0,0	2,2	- 2,3	- 3,0	- 0,0	8,6	1,2	5,7	7,6	28,4	Mai
- 3,5	- 3,2	- 0,0	- 0,0	- 1,1	1,9	0,4	- 0,1	- 5,9	2,8	- 20,9	15,2	0,3	Juni

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2014 Jan.	1 840	7 685,5	89,1	2 618,0	1 990,0	619,3	3 855,9	381,7	2 732,2	0,6	732,3	133,6	989,0
Febr.	1 841	7 616,7	80,1	2 622,0	1 998,7	614,4	3 845,6	383,2	2 730,0	0,5	722,0	131,6	937,5
März	1 840	7 565,3	77,5	2 582,0	1 961,1	611,8	3 852,0	378,7	2 727,6	0,5	733,9	132,0	921,7
April	1 840	7 595,2	96,0	2 564,9	1 943,5	611,8	3 877,9	386,2	2 732,7	0,5	745,9	132,2	924,3
Mai	1 840	7 671,8	88,9	2 614,6	1 993,7	611,2	3 877,3	385,4	2 739,9	0,5	740,2	132,6	958,4
Juni	1 836	7 640,7	90,1	2 583,6	1 966,7	605,9	3 874,3	387,8	2 731,8	0,5	742,5	132,6	960,1
Kreditbanken 6)													
2014 Mai	275	2 855,4	36,7	990,8	889,8	97,1	1 075,4	194,1	664,4	0,3	210,0	68,1	684,3
Juni	275	2 840,0	39,8	966,3	866,6	95,7	1 079,1	197,3	663,1	0,2	211,6	67,2	687,6
Großbanken 7)													
2014 Mai	4	1 781,0	11,9	593,1	537,3	52,2	464,2	106,1	248,4	0,2	104,0	60,9	650,9
Juni	4	1 787,6	8,0	599,5	545,0	51,0	466,1	109,1	246,6	0,1	104,7	59,9	654,1
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2014 Mai	164	836,0	17,2	233,1	189,6	43,1	552,2	68,8	382,4	0,1	100,8	6,6	27,0
Juni	164	824,3	14,2	225,0	181,5	43,1	551,4	68,5	382,9	0,1	99,5	6,6	27,0
Zweigstellen ausländischer Banken													
2014 Mai	107	238,4	7,6	164,7	162,9	1,8	59,0	19,3	33,7	0,0	5,2	0,7	6,4
Juni	107	228,1	17,6	141,8	140,1	1,7	61,5	19,7	33,5	-	7,5	0,7	6,5
Landesbanken													
2014 Mai	9	1 093,0	8,0	374,1	265,4	107,3	565,1	70,4	374,8	0,1	116,3	13,7	132,1
Juni	9	1 091,1	7,7	378,9	272,0	104,4	558,7	67,2	371,9	0,1	116,0	13,6	132,2
Sparkassen													
2014 Mai	417	1 107,6	15,3	219,7	84,3	134,8	840,8	55,1	656,1	0,1	129,3	14,9	16,8
Juni	417	1 104,2	14,3	215,8	81,5	133,7	842,6	56,8	655,7	0,1	129,9	14,9	16,7
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2014 Mai	2	278,9	1,3	161,1	128,2	32,9	63,5	13,2	21,7	0,0	28,5	14,4	38,7
Juni	2	278,4	0,1	160,3	127,2	33,1	64,0	13,2	21,7	0,0	28,8	14,5	39,5
Kreditgenossenschaften													
2014 Mai	1 078	767,8	10,9	174,5	57,7	116,6	550,2	32,3	436,2	0,1	81,5	12,8	19,3
Juni	1 074	767,2	10,9	170,5	54,1	116,1	552,5	33,8	436,9	0,1	81,6	13,8	19,4
Realkreditinstitute													
2014 Mai	17	420,4	1,0	105,1	65,7	36,3	298,4	6,5	222,3	-	69,6	0,6	15,4
Juni	17	415,1	0,5	103,9	64,5	36,3	295,3	6,3	219,3	-	69,7	0,6	14,8
Bausparkassen													
2014 Mai	22	208,4	0,2	61,7	45,0	16,7	140,3	1,6	119,9	.	18,9	0,4	5,8
Juni	22	209,1	0,2	61,7	45,0	16,7	141,2	1,6	120,2	.	19,4	0,4	5,6
Banken mit Sonderaufgaben													
2014 Mai	20	940,3	15,5	527,6	457,6	69,5	343,6	12,2	244,5	-	86,1	7,6	45,9
Juni	20	935,6	16,7	526,2	455,8	69,9	340,8	11,6	242,9	-	85,4	7,6	44,3
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2014 Mai	144	876,3	22,5	355,3	311,3	40,4	408,0	65,0	241,1	0,1	99,0	5,2	85,3
Juni	144	857,2	27,1	327,8	283,6	40,6	412,1	67,3	241,1	0,1	100,3	5,2	85,1
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2014 Mai	37	637,9	15,0	190,6	148,4	38,6	349,0	45,7	207,4	0,1	93,8	4,5	78,9
Juni	37	629,1	9,5	186,0	143,6	38,9	350,5	47,7	207,6	0,1	92,8	4,5	78,6

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beihft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Spareinlagen 4)	Sparbriefe				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)									
Alle Bankengruppen															
1 712,9	418,1	1 294,8	3 304,6	1 543,1	310,0	741,6	79,6	618,9	539,6	90,9	1 186,5	437,5	1 044,1	2014 Jan.	
1 702,9	409,7	1 293,2	3 312,8	1 551,3	314,2	738,0	81,9	619,6	540,0	89,8	1 173,4	438,5	989,2	Febr.	
1 685,9	406,4	1 279,5	3 299,9	1 546,2	312,3	735,6	75,3	618,3	538,8	87,5	1 161,7	439,1	978,8	März	
1 720,7	402,8	1 318,0	3 312,6	1 565,6	312,0	733,0	78,2	616,3	537,0	85,7	1 146,9	439,2	975,8	April	
1 728,2	408,8	1 319,4	3 332,9	1 586,7	313,9	732,0	78,5	615,6	536,5	84,6	1 163,5	443,2	1 004,0	Mai	
1 699,3	437,5	1 261,8	3 322,7	1 587,1	309,0	728,5	79,8	614,1	536,1	84,1	1 159,5	456,5	1 002,8	Juni	
Kreditbanken 6)															
686,7	265,1	421,6	1 221,0	712,8	167,8	203,4	59,0	111,7	99,4	25,3	147,9	143,8	656,0	2014 Mai	
677,9	281,6	396,2	1 204,3	703,9	161,9	202,1	53,4	111,0	98,9	25,4	148,5	152,3	657,1	Juni	
Großbanken 7)															
451,5	198,2	253,4	535,4	298,4	81,2	76,7	58,9	70,4	68,3	8,8	109,5	81,6	602,9	2014 Mai	
458,2	209,2	249,0	524,4	293,3	76,6	75,8	53,4	69,9	67,9	8,8	110,1	90,1	604,9	Juni	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
135,8	41,5	94,2	563,0	338,4	66,6	101,5	0,1	41,1	30,9	15,3	37,8	53,7	45,8	2014 Mai	
130,5	41,1	89,3	557,6	334,5	65,9	100,7	0,0	40,9	30,9	15,5	37,7	53,7	44,7	Juni	
Zweigstellen ausländischer Banken															
99,4	25,4	74,0	122,6	76,0	20,0	25,2	-	0,2	0,1	1,2	0,6	8,5	7,4	2014 Mai	
89,2	31,3	57,9	122,4	76,1	19,3	25,6	-	0,2	0,1	1,2	0,6	8,5	7,5	Juni	
Landesbanken															
325,2	53,7	271,5	309,6	112,4	57,6	124,9	17,0	14,6	10,8	0,1	262,1	60,0	136,2	2014 Mai	
322,6	56,7	265,9	317,3	119,3	59,8	123,5	21,2	14,6	10,9	0,1	255,3	59,8	136,1	Juni	
Sparkassen															
149,8	9,9	139,8	812,5	424,7	29,0	15,2	-	299,9	257,6	43,8	14,4	85,6	45,2	2014 Mai	
149,2	15,3	134,0	808,5	422,3	28,5	15,0	-	299,4	258,1	43,3	14,2	88,4	44,0	Juni	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
139,1	29,6	109,5	33,2	11,2	8,9	10,9	1,7	-	-	2,2	56,8	14,0	35,8	2014 Mai	
134,5	29,2	105,2	35,6	11,9	10,6	10,9	3,2	-	-	2,2	56,2	14,1	38,1	Juni	
Kreditgenossenschaften															
101,8	5,0	96,8	565,9	306,7	36,4	21,9	-	188,9	168,1	12,2	9,8	56,8	33,4	2014 Mai	
101,9	6,6	95,3	564,9	306,8	35,9	21,7	-	188,5	167,6	12,0	9,7	59,4	31,3	Juni	
Realkreditinstitute															
104,7	6,8	97,9	152,8	8,3	8,1	136,2	-	0,2	0,2	.	126,9	17,0	19,1	2014 Mai	
102,8	7,4	95,4	152,4	8,0	8,0	136,2	-	0,2	0,2	.	124,6	16,5	18,8	Juni	
Bausparkassen															
24,1	2,2	21,9	157,0	0,5	0,6	154,6	-	0,3	0,3	1,0	3,1	9,2	15,0	2014 Mai	
24,3	2,6	21,6	157,3	0,5	0,6	154,9	-	0,3	0,3	1,0	3,1	9,2	15,2	Juni	
Banken mit Sonderaufgaben															
196,8	36,5	160,4	80,9	10,3	5,6	65,0	0,8	-	-	.	542,5	56,8	63,3	2014 Mai	
186,2	38,0	148,2	82,3	14,2	3,7	64,3	2,1	-	-	.	548,0	56,9	62,2	Juni	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
234,4	74,6	159,8	474,5	302,7	63,7	74,7	12,3	21,7	21,3	11,6	27,9	47,7	91,8	2014 Mai	
213,0	77,1	135,9	477,1	304,8	64,3	74,7	12,4	21,8	21,4	11,5	27,6	47,7	91,8	Juni	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
135,0	49,2	85,8	351,9	226,6	43,7	49,5	12,3	21,6	21,2	10,4	27,3	39,3	84,4	2014 Mai	
123,8	45,8	78,0	354,7	228,7	45,0	49,1	12,4	21,6	21,3	10,3	27,0	39,3	84,3	Juni	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2013 Jan.	14,4	131,5	1 629,0	1 206,0	-	2,0	421,0	2,4	3 243,1	2 806,0	0,5	2,1	434,4
Febr.	14,4	103,5	1 628,4	1 207,8	-	2,2	418,5	2,3	3 237,4	2 804,4	0,5	2,0	430,6
März	16,0	112,8	1 591,0	1 176,5	-	2,0	412,5	2,3	3 234,0	2 795,7	0,5	1,9	435,9
April	14,9	103,3	1 588,2	1 176,9	-	2,1	409,1	2,3	3 260,9	2 801,4	0,4	2,9	456,2
Mai	15,1	89,3	1 578,5	1 168,8	-	2,1	407,6	2,3	3 232,1	2 795,8	0,4	2,9	433,0
Juni	14,9	91,7	1 560,6	1 151,6	-	1,9	407,2	2,4	3 238,0	2 806,0	0,4	1,3	430,3
Juli	14,5	89,9	1 536,2	1 132,8	0,0	2,0	401,4	2,3	3 230,8	2 796,7	0,4	2,0	431,7
Aug.	15,1	91,5	1 637,1	1 235,3	-	1,9	399,9	2,3	3 127,2	2 691,9	0,4	1,9	433,1
Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	-	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014 Jan.	14,7	63,3	1 566,3	1 177,0	0,0	1,7	387,6	2,2	3 140,7	2 696,3	0,4	1,2	442,7
Febr.	14,9	51,6	1 578,3	1 192,8	0,0	1,7	383,8	1,6	3 134,5	2 695,3	0,4	1,4	437,4
März	14,4	50,5	1 551,1	1 168,8	0,0	1,5	380,8	1,6	3 136,4	2 692,5	0,4	1,4	442,1
April	15,3	65,2	1 527,8	1 146,6	0,0	1,3	379,8	1,6	3 158,0	2 696,1	0,4	1,7	459,8
Mai	15,2	58,4	1 550,5	1 170,8	0,0	1,2	378,5	1,6	3 154,3	2 702,7	0,4	1,4	449,9
Juni	14,7	59,9	1 511,7	1 136,0	0,0	2,6	373,0	1,6	3 147,4	2 697,0	0,3	1,9	448,2
Veränderungen *)													
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	- 0,0	- 0,8	- 11,9	- 0,0	- 6,7	- 11,8	- 0,3	- 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	+ 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2013 Jan.	- 4,0	- 2,8	- 26,1	- 23,1	-	- 0,4	- 2,6	- 0,0	+ 22,7	+ 20,5	- 0,1	- 0,0	+ 2,4
Febr.	- 0,0	- 27,9	+ 2,5	+ 4,8	-	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 5,7	- 1,6	- 0,1	- 0,2	- 3,9
März	+ 1,6	+ 9,3	- 37,4	- 31,3	-	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 3,4	- 8,7	- 0,0	- 0,0	+ 5,4
April	- 1,1	- 9,5	- 2,8	+ 0,5	-	+ 0,2	- 3,4	- 0,0	+ 26,9	+ 5,7	- 0,0	+ 1,0	+ 20,3
Mai	+ 0,3	- 14,0	- 9,8	- 8,2	-	- 0,0	- 1,5	- 0,0	- 28,8	- 5,6	- 0,0	+ 0,0	- 23,2
Juni	- 0,2	+ 2,5	- 17,9	- 17,2	-	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 5,9	+ 10,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,1
Juli	- 0,4	- 1,8	- 24,5	- 18,8	+ 0,0	+ 0,1	- 5,8	- 0,1	- 7,2	- 9,3	- 0,0	+ 0,7	+ 1,4
Aug.	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,4	+ 5,0	- 0,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	- 10,7	- 12,0	- 0,0	- 0,2	+ 1,4
Sept.	- 0,4	+ 6,3	- 16,7	- 15,6	-	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3
2014 Jan.	- 3,8	- 22,3	+ 20,8	+ 23,9	- 0,0	- 0,0	- 3,2	- 0,0	+ 9,1	+ 3,7	- 0,1	- 0,1	+ 5,6
Febr.	+ 0,2	- 11,7	+ 12,0	+ 15,9	-	- 0,1	- 3,8	- 0,0	- 6,2	- 1,0	- 0,0	+ 0,2	- 5,3
März	- 0,6	- 1,0	- 27,2	- 24,0	-	- 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 2,1	- 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 4,7
April	+ 0,9	+ 14,7	- 23,3	- 22,2	-	- 0,2	- 0,9	- 0,0	+ 21,5	+ 3,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,7
Mai	- 0,1	- 6,8	+ 22,7	+ 24,1	-	- 0,1	- 1,3	- 0,0	- 3,7	+ 6,6	- 0,0	- 0,3	- 9,9
Juni	- 0,6	+ 1,5	- 38,9	- 34,8	+ 0,0	+ 1,4	- 5,5	+ 0,1	- 6,9	- 5,7	- 0,0	+ 0,5	- 1,7

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. **2** Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. **3** Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs-forderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an inländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
			insgesamt	Sichteinlagen 4)	Termin-ein-lagen 4)	weiter-gegebene Wechsel 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichtein-lagen	Termin-ein-lagen 6)	Spar-ein-lagen 7)	Spar-briefe 8)			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004	
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005	
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006	
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007	
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008	
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009	
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010	
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011	
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013	
-	34,5	90,8	1 126,1	125,9	1 000,2	0,0	35,4	3 087,3	1 326,2	1 053,6	616,8	90,7	35,0	2013 Jan.	
-	34,5	90,5	1 102,3	129,5	972,8	0,0	35,6	3 097,1	1 336,2	1 055,8	616,6	88,5	34,9	Febr.	
-	34,2	89,3	1 092,4	130,8	961,5	0,0	35,8	3 096,3	1 330,3	1 064,7	614,5	86,8	34,8	März	
-	33,7	89,3	1 088,3	130,5	957,8	0,0	35,4	3 100,3	1 344,5	1 058,4	612,3	85,1	34,6	April	
-	33,5	91,8	1 070,5	126,2	944,2	0,0	35,3	3 115,4	1 363,4	1 058,3	610,7	83,0	34,5	Mai	
-	33,2	91,0	1 059,4	124,9	934,5	0,0	34,8	3 129,7	1 369,8	1 069,2	609,7	81,0	34,4	Juni	
-	32,8	91,0	1 049,2	121,8	927,4	0,0	34,1	3 105,2	1 374,8	1 042,7	608,1	79,6	34,4	Juli	
-	32,6	91,0	1 148,5	140,4	1 008,2	0,0	34,0	3 023,6	1 372,9	964,4	607,5	78,8	34,4	Aug.	
-	31,9	91,1	1 147,2	146,3	1 000,9	0,0	33,9	3 020,6	1 379,4	956,9	606,4	78,0	33,5	Sept.	
-	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	Okt.	
-	31,6	91,0	1 161,7	162,1	999,7	0,0	33,7	3 044,4	1 413,4	947,8	606,3	76,9	33,3	Nov.	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	Dez.	
-	31,2	92,0	1 138,1	143,5	994,6	0,0	33,1	3 047,2	1 416,0	946,7	609,1	75,4	32,9	2014 Jan.	
-	28,0	91,6	1 148,8	153,5	995,3	0,0	12,1	3 056,6	1 422,6	949,8	609,8	74,4	32,7	Febr.	
-	27,8	92,3	1 131,6	149,1	982,5	0,0	12,0	3 048,0	1 416,9	948,8	608,6	73,7	32,5	März	
-	27,6	92,5	1 153,3	148,1	1 005,2	0,0	11,8	3 057,2	1 431,5	947,0	606,7	72,0	32,4	April	
-	27,6	92,9	1 163,8	152,4	1 011,4	0,0	11,9	3 072,1	1 446,2	949,0	606,0	70,9	31,9	Mai	
-	27,5	94,0	1 143,2	164,9	978,3	0,0	12,0	3 066,2	1 442,8	948,4	604,5	70,5	31,4	Juni	
Veränderungen *)															
-	1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	+ 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	-	- 0,3	+ 0,9	- 9,0	- 6,8	- 2,2	-	- 0,8	- 2,9	+ 19,7	- 18,8	- 0,8	- 2,9	- 0,0	2013 Jan.
-	-	- 0,0	- 0,4	- 23,9	+ 3,5	- 27,4	-	+ 0,2	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	- 0,1	- 2,2	- 0,0	Febr.
-	-	- 0,3	- 1,2	- 9,6	+ 1,6	- 11,3	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	- 2,2	- 1,8	- 0,1	März
-	-	- 0,5	+ 0,1	- 4,1	- 0,8	- 3,3	+ 0,0	- 0,4	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	April
-	-	- 0,2	+ 2,5	- 17,8	- 5,1	- 12,7	+ 0,0	- 0,1	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	- 2,2	- 0,1	Mai
-	-	- 0,3	- 0,8	- 11,4	- 1,4	- 10,0	- 0,0	- 0,5	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	Juni
-	-	- 0,5	- 0,1	- 10,2	- 3,0	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 1,5	- 1,5	- 0,0	Juli
-	-	- 0,2	+ 0,1	+ 15,0	+ 2,8	+ 12,2	-	- 0,1	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	-	- 0,7	+ 0,1	- 1,3	+ 5,9	- 7,3	+ 0,0	- 0,5	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 1,1	- 0,9	- 0,5	Sept.
-	-	- 0,4	- 0,0	- 5,8	+ 3,9	- 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1	Okt.
-	-	+ 0,0	- 0,1	+ 20,3	+ 11,9	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 0,0	- 0,5	- 0,0	Nov.
-	-	- 0,0	+ 1,3	- 21,5	- 36,5	+ 15,0	+ 0,0	- 0,4	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	Dez.
-	-	- 0,3	- 0,3	- 2,2	+ 17,9	- 20,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 1,0	- 1,2	- 0,1	2014 Jan.
-	-	- 0,1	- 0,3	+ 10,7	+ 10,0	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	Febr.
-	-	- 0,2	+ 0,7	- 17,1	- 4,4	- 12,8	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 5,8	- 0,9	- 1,2	- 0,7	- 0,2	März
-	-	- 0,2	+ 0,2	+ 21,7	- 1,0	+ 22,7	- 0,0	- 0,2	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,1	April
-	-	+ 0,0	+ 0,4	+ 10,4	+ 4,3	+ 6,2	- 0,0	+ 0,1	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	- 0,7	- 1,1	- 0,6	Mai
-	-	- 0,1	+ 1,1	- 20,5	+ 12,5	- 33,1	- 0,0	+ 0,1	- 5,9	- 3,4	- 0,6	- 1,4	- 0,5	- 0,5	Juni

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)						
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken	
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1	
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8	
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9	
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9	
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6	
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3	
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3	
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1	
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8	
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8	
2013 Jan.	0,6	1 033,1	798,8	535,3	263,5	6,3	228,0	2,5	731,5	441,4	110,5	330,9	10,0	280,0	
Febr.	0,6	1 056,0	822,8	562,2	260,6	5,7	227,5	2,5	729,7	443,5	110,6	332,9	9,4	276,9	
März	1,0	1 045,3	810,6	548,3	262,3	5,6	229,1	2,5	739,3	450,6	116,6	334,0	8,6	280,1	
April	0,8	1 046,9	813,3	557,4	256,0	5,2	228,3	2,5	737,3	449,1	118,9	330,2	9,0	279,2	
Mai	0,8	1 046,0	811,0	552,8	258,2	5,1	229,9	2,5	741,3	444,6	118,0	326,6	10,6	286,1	
Juni	0,8	1 051,5	816,5	563,5	253,0	5,6	229,4	2,5	728,8	433,3	109,8	323,6	9,7	285,8	
Juli	0,7	1 024,5	791,2	542,0	249,2	5,4	228,0	2,5	730,8	429,4	108,9	320,6	10,1	291,3	
Aug.	1,3	1 032,2	796,0	548,1	247,9	5,2	230,9	2,5	723,6	425,0	108,6	316,4	12,7	285,9	
Sept.	0,6	1 021,7	786,8	542,1	244,7	5,8	229,0	2,5	712,2	415,1	102,2	312,8	9,4	287,8	
Okt.	0,4	1 040,7	806,7	564,2	242,5	5,6	228,5	2,5	709,1	413,0	102,8	310,2	10,6	285,5	
Nov.	0,3	1 060,2	822,5	579,9	242,6	6,8	230,8	2,5	718,5	418,1	109,1	309,0	10,0	290,4	
Dez.	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8	
2014 Jan.	0,2	1 051,7	813,1	577,8	235,3	6,9	231,7	2,5	715,2	417,7	110,5	307,2	8,0	289,6	
Febr.	0,2	1 043,7	805,9	572,5	233,5	7,2	230,6	1,7	711,1	418,1	113,4	304,7	8,4	284,6	
März	0,2	1 030,9	792,4	554,2	238,2	7,4	231,1	1,7	715,6	413,9	108,9	305,1	9,9	291,8	
April	0,2	1 037,1	796,9	560,9	235,9	8,2	232,0	1,7	719,9	423,0	118,6	304,4	10,7	286,2	
Mai	0,2	1 064,1	823,0	580,9	242,1	8,4	232,6	1,2	723,0	422,8	116,3	306,5	9,9	290,3	
Juni	0,2	1 072,0	830,7	595,3	235,4	8,4	232,8	1,1	726,9	422,7	116,9	305,9	9,9	294,3	
Veränderungen *)															
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0	
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5	
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3	
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3	
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7	
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0	
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6	
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5	
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6	
2013 Jan.	- 0,2	- 4,6	- 6,7	- 5,8	- 0,9	+ 0,8	+ 1,2	- 0,0	+ 9,1	+ 4,5	+ 6,5	- 2,0	+ 1,0	+ 3,6	
Febr.	+ 0,1	+ 16,5	+ 17,8	+ 23,4	- 5,6	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 6,8	- 2,1	- 0,6	- 1,5	- 0,7	- 4,0	
März	+ 0,3	- 15,9	- 16,6	- 16,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 4,7	- 2,1	- 0,7	+ 2,3	
April	- 0,2	+ 6,1	+ 7,2	+ 11,5	- 4,4	- 0,4	- 0,7	- 0,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,9	- 1,4	+ 0,4	- 0,1	
Mai	+ 0,0	- 0,9	- 2,4	- 4,6	+ 2,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,8	- 4,8	- 1,0	- 3,7	+ 1,6	+ 6,9	
Juni	+ 0,0	+ 6,7	+ 6,8	+ 11,4	- 4,6	+ 0,5	- 0,5	- 0,0	- 11,4	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 0,9	- 0,1	
Juli	- 0,2	- 23,3	- 21,8	- 19,5	- 2,2	- 0,1	- 1,4	- 0,0	+ 4,9	- 1,6	- 0,4	- 1,3	+ 0,4	+ 6,1	
Aug.	+ 0,6	- 5,5	- 8,2	- 6,1	- 2,1	- 0,2	+ 2,8	+ 0,0	- 8,0	- 5,0	- 0,6	- 4,4	+ 2,6	- 5,6	
Sept.	- 0,6	- 7,2	- 6,0	- 4,2	- 1,8	+ 0,6	- 1,8	+ 0,0	- 9,0	- 8,1	- 6,2	- 2,0	- 3,3	+ 2,4	
Okt.	- 0,2	+ 23,5	+ 24,4	+ 25,3	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 2,4	- 2,0	- 0,8	- 1,2	+ 1,2	- 1,6	
Nov.	- 0,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 15,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,7	+ 6,1	- 2,5	- 0,6	+ 4,8	
Dez.	- 0,1	- 37,5	- 37,3	- 31,7	- 5,6	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 15,3	- 11,5	- 8,5	- 3,0	- 1,8	- 2,0	
2014 Jan.	- 0,0	+ 35,5	+ 34,4	+ 36,9	- 2,4	- 0,4	+ 1,5	- 0,0	+ 10,7	+ 10,0	+ 9,7	+ 0,4	- 0,2	+ 0,9	
Febr.	- 0,0	- 3,2	- 2,6	- 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 1,0	-	- 0,8	+ 3,1	+ 3,5	- 0,3	+ 0,4	- 4,3	
März	- 0,0	- 13,0	- 14,0	- 18,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 4,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 6,9	
April	+ 0,0	+ 7,7	+ 5,3	+ 7,2	- 2,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,0	+ 4,1	+ 9,5	+ 9,8	- 0,3	+ 0,8	- 6,2	
Mai	- 0,0	+ 22,7	+ 22,0	+ 17,5	+ 4,5	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	+ 0,0	- 2,7	- 2,9	+ 0,2	- 0,8	+ 3,5	
Juni	+ 0,0	+ 8,1	+ 8,0	+ 14,6	- 6,6	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,0	+ 4,0	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhand- kredite	Beteili- gungen an auslän- dischen Banken und Unter- nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nach- richtlich: Treuhand- kredite	Zeit
		insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nach- richtlich: Treuhand- kredite	insgesamt	Sicht- ein- lagen	Termineinlagen (einschl. Spar- einlagen und Sparbriefe)			Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
				zusam- men	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig				zusam- men	kurz- fristig	mittel- und lang- fristig			
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004	
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005	
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009	
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010	
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
32,1	49,6	702,8	318,1	384,7	268,8	115,9	0,1	241,9	116,4	125,5	65,5	60,0	1,2	2013 Jan.	
32,3	46,7	695,3	306,3	389,0	280,1	109,0	0,1	246,6	122,9	123,8	64,4	59,3	1,2	Febr.	
32,6	45,8	681,2	278,8	402,4	296,2	106,2	0,1	243,6	116,1	127,5	65,2	62,3	1,1	März	
32,5	46,3	689,5	302,2	387,2	283,1	104,1	0,1	255,6	122,4	133,3	71,9	61,4	1,1	April	
32,5	46,4	657,2	293,5	363,7	259,4	104,4	0,1	261,4	132,2	129,2	67,9	61,2	1,1	Mai	
32,1	46,4	649,3	269,6	379,7	275,1	104,6	0,1	255,5	126,6	128,9	67,9	61,0	1,1	Juni	
32,0	46,3	641,4	277,6	363,8	260,3	103,5	0,1	250,6	126,4	124,2	63,7	60,5	1,1	Juli	
32,0	46,3	627,6	254,2	373,3	269,3	104,0	0,1	253,6	129,3	124,3	65,0	59,3	1,1	Aug.	
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	Sept.	
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	Okt.	
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	Nov.	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	Dez.	
31,0	41,6	574,8	274,6	300,2	206,7	93,5	0,1	257,4	127,1	130,3	67,1	63,2	1,0	2014 Jan.	
14,4	40,0	554,1	256,2	297,9	205,6	92,3	0,1	256,1	128,6	127,5	66,2	61,3	1,0	Febr.	
14,4	39,7	554,2	257,3	297,0	200,1	96,9	0,1	251,9	129,4	122,5	62,8	59,7	1,0	März	
14,4	39,7	567,4	254,6	312,8	215,7	97,0	0,1	255,4	134,1	121,3	61,6	59,7	1,0	April	
14,4	39,7	564,4	256,4	308,0	212,7	95,3	0,1	260,8	140,6	120,2	59,7	60,6	1,0	Mai	
14,2	38,6	556,0	272,6	283,5	190,5	92,9	0,1	256,5	144,2	112,2	53,0	59,3	1,1	Juni	
Veränderungen ^{*)}															
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005	
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006	
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009	
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010	
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011	
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
- 0,5	+ 3,2	+ 16,2	+ 30,1	- 13,9	- 14,1	+ 0,1	-	+ 5,9	+ 9,8	- 3,9	- 3,2	- 0,7	- 0,0	2013 Jan.	
+ 0,1	- 2,9	- 11,5	- 13,4	+ 2,0	+ 9,9	- 7,9	-	+ 3,4	+ 5,9	- 2,5	- 1,5	- 1,0	- 0,0	Febr.	
+ 0,4	- 1,0	- 14,6	- 29,0	+ 14,4	+ 14,5	- 0,1	- 0,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	- 0,0	März	
- 0,1	+ 0,6	+ 11,4	+ 24,6	- 13,1	- 11,6	- 1,5	-	+ 13,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 7,0	- 0,6	- 0,0	April	
- 0,0	+ 0,1	- 32,5	- 9,1	- 23,5	- 23,7	+ 0,2	-	+ 5,2	+ 10,3	- 5,1	- 4,0	- 1,1	- 0,0	Mai	
- 0,4	- 0,0	- 7,0	- 23,5	+ 16,5	+ 16,1	+ 0,3	- 0,0	- 5,5	- 5,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	Juni	
- 0,1	- 0,1	- 5,7	+ 8,9	- 14,6	- 13,9	- 0,6	-	- 4,0	+ 0,3	- 4,2	- 4,0	- 0,3	+ 0,0	Juli	
- 0,0	+ 0,0	- 24,9	+ 34,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 0,3	-	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,2	- 1,3	- 0,0	Aug.	
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	Sept.	
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	Okt.	
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	Nov.	
- 0,9	- 5,1	- 73,9	- 51,7	- 22,2	- 19,5	- 2,7	- 0,0	+ 0,9	- 8,2	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	- 0,1	Dez.	
+ 0,2	+ 2,5	+ 56,6	+ 51,1	+ 5,5	+ 9,7	- 4,2	-	- 1,5	+ 8,6	- 10,1	- 10,0	- 0,1	- 0,1	2014 Jan.	
- 0,1	- 1,6	- 18,0	- 17,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	-	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,0	Febr.	
+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	- 5,5	+ 4,6	- 0,0	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	- 3,4	- 1,5	+ 0,0	März	
- 0,1	- 0,0	+ 13,6	- 2,4	+ 16,0	+ 15,8	+ 0,2	-	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	April	
+ 0,0	- 0,1	- 5,4	+ 0,9	- 6,3	- 4,1	- 2,2	-	+ 4,4	+ 6,0	- 1,6	- 2,1	+ 0,6	+ 0,0	Mai	
- 0,2	- 1,0	- 8,2	+ 16,2	- 24,4	- 22,1	- 2,3	- 0,0	- 4,3	+ 3,7	- 8,0	- 6,7	- 1,3	+ 0,0	Juni	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähigen(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite								Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-	
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel			zu-
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2	
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3	
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8	
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3	
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8	
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7	
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6	
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9	
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9	
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6	
2013 Jan.	3 243,1	2 806,5	399,6	338,2	337,4	0,8	61,4	60,1	1,4	2 843,4	2 314,1	
Febr.	3 237,4	2 804,9	396,1	338,4	337,5	0,9	57,7	56,6	1,1	2 841,3	2 311,6	
März	3 234,0	2 796,2	387,5	332,7	331,7	1,0	54,8	53,9	0,9	2 846,5	2 315,9	
April	3 260,9	2 801,8	391,4	326,7	325,5	1,2	64,7	63,0	1,7	2 869,5	2 338,4	
Mai	3 232,1	2 796,2	380,3	325,9	324,9	1,1	54,3	52,5	1,9	2 851,9	2 325,8	
Juni	3 238,0	2 806,4	389,9	338,8	338,2	0,6	51,1	50,4	0,7	2 848,2	2 319,6	
Juli	3 230,8	2 797,1	376,1	319,9	319,3	0,6	56,1	54,7	1,4	2 854,8	2 323,0	
Aug.	3 127,2	2 692,3	269,9	220,6	220,1	0,6	49,3	48,0	1,3	2 857,3	2 324,5	
Sept.	3 127,5	2 692,3	276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5	
Okt.	3 138,2	2 698,8	279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0	
Nov.	3 139,2	2 698,7	270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0	
Dez.	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6	
2014 Jan.	3 140,7	2 696,8	272,9	214,7	213,9	0,8	58,2	57,8	0,4	2 867,8	2 335,9	
Febr.	3 134,5	2 695,7	271,7	216,6	215,9	0,7	55,1	54,5	0,6	2 862,7	2 330,7	
März	3 136,4	2 692,9	271,7	220,6	219,8	0,7	51,2	50,5	0,7	2 864,7	2 333,1	
April	3 158,0	2 696,5	269,9	217,2	216,6	0,7	52,6	51,6	1,0	2 888,1	2 356,7	
Mai	3 154,3	2 703,1	271,1	216,5	215,7	0,9	54,5	54,0	0,5	2 883,2	2 350,5	
Juni	3 147,4	2 697,3	273,3	223,4	222,6	0,8	49,9	48,8	1,0	2 874,1	2 342,6	
Veränderungen *)												
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8	
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6	
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1	
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4	
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6	
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9	
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4	
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9	
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6	
2013 Jan.	+ 22,7	+ 20,4	+ 24,4	+ 22,3	+ 22,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,5	- 0,3	- 1,7	+ 2,3	
Febr.	- 5,7	- 1,7	- 3,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 2,2	- 2,5	
März	- 3,4	- 8,7	- 8,6	- 5,7	- 5,8	+ 0,1	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 5,3	+ 4,4	
April	+ 26,9	+ 5,7	+ 3,9	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 0,8	+ 23,0	+ 22,5	
Mai	- 28,8	- 5,6	- 11,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 10,4	- 10,5	+ 0,1	- 17,6	- 12,6	
Juni	+ 5,9	+ 10,2	+ 10,0	+ 13,2	+ 13,3	- 0,1	- 3,2	- 2,1	- 1,1	- 4,1	- 6,6	
Juli	- 7,2	- 9,3	- 13,8	- 18,8	- 18,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 0,7	+ 6,6	+ 3,3	
Aug.	- 10,7	- 12,0	- 16,4	- 9,6	- 9,5	- 0,1	- 6,8	- 6,7	- 0,1	+ 5,6	+ 4,7	
Sept.	+ 0,3	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,0	- 6,6	- 4,1	
Okt.	+ 10,8	+ 6,7	+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5	
Nov.	+ 1,0	- 0,1	- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2	
Dez.	- 7,5	- 5,5	- 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4	
2014 Jan.	+ 9,1	+ 3,6	+ 3,5	- 3,3	- 3,4	+ 0,2	+ 6,8	+ 7,1	- 0,3	+ 5,6	+ 7,7	
Febr.	- 6,2	- 1,1	- 1,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 3,1	- 3,4	+ 0,3	- 5,0	- 5,3	
März	+ 2,1	- 2,7	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,1	- 0,0	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,5	
April	+ 21,5	+ 3,6	- 1,9	- 3,3	- 3,3	- 0,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 23,4	+ 23,2	
Mai	- 3,7	+ 6,6	+ 1,2	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,4	- 0,5	- 4,9	- 6,2	
Juni	- 6,9	- 5,7	+ 2,2	+ 6,8	+ 6,9	- 0,1	- 4,6	- 5,2	+ 0,5	- 9,2	- 8,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 116,9	249,6	1 867,3	197,2	31,0	529,4	292,1	39,7	252,4	237,3	–	3,5	2013 Jan.	
2 120,1	249,3	1 870,8	191,5	31,0	529,7	290,6	39,3	251,4	239,1	–	3,4	Febr.	
2 119,3	249,6	1 869,7	196,6	30,8	530,6	291,3	40,5	250,8	239,3	–	3,4	März	
2 121,1	249,8	1 871,3	217,3	30,4	531,1	292,2	40,8	251,4	238,9	–	3,3	April	
2 126,7	252,0	1 874,7	199,1	30,3	526,1	292,2	40,3	251,8	233,9	–	3,2	Mai	
2 125,9	250,5	1 875,4	193,7	30,0	528,6	292,0	40,5	251,4	236,6	–	3,2	Juni	
2 130,5	252,0	1 878,5	192,4	29,6	531,8	292,6	41,2	251,4	239,2	–	3,1	Juli	
2 131,7	249,5	1 882,2	192,8	29,5	532,8	292,6	41,2	251,3	240,3	–	3,1	Aug.	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	–	2,7	Sept.	
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	–	2,6	Okt.	
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	–	2,6	Nov.	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	Dez.	
2 137,4	248,6	1 888,8	198,5	28,6	531,8	287,6	38,4	249,2	244,2	–	2,7	2014 Jan.	
2 138,7	248,5	1 890,2	192,0	25,8	532,1	286,6	38,0	248,6	245,4	–	2,3	Febr.	
2 136,4	249,1	1 887,3	196,7	25,5	531,6	286,2	37,4	248,8	245,4	–	2,3	März	
2 143,2	251,0	1 892,3	213,4	25,4	531,4	285,1	36,7	248,4	246,3	–	2,2	April	
2 149,2	250,1	1 899,1	201,3	25,4	532,8	284,2	36,8	247,4	248,6	–	2,2	Mai	
2 144,5	248,9	1 895,6	198,1	25,3	531,5	281,4	36,1	245,4	250,0	–	2,2	Juni	
Veränderungen *)													
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	– 3,0	– 22,1	– 13,4	+ 0,9	– 14,2	– 7,7	– 1,0	– 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009	
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
– 3,5	– 0,9	– 2,5	+ 5,7	– 0,3	– 4,0	– 0,6	+ 0,2	– 0,9	– 3,4	–	– 0,0	2013 Jan.	
+ 3,2	– 0,3	+ 3,5	– 5,7	– 0,0	+ 0,4	– 1,5	– 0,4	– 1,0	+ 1,8	–	– 0,0	Febr.	
– 0,8	+ 0,3	– 1,0	+ 5,1	– 0,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3	– 0,6	+ 0,3	–	– 0,0	März	
+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 20,7	– 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	– 0,4	–	– 0,2	April	
+ 5,6	+ 2,2	+ 3,3	– 18,2	– 0,2	– 5,1	– 0,0	– 0,5	+ 0,4	– 5,0	–	– 0,0	Mai	
– 0,8	– 1,5	+ 0,7	– 5,8	– 0,2	+ 2,5	– 0,2	+ 0,2	– 0,4	+ 2,7	–	– 0,0	Juni	
+ 4,5	+ 1,2	+ 3,3	– 1,2	– 0,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,7	– 0,0	+ 2,6	–	– 0,1	Juli	
+ 4,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 0,4	– 0,1	+ 1,0	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	+ 1,0	–	– 0,0	Aug.	
– 4,7	– 2,0	– 2,7	+ 0,6	– 0,2	– 2,5	– 2,0	– 0,5	– 1,4	– 0,6	–	– 0,5	Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	– 0,3	+ 2,5	– 0,9	– 1,4	+ 0,6	+ 3,4	–	– 0,0	Okt.	
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	– 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	– 0,2	+ 0,8	+ 1,4	–	+ 0,0	Nov.	
– 3,0	– 1,5	– 1,5	– 2,4	– 0,1	– 0,8	– 1,9	– 0,3	– 1,6	+ 1,1	–	+ 0,1	Dez.	
+ 0,8	+ 0,8	– 0,0	+ 6,9	– 0,3	– 2,1	– 0,8	– 0,4	– 0,5	– 1,3	–	– 0,0	2014 Jan.	
+ 1,3	– 0,1	+ 1,4	– 6,5	– 0,1	+ 0,2	– 1,0	– 0,4	– 0,6	+ 1,2	–	– 0,0	Febr.	
– 2,3	+ 0,6	– 2,9	+ 4,7	– 0,2	– 0,5	– 0,5	– 0,7	+ 0,2	+ 0,0	–	– 0,0	März	
+ 6,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 16,7	– 0,1	+ 0,2	– 0,7	– 0,6	– 0,1	+ 0,9	–	– 0,0	April	
+ 6,0	– 0,9	+ 6,9	– 12,2	+ 0,0	+ 1,3	– 0,9	+ 0,1	– 1,0	+ 2,3	–	– 0,0	Mai	
– 5,0	– 1,2	– 3,8	– 3,1	– 0,1	– 1,0	– 2,5	– 0,7	– 1,7	+ 1,4	–	– 0,0	Juni	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
 schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		darunter:			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
2012	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4
2013 Juni	2 464,2	1 173,0	1 143,3	928,7	214,6	1 402,0	314,0	131,9	94,6	60,1	124,8	45,6	74,0	219,9
Sept.	2 352,4	1 177,9	1 152,6	933,4	219,2	1 282,8	316,6	130,3	95,7	60,1	124,9	46,2	72,0	104,5
Dez.	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 März	2 356,3	1 179,3	1 160,3	936,4	223,8	1 283,4	320,0	129,1	97,0	59,5	124,2	46,0	68,9	107,1
Juni	2 367,1	1 181,3	1 166,6	940,0	226,7	1 288,3	320,9	129,1	98,1	59,9	124,3	47,0	68,7	104,7
Kurzfristige Kredite														
2012	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8
2013 Juni	338,2	-	8,0	-	8,0	301,4	3,9	37,4	6,7	12,9	41,8	4,1	6,3	135,1
Sept.	225,3	-	8,1	-	8,1	187,8	4,0	35,9	6,5	13,0	42,2	4,0	6,2	23,9
Dez.	217,1	-	8,3	-	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 März	219,9	-	8,6	-	8,6	183,5	4,4	35,4	5,9	12,7	41,5	3,6	6,4	23,8
Juni	222,6	-	8,6	-	8,6	186,1	4,3	36,3	6,2	12,8	41,5	4,0	6,6	22,3
Mittelfristige Kredite														
2012	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9
2013 Juni	250,5	-	35,7	-	35,7	176,6	12,3	24,7	6,7	9,4	16,9	3,9	11,2	37,7
Sept.	247,6	-	35,7	-	35,7	173,1	12,3	24,8	6,6	9,4	16,5	4,0	11,3	34,5
Dez.	248,0	-	35,6	-	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 März	249,1	-	35,0	-	35,0	175,0	12,3	25,3	5,9	9,3	16,5	4,0	11,4	35,8
Juni	248,9	-	35,3	-	35,3	176,2	12,8	24,7	5,4	9,3	16,9	4,1	11,5	35,5
Langfristige Kredite														
2012	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,8	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7
2013 Juni	1 875,4	1 173,0	1 099,7	928,7	170,9	924,0	297,8	69,9	81,2	37,8	66,1	37,6	56,5	47,1
Sept.	1 879,4	1 177,9	1 108,8	933,4	175,4	922,0	300,3	69,6	82,6	37,7	66,2	38,2	54,5	46,1
Dez.	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	82,6	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 März	1 887,3	1 179,3	1 116,7	936,4	180,3	924,9	303,3	68,4	85,2	37,5	66,1	38,5	51,1	47,5
Juni	1 895,6	1 181,3	1 122,8	940,0	182,9	926,1	303,8	68,1	86,5	37,8	66,0	38,9	50,7	46,9
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2013 2.Vj.	+ 13,1	- 0,5	+ 5,9	+ 2,2	+ 3,8	+ 7,8	+ 1,8	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	- 2,1	+ 0,9	- 2,2	+ 10,9
3.Vj.	- 18,8	+ 2,4	+ 9,1	+ 4,7	+ 4,4	- 26,5	+ 2,4	- 1,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 22,6
4.Vj.	+ 2,0	+ 2,3	+ 6,2	+ 2,6	+ 3,5	- 1,5	+ 2,1	- 2,4	+ 1,5	- 1,2	- 1,0	- 0,5	- 1,3	+ 0,6
2014 1.Vj.	+ 2,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	+ 2,3
2.Vj.	+ 10,2	+ 1,3	+ 6,3	+ 2,5	+ 3,8	+ 4,7	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,0	- 0,2	- 2,4
Kurzfristige Kredite														
2013 2.Vj.	+ 6,5	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 6,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 1,8	+ 0,5	- 0,7	+ 9,8
3.Vj.	- 23,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 23,7	+ 0,0	- 1,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 21,4
4.Vj.	- 6,0	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 5,9	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	- 1,0	- 1,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,9
2014 1.Vj.	+ 2,6	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1
2.Vj.	+ 2,7	-	- 0,0	-	- 0,0	+ 2,6	- 0,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2	- 1,6
Mittelfristige Kredite														
2013 2.Vj.	+ 0,9	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,5
3.Vj.	- 0,2	-	- 0,1	-	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
4.Vj.	+ 0,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8
2014 1.Vj.	+ 1,3	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5
2.Vj.	+ 1,3	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,4	- 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3
Langfristige Kredite														
2013 2.Vj.	+ 5,7	- 0,5	+ 5,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 1,5	+ 0,6
3.Vj.	+ 4,3	+ 2,4	+ 9,0	+ 4,7	+ 4,4	- 2,3	+ 2,5	- 0,3	+ 1,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 1,0
4.Vj.	+ 7,9	+ 2,3	+ 6,0	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,7	- 0,4	+ 2,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7
2014 1.Vj.	- 1,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,7
2.Vj.	+ 6,1	+ 1,3	+ 6,0	+ 2,5	+ 3,6	+ 0,5	+ 0,6	- 0,2	+ 0,7	+ 0,3	- 0,1	+ 0,4	- 0,4	- 0,6

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt	
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012	
651,2	186,7	38,5	178,1	388,0	51,1	1 048,6	825,8	222,9	147,7	12,4	13,5	3,6	2013 Juni	
649,1	187,4	37,4	176,0	388,7	50,7	1 056,2	832,6	223,6	147,0	12,5	13,4	3,5	2013 Sept.	
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	2013 Dez.	
651,5	192,1	37,1	175,9	387,5	49,4	1 059,4	836,8	222,6	148,0	12,0	13,5	3,5	2014 März	
656,5	192,8	39,1	176,4	388,0	49,6	1 065,5	842,3	223,2	148,7	11,8	13,3	3,5	2014 Juni	
Kurzfristige Kredite														
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012	
57,1	9,4	7,8	12,5	29,9	7,6	35,8	4,0	31,8	1,9	12,4	1,0	0,0	2013 Juni	
56,0	9,2	7,4	12,3	28,8	7,4	36,6	4,1	32,5	1,7	12,5	1,0	0,0	2013 Sept.	
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	2013 Dez.	
54,0	8,9	6,6	12,4	27,8	7,0	35,4	4,2	31,2	1,8	12,0	1,0	0,0	2014 März	
56,5	8,8	7,8	12,6	28,0	7,2	35,7	4,2	31,5	1,7	11,8	0,9	0,0	2014 Juni	
Mittelfristige Kredite														
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012	
66,2	8,7	7,1	19,8	32,0	3,7	73,4	23,3	50,0	44,7	-	0,5	0,0	2013 Juni	
65,9	9,1	7,0	19,5	32,2	3,6	74,0	23,4	50,7	45,4	-	0,5	0,0	2013 Sept.	
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	2013 Dez.	
66,8	9,9	6,7	20,1	32,1	3,5	73,6	22,6	51,0	45,8	-	0,4	0,0	2014 März	
68,8	10,4	7,2	20,5	31,7	3,6	72,2	22,5	49,7	44,6	-	0,5	0,0	2014 Juni	
Langfristige Kredite														
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012	
527,9	168,6	23,6	145,7	326,1	39,8	939,4	798,4	141,0	101,1	-	12,0	3,5	2013 Juni	
527,2	169,1	23,0	144,2	327,6	39,6	945,6	805,1	140,5	99,9	-	11,9	3,4	2013 Sept.	
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	2013 Dez.	
530,6	173,3	23,9	143,4	327,6	38,9	950,4	810,0	140,4	100,4	-	12,0	3,5	2014 März	
531,2	173,6	24,2	143,3	328,3	38,8	957,6	815,6	142,0	102,3	-	12,0	3,5	2014 Juni	
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt	
+ 1,8	+ 1,9	+ 0,0	- 0,6	+ 0,7	- 0,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 2,1	+ 1,0	- 1,1	- 2,2	+ 1,2	- 0,4	+ 7,8	+ 6,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	2013 3.Vj.	
+ 2,7	+ 3,6	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 3,3	+ 4,0	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	2013 4.Vj.	
- 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 5,2	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 5,6	+ 5,3	+ 0,3	+ 0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 2.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	-	2013 3.Vj.	
- 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,0	2013 4.Vj.	
- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,5	- 0,1	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 2.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	2013 3.Vj.	
- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-	-	- 0,0	2013 4.Vj.	
+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 2.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 1,6	+ 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2013 2.Vj.	
- 0,7	+ 0,8	- 0,6	- 1,7	+ 2,0	- 0,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 0,0	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,1	2013 3.Vj.	
+ 3,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 3,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 4.Vj.	
- 1,6	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 5,7	+ 5,4	+ 0,3	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,0	2014 2.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2013 Juli	3 105,2	1 374,8	1 042,7	322,8	719,9	31,2	688,8	608,1	79,6	34,4	30,4	88,5		
Aug.	3 023,6	1 372,9	964,4	254,9	709,5	29,2	680,3	607,5	78,8	34,4	30,4	1,2		
Sept.	3 020,6	1 379,4	956,9	251,2	705,7	29,0	676,7	606,4	78,0	33,5	30,2	1,2		
Okt.	3 027,2	1 392,9	950,6	247,6	703,0	29,4	673,6	606,4	77,3	33,4	30,1	3,1		
Nov.	3 044,4	1 413,4	947,8	246,4	701,4	29,6	671,7	606,3	76,9	33,3	30,1	1,0		
Dez.	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014 Jan.	3 047,2	1 416,0	946,7	250,8	695,9	29,0	666,9	609,1	75,4	32,9	29,1	2,5		
Febr.	3 056,6	1 422,6	949,8	255,8	694,0	29,1	664,9	609,8	74,4	32,7	29,0	3,1		
März	3 048,0	1 416,9	948,8	257,3	691,5	28,8	662,7	608,6	73,7	32,5	28,8	1,9		
April	3 057,2	1 431,5	947,0	258,2	688,8	28,4	660,4	606,7	72,0	32,4	28,7	4,3		
Mai	3 072,1	1 446,2	949,0	262,0	687,0	28,4	658,6	606,0	70,9	31,9	28,6	0,9		
Juni	3 066,2	1 442,8	948,4	263,7	684,7	28,4	656,3	604,5	70,5	31,4	28,2	1,7		
Veränderungen *)														
2012	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	- 47,7	- 39,0	+ 0,6	- 39,6	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2013 Juli	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 21,9	- 4,6	- 1,0	- 3,6	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 0,3	- 22,5		
Aug.	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 3,3	- 8,4	- 0,2	- 8,2	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 6,1		
Sept.	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 3,7	- 3,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0		
Okt.	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 3,4	- 2,9	+ 0,5	- 3,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 1,9		
Nov.	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 1,2	- 1,6	+ 0,3	- 1,9	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Dez.	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 8,3	- 4,2	+ 0,0	- 4,2	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	- 1,1	+ 4,4		
2014 Jan.	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 4,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 2,9		
Febr.	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 5,0	- 1,9	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,6		
März	- 8,7	- 5,8	+ 0,9	+ 1,5	- 2,4	- 0,3	- 2,1	- 1,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 1,2		
April	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	+ 0,9	- 2,7	- 0,4	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 0,1	- 0,2	+ 2,4		
Mai	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	+ 3,8	- 1,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 0,6	- 0,1	- 3,4		
Juni	- 5,9	- 3,4	- 0,6	+ 1,7	- 2,3	- 0,0	- 2,3	- 1,4	- 0,5	- 0,5	- 0,4	+ 0,8		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2013 Juli	189,8	49,2	135,7	78,5	57,2	5,1	52,1	3,6	1,3	32,0	5,8	0,3		
Aug.	185,1	50,7	129,3	77,9	51,4	5,1	46,3	3,7	1,4	32,1	5,8	0,2		
Sept.	184,4	49,5	129,9	78,9	51,0	5,1	45,9	3,7	1,4	31,2	5,8	0,8		
Okt.	177,5	46,8	125,5	74,4	51,2	5,4	45,8	3,7	1,4	31,1	5,8	1,5		
Nov.	184,7	49,6	130,0	78,6	51,3	5,4	46,0	3,7	1,5	31,1	5,8	0,5		
Dez.	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014 Jan.	172,1	43,4	123,7	75,3	48,4	5,6	42,8	3,5	1,4	30,7	4,8	0,8		
Febr.	178,1	47,1	125,9	76,9	49,0	6,1	43,0	3,6	1,5	30,6	4,8	1,5		
März	180,5	47,3	128,2	79,4	48,8	6,1	42,7	3,5	1,5	30,5	4,7	0,7		
April	178,1	46,4	126,7	78,1	48,6	6,1	42,5	3,5	1,5	30,4	4,7	2,9		
Mai	183,4	49,2	129,0	80,5	48,4	6,1	42,4	3,6	1,6	29,9	4,7	0,0		
Juni	190,1	50,0	135,0	86,6	48,4	6,0	42,4	3,5	1,6	29,5	4,7	0,9		
Veränderungen *)														
2012	+ 2,2	+ 2,9	- 1,6	+ 2,7	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,4	- 0,1	+ 0,1		
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6		
2013 Juli	- 5,0	- 4,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,2		
Aug.	- 4,0	+ 1,6	- 5,7	- 0,6	- 5,1	- 0,0	- 5,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,1		
Sept.	- 0,7	- 1,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,4	- 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	+ 0,6		
Okt.	- 7,0	- 2,7	- 4,3	- 4,5	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,7		
Nov.	+ 7,2	+ 2,8	+ 4,4	+ 4,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,0		
Dez.	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 2,5	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,4	- 1,0	+ 4,2		
2014 Jan.	- 10,9	- 4,8	- 5,8	- 5,8	- 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 3,9		
Febr.	+ 5,5	+ 3,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	-	+ 0,7		
März	+ 2,4	+ 0,1	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,8		
April	- 2,6	- 0,9	- 1,7	- 1,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 2,2		
Mai	+ 5,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 2,9		
Juni	+ 7,0	+ 0,8	+ 6,3	+ 6,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,9		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhänderkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					insgesamt	zusammen	bis 2 Jahre einschl.						über 2 Jahre	
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0		
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2013 Juli	2 915,4	1 325,6	907,0	244,3	662,7	26,1	636,7	604,5	78,2	2,3	24,6	88,2		
Aug.	2 838,5	1 322,2	835,1	177,0	658,1	24,1	634,0	603,8	77,5	2,3	24,6	1,1		
Sept.	2 836,2	1 329,9	827,0	172,3	654,7	23,9	630,7	602,7	76,6	2,3	24,5	0,4		
Okt.	2 849,7	1 346,0	825,0	173,3	651,8	24,0	627,8	602,7	75,9	2,3	24,3	1,6		
Nov.	2 859,7	1 363,8	817,8	167,8	650,0	24,3	625,8	602,7	75,4	2,2	24,3	0,5		
Dez.	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014 Jan.	2 875,1	1 372,6	822,9	175,5	647,4	23,4	624,1	605,6	74,0	2,2	24,3	1,7		
Febr.	2 878,5	1 375,5	823,9	178,9	644,9	23,0	621,9	606,2	72,9	2,1	24,2	1,6		
März	2 867,4	1 369,6	820,6	177,9	642,7	22,7	620,0	605,0	72,2	2,1	24,1	1,2		
April	2 879,1	1 385,1	820,3	180,1	640,2	22,2	618,0	603,2	70,5	2,0	24,0	1,4		
Mai	2 888,8	1 397,0	820,0	181,5	638,6	22,4	616,2	602,4	69,3	2,0	23,8	0,9		
Juni	2 876,1	1 392,8	813,4	177,1	636,2	22,4	613,9	601,1	68,9	1,9	23,5	0,8		
Veränderungen *)														
2012	+ 40,1	+ 135,8	- 85,1	- 50,4	- 34,7	- 0,1	- 34,6	+ 0,8	- 11,3	- 0,3	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2013 Juli	- 19,5	+ 9,8	- 26,2	- 21,5	- 4,7	- 0,5	- 4,2	- 1,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,3	- 22,2		
Aug.	+ 4,1	+ 11,7	- 6,1	- 2,7	- 3,3	- 0,2	- 3,1	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 6,0		
Sept.	- 2,4	+ 7,6	- 8,0	- 4,6	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 1,1	- 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 13,5	+ 16,2	- 2,0	+ 1,1	- 3,0	+ 0,2	- 3,2	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	+ 10,0	+ 17,8	- 7,2	- 5,4	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 1,1		
Dez.	+ 5,9	- 2,2	+ 4,5	+ 5,8	- 1,3	- 0,2	- 1,1	+ 4,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 9,4	+ 10,9	+ 0,4	+ 1,8	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,0		
Febr.	+ 4,0	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,5	- 2,5	- 0,3	- 2,2	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
März	- 11,1	- 5,9	- 3,3	- 1,0	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,2	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,4		
April	+ 11,8	+ 15,5	- 0,1	+ 2,2	- 2,3	- 0,5	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 9,7	+ 11,9	- 0,3	+ 1,3	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	- 0,7	- 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5		
Juni	- 12,9	- 4,1	- 6,9	- 4,5	- 2,4	+ 0,0	- 2,4	- 1,4	- 0,5	- 0,1	- 0,1	- 0,1		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0		
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2013 Juli	1 096,9	430,4	644,1	172,1	472,0	11,6	460,4	7,3	15,2	2,3	17,4	88,2		
Aug.	1 013,2	417,2	573,4	106,0	467,4	10,0	457,4	7,4	15,3	2,3	17,5	1,1		
Sept.	1 013,2	424,3	566,4	102,4	464,0	10,1	453,9	7,4	15,2	2,3	17,3	0,4		
Okt.	1 017,9	430,3	565,0	104,3	460,8	10,2	450,5	7,5	15,1	2,2	17,2	1,6		
Nov.	1 007,5	427,8	557,4	99,3	458,0	10,4	447,7	7,4	15,0	2,2	17,3	0,5		
Dez.	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014 Jan.	1 016,9	434,6	559,6	107,6	452,1	9,9	442,2	7,4	15,2	2,2	17,5	1,7		
Febr.	1 011,5	429,4	559,6	110,8	448,8	9,7	439,1	7,4	15,0	2,1	17,4	1,6		
März	1 004,6	426,1	555,9	109,7	446,2	9,6	436,6	7,5	15,1	2,0	17,5	1,2		
April	1 008,4	430,5	555,8	112,1	443,6	9,4	434,3	7,5	14,7	2,0	17,5	1,4		
Mai	1 008,7	432,0	554,7	113,3	441,3	9,6	431,7	7,4	14,6	2,0	17,5	0,9		
Juni	996,5	427,9	546,4	108,1	438,3	9,5	428,8	7,5	14,7	1,8	17,2	0,8		
Veränderungen *)														
2012	- 37,3	+ 42,6	- 79,6	- 39,2	- 40,4	+ 1,1	- 41,5	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 16,8		
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2013 Juli	- 20,0	+ 3,6	- 23,5	- 19,8	- 3,7	+ 0,2	- 3,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 22,2		
Aug.	- 2,6	+ 1,9	- 4,8	- 1,6	- 3,2	+ 0,2	- 3,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 6,0		
Sept.	- 0,2	+ 7,0	- 7,1	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 3,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 4,7	+ 6,0	- 1,3	+ 1,9	- 3,2	+ 0,2	- 3,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	- 10,4	- 2,5	- 7,7	- 4,9	- 2,7	+ 0,1	- 2,9	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 1,1		
Dez.	+ 3,8	+ 1,3	+ 2,2	+ 6,2	- 4,0	- 0,3	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 5,2	+ 5,3	- 0,2	+ 1,9	- 2,0	- 0,2	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 1,0		
Febr.	- 4,7	- 4,7	+ 0,0	+ 3,3	- 3,3	- 0,1	- 3,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
März	- 6,9	- 3,3	- 3,7	- 1,1	- 2,6	- 0,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,4		
April	+ 4,2	+ 4,4	+ 0,2	+ 2,4	- 2,2	- 0,2	- 2,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
Mai	+ 0,3	+ 1,5	- 1,1	+ 1,2	- 2,3	+ 0,3	- 2,6	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,5		
Juni	- 12,5	- 4,0	- 8,6	- 5,4	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2014 Jan.	1 858,3	938,0	908,7	164,4	613,0	131,3	29,2	263,3	248,2	16,4	216,4	15,3
Febr.	1 867,0	946,1	916,9	165,1	619,6	132,2	29,2	264,2	249,1	16,6	217,5	15,1
März	1 862,8	943,5	914,6	161,1	621,5	132,0	28,9	264,7	249,4	16,6	217,8	15,0
April	1 870,7	954,6	926,0	165,0	627,6	133,4	28,6	264,6	249,1	16,8	217,3	15,0
Mai	1 880,1	965,0	935,5	166,3	637,0	132,1	29,5	265,4	249,5	16,8	217,9	14,9
Juni	1 879,6	964,9	934,5	162,9	639,7	132,0	30,3	266,9	251,0	16,8	219,0	15,2
Veränderungen *)												
2012	+ 77,3	+ 93,2	+ 90,5	+ 14,0	+ 57,2	+ 19,3	+ 2,7	- 5,6	- 4,4	- 4,5	- 0,4	+ 0,5
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6
2014 Jan.	+ 4,2	+ 5,7	+ 2,7	+ 3,1	- 0,8	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,1	- 0,0	+ 0,9	+ 0,1
Febr.	+ 8,8	+ 8,2	+ 8,2	+ 0,7	+ 6,4	+ 1,1	- 0,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,1	- 0,2
März	- 4,2	- 2,7	- 2,3	- 4,2	+ 1,9	- 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1
April	+ 7,7	+ 11,0	+ 11,5	+ 4,4	+ 6,4	+ 0,7	- 0,4	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,1
Mai	+ 9,4	+ 10,4	+ 9,4	+ 1,3	+ 9,4	- 1,3	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,4	- 0,0	+ 0,5	- 0,1
Juni	- 0,5	- 0,1	- 0,9	- 3,4	+ 2,0	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,3

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)					Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6
2014 Jan.	172,1	11,7	3,2	3,1	5,4	0,1	15,7	40,7	9,8	7,8	22,9	0,2	14,6
Febr.	178,1	12,0	3,2	3,3	5,4	0,1	15,6	43,6	10,3	10,2	23,0	0,2	14,6
März	180,5	11,7	3,3	3,0	5,3	0,1	15,6	48,1	11,6	13,4	23,0	0,2	14,5
April	178,1	13,2	2,8	5,4	5,0	0,1	15,6	44,9	11,9	9,8	23,0	0,2	14,4
Mai	183,4	10,9	2,7	3,2	5,0	0,1	15,1	44,0	11,0	9,9	22,9	0,2	14,4
Juni	190,1	12,8	3,5	4,3	4,9	0,1	14,8	49,7	12,5	13,8	23,1	0,2	14,3
Veränderungen *)													
2012	+ 2,2	- 9,2	- 2,5	- 0,7	- 6,0	+ 0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,9	+ 2,7	- 1,1	- 0,0	- 0,9
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9
2014 Jan.	- 10,9	- 4,2	+ 0,3	- 4,5	+ 0,0	- 0,0	-	- 2,9	- 0,5	- 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0
Febr.	+ 5,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0
März	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	-	- 0,1	+ 4,5	+ 1,3	+ 3,2	- 0,0	-	- 0,1
April	- 2,6	+ 1,5	- 0,5	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	- 3,3	+ 0,3	- 3,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1
Mai	+ 5,3	- 2,3	- 0,1	- 2,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,5	- 0,8	- 0,9	+ 0,1	- 0,0	-	- 0,0
Juni	+ 7,0	+ 1,9	+ 0,8	+ 1,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	+ 5,6	+ 1,5	+ 4,0	+ 0,2	- 0,0	- 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				Zeit
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾			
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		insgesamt					Treuhandkredite	Verbindlichkeiten aus Repos		
		zusammen	darunter:									
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	-	2011
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	-	2012
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	-	2013
15,1	68,0	195,3	13,5	181,8	598,2	588,5	9,7	58,8	0,0	6,8	-	2014 Jan.
15,1	68,1	196,1	13,3	182,8	598,8	589,1	9,7	57,9	0,0	6,7	-	Febr.
15,3	68,2	196,5	13,2	183,4	597,6	587,9	9,7	57,1	0,0	6,6	-	März
15,5	68,0	196,6	12,9	183,7	595,7	586,1	9,6	55,8	0,0	6,5	-	April
15,9	68,1	197,2	12,7	184,5	595,0	585,5	9,5	54,8	0,0	6,3	-	Mai
15,9	69,0	197,9	12,9	185,0	593,6	584,1	9,5	54,2	0,0	6,2	-	Juni
Veränderungen ^{*)}												
- 1,1	- 11,2	+ 5,6	- 1,3	+ 6,9	- 0,2	- 1,1	+ 1,0	- 10,1	- 0,0	- 0,5	-	2012
- 0,7	- 14,0	+ 3,9	- 3,0	+ 6,8	- 8,7	- 8,3	- 0,4	- 16,2	- 0,0	- 0,6	-	2013
- 0,5	- 0,1	+ 0,7	- 0,4	+ 1,1	- 1,1	- 1,1	+ 0,0	- 1,0	+ 0,0	- 0,1	-	2014 Jan.
- 0,0	+ 0,2	+ 0,8	- 0,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	- 0,9	- 0,0	- 0,1	-	Febr.
+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,5	- 1,2	- 1,2	- 0,0	- 0,8	+ 0,0	- 0,1	-	März
+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 1,9	- 1,8	- 0,1	- 1,3	+ 0,0	- 0,1	-	April
+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	- 0,1	+ 0,8	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 1,1	- 0,0	- 0,1	-	Mai
+ 0,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,6	- 1,4	- 1,3	- 0,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,1	-	Juni

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						Zeit
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
39,2	18,1	10,5	6,6	4,0	0,4	80,5	12,3	53,9	13,6	0,7	0,0	2014 Jan.
42,1	20,5	10,7	6,8	4,1	0,4	80,4	13,1	52,7	13,8	0,7	0,0	Febr.
41,4	19,7	11,0	6,6	4,1	0,4	79,3	12,7	52,0	13,9	0,7	0,0	März
40,8	19,2	11,0	6,6	4,0	0,4	79,2	12,6	51,9	14,0	0,7	0,0	April
45,1	22,2	12,2	6,6	4,1	0,4	83,2	13,3	55,3	13,9	0,7	0,0	Mai
43,3	21,1	11,5	6,5	4,1	0,4	84,4	12,9	56,9	13,8	0,7	0,0	Juni
Veränderungen ^{*)}												
+ 4,3	+ 4,8	- 1,7	+ 0,7	+ 0,4	- 0,0	+ 9,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	- 0,0	2012
+ 1,1	+ 0,5	- 0,6	+ 0,7	+ 0,5	- 0,0	+ 9,1	- 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	- 0,0	2013
- 5,7	- 5,4	- 0,2	+ 0,0	- 0,1	-	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	- 0,2	-	2014 Jan.
+ 2,9	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	-	- 1,5	+ 0,3	- 2,0	+ 0,2	+ 0,0	-	Febr.
- 0,7	- 0,8	+ 0,3	- 0,2	- 0,0	- 0,0	- 1,1	- 0,4	- 0,8	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	März
- 0,6	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	-	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	-	April
+ 4,3	+ 3,0	+ 1,2	- 0,0	+ 0,1	-	+ 4,0	+ 0,7	+ 3,4	- 0,1	- 0,0	-	Mai
- 1,8	- 1,1	- 0,7	- 0,1	- 0,0	-	+ 1,3	- 0,4	+ 1,8	- 0,0	- 0,0	-	Juni

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. **3**.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern					von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nichtbanken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nichtbanken
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren			zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)								
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7	
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9	
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6	
2014 Febr.	619,6	609,8	532,3	411,0	77,5	65,0	9,8	7,8	0,2	89,8	74,4	58,0	15,4	
März	618,3	608,6	531,1	408,9	77,5	64,9	9,7	7,7	0,2	87,5	73,7	57,5	13,7	
April	616,3	606,7	529,3	406,5	77,3	64,7	9,7	7,7	0,2	85,7	72,0	56,2	13,6	
Mai	615,6	606,0	528,8	405,4	77,2	64,4	9,6	7,7	0,2	84,6	70,9	55,2	13,7	
Juni	614,1	604,5	528,4	404,2	76,1	63,3	9,5	7,6	0,2	84,1	70,5	54,7	13,6	
Veränderungen *)														
2012	+ 1,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 5,6	- 12,6	- 14,6	+ 0,4	+ 0,3	.	- 12,0	- 11,2	- 6,1	- 0,7	
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4	
2014 Febr.	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	- 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	.	- 1,1	- 1,0	- 0,6	- 0,2	
März	- 1,3	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 2,3	- 0,7	- 0,5	- 1,6	
April	- 1,9	- 1,9	- 1,6	- 2,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	- 0,0	.	- 1,8	- 1,7	- 1,3	- 0,1	
Mai	- 0,8	- 0,7	- 0,5	- 1,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0	.	- 1,0	- 1,1	- 1,0	+ 0,1	
Juni	- 1,5	- 1,4	- 0,4	- 1,4	- 1,1	- 1,1	- 0,1	- 0,0	.	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:							über 2 Jahre	insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit								
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen						darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014 Febr.	1 138,2	309,4	27,9	331,1	66,6	82,9	2,2	29,6	4,9	1 025,7	0,8	0,2	35,2	1,1
März	1 126,5	306,5	26,2	320,9	63,7	78,2	2,3	28,3	5,0	1 020,0	0,8	0,2	35,2	1,1
April	1 111,9	306,5	23,6	316,8	63,0	75,5	2,4	28,1	5,2	1 008,3	0,8	0,2	35,0	1,1
Mai	1 124,7	308,1	23,9	331,4	68,4	80,4	2,5	28,7	5,4	1 015,6	1,0	0,2	38,7	1,1
Juni	1 121,4	304,3	23,9	335,1	71,7	85,1	2,4	28,7	5,1	1 007,6	1,0	0,2	38,1	1,1
Veränderungen *)														
2012	- 111,0	- 7,4	- 6,3	- 12,0	- 16,4	- 19,5	- 0,0	- 2,3	- 0,3	- 89,2	+ 0,3	- 0,1	- 4,6	- 0,5
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2014 Febr.	- 11,5	- 2,9	+ 2,3	- 5,2	- 4,8	- 2,0	+ 0,3	- 0,4	+ 0,3	- 9,2	+ 0,1	-	- 1,6	-
März	- 11,7	- 2,9	+ 1,7	- 10,2	- 2,9	- 4,7	+ 0,0	- 1,3	+ 0,1	- 5,7	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0
April	- 14,6	+ 0,0	- 2,5	- 4,1	- 0,7	- 2,7	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	- 11,6	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	-
Mai	+ 12,8	+ 1,6	+ 0,2	+ 14,7	+ 5,4	+ 5,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,1	+ 7,3	+ 0,2	-	+ 3,7	-
Juni	- 3,3	- 3,8	- 0,0	+ 3,6	+ 3,3	+ 4,7	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 8,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,7	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014 April	22	207,5	45,1	0,0	16,7	20,5	83,6	17,1	18,2	1,7	22,4	151,1	5,3	3,1	9,2	7,9
Mai	22	208,4	45,1	0,0	16,7	20,3	84,0	17,1	18,9	1,7	22,4	151,7	5,2	3,1	9,2	8,2
Juni	22	209,1	45,2	0,0	16,7	20,1	84,5	17,1	19,4	1,7	22,6	152,1	5,2	3,1	9,2	7,7
Private Bausparkassen																
2014 April	12	146,3	27,7	-	9,9	14,2	65,8	14,8	8,5	1,1	19,4	99,8	5,2	3,1	6,1	4,9
Mai	12	146,8	27,8	-	9,8	14,2	66,0	14,8	8,9	1,1	19,3	100,2	5,1	3,1	6,1	4,9
Juni	12	146,9	27,9	-	9,7	14,1	66,5	14,7	8,9	1,1	19,1	100,4	5,1	3,1	6,1	4,6
Öffentliche Bausparkassen																
2014 April	10	61,2	17,4	0,0	6,8	6,2	17,8	2,3	9,7	0,5	3,1	51,3	0,1	-	3,1	3,0
Mai	10	61,6	17,3	0,0	6,9	6,1	18,0	2,4	10,0	0,6	3,1	51,5	0,1	-	3,1	3,4
Juni	10	62,2	17,2	0,0	7,0	6,1	18,1	2,4	10,5	0,6	3,5	51,7	0,1	-	3,1	3,1

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspereinlagen	Rückzahlungen von Bauspereinlagen aus nicht zugeordneten Verträgen	insgesamt	darunter Netto-Zuteilungen 11)	Zuteilungen			neu gewährte Vor- und Zwischenfinanzierungskredite und sonstige Baudarlehen	darunter aus Zuteilungen	insgesamt	darunter im Quartal				
						Bauspereinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten								
Alle Bausparkassen																
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014 April	2,3	0,0	0,6	4,3	2,8	3,7	1,6	0,5	0,7	0,4	1,4	14,4	8,2	0,9		0,0
Mai	2,5	0,0	0,6	3,9	2,4	3,4	1,4	0,3	0,5	0,3	1,5	14,5	8,3	0,8		0,0
Juni	2,4	0,0	0,5	3,9	2,5	3,6	1,6	0,3	0,5	0,3	1,5	14,3	8,2	0,9	...	0,0
Private Bausparkassen																
2014 April	1,4	0,0	0,3	3,2	1,9	2,8	1,2	0,4	0,5	0,3	1,1	9,7	4,6	0,6		0,0
Mai	1,6	0,0	0,2	2,8	1,6	2,5	1,0	0,3	0,4	0,2	1,1	9,7	4,7	0,6		0,0
Juni	1,6	0,0	0,2	2,8	1,8	2,7	1,2	0,3	0,4	0,2	1,1	9,7	4,7	0,6	...	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2014 April	0,9	0,0	0,3	1,1	0,8	0,9	0,4	0,1	0,2	0,1	0,3	4,7	3,6	0,2		0,0
Mai	0,9	0,0	0,3	1,1	0,8	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,8	3,6	0,2		0,0
Juni	0,8	0,0	0,3	1,0	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,5	0,2	...	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspereinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)							Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen *)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanz-summe *)	Guthaben und Buchkredite				Geldmarkt-papiere, Wertpa-piere 2) 3)	ins-gesamt	Buchkredite			Geldmarkt-papiere, Wertpa-piere 2)	ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handelsbestands		
				ins-gesamt	zu-sammen	deutsche Banken	auslän-dische Banken			zu-sammen	an deutsche Nicht-banken	an auslän-dische Nicht-banken					
Auslandsfilialen																Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0		
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8		
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6		
2013 Aug.	54	206	1 812,6	506,8	492,3	147,6	344,6	14,6	533,5	422,8	12,2	410,6	110,7	772,3	508,3		
Sept.	55	206	1 720,0	471,0	457,5	143,2	314,3	13,6	560,5	449,8	12,1	437,7	110,7	688,4	492,6		
Okt.	55	204	1 779,4	475,8	462,5	145,6	317,0	13,2	549,2	439,7	10,7	429,0	109,5	754,4	487,0		
Nov.	55	206	1 787,6	485,8	472,0	146,7	325,3	13,8	540,5	428,9	10,3	418,6	111,6	761,4	494,0		
Dez.	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6		
2014 Jan.	56	209	1 814,4	480,7	466,8	146,1	320,7	13,9	543,7	433,4	10,3	423,1	110,3	790,1	457,6		
Febr.	56	210	1 769,7	485,5	472,1	147,8	324,3	13,5	543,5	436,9	9,9	426,9	106,7	740,7	433,8		
März	56	209	1 695,7	469,6	455,3	159,0	296,3	14,3	558,2	450,2	9,6	440,6	108,1	667,9	425,2		
April	56	209	1 731,7	473,1	459,1	157,4	301,7	14,0	569,0	458,2	9,7	448,5	110,8	689,5	431,7		
Mai	56	207	1 766,9	478,5	465,8	154,9	310,9	12,7	570,9	454,3	9,3	445,0	116,6	717,6	443,0		
Veränderungen *)																	
2012	- 1	+ 1	- 261,8	- 45,7	- 41,0	- 19,6	- 21,4	- 4,7	- 86,9	- 73,0	- 6,4	- 66,7	- 13,9	- 129,3	- 213,2		
2013	+ 1	- 1	- 279,1	- 98,0	- 97,7	- 37,9	- 59,8	- 0,3	- 13,7	- 2,1	- 5,9	+ 3,8	- 11,7	- 167,4	- 186,2		
2013 Sept.	+ 1	-	- 82,9	- 30,1	- 29,2	- 4,4	- 24,7	- 0,9	+ 30,3	+ 29,6	- 0,1	+ 29,8	+ 0,7	- 83,1	- 15,7		
Okt.	-	- 2	+ 67,0	+ 7,8	+ 8,1	+ 2,4	+ 5,8	- 0,3	- 7,2	- 6,7	- 1,4	- 5,2	- 0,5	+ 66,3	- 5,6		
Nov.	-	+ 2	+ 7,1	+ 9,9	+ 9,3	+ 1,1	+ 8,2	+ 0,5	- 9,9	- 11,8	- 0,4	- 11,3	+ 1,9	+ 7,1	+ 7,1		
Dez.	+ 1	+ 3	- 52,4	- 45,8	- 45,7	- 5,1	- 40,6	- 0,1	- 17,1	- 14,6	+ 0,7	- 15,3	- 2,5	+ 10,6	- 8,5		
2014 Jan.	-	-	+ 76,2	+ 40,0	+ 40,0	+ 4,5	+ 35,5	+ 0,1	+ 18,1	+ 17,1	- 0,7	+ 17,8	+ 0,9	+ 18,1	- 28,0		
Febr.	-	+ 1	- 31,8	+ 11,1	+ 11,4	+ 1,7	+ 9,7	- 0,3	+ 5,5	+ 8,1	- 0,4	+ 8,5	- 2,6	- 48,5	- 23,8		
März	-	- 1	- 74,5	- 16,4	- 17,3	+ 11,1	- 28,4	+ 0,9	+ 14,7	+ 13,3	- 0,4	+ 13,7	+ 1,4	- 72,8	- 8,6		
April	-	-	+ 37,7	+ 4,7	+ 5,0	- 1,6	+ 6,5	- 0,3	+ 11,4	+ 8,5	+ 0,1	+ 8,4	+ 2,9	+ 21,7	+ 6,5		
Mai	.	- 2	+ 23,7	+ 0,2	+ 1,6	- 2,5	+ 4,1	- 1,4	- 3,7	- 8,5	- 0,4	- 8,1	+ 4,8	+ 27,3	+ 11,3		
Auslandstöchter																Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-		
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-		
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-		
2013 Aug.	33	78	435,0	193,9	163,3	97,8	65,5	30,6	187,4	148,2	28,5	119,7	39,2	53,7	-		
Sept.	32	77	430,6	190,9	159,9	97,8	62,2	31,0	187,8	149,6	28,3	121,3	38,2	51,9	-		
Okt.	33	77	427,3	190,3	160,1	97,5	62,6	30,2	187,1	148,8	27,9	120,9	38,3	50,0	-		
Nov.	33	76	425,6	189,4	160,0	95,1	64,9	29,4	184,0	146,8	27,7	119,1	37,2	52,2	-		
Dez.	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-		
2014 Jan.	33	74	425,9	187,3	159,3	92,2	67,1	28,0	181,2	145,8	25,5	120,2	35,4	57,4	-		
Febr.	33	74	408,3	170,0	142,7	75,9	66,8	27,4	181,5	145,5	25,5	120,0	35,9	56,8	-		
März	32	73	407,3	171,3	145,7	80,0	65,7	25,5	181,5	146,4	25,0	121,4	35,1	54,6	-		
April	32	73	401,4	168,3	143,3	79,1	64,1	25,1	178,1	143,0	25,1	117,9	35,2	54,9	-		
Mai	32	72	404,9	166,4	141,9	77,5	64,4	24,5	177,2	140,9	24,7	116,1	36,3	61,3	-		
Veränderungen *)																	
2012	-	- 4	- 18,2	- 9,9	- 5,9	- 0,8	- 5,1	- 4,1	- 5,2	- 2,3	- 5,0	+ 2,7	- 2,9	- 3,1	-		
2013	- 2	- 8	- 28,7	- 9,0	- 5,7	- 3,1	- 2,7	- 3,3	- 17,2	- 11,5	- 4,6	- 7,0	- 5,7	- 2,5	-		
2013 Sept.	- 1	- 1	- 3,2	- 2,2	- 2,7	- 0,1	- 2,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,7	- 0,2	+ 2,0	- 0,9	- 1,8	-		
Okt.	+ 1	-	- 2,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,8	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 1,8	-		
Nov.	-	- 1	- 2,0	- 1,0	- 0,2	- 2,4	+ 2,2	- 0,9	- 3,2	- 2,2	- 0,2	- 2,0	- 1,0	+ 2,2	-		
Dez.	-	- 1	+ 0,7	- 0,9	- 0,8	- 3,7	+ 2,9	- 0,1	+ 1,8	+ 1,9	- 1,7	+ 3,6	- 0,1	- 0,2	-		
2014 Jan.	-	- 1	- 1,2	- 1,6	- 0,3	+ 0,8	- 1,1	- 1,3	- 5,0	- 3,3	- 0,5	- 2,8	- 1,7	+ 5,4	-		
Febr.	-	-	- 15,8	- 16,2	- 15,7	+ 0,8	+ 0,7	- 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,5	- 0,6	-		
März	- 1	- 1	- 1,0	+ 1,1	+ 3,0	+ 4,1	- 1,2	- 1,8	+ 0,0	+ 0,8	- 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 2,2	-		
April	-	-	- 5,6	- 2,7	- 2,3	- 0,8	- 1,4	- 0,4	- 3,2	- 3,3	+ 0,1	- 3,4	+ 0,1	+ 0,3	-		
Mai	-	- 1	+ 2,0	- 2,9	- 2,1	- 1,6	- 0,5	- 0,7	- 1,5	- 2,7	- 0,4	- 3,3	+ 1,2	+ 6,3	-		

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands		
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)			auslän-dische Nicht-banken						
					zu-sammen	kurz-fristig	mittel-und lang-fristig							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen	
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 010,3	652,1	324,2	327,8	358,3	24,2	19,0	5,2	334,1	125,7	40,1	636,4	528,9	2013 Aug.	
940,7	603,9	315,4	288,5	336,8	26,4	21,7	4,7	310,4	125,1	39,9	614,3	502,5	Sept.	
1 004,8	649,5	329,4	320,1	355,4	27,7	23,2	4,5	327,6	127,0	39,9	607,6	498,5	Okt.	
1 010,6	674,3	347,7	326,6	336,2	28,1	23,4	4,7	308,1	126,8	39,4	610,9	501,1	Nov.	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	Dez.	
1 011,7	672,1	342,4	329,7	339,5	26,8	21,7	5,1	312,7	127,3	40,9	634,6	469,6	2014 Jan.	
1 008,5	664,1	336,0	328,1	344,4	28,0	23,0	5,0	316,4	130,1	40,4	590,6	450,4	Febr.	
964,2	625,5	340,9	284,6	338,7	29,0	24,0	5,0	309,7	125,3	40,5	565,7	435,1	März	
1 001,9	653,8	341,1	312,7	348,1	27,4	22,4	4,9	320,7	127,1	40,4	562,4	436,0	April	
1 011,4	663,0	349,1	313,9	348,4	25,8	20,9	4,9	322,6	134,1	40,3	581,2	452,3	Mai	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012	
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013	
- 62,6	- 44,1	- 8,8	- 35,3	- 18,5	+ 2,2	+ 2,7	- 0,5	- 20,7	- 0,6	- 0,2	- 19,4	- 26,4	2013 Sept.	
+ 69,0	+ 48,0	+ 14,0	+ 34,1	+ 21,0	+ 1,3	+ 1,5	- 0,2	+ 19,7	+ 1,9	- 0,0	- 3,9	- 4,1	Okt.	
+ 4,9	+ 24,5	+ 18,3	+ 6,2	- 19,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 20,1	- 0,2	- 0,5	+ 3,0	+ 2,6	Nov.	
- 114,0	- 74,7	- 20,7	- 54,0	- 39,3	- 3,9	- 4,2	+ 0,4	- 35,4	- 1,4	+ 1,8	+ 61,2	- 16,9	Dez.	
+ 113,2	+ 71,6	+ 15,4	+ 56,2	+ 41,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,0	+ 39,0	+ 1,9	- 0,3	- 38,6	- 14,6	2014 Jan.	
+ 5,5	- 3,2	- 6,4	+ 3,2	+ 8,6	+ 1,2	+ 1,3	- 0,1	+ 7,5	+ 2,8	- 0,4	- 39,7	- 19,2	Febr.	
- 44,6	- 38,8	+ 4,9	- 43,8	- 5,8	+ 1,0	+ 1,1	- 0,1	- 6,8	- 4,9	+ 0,0	- 25,0	- 15,3	März	
+ 38,8	+ 29,0	+ 0,2	+ 28,7	+ 9,9	- 1,6	- 1,6	- 0,0	+ 11,5	+ 1,8	- 0,1	- 2,8	+ 0,9	April	
+ 1,9	+ 5,2	+ 8,0	- 2,8	- 3,3	- 1,5	- 1,5	- 0,0	- 1,8	+ 7,0	- 0,1	+ 14,9	+ 16,3	Mai	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
341,8	191,8	112,4	79,3	150,0	22,5	18,4	4,1	127,6	22,4	32,0	38,8	-	2013 Aug.	
337,3	195,4	114,8	80,6	141,9	21,2	17,2	4,0	120,7	22,1	32,0	39,1	-	Sept.	
337,9	193,3	111,5	81,8	144,6	22,7	18,7	4,0	121,9	21,9	30,1	37,4	-	Okt.	
336,6	193,7	109,7	84,0	142,9	23,0	19,0	4,0	119,9	21,6	29,9	37,5	-	Nov.	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	Dez.	
333,9	197,0	109,9	87,1	136,9	20,5	18,5	2,0	116,4	21,3	30,4	40,2	-	2014 Jan.	
320,7	186,5	94,5	92,0	134,2	19,8	17,8	2,0	114,3	21,0	28,9	37,7	-	Febr.	
319,5	186,3	95,0	91,3	133,2	19,6	17,6	2,0	113,6	20,3	29,1	38,4	-	März	
312,7	181,1	94,5	86,6	131,5	19,2	17,2	2,0	112,3	20,9	29,2	38,7	-	April	
316,4	186,7	95,6	91,1	129,7	18,8	16,7	2,1	110,9	20,5	28,5	39,4	-	Mai	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012	
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013	
- 3,4	+ 4,2	+ 2,4	+ 1,8	- 7,6	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 6,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,5	-	2013 Sept.	
+ 1,4	- 1,7	- 3,3	+ 1,6	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	- 1,9	- 1,5	-	Okt.	
- 1,5	+ 0,3	- 1,8	+ 2,1	- 1,8	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 2,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	-	Nov.	
- 1,5	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,2	- 9,5	- 4,6	- 2,6	- 2,0	- 4,9	- 0,2	+ 0,1	+ 2,4	-	Dez.	
- 1,7	- 4,9	- 3,5	- 1,4	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,1	- 0,0	+ 1,2	- 0,0	+ 0,5	+ 0,1	-	2014 Jan.	
- 11,8	- 9,6	- 15,4	+ 5,8	- 2,2	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 1,5	- 0,4	- 1,5	- 2,2	-	Febr.	
- 1,2	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 1,0	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,8	- 0,7	+ 0,1	+ 0,7	-	März	
- 6,6	- 5,0	- 0,5	- 4,5	- 1,6	- 0,4	- 0,4	- 0,0	- 1,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,3	-	April	
+ 2,6	+ 4,8	+ 1,1	+ 3,7	- 2,2	- 0,4	- 0,5	+ 0,1	- 1,8	+ 0,4	- 0,7	+ 0,4	-	Mai	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis ¹⁾

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

¹ Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat ¹⁾	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll ²⁾	Ist-Reserve ³⁾	Überschussreserven ⁴⁾		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

¹ Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). ² Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). ³ Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. ⁴ Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat ¹⁾	Reservebasis ²⁾	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages ³⁾	Freibetrag ⁴⁾	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten ⁵⁾	Überschussreserven ⁶⁾	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls ⁷⁾
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2013 Dez. ⁸⁾	10 385,9	103,9	0,5	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 Jan.	10 408,1	104,1	0,5	103,6	216,0	112,4	0,0
Febr.	10 330,4	103,3	0,5	102,8	201,1	98,3	0,0
März	10 403,5	104,0	0,5	103,6	195,2	91,6	0,0
April ⁹⁾	10 397,4	104,0	0,5	103,5	191,2	87,7	0,0
Mai ⁹⁾	10 438,9	104,4	0,5	103,9	192,3	88,3	0,0
Juni	10 489,4	104,9	0,5	104,4	214,3	109,8	0,0
Juli ⁹⁾	10 546,8	105,5	0,5	105,0
Aug. ⁹⁾
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2013 Dez.	2 743 933	27 439	177	27 262	75 062	47 800	2
2014 Jan.	2 772 133	27 721	178	27 544	64 060	36 516	1
Febr.	2 733 718	27 337	178	27 159	61 004	33 845	3
März	2 765 104	27 651	178	27 473	58 580	31 107	0
April	2 769 221	27 692	178	27 515	55 827	28 312	2
Mai ⁹⁾	2 759 990	27 600	178	27 422	55 483	28 061	0
Juni	2 783 746	27 837	177	27 660	64 558	36 898	1
Juli ⁹⁾	2 814 276	28 143	177	27 966
Aug. ⁹⁾	2 790 404	27 904	176	27 728

¹ Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. ² Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). ³ Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. ⁴ Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve-

pflcht. ⁵ Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. ⁶ Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. ⁷ Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. ⁸ Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Lettland in Höhe von 0,187 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2013 betrug 103,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinan-zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität	Gültig ab	Einlage-fazilität	Hauptrefinan-zierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität
		Festsatz	Mindest-bietungs-satz				Festsatz	Mindest-bietungs-satz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	11. März	0,50	1,50	–	2,50
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	8. April	0,25	1,25	–	2,25
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis-zins-satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis-zins-satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,22	1. Juli	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,13	2012 1. Jan.	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,38
2006 1. Jan.	1,37	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,95	1. Juli	–0,73
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
			Festsatz	% p.a.	Mindest-bietungssatz	marginaler Satz 1)	
	Mio €			% p.a.			Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte							
2014 2. Juli	97 103	97 103	0,15	–	–	–	7
9. Juli	94 150	94 150	0,15	–	–	–	7
16. Juli	99 908	99 908	0,15	–	–	–	7
23. Juli	97 887	97 887	0,15	–	–	–	7
30. Juli	133 304	133 304	0,15	–	–	–	7
6. Aug.	107 922	107 922	0,15	–	–	–	7
13. Aug.	108 203	108 203	0,15	–	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte							
2014 14. Mai	32 335	32 335	0,25	–	–	–	28
29. Mai	10 949	10 949	2) ...	–	–	–	91
11. Juni	9 970	9 970	0,15	–	–	–	28
26. Juni	10 386	10 386	2) ...	–	–	–	91
31. Juli	6 786	6 786	2) ...	–	–	–	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)				
		Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei-monatsgeld	Sechs-monatsgeld	Zwölf-monatsgeld
2014 Jan.	0,20	0,18	0,18	0,17	0,17	0,16	0,19	0,22	0,29	0,40	0,56
Febr.	0,16	0,18	0,16	0,14	0,12	0,11	0,19	0,22	0,29	0,39	0,55
März	0,19	0,18	0,18	0,16	0,16	0,15	0,20	0,23	0,31	0,41	0,58
April	0,25	0,23	0,21	0,19	0,16	0,15	0,22	0,25	0,33	0,43	0,60
Mai	0,25	0,23	0,19	0,14	0,11	0,10	0,24	0,26	0,32	0,42	0,59
Juni	0,08	0,07	0,06	0,06	0,05	0,04	0,11	0,15	0,24	0,33	0,51
Juli	0,04	4)	4)	4)	4)	4)	0,05	0,10	0,21	0,30	0,49

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro Overnight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht

wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 bis 30. Juni 2014 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. 4 Die Daten werden ab 1. Juli 2014 nicht mehr erhoben.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Juni	1,30	106 091	2,04	225 027	0,57	77 887	3,23	20 352
Juli	1,22	103 026	2,03	224 111	0,55	79 887	3,16	20 464
Aug.	1,16	101 003	2,02	223 993	0,52	80 986	3,14	20 406
Sept.	1,12	99 321	2,01	223 867	0,53	79 626	3,11	20 467
Okt.	1,07	97 939	2,00	223 989	0,50	80 517	3,11	20 505
Nov.	1,05	97 422	1,98	224 581	0,49	79 894	3,10	20 486
Dez.	1,03	96 913	1,97	226 745	0,48	81 898	3,07	20 531
2014 Jan.	1,01	95 966	1,95	227 207	0,48	83 425	3,04	20 595
Febr.	0,99	95 572	1,94	227 617	0,44	86 581	3,02	20 561
März	0,97	95 257	1,92	227 604	0,45	85 751	3,01	20 226
April	0,95	94 627	1,91	226 848	0,45	86 699	2,98	19 598
Mai	0,92	94 570	1,89	226 619	0,46	87 856	2,95	19 903
Juni	0,91	95 691	1,87	226 531	0,44	84 036	2,92	19 989

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Juni	3,33	5 484	3,26	28 964	4,12	965 019	7,56	61 368	5,13	76 634	5,14	308 931
Juli	3,28	5 653	3,22	28 977	4,09	968 047	7,53	59 608	5,12	77 021	5,12	309 175
Aug.	3,25	5 525	3,20	28 947	4,07	971 598	7,49	58 961	5,10	77 302	5,10	309 848
Sept.	3,29	5 599	3,18	29 073	4,05	973 593	7,64	60 893	5,08	77 444	5,08	308 291
Okt.	3,23	5 786	3,15	29 061	4,02	976 282	7,64	59 053	5,07	77 656	5,06	308 891
Nov.	3,19	5 644	3,13	29 027	4,01	979 253	7,55	56 483	5,03	77 800	5,05	309 729
Dez.	3,27	5 683	3,12	28 778	3,98	978 740	7,61	59 488	5,01	77 624	5,01	307 844
2014 Jan.	3,16	5 704	3,10	28 563	3,96	977 215	7,66	57 235	4,99	77 651	5,00	308 100
Febr.	3,20	5 602	3,08	28 337	3,94	979 347	7,61	56 749	4,97	77 550	4,98	308 406
März	3,22	5 707	3,06	28 267	3,92	980 208	7,75	58 723	4,97	77 679	4,97	307 181
April	3,17	5 744	3,03	28 198	3,90	981 947	7,53	57 688	4,91	76 672	4,99	309 107
Mai	3,17	5 764	3,01	28 197	3,88	984 889	7,51	56 479	4,94	75 911	4,98	309 887
Juni	3,17	5 762	2,99	28 112	3,86	986 701	7,59	59 098	4,92	76 099	4,96	308 827

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 Juni	3,14	136 903	2,92	124 651	3,30	582 718
Juli	3,10	133 507	2,89	125 709	3,29	583 497
Aug.	3,05	132 912	2,87	125 631	3,28	581 882
Sept.	3,12	135 674	2,87	123 701	3,28	580 155
Okt.	3,08	132 962	2,86	124 612	3,27	581 133
Nov.	3,07	133 346	2,85	124 895	3,26	584 312
Dez.	3,13	131 319	2,86	124 094	3,24	585 809
2014 Jan.	3,10	129 373	2,86	124 931	3,24	585 957
Febr.	3,11	131 524	2,84	125 835	3,23	586 261
März	3,23	133 290	2,84	126 844	3,22	582 771
April	3,17	132 664	2,83	130 113	3,21	583 996
Mai	3,14	133 191	2,81	130 069	3,20	586 337
Juni	3,11	138 116	2,76	129 524	3,18	582 780

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedsstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^{o)} Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹⁾ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ²⁾ Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³⁾ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴⁾ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵⁾ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶⁾ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte													
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)					
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten			
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
Erhebungszeitraum													
2013 Juni	0,44	888 922	0,77	6 939	1,41	633	1,46	1 345	0,87	528 594	1,18	80 868	
Juli	0,43	895 155	0,74	8 578	1,26	765	1,37	1 475	0,86	527 971	1,14	79 828	
Aug.	0,42	904 740	0,75	7 310	1,17	546	1,36	1 130	0,85	528 142	1,12	78 869	
Sept.	0,41	905 458	0,73	7 130	1,16	586	1,45	1 237	0,85	527 842	1,09	78 103	
Okt.	0,40	915 399	0,71	7 583	1,06	883	1,44	1 553	0,82	527 870	1,06	78 030	
Nov.	0,39	935 789	0,74	7 097	1,09	869	1,58	1 750	0,83	527 862	1,02	77 998	
Dez.	0,39	931 980	0,66	7 630	1,06	700	1,48	1 406	0,79	532 012	0,99	77 698	
2014 Jan.	0,38	937 354	0,75	8 957	1,10	837	1,58	1 785	0,77	531 516	0,96	77 239	
Febr.	0,38	945 510	0,78	7 933	0,99	810	1,34	1 514	0,80	531 906	0,94	77 471	
März	0,37	942 554	0,69	7 426	0,98	583	1,33	1 496	0,72	530 731	0,92	77 451	
April	0,36	953 725	0,68	8 300	1,03	808	1,29	1 523	0,73	529 024	0,91	77 285	
Mai	0,36	964 096	0,66	7 869	0,92	690	1,33	1 895	0,72	528 416	0,88	77 128	
Juni	0,35	963 948	0,65	7 904	1,02	595	1,36	1 420	0,70	528 104	0,84	76 049	

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum								
2013 Juni	0,17	300 393	0,21	14 370	0,60	408	1,21	247
Juli	0,16	305 708	0,20	15 631	0,96	460	1,60	538
Aug.	0,16	312 892	0,17	16 639	0,73	516	1,62	191
Sept.	0,16	318 355	0,17	17 489	0,72	463	1,38	224
Okt.	0,16	321 180	0,15	18 642	0,71	381	1,48	277
Nov.	0,16	322 015	0,16	17 258	0,72	383	1,46	232
Dez.	0,16	328 291	0,23	23 419	0,79	367	1,63	428
2014 Jan.	0,15	320 229	0,24	25 407	0,66	391	1,36	417
Febr.	0,15	315 847	0,23	22 970	0,65	371	2,07	265
März	0,17	313 232	0,22	22 601	0,67	525	1,03	389
April	0,17	315 372	0,26	26 114	0,68	576	1,04	345
Mai	0,16	318 469	0,25	27 178	0,60	432	0,91	390
Juni	0,14	314 270	0,18	24 006	0,54	313	1,02	615

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
						Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.
Erhebungszeitraum												
2013 Juni	1,84	4 485	3,65	886	2,81	2 651	2,01	2 768	3,85	657	2,76	1 497
Juli	1,92	5 623	3,30	1 332	3,01	3 583	2,20	3 201	3,41	999	3,00	2 019
Aug.	1,93	4 052	3,55	961	3,03	2 398	2,04	2 464	3,75	628	2,97	1 568
Sept.	1,93	4 695	3,56	900	3,03	2 472	2,08	2 756	3,67	669	2,96	1 331
Okt.	1,85	5 116	3,48	1 047	3,09	2 141	2,05	2 979	3,62	760	3,04	1 271
Nov.	1,89	3 676	3,61	909	2,99	2 024	2,11	2 160	3,78	666	2,92	1 275
Dez.	1,87	6 139	3,45	1 098	2,90	2 922	2,01	3 261	3,57	858	2,85	1 729
2014 Jan.	1,98	5 139	3,38	1 102	2,91	2 188	2,31	2 887	3,49	806	2,83	1 438
Febr.	1,89	3 836	3,32	902	2,94	2 153	2,21	2 252	3,63	622	2,85	1 223
März	2,06	4 627	3,50	1 162	2,89	2 841	2,32	2 832	3,68	694	2,86	1 427
April	2,02	4 931	3,47	1 092	2,91	2 814	2,23	2 924	3,64	778	2,88	1 368
Mai	1,96	4 047	3,52	1 023	2,84	2 136	2,26	2 277	3,74	789	2,75	1 213
Juni	2,04	4 244	3,46	947	2,77	2 325	2,29	2 614	3,62	712	2,72	1 346

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte									
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)									
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	
Kredite insgesamt									
2013 Juni	6,41	6,29	5 396	5,46	618	5,03	2 399	7,77	2 379
Juli	6,52	6,42	5 990	5,28	480	5,15	2 708	7,84	2 802
Aug.	6,44	6,34	5 253	5,40	554	5,09	2 288	7,73	2 411
Sept.	6,40	6,32	4 759	5,79	379	5,02	2 195	7,71	2 185
Okt.	6,40	6,33	5 232	5,95	504	5,02	2 417	7,77	2 311
Nov.	6,31	6,22	4 766	5,78	592	5,01	2 218	7,73	1 956
Dez.	5,97	5,87	4 327	5,32	588	5,00	2 254	7,41	1 485
2014 Jan.	6,56	6,47	5 445	5,73	538	5,20	2 478	7,93	2 429
Febr.	6,40	6,32	5 076	5,87	591	5,09	2 300	7,73	2 185
März	6,19	6,12	5 954	5,72	832	4,99	2 702	7,51	2 420
April	6,26	6,20	5 613	5,44	395	4,92	2 606	7,59	2 612
Mai	6,34	6,25	5 665	5,33	497	5,02	2 520	7,59	2 648
Juni	6,26	6,24	5 572	5,17	407	5,00	2 438	7,51	2 727
darunter: besicherte Kredite 12)									
2013 Juni	.	4,15	274	3,65	43	4,66	155	3,41	76
Juli	.	4,09	334	3,27	60	4,74	171	3,48	103
Aug.	.	4,16	259	3,49	44	4,69	137	3,60	78
Sept.	.	4,28	246	3,47	33	4,67	143	3,87	70
Okt.	.	4,37	250	3,63	38	4,70	146	4,07	66
Nov.	.	4,40	221	3,64	35	4,71	133	4,12	53
Dez.	.	4,24	247	3,48	42	4,63	149	3,79	56
2014 Jan.	.	4,04	245	2,65	61	4,73	122	4,06	62
Febr.	.	4,35	217	3,11	33	4,84	119	4,10	65
März	.	4,23	261	3,41	53	4,75	138	3,84	70
April	.	3,99	248	2,15	52	4,63	133	4,14	63
Mai	.	4,32	220	3,57	22	4,64	129	3,97	69
Juni	.	4,21	215	3,43	28	4,64	121	3,76	66

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Volumen 7) Mio €	
Kredite insgesamt											
2013 Juni	2,71	2,64	16 804	2,79	2 317	2,31	2 054	2,57	6 758	2,78	5 675
Juli	2,78	2,71	21 404	2,80	3 304	2,39	2 727	2,67	9 161	2,85	6 212
Aug.	2,87	2,79	16 749	2,81	2 302	2,45	2 166	2,74	7 027	2,97	5 254
Sept.	2,92	2,86	15 567	2,86	2 266	2,46	2 017	2,82	6 594	3,07	4 690
Okt.	2,97	2,89	17 153	2,75	3 065	2,53	2 373	2,91	7 044	3,14	4 671
Nov.	2,98	2,90	14 279	2,82	2 106	2,51	1 912	2,91	5 686	3,09	4 575
Dez.	2,90	2,83	14 896	2,75	2 436	2,45	2 119	2,85	6 169	3,04	4 172
2014 Jan.	2,94	2,84	16 675	2,70	3 082	2,54	2 460	2,86	6 752	3,07	4 381
Febr.	2,90	2,83	15 089	2,85	2 762	2,43	2 061	2,81	5 540	3,02	4 726
März	2,82	2,75	16 442	2,75	2 449	2,36	2 266	2,73	6 455	2,94	5 272
April	2,85	2,75	17 947	2,69	2 754	2,40	2 574	2,71	7 202	3,02	5 417
Mai	2,73	2,66	16 015	2,70	2 259	2,33	2 229	2,63	6 506	2,84	5 021
Juni	2,65	2,58	15 767	2,49	2 436	2,31	2 091	2,55	6 359	2,79	4 881
darunter: besicherte Kredite 12)											
2013 Juni	.	2,53	8 137	2,49	958	2,18	1 039	2,51	3 326	2,70	2 814
Juli	.	2,60	10 324	2,65	1 236	2,27	1 392	2,58	4 435	2,76	3 261
Aug.	.	2,69	7 910	2,51	979	2,33	1 045	2,68	3 307	2,91	2 579
Sept.	.	2,76	7 391	2,65	860	2,36	1 045	2,76	3 193	2,99	2 293
Okt.	.	2,84	8 293	2,64	1 219	2,49	1 268	2,87	3 471	3,09	2 335
Nov.	.	2,83	6 718	2,68	801	2,45	969	2,85	2 709	3,03	2 239
Dez.	.	2,74	6 812	2,55	895	2,34	1 066	2,80	2 849	2,95	2 002
2014 Jan.	.	2,79	7 816	2,68	1 079	2,48	1 271	2,80	3 255	3,01	2 211
Febr.	.	2,80	7 211	2,87	1 276	2,37	1 011	2,76	2 664	2,99	2 260
März	.	2,69	7 808	2,69	954	2,31	1 152	2,66	3 125	2,90	2 577
April	.	2,73	8 786	2,61	1 159	2,35	1 336	2,65	3 499	3,07	2 792
Mai	.	2,60	7 592	2,61	923	2,24	1 110	2,58	3 109	2,80	2 450
Juni	.	2,53	7 151	2,41	901	2,20	1 017	2,50	2 955	2,76	2 278

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2013 Juni	9,50	46 126	9,52	39 588	14,65	4 127	4,32	69 789	4,34	69 530		
Juli	9,55	44 772	9,51	38 381	14,58	4 136	4,30	66 621	4,31	66 406		
Aug.	9,44	44 307	9,49	37 586	14,60	4 183	4,22	66 681	4,24	66 472		
Sept.	9,48	46 356	9,54	39 542	14,63	4 254	4,31	69 234	4,33	68 982		
Okt.	9,43	44 775	9,44	38 011	14,63	4 258	4,26	66 570	4,28	66 316		
Nov.	9,35	42 848	9,30	36 099	14,64	4 288	4,21	67 193	4,23	66 944		
Dez.	9,30	45 730	9,41	38 335	14,62	4 358	4,28	66 825	4,30	66 572		
2014 Jan.	9,36	43 888	9,38	37 050	14,51	4 288	4,27	65 336	4,29	65 106		
Febr.	9,31	43 418	9,29	36 571	14,55	4 259	4,28	66 556	4,31	66 281		
März	9,33	45 617	9,34	38 706	14,58	4 313	4,39	68 638	4,41	68 379		
April	9,20	43 618	9,27	37 048	15,35	3 587	4,38	66 730	4,39	66 493		
Mai	9,21	42 626	9,22	36 563	15,42	3 566	4,39	66 148	4,41	65 901		
Juni	9,26	44 675	9,30	38 374	15,43	3 636	4,35	69 615	4,37	69 358		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2013 Juni	2,97	7 849	3,62	902	2,67	1 260	1,75	41 928	2,58	2 153	2,80	5 651
Juli	2,95	8 387	3,57	1 131	2,80	1 489	1,71	43 328	2,84	2 497	3,00	6 045
Aug.	2,80	6 715	3,66	830	2,80	1 275	1,70	32 698	2,51	1 386	2,83	4 394
Sept.	2,97	7 696	3,69	822	2,82	1 074	1,80	38 460	2,84	1 757	2,87	4 817
Okt.	2,92	8 264	3,61	992	2,95	1 181	1,79	42 301	2,86	2 872	3,03	4 462
Nov.	2,99	6 860	3,69	903	2,85	1 022	1,70	32 900	2,43	1 180	2,70	5 032
Dez.	3,01	7 750	3,59	1 032	2,74	1 380	1,86	44 537	2,62	3 368	2,75	8 311
2014 Jan.	2,92	7 777	3,50	995	2,93	1 164	1,85	40 304	2,41	1 534	2,82	4 479
Febr.	2,97	6 822	3,67	726	2,87	1 009	1,71	32 393	2,14	1 285	2,91	3 721
März	3,01	8 295	3,54	1 018	2,80	1 121	1,91	37 918	2,53	1 289	2,77	4 529
April	2,95	8 017	3,54	1 087	2,73	1 156	1,83	44 756	2,34	1 752	2,87	4 473
Mai	3,06	7 005	3,64	919	2,63	1 102	1,74	36 580	2,19	1 457	2,66	3 829
Juni	2,97	7 708	3,61	907	2,59	1 098	1,65	43 029	2,31	2 260	2,42	5 386
darunter: besicherte Kredite 12)												
2013 Juni	2,82	948	2,82	124	2,50	336	2,10	6 829	2,51	1 058	2,55	1 344
Juli	2,83	1 301	2,85	184	2,63	468	2,20	7 145	2,98	985	2,95	1 621
Aug.	2,82	799	3,08	130	2,61	404	2,14	4 994	2,60	459	2,86	1 245
Sept.	2,87	904	2,80	138	2,65	318	2,10	5 972	3,08	926	2,71	1 439
Okt.	2,67	1 133	2,88	153	2,79	326	2,22	8 531	2,99	1 523	2,92	1 288
Nov.	2,88	746	2,97	114	2,77	274	2,11	4 596	2,75	415	2,65	1 445
Dez.	2,83	912	2,75	154	2,55	449	2,24	6 744	2,35	1 542	2,73	3 014
2014 Jan.	2,71	1 122	2,69	161	2,85	324	2,16	8 627	2,65	519	2,87	1 224
Febr.	2,86	772	2,72	105	2,66	316	2,16	4 281	2,39	300	2,73	796
März	2,81	1 000	2,72	145	2,70	320	2,27	5 618	2,74	408	2,66	994
April	2,66	1 161	2,73	152	2,60	340	2,09	9 522	2,31	658	2,98	1 495
Mai	2,86	862	2,71	118	2,48	358	2,23	5 063	2,60	477	2,64	984
Juni	2,87	952	2,67	119	2,46	344	2,07	4 951	2,33	1 055	2,22	1 518

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2012 1.Vj.	2 058,3	1 994,4	572,5	248,3	275,5	222,1	549,8	62,4	63,8	63,9
2.Vj.	2 078,0	2 013,1	568,9	259,6	275,6	221,0	561,3	62,6	64,0	64,9
3.Vj.	2 124,8	2 059,2	566,1	277,5	277,0	223,5	588,0	62,9	64,3	65,6
4.Vj.	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013 1.Vj.	2 196,3	2 129,1	559,9	304,0	280,3	225,2	629,3	64,9	65,6	67,2
2.Vj.	2 190,5	2 122,6	554,2	306,4	280,5	224,6	626,6	64,7	65,6	67,9
3.Vj.	2 207,7	2 138,3	546,9	311,8	284,0	224,3	641,8	64,6	64,9	69,4
4.Vj.	2 236,8	2 164,6	540,1	322,9	285,2	225,6	660,7	64,9	65,2	72,2
2014 1.Vj.	2 309,5	2 236,1	541,4	349,0	290,0	228,7	693,2	67,4	66,5	73,4
Versicherungen										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2012 1.Vj.	1 620,6	1 578,7	415,4	211,4	249,4	210,3	381,3	58,6	52,5	41,9
2.Vj.	1 635,4	1 592,7	412,5	220,6	249,3	209,0	389,9	58,7	52,6	42,7
3.Vj.	1 671,2	1 628,1	409,4	236,7	250,6	211,3	408,6	58,8	52,7	43,0
4.Vj.	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013 1.Vj.	1 726,1	1 682,3	402,1	261,5	253,5	212,5	438,2	60,7	53,8	43,8
2.Vj.	1 719,6	1 675,3	397,2	262,2	253,8	211,9	436,1	60,5	53,7	44,3
3.Vj.	1 730,7	1 685,2	390,1	266,6	256,8	211,3	447,2	60,4	52,8	45,5
4.Vj.	1 743,4	1 697,0	383,5	273,6	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2014 1.Vj.	1 804,7	1 757,6	382,7	298,7	262,5	213,7	483,9	63,0	53,3	47,1
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2012 1.Vj.	437,7	415,7	157,1	36,9	26,1	11,8	168,5	3,9	11,3	22,0
2.Vj.	442,6	420,4	156,4	39,0	26,2	12,0	171,4	3,9	11,4	22,2
3.Vj.	453,6	431,1	156,7	40,9	26,4	12,2	179,4	4,0	11,5	22,5
4.Vj.	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013 1.Vj.	470,3	446,8	157,8	42,5	26,8	12,7	191,1	4,2	11,8	23,4
2.Vj.	470,9	447,3	157,0	44,2	26,7	12,8	190,6	4,2	11,9	23,6
3.Vj.	477,0	453,1	156,8	45,2	27,3	12,9	194,6	4,3	12,0	23,9
4.Vj.	493,3	467,6	156,6	49,3	27,3	14,5	202,6	4,3	13,0	25,8
2014 1.Vj.	504,8	478,5	158,7	50,3	27,5	15,0	209,3	4,4	13,2	26,3

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensions-

kassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungsfälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2012 1.Vj.	2 058,3	19,4	72,9	134,6	1 652,9	1 383,4	269,6	71,8	106,6
2.Vj.	2 078,0	18,7	75,5	123,0	1 667,9	1 398,2	269,7	71,5	121,3
3.Vj.	2 124,8	19,3	77,2	141,1	1 684,5	1 414,5	270,0	71,4	131,3
4.Vj.	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013 1.Vj.	2 196,3	21,4	78,1	169,7	1 739,0	1 460,7	278,3	72,8	115,3
2.Vj.	2 190,5	17,8	79,0	172,1	1 751,6	1 474,0	277,6	73,1	97,0
3.Vj.	2 207,7	16,5	79,6	177,0	1 766,0	1 488,6	277,3	73,4	95,3
4.Vj.	2 236,8	16,9	80,1	197,7	1 793,0	1 514,4	278,6	73,8	75,3
2014 1.Vj.	2 309,5	16,3	83,4	191,3	1 831,5	1 539,1	292,4	76,0	111,0
Versicherungen									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2012 1.Vj.	1 620,6	19,4	69,1	128,8	1 245,0	975,9	269,1	69,9	88,4
2.Vj.	1 635,4	18,7	71,5	117,7	1 256,4	987,1	269,3	69,7	101,4
3.Vj.	1 671,2	19,3	73,2	135,0	1 268,5	998,9	269,6	69,6	105,6
4.Vj.	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013 1.Vj.	1 726,1	21,4	74,0	162,3	1 308,8	1 031,0	277,8	70,9	88,6
2.Vj.	1 719,6	17,8	74,8	164,5	1 317,7	1 040,5	277,2	71,2	73,7
3.Vj.	1 730,7	16,5	75,4	169,2	1 326,8	1 050,0	276,9	71,4	71,4
4.Vj.	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2014 1.Vj.	1 804,7	16,3	79,0	183,0	1 369,7	1 077,7	292,0	74,0	82,8
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	259,3	–	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	462,8	–	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013	493,3	–	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2012 1.Vj.	437,7	–	3,9	5,8	407,9	407,5	0,5	1,9	18,2
2.Vj.	442,6	–	3,9	5,3	411,5	411,1	0,5	1,9	19,9
3.Vj.	453,6	–	4,0	6,1	416,0	415,6	0,4	1,9	25,7
4.Vj.	462,8	–	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013 1.Vj.	470,3	–	4,1	7,4	430,1	429,7	0,5	1,9	26,7
2.Vj.	470,9	–	4,2	7,5	433,9	433,5	0,5	1,9	23,3
3.Vj.	477,0	–	4,2	7,8	439,1	438,7	0,5	2,0	23,9
4.Vj.	493,3	–	4,3	8,9	454,7	454,2	0,5	2,0	23,5
2014 1.Vj.	504,8	–	4,4	8,3	461,9	461,4	0,5	2,0	28,1

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. 1. Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2. Einschl. Genuss-Scheine. 3. Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4. Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Sum-

me aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	zu- sammen 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	70 208	538	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	68 536	19 945
2010	146 620	1 212	7 621	24 044	17 635	147 831	92 682	103 271	22 967	172 986	53 938
2011	36 638	13 575	46 796	850	59 521	23 064	17 173	94 793	36 805	40 814	53 811
2012	54 965	21 419	98 820	8 701	86 103	76 382	7 184	42 017	3 573	52 774	47 781
2013	11 186	101 616	117 187	153	15 415	90 429	24 256	25 778	12 708	62 744	35 442
2013 Aug.	929	6 470	12 968	70	6 428	7 399	2 952	1 447	1 568	2 831	3 881
Sept.	4 645	4 784	560	1 743	2 481	139	5 965	6 077	351	463	1 320
Okt.	7 451	5 582	5 401	5 716	5 266	1 869	6 018	3 717	751	10 486	1 433
Nov.	19 214	4 316	8 410	1 251	13 977	14 898	6 386	7 717	167	1 164	12 828
Dez.	38 456	39 871	24 847	4 973	10 051	1 415	4 338	4 647	1 215	1 524	34 118
2014 Jan.	6 624	2 476	3 705	3 516	4 744	4 147	4 478	4 149	1 511	1 182	11 102
Febr.	4 043	691	8 978	409	9 260	3 352	9 935	1 895	560	7 480	13 978
März	5 306	14 577	12 262	1 890	425	19 883	15 646	641	203	15 208	10 340
April	6 811	23 586	12 132	635	12 088	16 775	7 854	1 680	1 786	7 960	14 665
Mai	32 039	28 566	11 336	1 127	18 357	3 473	5 235	1 764	966	4 437	26 804
Juni	1 737	5 765	9 400	4 686	8 321	7 502	3 553	2 228	1 632	7 413	1 816

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb		
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	ausländische Schuldverschrei- bungen durch Inländer; Transaktionswerte	zu- sammen 11)	Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	37 767	20 049	17 719	36 406	7 340	29 066	1 361
2011	23 718	21 713	2 005	38 558	670	37 888	14 838
2012	19 164	5 120	14 044	18 022	10 259	7 763	1 142
2013	30 015	10 106	19 910	24 993	11 991	13 002	5 022
2013 Aug.	790	158	632	408	855	447	1 198
Sept.	1 609	188	1 421	248	3 053	2 805	1 361
Okt.	1 847	181	1 666	5 545	242	5 787	3 698
Nov.	1 327	153	1 480	4 639	347	4 986	3 312
Dez.	2 573	1 042	3 615	7 874	2 257	5 617	5 301
2014 Jan.	3 931	115	3 816	11 526	8 586	2 940	7 595
Febr.	4 284	599	4 883	9 985	11 608	1 623	5 701
März	5 095	111	4 984	9 181	10 246	1 065	4 086
April	2 250	136	2 114	12 035	9 932	2 103	9 785
Mai	9 679	868	8 811	3 517	7 328	10 845	6 162
Juni	11 395	9 015	2 380	117	168	51	11 278

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)				Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben	
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen
Brutto-Absatz 4)									
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2013 Nov.	128 109	79 061	1 435	1 276	63 765	12 585	7 094	41 954	–
Dez.	87 498	64 466	2 593	83	52 602	9 189	3 694	19 338	–
2014 Jan.	139 700	84 157	3 375	739	67 865	12 178	8 279	47 264	–
Febr.	124 699	75 356	1 798	1 693	56 175	15 689	6 962	42 382	–
März	106 104	67 913	1 311	1 140	51 987	13 474	6 396	31 795	–
April	112 584	64 982	1 556	669	50 865	11 892	8 150	39 451	–
Mai	126 094	76 179	147	1 356	58 774	15 902	5 531	44 384	–
Juni	97 623	59 724	2 532	816	42 949	13 427	3 509	34 390	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2013 Nov.	34 143	9 962	995	1 266	2 947	4 754	3 910	20 271	–
Dez.	15 389	5 600	1 003	83	1 140	3 375	3 013	6 775	–
2014 Jan.	47 766	19 040	1 966	678	11 913	4 483	5 450	23 277	–
Febr.	37 065	14 515	1 456	1 193	4 557	7 309	5 831	16 718	–
März	30 525	14 067	1 025	555	8 299	4 188	4 175	12 283	–
April	37 733	11 784	1 456	669	3 499	6 159	6 284	19 665	–
Mai	35 993	12 714	147	856	3 161	8 551	3 794	19 485	–
Juni	34 521	11 498	2 122	632	5 037	3 707	2 280	20 743	–
Netto-Absatz 6)									
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 570
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2013	– 140 017	– 125 932	– 17 364	– 37 778	– 4 027	– 66 760	1 394	– 15 479	– 3 057
2013 Nov.	– 13 485	– 6 268	– 452	– 1 779	– 1 315	– 2 722	1 627	– 18 127	– 15
Dez.	– 38 645	– 26 745	– 258	– 2 089	– 14 217	– 10 180	– 3 261	– 8 639	– 264
2014 Jan.	– 16 657	– 669	– 1 245	– 6 460	– 14 678	– 8 795	1	– 17 327	–
Febr.	– 12 134	– 8 752	– 1 965	– 703	– 3 936	– 2 149	4 413	– 16 473	– 4
März	– 16 495	– 14 777	– 862	– 956	– 9 313	– 3 646	505	– 2 223	–
April	– 17 187	– 12 316	– 18	– 1 898	– 10 837	– 438	5 177	– 10 048	– 2 500
Mai	– 31 808	– 12 395	– 1 996	– 614	– 11 034	– 3 971	– 257	– 19 671	–
Juni	– 5 487	– 5 439	– 544	– 5 692	– 6 003	– 5 206	– 3 862	– 3 813	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihet 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben			
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten				Sonstige Bankschuldverschreibungen		
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655		
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666		
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543		
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580		
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373		
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623		
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015		
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978		
2010	3 348 201	2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517	645 491	2)	1 526 937	22 074	
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085		
2012	3 285 422	2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163	2)	220 456	2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422		
2013 Dez.	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422		
2014 Jan.	3 128 671	1 289 009	128 887	102 830	584 815	472 477	221 852	1 617 811	10 422		
Febr.	3 140 805	1 280 256	126 922	102 127	580 879	470 329	226 265	1 634 283	10 419		
März	3 124 310	1 265 480	126 060	101 171	571 566	466 683	226 770	1 632 060	10 419		
April	3 107 123	1 253 164	126 042	99 273	560 728	467 121	231 947	1 622 012	7 919		
Mai	3 138 932	1 265 558	124 045	98 659	571 762	471 092	231 690	1 641 683	7 919		
Juni	3 133 444	1 260 119	123 501	92 967	577 765	465 886	227 829	1 645 496	7 919		

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: Juni 2014

Restlaufzeit	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
bis unter 2	1 190 411	566 704	52 683	42 945	230 260	240 817	48 841	574 867	2 530
2 bis unter 4	650 738	290 574	34 025	26 314	142 287	87 948	36 027	324 137	1 935
4 bis unter 6	447 752	182 498	21 782	13 070	101 514	46 130	41 383	223 873	204
6 bis unter 8	270 268	92 341	7 729	4 397	51 442	28 772	18 649	159 280	341
8 bis unter 10	239 806	44 584	4 847	3 566	17 576	18 595	16 244	178 979	1 333
10 bis unter 15	77 666	28 553	2 276	2 204	14 731	9 342	6 702	42 410	599
15 bis unter 20	43 847	10 854	16	242	5 155	5 441	3 011	29 983	10
20 und darüber	212 955	44 011	142	228	14 800	28 842	56 975	111 969	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung	
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	97	3 741	1 269	974	927 256
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	552	762	3 532	924 214
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	9	478	594	2 411	1 150 188
2013	171 741	6 879	2 971	718	476	9	1 432	619	8 992	1 432 658
2013 Dez.	171 741	70	280	0	0	0	8	317	27	1 432 658
2014 Jan.	171 660	81	65	1	0	0	49	32	164	1 382 182
Febr.	171 638	22	131	0	17	0	3	143	24	1 439 031
März	171 576	62	96	200	0	0	81	246	30	1 435 810
April	171 385	191	100	36	1	0	215	62	52	1 428 621
Mai	171 398	13	52	153	4	0	5	81	120	1 455 934
Juni	172 946	1 548	1 434	20	233	0	7	24	108	1 445 714

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

hoben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.							Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000	
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014 Febr.	1,3	1,3	1,3	1,6	1,2	2,1	3,4	134,67	107,99	474,14	9 692,08
März	1,3	1,3	1,3	1,5	1,2	2,1	3,4	134,70	108,16	467,04	9 555,91
April	1,3	1,3	1,3	1,5	1,1	2,0	3,3	134,91	108,60	465,58	9 603,23
Mai	1,2	1,2	1,2	1,3	1,0	1,9	3,2	136,00	109,49	474,47	9 943,27
Juni	1,1	1,1	1,1	1,3	0,9	1,8	3,0	136,38	109,92	469,36	9 833,07
Juli	1,0	1,0	1,0	1,1	0,8	1,6	2,8	136,83	110,37	447,74	9 407,48

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €													
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb					
		inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer					
		zu-sammen	Publikumsfonds		Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immobilien-fonds	Spezial-fonds	ausländische Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)	
zu-sammen	darunter		zu-sammen	darunter ausländische Anteile							zu-sammen	darunter ausländische Anteile	Ausländer 5)	
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	680
2003	47 754	43 943	20 079	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	2 658	734	52 205	3 077	1 793
2004	14 435	1 453	3 978	6 160	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	124	7 001	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	14 257	490	9 362	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 778	13 436	7 872	4 839	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	229	4 240	51 538	38 102	4 469
2008	2 598	7 911	14 409	12 171	11 149	799	6 498	10 509	11 315	16 625	9 252	27 940	19 761	8 717
2009	49 929	43 747	10 966	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	14 995	8 178	53 127	14 361	11 796
2010	106 190	84 906	13 381	148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 497	45 221	1 340	379	2 037	1 562	46 561	1 277	39 401	7 576	694	46 977	1 970	7 095
2012	111 639	89 942	2 084	1 036	97	3 450	87 859	21 696	115 438	3 062	1 562	118 500	23 257	3 799
2013	122 658	91 337	9 184	574	5 596	3 376	82 153	31 321	116 657	771	100	115 886	31 220	6 001
2013 Dez.	14 437	13 930	520	15	40	398	13 410	507	13 927	1 662	1 537	15 589	2 044	510
2014 Jan.	7 048	4 613	750	124	15	479	3 863	2 435	6 350	365	451	6 715	2 886	698
Febr.	12 757	8 445	2 163	52	2 426	114	6 282	4 312	12 737	99	243	12 836	4 069	20
März	13 527	10 588	173	205	558	192	10 761	2 939	14 325	121	322	14 204	2 617	798
April	5 268	2 764	192	14	254	181	2 573	2 504	8 707	2 236	731	6 471	3 235	3 439
Mai	7 434	6 762	1 519	20	1 081	158	5 243	672	4 590	2 624	220	7 214	892	2 845
Juni	10 089	4 615	766	80	224	290	3 849	5 473	8 840	849	1 001	7 991	4 472	1 249

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012			2013				2014
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	66,7	86,4	68,3	22,2	19,9	23,3	9,1	17,3	10,3	31,6	10,3
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 1,9	- 17,0	- 15,0	- 2,4	- 4,7	- 7,2	- 4,6	- 5,5	- 1,0	- 3,8	- 2,6
Aktien	16,1	- 3,4	- 5,7	0,5	- 0,5	- 2,5	2,6	- 0,6	- 4,3	- 3,5	2,9
Sonstige Anteilsrechte	3,0	3,1	3,0	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,6	0,6
Investmentzertifikate	- 14,5	0,2	20,3	- 2,1	- 1,1	5,0	10,5	3,9	2,8	3,1	2,7
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	45,7	69,8	70,0	16,5	12,8	16,2	24,6	16,9	12,5	16,1	25,3
kurzfristige Ansprüche	0,6	2,3	2,8	0,6	0,6	0,5	0,8	0,7	0,6	0,7	0,8
längerfristige Ansprüche	45,2	67,5	67,2	16,0	12,2	15,7	23,8	16,2	11,9	15,4	24,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	11,1	11,9	10,9	3,0	2,9	3,0	2,7	2,8	2,7	2,8	2,7
Sonstige Forderungen 4)	17,6	2,0	- 4,5	- 0,0	- 0,1	- 3,9	1,3	1,4	8,0	- 15,2	7,2
Insgesamt	143,8	152,9	147,4	38,5	30,0	34,6	47,0	36,9	31,9	31,6	49,2
II. Finanzierung											
Kredite	11,6	15,1	11,6	6,8	6,1	3,3	- 3,6	5,9	8,7	0,7	0,4
kurzfristige Kredite	- 2,1	- 1,0	- 3,2	0,8	- 0,9	- 0,8	- 1,5	- 0,3	- 0,0	- 1,3	0,7
längerfristige Kredite	13,6	16,1	14,8	5,9	7,1	4,1	- 2,1	6,2	8,7	2,0	- 0,3
Sonstige Verbindlichkeiten	1,6	1,4	0,3	0,1	0,1	0,8	0,2	0,1	0,0	0,1	0,2
Insgesamt	13,1	16,4	11,9	6,8	6,2	4,1	- 3,5	5,9	8,7	0,8	0,7
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	14,0	6,6	5,9	- 10,2	4,7	33,5	- 46,0	- 16,2	50,6	17,5	- 34,0
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,9	- 2,6	- 0,2	- 0,0	- 0,6	- 2,2	1,4	- 2,1	1,2	- 0,7	1,2
Finanzderivate	14,8	9,3	6,8	3,9	2,2	3,4	1,3	2,9	0,7	1,9	2,7
Aktien	19,6	20,7	15,3	- 6,5	5,5	15,3	10,6	0,8	8,5	- 4,7	7,1
Sonstige Anteilsrechte	43,8	24,1	17,1	13,3	13,4	- 11,9	13,0	- 1,0	4,4	0,7	5,1
Investmentzertifikate	8,2	- 0,2	7,4	1,0	0,7	3,3	4,5	- 1,0	2,1	1,9	1,1
Kredite	5,3	26,5	- 10,6	12,1	0,6	3,4	5,3	- 1,1	4,3	- 19,1	7,9
kurzfristige Kredite	10,2	16,3	10,4	11,1	- 1,8	- 0,3	10,3	- 1,8	2,8	- 0,9	8,9
längerfristige Kredite	- 4,9	10,2	- 21,0	1,0	2,4	3,6	- 5,0	0,7	1,5	- 18,2	- 1,0
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	0,6	1,4	1,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
kurzfristige Ansprüche	0,6	1,4	1,4	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	25,4	48,9	80,7	- 23,7	37,3	27,1	24,9	- 0,4	48,7	7,6	2,1
Insgesamt	136,7	134,6	123,9	- 9,8	64,1	72,3	15,3	- 17,7	120,9	5,4	- 6,3
II. Finanzierung											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	7,6	18,7	12,8	3,9	7,1	4,7	9,1	3,2	- 0,5	0,9	1,2
Finanzderivate
Aktien	7,4	2,9	1,5	1,0	0,4	1,0	0,6	0,1	- 0,3	1,0	0,1
Sonstige Anteilsrechte	19,3	9,3	10,5	1,5	- 4,0	9,4	1,0	2,1	1,6	5,8	2,2
Kredite	27,6	19,1	6,3	14,8	26,0	- 21,7	19,7	11,7	- 15,3	- 9,8	13,5
kurzfristige Kredite	19,1	7,4	- 3,4	7,5	3,8	- 5,6	12,1	10,2	- 16,3	- 9,4	12,5
längerfristige Kredite	8,5	11,7	9,7	7,3	22,3	- 16,1	7,6	1,5	1,0	- 0,3	1,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	5,8	6,6	5,7	1,6	1,6	1,7	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Sonstige Verbindlichkeiten	45,2	28,0	- 12,3	6,3	14,5	15,7	- 1,1	- 16,9	17,0	- 11,2	- 2,5
Insgesamt	112,9	84,6	24,5	29,1	45,6	10,7	30,7	1,6	4,0	- 11,8	15,9

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012			2013				2014
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 927,5	2 014,9	2 082,2	1 971,4	1 991,4	2 014,9	2 023,1	2 040,4	2 050,6	2 082,2	2 092,2
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	247,1	238,2	216,0	245,4	244,8	238,2	231,7	221,9	220,0	216,0	214,6
Aktien	221,5	259,2	299,5	229,9	250,0	259,2	267,8	264,4	279,5	299,5	306,3
Sonstige Anteilsrechte	188,5	198,4	198,3	195,1	195,2	198,4	199,3	197,3	196,9	198,3	200,3
Investmentzertifikate	394,9	420,1	449,5	401,7	414,8	420,1	435,0	430,8	439,7	449,5	457,9
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 401,1	1 477,9	1 552,7	1 437,7	1 455,2	1 477,9	1 504,2	1 522,2	1 535,6	1 552,7	1 578,0
Kurzfristige Ansprüche	71,4	73,7	76,5	72,6	73,2	73,7	74,5	75,2	75,8	76,5	77,3
Längerfristige Ansprüche	1 329,6	1 404,2	1 476,2	1 365,1	1 382,0	1 404,2	1 429,6	1 447,0	1 459,7	1 476,2	1 500,8
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	295,4	307,3	318,2	301,4	304,3	307,3	310,0	312,8	315,5	318,2	320,9
Sonstige Forderungen 4)	38,4	37,1	36,5	38,2	37,9	37,1	37,0	37,0	36,7	36,5	36,5
Insgesamt	4 714,3	4 953,0	5 152,8	4 820,9	4 893,6	4 953,0	5 008,1	5 026,8	5 074,5	5 152,8	5 206,7
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 538,6	1 552,6	1 563,4	1 543,1	1 549,1	1 552,6	1 549,0	1 554,8	1 562,8	1 563,4	1 563,8
Kurzfristige Kredite	73,9	72,6	67,7	74,4	73,1	72,6	70,2	69,9	69,8	67,7	68,4
Längerfristige Kredite	1 464,8	1 480,0	1 495,7	1 468,7	1 475,9	1 480,0	1 478,8	1 484,9	1 493,0	1 495,7	1 495,4
Sonstige Verbindlichkeiten	13,4	15,2	15,9	15,1	15,0	15,2	17,1	16,0	16,2	15,9	17,3
Insgesamt	1 552,0	1 567,9	1 579,2	1 558,1	1 564,1	1 567,9	1 566,1	1 570,8	1 579,0	1 579,2	1 581,1
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	460,5	506,5	505,4	453,1	468,3	506,5	459,9	449,6	488,3	505,4	471,3
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	52,6	51,9	51,1	53,6	53,9	51,9	53,0	50,3	51,9	51,1	52,6
Finanzderivate
Aktien	811,4	946,7	1 077,2	838,6	894,1	946,7	981,1	945,4	1 002,3	1 077,2	1 074,8
Sonstige Anteilsrechte	401,2	440,5	450,4	434,9	446,8	440,5	453,7	446,4	448,0	450,4	458,6
Investmentzertifikate	123,1	129,0	138,1	119,6	123,9	129,0	134,1	131,9	135,6	138,1	140,9
Kredite	369,3	395,8	385,2	391,8	392,5	395,8	401,1	400,0	404,3	385,2	393,2
Kurzfristige Kredite	252,3	268,6	279,0	270,6	268,9	268,6	278,9	277,0	279,9	279,0	287,9
Längerfristige Kredite	117,0	127,2	106,3	121,2	123,6	127,2	122,3	123,0	124,4	106,3	105,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	41,9	43,3	44,7	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7	45,1
Kurzfristige Ansprüche	41,9	43,3	44,7	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7	45,1
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	809,9	846,7	875,8	819,6	836,9	846,7	877,9	856,2	868,3	875,8	853,9
Insgesamt	3 070,0	3 360,3	3 528,0	3 153,8	3 259,3	3 360,3	3 404,4	3 323,7	3 443,0	3 528,0	3 490,4
II. Verbindlichkeiten											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	110,7	130,9	138,9	117,2	124,6	130,9	139,6	141,3	137,5	138,9	142,5
Finanzderivate
Aktien	1 110,5	1 373,6	1 664,7	1 166,3	1 294,9	1 373,6	1 430,9	1 389,6	1 503,6	1 664,7	1 672,4
Sonstige Anteilsrechte	741,4	750,7	761,3	745,3	741,3	750,7	751,8	753,9	755,5	761,3	763,5
Kredite	1 367,1	1 397,4	1 425,1	1 381,6	1 401,6	1 397,4	1 415,8	1 428,3	1 421,9	1 425,1	1 428,1
Kurzfristige Kredite	421,1	427,6	437,1	429,3	433,0	427,6	439,4	449,6	445,7	437,1	450,2
Längerfristige Kredite	946,0	969,8	988,0	952,3	968,5	969,8	976,5	978,7	976,2	988,0	977,9
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	235,0	241,5	247,2	238,2	239,9	241,5	243,0	244,4	245,8	247,2	248,7
Sonstige Verbindlichkeiten	879,6	907,8	909,4	900,9	911,9	907,8	924,8	888,6	905,5	909,4	898,1
Insgesamt	4 444,3	4 802,0	5 146,6	4 549,6	4 714,2	4 802,0	4 905,8	4 846,0	4 969,9	5 146,6	5 153,2

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich ange-sammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialversicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2008	- 1,9	- 16,6	- 1,2	+ 9,0	+ 6,9	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 73,7	- 38,6	- 18,4	- 2,5	- 14,3	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 ²⁾ p)	- 104,2	- 82,9	- 20,1	- 5,2	+ 4,1	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 p)	- 22,0	- 27,3	- 11,3	+ 1,4	+ 15,2	- 0,8	- 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6
2012 p)	+ 2,4	- 14,4	- 6,8	+ 5,2	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7
2013 ts)	+ 5,3	- 2,9	- 2,5	+ 4,3	+ 6,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
2012 1.Hj. p)	+ 8,1	- 8,0	- 0,0	+ 4,3	+ 11,8	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9
2.Hj. p)	- 5,8	- 6,5	- 6,7	+ 1,0	+ 6,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5
2013 1.Hj. ts)	+ 8,2	- 3,4	+ 1,5	+ 6,0	+ 4,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. ts)	- 3,0	+ 0,4	- 3,9	- 1,7	+ 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	+ 0,2
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2008	1 652,8	1 007,8	536,7	123,6	1,5	66,8	40,7	21,7	5,0	0,1
2009	1 770,7	1 076,7	578,5	130,0	1,3	74,6	45,3	24,4	5,5	0,1
2010 p)	2 059,2	1 315,5	625,1	135,1	1,3	82,5	52,7	25,1	5,4	0,1
2011 p)	2 087,7	1 324,5	640,2	139,3	1,3	80,0	50,7	24,5	5,3	0,1
2012 p)	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 ts)	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0
2012 1.Vj. p)	2 117,7	1 345,3	647,0	142,6	1,3	80,5	51,2	24,6	5,4	0,1
2.Vj. p)	2 163,5	1 374,2	666,1	141,9	1,3	81,9	52,0	25,2	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 154,1	1 357,4	672,3	141,3	1,3	81,1	51,1	25,3	5,3	0,1
4.Vj. p)	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 1.Vj. ts)	2 149,3	1 369,3	656,7	144,0	1,2	80,5	51,3	24,6	5,4	0,0
2.Vj. ts)	2 148,8	1 377,2	646,2	143,0	1,1	79,8	51,2	24,0	5,3	0,0
3.Vj. ts)	2 129,6	1 362,5	639,2	143,4	1,1	78,5	50,2	23,5	5,3	0,0
4.Vj. ts)	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0
2014 1.Vj. ts)	2 139,4	1 369,8	638,6	145,7	1,2	77,3	49,5	23,1	5,3	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren entsprechen dem Finanzierungssaldo gemäß

VGR. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungssaldo	Nachrichtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozialbeiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozialleistungen	Arbeitnehmerentgelte	Zinsen	Bruttoinvestitionen	sonstige		
Mrd €												
2008	1 088,6	572,6	408,3	107,7	1 090,5	590,3	182,6	68,3	38,9	210,5	- 1,8	993,8
2009	1 072,7	548,1	410,8	113,8	1 146,3	623,6	191,0	63,5	41,6	226,6	- 73,6	969,1
2010 p)	1 089,8	549,9	421,2	118,7	²⁾ 1 194,1	633,2	195,7	63,5	41,6	²⁾ 260,2	²⁾ - 104,3	981,3
2011 p)	1 157,2	592,8	437,0	127,4	1 178,7	633,2	199,5	65,7	43,6	236,7	- 21,5	1 040,3
2012 p)	1 193,8	617,7	448,9	127,1	1 191,5	643,4	203,8	63,8	41,4	239,1	+ 2,3	1 077,3
2013 ts)	1 224,1	635,9	459,4	128,8	1 218,9	664,6	208,2	56,8	43,0	246,3	+ 5,2	1 106,1
in % des BIP												
2008	44,0	23,1	16,5	4,4	44,1	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009	45,2	23,1	17,3	4,8	48,3	26,3	8,0	2,7	1,8	9,5	- 3,1	40,8
2010 p)	43,7	22,0	16,9	4,8	²⁾ 47,9	25,4	7,8	2,5	1,7	²⁾ 10,4	²⁾ - 4,2	39,3
2011 p)	44,3	22,7	16,7	4,9	45,2	24,3	7,6	2,5	1,7	9,1	- 0,8	39,9
2012 p)	44,8	23,2	16,8	4,8	44,7	24,1	7,6	2,4	1,6	9,0	+ 0,1	40,4
2013 ts)	44,7	23,2	16,8	4,7	44,5	24,3	7,6	2,1	1,6	9,0	+ 0,2	40,4
Zuwachsraten in %												
2008	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,5	- 0,4	+ 7,9	+ 8,2	.	+ 2,3
2009	- 1,5	- 4,3	+ 0,6	+ 5,6	+ 5,1	+ 5,6	+ 4,6	- 6,9	+ 7,2	+ 7,7	.	- 2,5
2010 p)	+ 1,6	+ 0,3	+ 2,5	+ 4,3	+ 4,2	+ 1,6	+ 2,5	- 0,1	- 0,2	+ 14,8	.	+ 1,3
2011 p)	+ 6,2	+ 7,8	+ 3,7	+ 7,3	- 1,3	± 0,0	+ 1,9	+ 3,5	+ 4,9	- 9,0	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,2	+ 4,2	+ 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,2	- 2,8	- 5,2	+ 1,0	.	+ 3,6
2013 ts)	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,3	+ 1,3	+ 2,3	+ 3,3	+ 2,1	- 11,0	+ 4,0	+ 3,0	.	+ 2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen

Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zu-schüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2007	642,8	538,2	18,1	644,0	176,5	256,5	66,0	33,7	9,5	- 1,2	475,3	466,5	+ 8,8	1 023,6	1 016,0	+ 7,6
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,5	1 117,5	- 104,0
2010	634,6	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011 p)	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 ts)	745,2	600,0	14,6	769,9	217,9	285,3	70,3	43,3	25,5	- 24,7	536,1	518,8	+ 17,3	1 171,1	1 178,6	- 7,5
2013 ts)	761,5	619,7	14,7	771,3	224,4	286,6	66,2	42,5	23,8	- 9,8	537,4	531,7	+ 5,7	1 198,4	1 202,5	- 4,1
2012 1.Vj. p)	173,9	142,9	2,5	191,4	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 17,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,7	291,5	- 16,9
2.Vj. p)	190,3	150,4	2,7	178,5	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 11,8	132,2	128,0	+ 4,2	296,1	280,2	+ 16,0
3.Vj. p)	177,9	147,5	4,3	181,3	53,7	66,6	17,7	10,4	3,9	- 3,4	130,2	128,9	+ 1,3	282,4	284,5	- 2,1
4.Vj. p)	200,2	159,4	4,9	212,5	58,7	73,6	7,2	16,5	14,9	- 12,3	143,4	133,3	+ 10,1	314,4	316,6	- 2,2
2013 1.Vj. p)	177,7	148,6	2,6	186,1	53,5	74,8	22,5	5,9	2,9	- 8,3	128,5	132,3	- 3,8	281,0	293,2	- 12,2
2.Vj. p)	193,4	155,3	4,8	182,9	54,4	68,6	14,2	8,4	8,0	+ 10,5	133,1	132,6	+ 0,5	301,6	290,6	+ 11,0
3.Vj. p)	183,2	151,8	2,4	190,2	54,9	70,8	20,1	11,4	3,2	- 7,0	131,6	132,6	- 1,0	299,8	297,8	+ 2,0
4.Vj. p)	204,8	164,1	4,6	205,9	60,6	70,9	10,5	15,5	8,3	- 1,1	142,7	134,2	+ 8,5	322,0	314,6	+ 7,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungsveräußerungen und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2007	278,1	292,8	- 14,7	273,1	265,5	+ 7,6	169,7	161,5	+ 8,2
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 p)	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 ts)	312,5	335,3	- 22,8	312,0	320,3	- 8,3	199,8	198,5	+ 1,3
2013 ts)	313,2	335,6	- 22,4	324,2	324,6	- 0,4	207,8	206,3	+ 1,5
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,8	- 2,9	83,2	90,7	- 7,5	58,7	56,5	+ 2,3
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,3	+ 3,3
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,0	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	89,0	- 3,3	60,4	57,9	+ 2,5
2014 1.Vj. p)	69,8	80,5	- 10,7	80,3	81,0	- 0,7	45,1	49,9	- 4,8

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+ 138	21 643	
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510	
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846	
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726	
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615	
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498	
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775	
2012 1.Vj.	143 334	122 846	62 467	50 558	9 821	13 945	+ 6 543	6 831	
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	- 131	6 878	
3.Vj.	147 755	127 189	70 803	50 981	5 404	20 522	+ 44	7 643	
4.Vj.	158 564	139 383	78 958	54 628	5 798	25 739	- 6 558	7 145	
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+ 7 353	6 494	
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	- 246	6 914	
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	- 155	7 554	
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	- 6 690	6 813	
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638	
2.Vj.	...	135 358	72 082	56 178	7 098	6 803	
2013 Juni	.	55 652	30 347	23 133	2 172	.	.	2 305	
2014 Juni	.	59 266	32 536	24 508	2 222	.	.	2 268	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern								Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern	
		Einkommensteuern 2)				Steuern vom Umsatz 5)								
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					Gewerbesteuerumlagen 6)
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052
3.Vj.	135 170	54 841	36 582	8 877	2 532	6 850	49 147	36 232	12 915	1 841	24 423	3 718	1 200	7 981
4.Vj.	148 394	60 313	42 230	9 919	3 936	4 228	49 922	36 995	12 926	3 360	30 077	3 600	1 123	9 011
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059
2013 Juni	59 650	33 511	14 216	9 814	5 690	3 792	15 754	11 910	3 844	4	8 886	1 186	308	3 998
2014 Juni	63 460	35 348	14 879	10 558	5 534	4 376	16 490	12 659	3 831	6	9 855	1 418	342	4 194

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2013: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **3** Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **4** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **5** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **6** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2013: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	.	1 876	1 057	696	12 986	9 981	2 717
2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	.	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
3.Vj.	10 015	3 610	3 183	2 161	2 005	1 567	506	1 376	.	1 913	1 210	594	14 426	10 545	3 604
4.Vj.	15 177	4 678	3 489	1 785	1 852	1 727	549	820	.	1 917	1 066	617	13 529	10 652	2 648
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	-1 458	.	2 149	1 501	668
2013 Juni	3 486	991	1 878	554	663	829	149	336	.	612	343	231	.	.	.
2014 Juni	3 716	1 239	2 009	579	1 130	700	168	316	.	711	495	212	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-BahnSee“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher

Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ¹⁾

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt ¹⁾	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld ²⁾	Kurz-arbeiter-geld ³⁾	berufliche Förderung ⁴⁾	Ein-gliederungs-beitrag ⁵⁾	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben ⁶⁾		
2007	42 838	32 264	674	6 468	36 196	16 934	533	8 259	1 945	696	3 896	+ 6 642	-
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. **1** Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. **2** Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. **3** Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. **4** Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. **5** Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. **6** Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grund-sicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen ¹⁾			Ausgaben ¹⁾							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung ⁴⁾	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben ⁵⁾
		Beiträge ²⁾	Bundes-mittel ³⁾									
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 ⁶⁾	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. **1** Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. **2** Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. **3** Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. **4** Einschl. Zahnersatz. **5** Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. **6** Angaben zu einzelnen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur begrenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)	Verwaltungsausgaben		
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013 p)	24 955	24 863	24 329	3 365	10 058	5 688	873	1 150	+	626
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 531	4 440	399 900	21	385 270	942 900
2011	1 752 476	4 440	356 600	102	412 134	979 200
2012	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 p)	1 818 818	4 440	442 200	53	268 425	1 103 700
2012 1.Vj.	1 766 324	4 440	398 800	91	353 993	1 009 000
2.Vj.	1 780 408	4 440	410 600	92	324 376	1 040 900
3.Vj.	1 772 573	4 440	430 100	92	284 442	1 053 500
4.Vj.	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 1.Vj. p)	1 801 773	4 440	429 900	20	265 513	1 101 900
2.Vj. p)	1 805 465	4 440	424 200	23	289 603	1 087 200
3.Vj. p)	1 793 464	4 440	422 700	28	276 996	1 089 300
4.Vj. p)	1 818 818	4 440	442 200	53	268 425	1 103 700
2014 1.Vj. ts)	1 808 826	4 440	437 900	28	241 693	1 124 765

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten ^{*)}

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 531	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 396	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 476	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 179	102	111 765	4 440	2
2012 1.Vj.	1 766 324	54 692	410 585	226 486	7 869	647 077	2 134	303 188	91	109 759	4 440	2
2.Vj.	1 780 408	55 392	410 186	224 607	7 518	663 695	2 137	295 910	92	116 431	4 440	2
3.Vj.	1 772 573	53 325	409 957	237 746	7 110	654 513	1 893	286 823	92	116 673	4 440	2
4.Vj.	1 791 406	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 364	4 440	2
2013 1.Vj. p)	1 801 773	56 911	416 586	248 589	6 354	666 922	1 580	288 855	20	111 515	4 440	2
2.Vj. p)	1 805 465	57 919	415 548	234 612	5 890	679 394	1 516	294 488	23	111 634	4 440	2
3.Vj. p)	1 793 464	54 808	417 120	247 942	4 970	672 115	1 464	278 690	28	111 886	4 440	2
4.Vj. p)	1 818 818	50 128	423 441	245 372	4 488	684 728	1 397	294 578	53	110 190	4 440	2
2014 1.Vj. ts)	1 808 826	41 870	417 260	259 344	4 130	687 424	1 314	282 673	28	110 341	4 440	2
Bund ^{7) 8) 9) 10)}												
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 1.Vj.	1 093 828	52 161	126 956	226 486	7 869	646 696	2 134	17 894	-	9 190	4 440	2
2.Vj.	1 107 451	52 578	122 937	224 607	7 518	663 314	2 137	20 827	-	9 092	4 440	2
3.Vj.	1 098 824	51 638	120 240	237 746	7 110	654 132	1 893	12 646	-	8 979	4 440	2
4.Vj.	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
Länder												
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 619	1 176	265 631	167 353	1	94 459	.	1
2011	537 491	1 975	283 601	154 465	62	97 387	.	1
2012 1.Vj.	535 494	2 531	283 629	153 643	51	95 639	.	1
2.Vj.	536 354	2 814	287 249	143 830	52	102 409	.	1
3.Vj.	537 827	1 687	289 717	143 606	52	102 764	.	1
4.Vj.	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj. p)	541 322	1 949	302 720	137 141	2	99 510	.	1
2.Vj. p)	538 301	1 425	303 722	133 278	5	99 871	.	1
3.Vj. p)	537 836	270	307 046	130 521	10	99 989	.	1
4.Vj. p)	549 774	125	313 412	137 859	35	98 343	.	1
2014 1.Vj. ts)	540 233	261	309 346	132 119	10	98 495	.	1
Gemeinden ¹¹⁾												
2008	114 518	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	375	.	121 695	20	6 407	.	.
2011	133 681	381	.	128 331	40	4 929	.	.
2012 1.Vj.	137 001	381	.	131 651	40	4 930	.	.
2.Vj.	136 603	381	.	131 252	40	4 930	.	.
3.Vj.	135 922	381	.	130 571	40	4 930	.	.
4.Vj.	137 552	423	.	133 916	18	3 195	.	.
2013 1.Vj. p)	137 881	423	.	134 245	18	3 195	.	.
2.Vj. p)	136 111	423	.	132 475	18	3 195	.	.
3.Vj. p)	136 559	423	.	132 923	18	3 195	.	.
4.Vj. p)	136 538	423	.	132 902	18	3 195	.	.
2014 1.Vj. ts)	139 639	423	.	136 003	18	3 195	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschätzanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eige-

nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 9 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 10 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2012			2013			2014						
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.
	Index 2005 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	112,8	112,3	112,5	5,5	- 0,4	0,1	- 1,4	- 1,7	- 4,0	0,8	0,9	2,9	3,7
Baugewerbe	106,7	104,2	102,9	4,6	- 2,4	- 1,3	- 2,1	- 6,4	- 7,5	- 1,0	1,0	2,0	7,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	104,0	104,6	105,5	2,7	0,6	0,8	- 0,9	- 0,3	- 2,4	1,0	2,2	2,2	3,3
Information und Kommunikation	146,9	149,9	151,2	8,4	2,0	0,9	2,7	0,5	1,2	1,5	0,4	0,4	1,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	117,9	120,0	115,6	2,2	1,8	- 3,7	1,1	6,5	- 0,3	- 3,5	- 3,4	- 7,5	0,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	110,8	112,6	113,8	3,5	1,6	1,1	1,8	1,2	1,0	1,0	1,0	1,4	0,6
Unternehmensdienstleister ¹⁾	107,0	110,1	113,6	3,1	2,9	3,2	3,1	2,0	1,2	3,9	4,0	3,6	3,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	110,5	111,5	111,6	1,5	0,9	0,1	1,0	0,6	- 0,2	0,3	0,0	0,5	1,2
Sonstige Dienstleister	105,2	106,7	106,0	0,2	1,4	- 0,7	1,7	- 0,1	- 1,9	- 0,4	- 0,4	0,0	0,4
Bruttowertschöpfung	111,1	112,0	112,5	3,3	0,8	0,5	0,4	- 0,0	- 1,5	0,8	1,1	1,5	2,6
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	110,4	111,1	111,6	3,3	0,7	0,4	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1	1,3	2,5
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	105,7	106,5	107,5	2,3	0,8	0,9	0,0	0,5	- 0,4	1,3	1,8	0,9	1,1
Konsumausgaben des Staates	111,3	112,3	112,8	1,0	1,0	0,4	1,1	0,6	0,4	0,3	0,8	0,1	0,5
Ausrüstungen	114,2	109,6	106,9	5,8	- 4,0	- 2,4	- 6,6	- 6,2	- 8,9	- 1,1	- 0,2	0,0	6,0
Bauten	112,3	110,8	110,6	7,8	- 1,4	- 0,2	- 0,8	- 3,1	- 7,0	0,6	2,4	2,0	10,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	129,7	134,1	138,1	5,1	3,4	3,0	3,9	3,3	2,1	3,2	3,3	3,1	3,3
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 0,1	- 0,5	0,1	- 0,6	- 0,3	0,5	0,0	0,2	0,1	0,5
Inländische Verwendung	108,9	108,6	109,3	2,8	- 0,3	0,7	- 0,9	- 0,7	- 0,9	0,9	1,7	1,0	2,7
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	0,7	0,9	- 0,2	1,3	0,8	- 0,8	0,1	- 0,5	0,4	0,1
Exporte	136,0	140,3	141,6	8,0	3,2	0,9	3,2	0,5	- 2,6	1,5	0,9	4,0	5,5
Importe	135,8	137,8	139,9	7,4	1,4	1,5	0,7	- 1,0	- 1,4	1,5	2,3	3,7	6,2
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	110,4	111,1	111,6	3,3	0,7	0,4	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1	1,3	2,5
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 498,4	1 533,9	1 573,1	4,4	2,4	2,6	1,7	2,2	1,1	3,1	3,5	2,4	2,5
Konsumausgaben des Staates	499,6	514,4	531,4	2,5	3,0	3,3	3,1	3,1	3,5	3,4	4,0	2,4	3,1
Ausrüstungen	181,2	175,0	170,9	6,2	- 3,4	- 2,4	- 5,9	- 5,5	- 8,7	- 1,1	- 0,1	0,0	6,2
Bauten	263,3	266,1	270,6	11,1	1,1	1,7	1,5	- 0,9	- 5,3	2,5	4,3	3,9	12,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	28,6	29,4	30,0	4,5	2,6	2,1	2,8	2,8	1,9	2,2	2,2	2,0	2,6
Vorratsveränderungen ⁵⁾	3,2	- 10,3	- 6,1
Inländische Verwendung	2 474,3	2 508,5	2 569,8	5,1	1,4	2,4	0,8	1,1	0,8	2,8	3,5	2,6	3,9
Außenbeitrag	135,7	157,9	167,8
Exporte	1 321,4	1 381,0	1 387,2	11,2	4,5	0,4	4,5	1,7	- 2,6	1,1	0,1	3,1	4,6
Importe	1 185,8	1 223,1	1 219,4	13,1	3,1	- 0,3	2,3	0,3	- 2,2	- 0,4	0,1	1,3	3,9
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 609,9	2 666,4	2 737,6	4,6	2,2	2,7	1,9	1,8	0,4	3,4	3,4	3,4	4,3
IV. Preise (2005 = 100)													
Privater Konsum	108,4	110,2	112,0	2,1	1,6	1,6	1,6	1,7	1,5	1,7	1,7	1,5	1,4
Bruttoinlandsprodukt	106,3	107,9	110,3	1,2	1,5	2,2	1,5	1,8	2,0	2,5	2,2	2,1	1,7
Terms of Trade	97,3	96,9	98,2	- 2,3	- 0,4	1,4	- 0,3	- 0,1	0,8	1,6	1,4	1,6	1,4
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 325,9	1 377,6	1 416,7	4,4	3,9	2,8	3,9	3,8	3,0	2,6	2,9	2,8	3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	686,1	676,6	711,3	5,3	- 1,4	5,1	- 1,9	- 4,0	- 2,4	9,8	5,4	9,3	5,8
Volkseinkommen	2 012,0	2 054,3	2 127,9	4,7	2,1	3,6	1,8	1,5	1,0	4,9	3,8	4,6	4,3
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 668,9	2 730,1	2 813,8	4,7	2,3	3,1	2,0	1,9	1,0	4,1	3,3	3,8	3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2014. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubventionen).

3 Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe ¹⁾

Arbeitstäglich bereinigt ²⁾

Produzierendes Gewerbe ¹⁾	davon:											
	Baugewerbe ²⁾	Energie ³⁾	Industrie									
			zusammen	davon: nach Hauptgruppen					darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2010=100												
Gewicht in % ⁴⁾	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2010	99,5	99,2	100,1	99,4	99,5	99,3	99,4	99,5	99,5	99,3	99,3	99,2
2011	106,7	107,0	95,7	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,9	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,7	108,3	106,0	113,7	114,8
2013 1.Vj.	101,2	77,0	104,9	104,2	102,6	108,3	100,7	97,5	105,4	104,6	105,9	112,3
2.Vj.	106,0	108,7	90,0	107,7	105,5	113,8	98,1	98,1	109,2	105,0	113,7	115,9
3.Vj.	107,3	117,4	91,1	108,0	106,0	112,9	98,8	101,3	109,4	106,1	112,2	114,0
4.Vj.	111,0	119,3	99,7	111,2	103,6	121,0	102,8	105,8	109,2	108,3	123,1	116,8
2014 1.Vj. ^{r)}	105,1	87,5	99,0	108,4	106,6	113,4	102,3	100,4	111,5	106,6	107,7	123,1
2013 Juni	109,5	114,4	87,7	111,6	107,9	120,2	104,8	98,4	113,1	110,9	122,9	118,9
Juli	107,7	119,8	91,1	108,1	108,0	111,7	97,0	100,4	110,9	105,2	113,1	109,2
Aug.	101,7	113,1	89,3	101,7	101,2	104,2	85,3	99,1	102,5	101,8	102,7	104,8
Sept.	112,6	119,3	92,8	114,2	108,8	122,7	114,2	104,4	114,9	111,3	120,7	128,0
Okt.	112,3	120,0	99,1	112,9	110,9	116,9	107,1	108,2	115,5	110,4	112,9	120,4
Nov.	116,1	121,2	99,4	117,6	110,1	128,1	111,7	109,1	117,5	115,5	122,9	134,0
Dez.	104,5	116,8	100,6	103,2	89,7	117,9	89,7	100,1	94,6	99,1	133,6	96,1
2014 Jan. ^{r)}	98,1	73,2	103,9	100,8	101,6	101,4	93,5	98,7	105,3	98,3	96,9	108,3
Febr. ^{r)}	102,4	85,3	94,3	105,9	103,8	111,6	101,0	96,4	108,4	104,5	103,5	124,0
März ^{r)} ⁵⁾	114,9 ⁵⁾	104,1	98,9	118,6	114,5	127,2	112,4	106,1	120,9	117,1	122,8	137,0
April ^{x)} ⁵⁾	106,4 ⁵⁾	106,5	88,7	108,7	107,1	113,3	98,0	102,1	112,9	105,4	107,7	123,0
Mai ^{x)} ⁵⁾	104,6 ⁵⁾	105,6	85,5	107,0	104,9	112,8	94,7	98,7	110,8	103,7	108,5	120,8
Juni ^{x)p)} ⁵⁾	109,0 ⁵⁾	113,2	83,7	111,7	108,1	119,7	101,5	101,0	115,6	110,8	118,0	123,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2010	+ 10,3	.	+ 3,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,4	+ 16,4	+ 10,2	+ 24,8
2011	+ 7,2	+ 7,9	- 4,4	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 9,7	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	- 1,0	+ 1,7	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,9	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2013 1.Vj.	- 2,2	- 5,7	- 0,4	- 1,9	- 2,1	- 2,5	- 1,9	+ 0,4	- 1,3	- 2,2	- 5,0	- 4,0
2.Vj.	- 0,3	- 0,4	- 2,1	- 0,2	- 1,4	+ 0,6	- 1,1	+ 1,2	- 0,2	- 2,5	- 1,0	+ 1,7
3.Vj.	± 0,0	+ 1,0	- 0,8	- 0,1	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,9	- 3,7	- 1,7	+ 1,8
4.Vj.	+ 2,9	+ 2,5	- 0,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 2,4	+ 8,0
2014 1.Vj. ^{r)}	+ 3,9	+ 13,7	- 5,6	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,7	+ 1,6	+ 3,0	+ 5,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 9,6
2013 Juni	+ 0,6	+ 0,2	- 1,3	+ 0,9	- 0,6	+ 2,4	+ 4,3	- 0,2	+ 0,8	- 1,4	+ 1,5	+ 3,0
Juli	- 1,4	+ 0,9	± 0,0	- 1,9	- 1,1	- 3,5	- 0,7	+ 0,6	- 0,3	- 6,4	- 4,2	- 5,5
Aug.	+ 0,5	+ 2,2	- 2,5	+ 0,6	- 1,0	+ 2,2	- 3,1	+ 0,4	+ 0,7	- 3,0	- 1,2	+ 8,8
Sept.	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,2	- 0,4	+ 2,3	- 1,6	+ 0,3	+ 3,2
Okt.	+ 1,3	+ 0,3	- 0,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,9	- 0,4	± 0,0	+ 3,1	- 0,3	+ 0,2	+ 4,0
Nov.	+ 3,8	+ 1,6	- 0,9	+ 4,7	+ 3,8	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 10,7
Dez.	+ 3,8	+ 5,8	- 0,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,0	+ 9,7
2014 Jan. ^{r)}	+ 4,9	+ 13,3	- 2,0	+ 4,9	+ 3,7	+ 7,2	+ 0,4	+ 2,5	+ 6,0	+ 1,5	+ 6,0	+ 12,6
Febr. ^{r)}	+ 4,4	+ 16,4	- 5,4	+ 4,4	+ 5,2	+ 4,2	+ 2,4	+ 3,5	+ 6,0	+ 5,2	- 0,7	+ 9,7
März ^{r)} ⁵⁾	+ 2,7 ⁵⁾	+ 11,9	- 9,3	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,2	+ 1,9	+ 3,0	+ 5,6	- 0,4	+ 0,6	+ 7,2
April ^{x)} ⁵⁾	+ 1,3 ⁵⁾	+ 1,5	- 5,9	+ 2,2	+ 3,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 4,8	+ 5,1	+ 4,2	- 3,4	+ 4,0
Mai ^{x)} ⁵⁾	+ 1,1 ⁵⁾	- 1,2	- 2,8	+ 1,9	- 0,2	+ 4,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 3,6	+ 0,9	+ 1,6	+ 9,2
Juni ^{x)p)} ⁵⁾	- 0,5 ⁵⁾	- 1,0	- 4,6	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4	- 3,1	+ 2,6	+ 2,2	- 0,1	- 4,0	+ 3,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. ^o Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ¹ Bis Dezember 2009 ohne, ab Januar 2010 einschl. Ausbaugewerbe. ² Daten erst ab Januar 2010 verfügbar. ³ Ab Januar 2010 Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Wind- und Photovoltaikanlagen). ⁴ Gewicht für die Angaben ab

2010: Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. ⁵ Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 3%). ^x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie ^{*)}

Arbeitstäglich bereinigt ^{o)}

Zeit	Industrie		davon:									
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon:			
			2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2009	79,8	- 24,4	77,8	- 26,3	79,4	- 24,5	94,6	- 12,2	86,8	- 14,5	97,2	- 11,7
2010	99,5	+ 24,7	99,6	+ 28,0	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,5	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	+ 0,0	99,5	- 5,5	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,3	107,4	+ 2,0
2013 Juni	115,9	+ 5,1	104,4	- 1,5	125,9	+ 10,1	102,3	± 0,0	108,3	+ 7,5	100,2	- 2,5
Juli	108,9	+ 1,6	104,3	- 1,1	111,9	+ 3,4	111,5	+ 1,5	99,0	- 1,1	115,9	+ 2,5
Aug.	99,8	+ 2,0	95,7	- 2,0	102,1	+ 5,4	103,8	- 1,2	91,6	- 1,2	107,9	- 1,4
Sept.	112,3	+ 7,4	102,0	+ 1,5	119,6	+ 11,6	111,9	+ 4,4	111,5	± 0,0	112,2	+ 6,1
Okt.	111,2	+ 2,9	107,6	+ 3,6	113,8	+ 2,4	112,0	+ 3,9	110,0	+ 7,3	112,8	+ 2,8
Nov.	114,5	+ 6,8	106,0	+ 2,7	120,7	+ 9,1	112,8	+ 8,6	107,6	+ 9,9	114,6	+ 8,0
Dez.	107,7	+ 5,6	90,2	+ 0,7	121,9	+ 8,7	94,8	+ 2,5	88,5	+ 6,2	97,1	+ 1,5
2014 Jan.	111,4	+ 6,3	108,0	+ 2,8	113,8	+ 8,4	112,6	+ 10,7	100,8	+ 1,9	116,7	+ 13,6
Febr.	113,0	+ 5,9	106,0	+ 4,1	117,4	+ 6,6	116,8	+ 8,7	97,6	+ 2,2	123,5	+ 10,7
März	120,3	+ 0,6	113,7	- 1,4	125,9	+ 1,5	113,4	+ 3,5	113,1	+ 1,6	113,4	+ 4,1
April	112,4	+ 5,8	105,7	+ 2,6	117,9	+ 8,2	107,2	+ 4,9	108,2	+ 7,3	106,9	+ 4,1
Mai	110,5	+ 5,0	103,1	+ 0,2	116,3	+ 8,3	106,4	+ 5,2	99,6	+ 1,1	108,7	+ 6,6
Juni ^{p)}	112,7	- 2,8	106,0	+ 1,5	118,2	- 6,1	107,8	+ 5,4	105,1	- 3,0	108,8	+ 8,6
aus dem Inland												
2009	83,8	- 22,2	77,2	- 26,2	88,0	- 19,5	98,2	- 15,9	95,1	- 16,1	99,2	- 15,9
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,4	101,9	- 1,4	107,5	+ 2,0	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2013 Juni	106,5	+ 1,1	102,5	- 1,3	112,2	+ 3,4	96,9	+ 2,5	103,0	+ 8,9	94,7	+ 0,2
Juli	106,6	+ 0,9	104,1	- 0,9	109,5	+ 2,3	104,7	+ 2,0	99,0	+ 0,6	106,7	+ 2,5
Aug.	100,1	+ 3,8	96,5	- 1,1	103,6	+ 9,7	101,4	+ 0,1	92,8	- 4,0	104,4	+ 1,5
Sept.	106,0	+ 3,6	100,9	± 0,0	111,2	+ 7,3	105,1	+ 2,1	113,6	- 1,0	102,1	+ 3,4
Okt.	105,4	+ 2,1	103,6	+ 0,9	107,2	+ 3,7	105,5	+ 1,0	117,3	+ 4,6	101,4	- 0,4
Nov.	109,6	+ 5,3	105,4	+ 1,4	114,6	+ 9,0	104,5	+ 5,9	108,7	+ 4,9	103,0	+ 6,2
Dez.	94,0	+ 1,6	87,9	+ 1,7	101,7	+ 1,3	84,5	+ 3,3	81,4	+ 1,2	85,6	+ 4,0
2014 Jan.	106,2	+ 3,3	106,2	+ 1,2	106,5	+ 5,0	104,9	+ 6,3	102,6	- 1,8	105,7	+ 9,3
Febr.	107,0	+ 3,3	104,2	+ 2,8	109,4	+ 3,8	109,7	+ 3,6	99,9	- 1,9	113,1	+ 5,3
März	116,8	+ 1,1	109,3	- 3,4	125,3	+ 5,0	111,0	+ 4,2	113,8	- 0,4	110,0	+ 6,1
April	107,7	+ 5,0	104,3	+ 2,7	112,3	+ 7,3	100,0	+ 4,7	107,5	+ 5,1	97,4	+ 4,6
Mai	104,7	+ 4,6	102,8	+ 1,6	107,8	+ 8,1	96,9	+ 1,8	96,8	+ 1,3	96,9	+ 1,9
Juni ^{p)}	105,3	- 1,1	102,5	± 0,0	108,9	- 2,9	100,3	+ 3,5	107,1	+ 4,0	97,9	+ 3,4
aus dem Ausland												
2009	76,7	- 26,0	78,5	- 26,5	74,1	- 27,7	91,5	- 8,7	79,5	- 12,8	95,6	- 7,5
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,5	+ 25,2	99,6	+ 4,2
2011	110,0	+ 10,4	108,5	+ 8,9	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,5	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,7	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,9	104,7	- 0,5	118,4	+ 6,1	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2013 Juni	123,5	+ 8,0	106,7	- 1,6	134,3	+ 13,7	106,9	- 1,8	113,0	+ 6,5	104,8	- 4,6
Juli	110,8	+ 2,1	104,6	- 1,4	113,3	+ 4,0	117,4	+ 1,3	99,0	- 2,6	123,8	+ 2,6
Aug.	99,5	+ 0,6	94,8	- 3,2	101,2	+ 2,8	105,8	- 2,3	90,6	+ 1,6	110,9	- 3,5
Sept.	117,4	+ 10,2	103,4	+ 3,4	124,8	+ 14,0	117,8	+ 6,3	109,6	+ 0,8	120,7	+ 8,2
Okt.	116,0	+ 3,5	112,4	+ 6,6	117,8	+ 1,7	117,6	+ 6,2	103,6	+ 10,1	122,5	+ 5,2
Nov.	118,5	+ 7,9	106,8	+ 4,4	124,5	+ 9,2	119,9	+ 10,6	106,6	+ 14,7	124,5	+ 9,4
Dez.	118,8	+ 8,3	92,9	- 0,4	134,3	+ 12,6	103,7	+ 2,0	94,6	+ 10,1	106,8	- 0,3
2014 Jan.	115,7	+ 8,6	110,1	+ 4,5	118,3	+ 10,3	119,2	+ 14,3	99,2	+ 5,4	126,0	+ 16,9
Febr.	117,9	+ 7,9	108,1	+ 5,7	122,4	+ 8,3	122,9	+ 13,0	95,6	+ 6,1	132,3	+ 14,8
März	123,2	+ 0,2	118,9	+ 0,9	126,3	- 0,6	115,4	+ 2,9	112,5	+ 3,6	116,3	+ 2,6
April	116,3	+ 6,6	107,4	+ 2,6	121,4	+ 8,8	113,4	+ 5,1	108,9	+ 9,4	114,9	+ 3,7
Mai	115,2	+ 5,3	103,4	- 1,3	121,6	+ 8,4	114,5	+ 7,8	102,1	+ 1,1	118,8	+ 10,1
Juni ^{p)}	118,8	- 3,8	110,1	+ 3,2	124,0	- 7,7	114,2	+ 6,8	103,3	- 8,6	118,0	+ 12,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ^{o)} Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsstaglich bereinigt )

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)			
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2009	98,4	- 5,2	94,2	- 12,2	90,9	- 0,4	95,3	- 21,3	97,0	- 1,1	102,5	+ 2,2	94,3	- 14,9	105,4	+ 3,6
2010	99,7	+ 1,3	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,9	+ 3,0	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,1	102,2	+ 2,5	112,8	+ 13,1	96,0	- 3,8
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,6	- 0,2	107,6	+ 5,3	118,5	+ 5,1	103,3	+ 7,6
2013	119,1	+ 4,0	126,4	+ 4,1	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,7	+ 2,3	111,7	+ 3,8	121,8	+ 2,8	107,6	+ 4,2
2013 Mai	125,5	+ 5,6	135,3	+ 14,0	142,2	+ 9,6	140,4	+ 16,6	106,7	+ 16,1	115,7	- 2,9	127,2	+ 6,4	117,0	+ 2,8
Juni	145,9	+ 11,7	157,6	+ 15,3	182,0	+ 12,0	158,1	+ 22,0	108,0	+ 0,8	134,2	+ 7,8	151,3	+ 18,5	125,9	+ 4,2
Juli	142,5	+ 14,5	141,9	+ 14,6	158,1	+ 14,1	142,4	+ 12,4	108,8	+ 26,7	143,0	+ 14,3	133,1	+ 9,5	145,8	+ 19,7
Aug.	123,8	- 1,2	124,1	- 11,8	144,8	+ 5,9	121,1	- 19,3	92,4	- 23,3	123,4	+ 12,2	119,3	- 10,8	119,9	+ 7,1
Sept.	125,9	+ 5,0	135,7	+ 4,9	152,8	+ 10,1	132,8	+ 1,4	110,8	+ 4,5	116,1	+ 5,1	130,5	+ 3,0	110,4	+ 4,6
Okt.	117,5	- 11,1	128,6	- 2,4	141,4	+ 3,9	134,7	- 2,1	85,6	- 19,2	106,5	- 19,7	125,4	- 9,2	100,0	- 19,7
Nov.	106,6	+ 16,6	119,6	+ 18,4	122,9	+ 0,7	132,4	+ 34,1	75,0	+ 12,4	93,6	+ 14,4	123,1	+ 30,8	83,2	+ 8,9
Dez.	106,3	+ 13,8	120,0	+ 11,0	136,9	+ 11,8	121,3	+ 6,9	82,9	+ 29,9	92,5	+ 17,5	113,6	+ 8,0	86,5	+ 24,3
2014 Jan.	93,1	+ 13,4	106,5	+ 17,8	112,9	+ 10,8	113,3	+ 22,4	73,7	+ 20,8	79,7	+ 7,8	110,7	+ 27,8	67,1	- 3,7
Febr.	102,3	+ 4,2	112,9	+ 12,0	134,0	+ 23,7	114,3	+ 9,6	67,0	- 11,4	91,7	+ 4,1	106,4	+ 2,0	85,3	- 3,0
März	138,8	+ 6,0	146,4	+ 9,9	165,1	+ 9,1	147,9	+ 12,7	105,1	+ 1,7	131,1	+ 1,9	141,1	+ 8,7	125,8	+ 1,5
April	134,0	+ 8,4	133,3	+ 2,5	170,1	+ 17,2	121,6	- 3,1	95,9	- 16,2	134,7	+ 15,0	125,4	+ 6,5	128,3	+ 6,1
Mai	127,7	+ 1,8	130,9	- 3,3	157,1	+ 10,5	122,9	- 12,5	103,0	- 3,5	124,5	+ 7,6	120,3	- 5,4	123,5	+ 5,6

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erlauerungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. ) Mit Hilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauauftrage. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt )

Zeit	Einzelhandel															
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln		Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen 3)			
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	2010 = 100	%	
2010	100,1	+ 2,5	100,0	+ 1,2	100,2	+ 0,8	99,8	+ 4,4	99,9	+ 3,0	100,0	+ 2,5	100,2	+ 3,8	99,3	- 4,7
2011	102,6	+ 2,5	101,1	+ 1,1	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,2	105,2	+ 2,6	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013 4)	106,4	+ 1,8	101,4	+ 0,5	109,0	+ 3,6	103,6	+ 1,3	95,5	- 3,5	102,4	- 2,0	103,4	+ 3,0	104,7	- 1,0
2013 Juni	104,4	+ 1,3	99,1	- 0,6	110,1	+ 4,3	101,2	+ 6,2	84,1	- 11,5	101,3	- 0,4	99,2	+ 0,6	110,2	- 0,5
Juli	106,4	+ 2,3	101,5	+ 0,4	111,7	+ 6,7	103,3	+ 0,8	85,4	- 8,0	103,2	- 1,6	106,4	+ 3,7	106,4	- 1,5
Aug.	103,4	+ 1,7	99,0	+ 0,6	108,0	+ 4,0	97,9	+ 4,7	87,3	- 3,4	98,1	- 5,8	99,2	+ 3,1	97,8	+ 0,3
Sept.	104,7	+ 1,3	99,6	+ 0,3	103,5	+ 1,2	115,1	+ 1,8	93,3	± 0,0	102,0	- 1,6	101,8	+ 6,2	105,1	- 0,7
Okt.	109,6	+ 1,0	104,0	+ 0,1	110,7	+ 3,6	118,1	- 0,2	96,5	- 2,4	109,4	- 2,3	106,4	+ 4,3	115,7	+ 2,8
Nov.	112,2	+ 2,7	106,6	+ 1,7	112,1	+ 4,9	111,2	+ 7,1	106,7	- 1,6	110,2	- 1,5	106,5	+ 3,1	112,5	+ 3,1
Dez.	122,8	+ 1,2	117,3	+ 0,4	124,2	+ 1,6	120,3	- 1,5	143,4	- 3,0	103,4	- 3,0	116,5	+ 7,7	98,0	+ 4,4
2014 Jan.	99,4	+ 2,1	95,0	+ 1,0	101,4	+ 1,9	90,0	+ 3,3	99,3	- 2,2	88,1	- 1,1	105,0	+ 5,0	92,4	+ 8,2
Febr.	96,2	+ 3,2	91,5	+ 2,3	100,6	+ 2,8	81,9	+ 6,8	82,4	- 3,1	90,5	+ 2,6	102,5	+ 6,7	96,6	+ 6,7
März	111,1	+ 2,7	104,9	+ 1,8	115,6	+ 3,5	109,4	+ 11,1	86,3	- 9,7	111,6	+ 3,2	109,2	+ 3,7	119,7	+ 5,1
April	108,5	+ 1,6	102,4	+ 0,9	113,5	+ 4,8	104,3	- 5,2	82,2	- 2,7	108,4	+ 0,1	109,5	+ 7,6	114,6	+ 2,9
Mai	107,8	+ 0,2	101,9	- 0,1	111,6	+ 1,3	106,2	+ 1,8	83,4	+ 1,1	104,5	- 3,1	106,6	+ 5,4	111,3	+ 1,3
Juni	107,1	+ 2,6	101,5	+ 2,4	113,9	+ 3,5	101,8	+ 0,6	82,6	- 1,8	100,3	- 1,0	109,3	+ 10,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erlauerungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. ) Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufsräumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ab Januar 2011 basierend

auf Daten aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Primärerhebungen, davor Stichprobenbefragung. 4 Ergebnisse ab Januar 2013 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III		
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung	Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)						
2009	40 372	+ 0,1	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 905	1 144	1 078	3 415	1 190	8,1	301
2010	40 587	+ 0,5	27 757	+ 1,0	8 426	18 438	679	4 883	503	429	3 238	1 075	7,7	359
2011	41 152	+ 1,4	28 440	+ 2,5	8 583	18 836	798	4 865	148	100	2 976	892	7,1	466
2012	41 607	+ 1,1	28 991	+ 1,9	8 731	19 250	775	4 805	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	41 847	+ 0,6	29 355	+ 1,3	8 776	19 598	743	4 794	124	77	2 950	970	6,9	457
2011 2.Vj.	41 064	+ 1,4	28 266	+ 2,4	8 535	18 721	786	4 867	121	107	2 977	850	7,1	470
3.Vj.	41 343	+ 1,4	28 566	+ 2,4	8 638	18 862	836	4 865	76	64	2 893	843	6,9	497
4.Vj.	41 611	+ 1,3	28 983	+ 2,6	8 732	19 184	830	4 874	102	72	2 743	787	6,5	486
2012 1.Vj.	41 145	+ 1,4	28 638	+ 2,5	8 623	19 036	760	4 797	201	82	3 074	998	7,3	472
2.Vj.	41 545	+ 1,2	28 860	+ 2,1	8 696	19 149	773	4 798	77	65	2 876	847	6,8	499
3.Vj.	41 779	+ 1,1	29 077	+ 1,8	8 770	19 265	799	4 803	56	43	2 856	885	6,7	493
4.Vj.	41 961	+ 0,8	29 391	+ 1,4	8 835	19 550	767	4 823	113	76	2 750	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 394	+ 0,6	29 016	+ 1,3	8 689	19 405	702	4 765	234	102	3 131	1 109	7,4	444
2.Vj.	41 749	+ 0,5	29 214	+ 1,2	8 737	19 508	726	4 779	99	87	2 941	945	6,8	459
3.Vj.	42 029	+ 0,6	29 451	+ 1,3	8 807	19 626	772	4 810	70	57	2 903	934	6,7	471
4.Vj.	42 214	+ 0,6	29 738	+ 1,2	8 872	19 853	772	4 820	92	61	2 827	891	6,6	455
2014 1.Vj.	9) 41 738	9) + 0,8	10) 29 410	10) + 1,4	10) 8 746	10) 19 716	10) 725	10) 4 738	...	10) 59	3 109	1 078	7,2	452
2.Vj.	9) 42 137	9) + 0,9	2 886	900	6,6	487
2011 März	40 679	+ 1,5	28 080	+ 2,5	8 477	18 632	759	4 836	246	143	3 211	1 010	7,6	442
April	40 908	+ 1,5	28 214	+ 2,4	8 518	18 703	771	4 857	133	117	3 078	907	7,3	461
Mai	41 092	+ 1,4	28 354	+ 2,5	8 559	18 768	798	4 880	122	107	2 960	839	7,0	470
Juni	41 192	+ 1,4	28 381	+ 2,4	8 580	18 753	821	4 894	110	96	2 893	804	6,9	480
Juli	41 209	+ 1,4	28 357	+ 2,4	8 591	18 712	831	4 890	81	68	2 939	859	7,0	492
Aug.	41 303	+ 1,4	28 658	+ 2,4	8 660	18 922	843	4 840	71	59	2 945	867	7,0	497
Sept.	41 518	+ 1,3	28 984	+ 2,5	8 746	19 149	845	4 833	76	65	2 796	802	6,6	502
Okt.	41 656	+ 1,3	29 039	+ 2,6	8 750	19 206	839	4 851	81	70	2 737	778	6,5	500
Nov.	41 679	+ 1,3	29 024	+ 2,6	8 744	19 207	835	4 901	85	76	2 713	769	6,4	492
Dez.	41 498	+ 1,4	28 787	+ 2,7	8 655	19 128	784	4 909	140	72	2 780	813	6,6	467
2012 Jan.	41 140	+ 1,5	28 580	+ 2,6	8 613	18 995	758	4 813	206	82	3 084	1 011	7,3	452
Febr.	41 091	+ 1,3	28 580	+ 2,4	8 601	19 012	752	4 743	230	87	3 110	1 028	7,4	473
März	41 203	+ 1,3	28 719	+ 2,3	8 653	19 077	758	4 763	167	78	3 028	955	7,2	491
April	41 395	+ 1,2	28 836	+ 2,2	8 687	19 144	765	4 784	83	71	2 963	893	7,0	499
Mai	41 584	+ 1,2	28 924	+ 2,0	8 713	19 185	780	4 812	77	65	2 855	831	6,7	499
Juni	41 655	+ 1,1	28 921	+ 1,9	8 723	19 163	792	4 834	71	58	2 809	817	6,6	499
Juli	41 689	+ 1,2	28 910	+ 2,0	8 730	19 137	806	4 829	54	42	2 876	885	6,8	500
Aug.	41 740	+ 1,1	29 154	+ 1,7	8 789	19 321	802	4 777	47	34	2 905	910	6,8	493
Sept.	41 908	+ 0,9	29 414	+ 1,5	8 863	19 512	789	4 775	66	54	2 788	862	6,5	485
Okt.	42 044	+ 0,9	29 470	+ 1,5	8 863	19 579	782	4 803	85	70	2 753	846	6,5	468
Nov.	42 034	+ 0,9	29 424	+ 1,4	8 840	19 580	767	4 851	98	85	2 751	864	6,5	451
Dez.	41 804	+ 0,7	29 143	+ 1,2	8 739	19 471	715	4 854	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 380	+ 0,6	28 965	+ 1,3	8 678	19 372	699	4 762	234	104	3 138	1 121	7,4	420
Febr.	41 368	+ 0,7	28 981	+ 1,4	8 674	19 387	700	4 736	245	104	3 156	1 132	7,4	448
März	41 433	+ 0,6	29 062	+ 1,2	8 692	19 439	700	4 740	222	98	3 098	1 072	7,3	463
April	41 599	+ 0,5	29 201	+ 1,3	8 735	19 505	719	4 761	113	100	3 020	1 001	7,1	460
Mai	41 787	+ 0,5	29 277	+ 1,2	8 752	19 542	734	4 796	86	74	2 937	935	6,8	457
Juni	41 862	+ 0,5	29 269	+ 1,2	8 757	19 517	748	4 819	99	86	2 865	897	6,6	459
Juli	41 939	+ 0,6	29 266	+ 1,2	8 765	19 484	773	4 829	81	68	2 914	943	6,8	469
Aug.	41 966	+ 0,5	29 548	+ 1,4	8 826	19 701	775	4 795	60	47	2 946	956	6,8	471
Sept.	42 182	+ 0,7	29 810	+ 1,3	8 903	19 868	785	4 795	70	56	2 849	904	6,6	473
Okt.	42 298	+ 0,6	29 807	+ 1,1	8 895	19 879	783	4 805	83	70	2 801	870	6,5	466
Nov.	42 271	+ 0,6	29 758	+ 1,1	8 882	19 861	776	4 841	80	67	2 806	881	6,5	458
Dez.	42 073	+ 0,6	29 491	+ 1,2	8 775	19 769	727	4 834	114	45	2 873	923	6,7	440
2014 Jan.	41 701	+ 0,8	29 348	+ 1,3	8 731	19 676	721	4 734	189	63	3 136	1 104	7,3	425
Febr.	41 709	+ 0,8	10) 29 381	10) + 1,4	10) 8 731	10) 19 703	10) 722	10) 4 709	...	10) 57	3 138	1 105	7,3	456
März	9) 41 805	9) + 0,9	10) 29 515	10) + 1,6	10) 8 774	10) 19 767	10) 734	10) 4 710	...	10) 56	3 055	1 026	7,1	476
April	9) 41 997	9) + 1,0	10) 29 649	10) + 1,5	10) 8 804	10) 19 857	10) 740	10) 4 730	...	10) 61	2 943	938	6,8	485
Mai	9) 42 176	9) + 0,9	10) 29 719	10) + 1,5	10) 8 813	10) 19 909	10) 742	10) 4 758	...	10) 60	2 882	893	6,6	481
Juni	9) 42 239	9) + 0,9	2 833	869	6,5	495
Juli	2 871	909	6,6	502

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbsspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren

Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. 9 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts. 10 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2012 und 2013 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,4 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,9 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab. 11 Ab Mai 2014 berechnet auf Basis neuer Erwerbsspersonenzahlen.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz ³⁾	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe ⁴⁾	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie ⁵⁾	sonstige Rohstoffe ⁶⁾
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie ¹⁾	Energie ¹⁾	Dienstleistungen ohne Wohnmieten ²⁾	Wohnmieten ²⁾							
2010 = 100													
Indexstand													
2009	98,9	98,6	99,4	96,2	99,5	98,8	99,1	98,5	88,1	97,0	93,4	72,8	74,5
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,0	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,0	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,4	104,3	105,9	133,1	101,0
2012 Sept.	104,6	105,0	102,5	119,3	102,6	102,7		107,3	121,4	105,2	108,5	143,2	111,9
Okt.	104,6	105,7	103,0	118,1	102,4	102,8		107,4	122,7	105,0	108,0	139,9	108,7
Nov.	104,7	107,0	102,8	116,7	102,7	102,9	106,3	107,4	125,2	105,1	108,0	138,5	107,0
Dez.	105,0	108,0	102,7	115,5	104,0	102,9		107,1	124,4	104,8	107,4	136,2	106,5
2013 Jan.	104,5	109,0	101,7	118,1	101,9	103,2		107,7	123,7	104,8	107,3	138,6	106,2
Febr.	105,1	108,9	102,2	119,5	103,0	103,3	107,1	107,5	124,2	104,7	107,6	141,7	106,9
März	105,6	109,9	103,2	117,8	103,7	103,4		107,2	123,8	104,9	107,6	136,3	107,7
April	105,1	110,0	103,3	118,2	101,8	103,5		107,1	124,4	104,7	106,4	127,8	104,0
Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	107,7	106,8	124,1	104,5	106,0	129,0	103,3
Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		106,7	121,7	104,1	105,3	127,1	100,7
Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		106,6	119,0	104,2	105,4	133,7	99,9
Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5	118,8	104,2	105,5	135,3	98,1
Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1		106,8	120,5	104,2	105,5	135,7	97,3
Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1		106,6	121,0	103,9	104,8	130,1	95,3
Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	108,4	106,5	122,0	103,9	104,9	130,3	96,3
Dez.	106,5	112,1	103,3	116,8	105,5	104,5		106,6	122,1	103,8	104,9	131,5	96,6
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7		106,5 p)	119,2	104,0	104,8	129,4	96,0
Febr.	106,4	112,7	103,2	116,3	105,1	104,8	109,2	106,5 p)	119,1	104,0	104,7	129,3	97,2
März	106,7	112,3	104,2	115,9	105,4	104,9		106,2 p)	120,1	103,8	104,1	126,0	96,9
April	106,5	112,0	104,2	116,7	104,7	105,1		106,1 p)	120,9	103,9	103,8	126,2	99,3
Mai	106,4	111,6	103,9	116,7	104,3	105,2	109,5	105,9 p)	118,6	103,9	103,8	129,2	98,9
Juni	106,7	111,5	103,5	117,3	105,4	105,3		105,9 p)	117,4	104,0	104,0	133,0	97,4
Juli	107,0	111,3	103,2	117,0	106,7	105,4		127,7	95,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2009	+ 0,3	- 1,3	+ 1,3	- 5,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	- 4,2	- 19,0	- 2,2	- 8,5	- 33,6	- 19,0
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 13,5	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,0	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,2	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2012 Sept.	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,0	+ 7,1	+ 1,4	+ 1,2		+ 1,2	+ 7,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 5,5	- 1,9
Okt.	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,4	+ 5,6	+ 1,5	+ 1,2		+ 1,1	+ 9,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 6,0	+ 3,4
Nov.	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,2	+ 10,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,9
Dez.	+ 2,0	+ 4,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,1		+ 1,4	+ 10,9	+ 1,1	± 0,0	+ 1,0	+ 2,7
2013 Jan.	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,5	+ 10,9	+ 0,4	- 1,3	- 1,8	- 2,9
Febr.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 8,9	± 0,0	- 1,7	- 4,5	- 2,2
März	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,3		+ 0,1	+ 6,2	+ 0,1	- 2,2	- 12,1	- 2,5
April	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,3		- 0,2	+ 6,2	- 0,4	- 3,0	- 14,0	- 5,6
Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2	+ 8,0	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2
Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 0,1	+ 7,4	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		± 0,0	+ 4,0	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5
Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5	+ 0,8	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1
Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4		- 0,5	- 0,7	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0
Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3		- 0,7	- 1,4	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3
Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,8	- 2,6	- 1,1	- 2,9	- 5,9	- 10,0
Dez.	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6		- 0,5	- 1,8	- 1,0	- 2,3	- 3,5	- 9,3
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5		- 1,1 p)	- 3,6	- 0,8	- 2,3	- 6,6	- 9,6
Febr.	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,0	- 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9 p)	- 4,1	- 0,7	- 2,7	- 8,8	- 9,1
März	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 1,5		- 0,9 p)	- 3,0	- 1,0	- 3,3	- 7,6	- 10,0
April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5		- 0,9 p)	- 2,8	- 0,8	- 2,4	- 1,3	- 4,5
Mai	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	- 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8 p)	- 4,4	- 0,6	- 2,1	+ 0,2	- 4,3
Juni	+ 1,0	± 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5		- 0,7 p)	- 3,5	- 0,1	- 1,2	+ 4,6	- 3,3
Juli	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	- 1,5	+ 1,5	+ 1,4		- 4,5	- 4,3

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. **1** Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. **2** Netto-

mieten. **3** Ohne Mehrwertsteuer. **4** HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. **5** Kohle und Röhöl (Brent). **6** Nahrungs- und Genussmittel sowie Industriehstoffe. **7** Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,6	3,8	664,0	2,7	356,2	0,7	1 020,1	2,0	1 569,9	3,0	180,3	7,3	11,5
2009	1 003,8	0,1	667,7	0,6	384,1	7,8	1 051,8	3,1	1 562,9	- 0,4	170,3	- 5,5	10,9
2010	1 033,2	2,9	696,7	4,4	387,8	1,0	1 084,5	3,1	1 609,9	3,0	174,9	2,7	10,9
2011	1 081,7	4,7	723,4	3,8	384,2	- 0,9	1 107,6	2,1	1 672,0	3,9	173,6	- 0,7	10,4
2012	1 126,6	4,2	751,9	3,9	389,2	1,3	1 141,1	3,0	1 710,3	2,3	176,5	1,6	10,3
2013	1 161,2	3,1	773,2	2,8	397,6	2,2	1 170,7	2,6	1 747,2	2,2	174,1	- 1,4	10,0
2012 4.Vj.	311,7	4,0	207,9	3,7	97,3	1,6	305,2	3,0	429,5	1,9	38,0	- 1,1	8,8
2013 1.Vj.	270,0	3,2	180,1	3,0	100,3	2,5	280,4	2,8	428,0	0,6	56,3	- 3,1	13,1
2.Vj.	283,4	2,8	184,6	2,5	99,0	2,5	283,6	2,5	434,4	2,5	41,5	- 2,5	9,5
3.Vj.	286,9	3,2	195,1	3,2	99,5	2,1	294,6	2,8	445,1	3,2	37,7	- 0,4	8,5
4.Vj.	321,0	3,0	213,3	2,6	98,8	1,6	312,2	2,3	439,6	2,4	38,6	1,6	8,8
2014 1.Vj.	279,7	3,6	185,6	3,1	99,8	- 0,4	285,5	1,8	438,6	2,5	57,5	2,1	13,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2014. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	
2006	101,0	1,0	101,2	1,2	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,2	1,2	102,5	1,4	102,2	1,5	102,2	1,4	102,2	1,4
2008	105,0	2,7	105,4	2,8	105,3	3,0	105,5	3,2	104,6	2,3
2009	107,1	2,0	107,6	2,0	107,7	2,3	108,1	2,4	104,5	- 0,0
2010	108,8	1,6	109,4	1,7	109,5	1,7	110,0	1,8	106,9	2,3
2011	110,7	1,8	111,4	1,8	111,5	1,8	112,0	1,8	110,4	3,3
2012	113,7	2,7	114,3	2,6	114,7	2,9	115,1	2,9	113,6	2,9
2013	116,4	2,4	117,1	2,4	117,5	2,5	118,0	2,5	116,1	2,2
2013 1.Vj.	107,8	2,8	108,4	2,9	108,8	2,9	117,0	2,9	109,1	2,3
2.Vj.	109,0	2,1	109,6	2,1	109,9	2,1	117,3	2,1	113,6	2,0
3.Vj.	118,7	2,3	119,3	2,3	119,8	2,4	118,7	2,4	114,4	2,3
4.Vj.	130,2	2,4	131,0	2,4	131,4	2,5	118,9	2,4	127,0	2,1
2014 1.Vj.	111,4	3,3	112,0	3,3	111,8	2,8	120,3	2,8	111,8	2,5
2.Vj.	112,8	3,4	113,4	3,4	113,7	3,4	121,5	3,5	.	.
2013 Dez.	112,3	2,4	113,0	2,5	113,4	2,7	119,0	2,3	.	.
2014 Jan.	112,4	4,3	113,0	4,3	111,6	2,6	120,0	2,6	.	.
Febr.	110,6	2,6	111,2	2,7	111,7	2,7	120,1	2,6	.	.
März	111,3	3,1	111,9	3,1	112,3	3,2	120,8	3,2	.	.
April	112,7	3,1	113,3	3,1	113,6	3,3	120,9	3,2	.	.
Mai	113,3	3,5	113,9	3,5	114,2	3,4	121,6	3,6	.	.
Juni	112,3	3,7	112,9	3,7	113,3	3,7	121,8	3,7	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Mai 2014.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:					darunter:			Eigenkapital	Schulden			darunter:		
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forforderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel 1)		insgesamt	langfristig zusammen	darunter Finanzschulden	kurzfristig zusammen	Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
Insgesamt (Mrd. €)																
2009	1 626,3	1 005,4	315,7	436,0	194,5	620,8	150,9	146,3	124,8	449,9	1 176,3	643,3	354,8	533,0	148,0	129,8
2010	1 748,3	1 077,5	334,5	459,6	213,2	670,8	169,5	170,1	132,5	514,6	1 233,7	657,9	354,8	575,8	147,1	151,4
2011	1 838,4	1 115,9	340,0	477,4	232,9	722,4	190,5	180,4	119,3	537,7	1 300,7	663,6	347,3	637,1	176,8	161,1
2012	1 904,4	1 178,0	380,2	490,5	240,8	726,3	189,8	179,0	126,0	561,4	1 342,9	719,5	380,8	623,5	179,5	160,6
2013 p)	1 935,4	1 195,0	386,5	499,1	241,0	740,5	188,5	179,3	138,4	575,1	1 360,3	725,5	382,5	634,8	191,4	166,5
2013 1.Vj.	1 944,9	1 187,9	383,6	491,9	252,4	757,0	192,6	196,7	127,8	555,8	1 389,0	745,1	388,7	643,9	192,1	157,4
2.Vj.	1 945,9	1 195,7	394,6	493,8	247,7	750,2	195,6	194,9	118,0	552,2	1 393,7	743,3	385,3	650,4	203,9	160,0
3.Vj.	1 932,4	1 197,2	392,3	495,5	250,5	735,2	196,2	183,8	130,3	566,3	1 366,1	730,1	375,3	636,0	200,7	161,4
4.Vj. p)	1 935,4	1 195,0	386,5	499,1	241,0	740,5	188,5	179,3	138,4	575,1	1 360,3	725,5	382,5	634,8	191,4	166,5
in % der Bilanzsumme																
2009	100,0	61,8	19,4	26,8	12,0	38,2	9,3	9,0	7,7	27,7	72,3	39,6	21,8	32,8	9,1	8,0
2010	100,0	61,6	19,1	26,3	12,2	38,4	9,7	9,7	7,6	29,4	70,6	37,6	20,3	32,9	8,4	8,7
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,7	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,7	9,4	8,4
2013 p)	100,0	61,7	20,0	25,8	12,5	38,3	9,7	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
2013 1.Vj.	100,0	61,1	19,7	25,3	13,0	38,9	9,9	10,1	6,6	28,6	71,4	38,3	20,0	33,1	9,9	8,1
2.Vj.	100,0	61,5	20,3	25,4	12,7	38,6	10,1	10,0	6,1	28,4	71,6	38,2	19,8	33,4	10,5	8,2
3.Vj.	100,0	62,0	20,3	25,6	13,0	38,1	10,2	9,5	6,7	29,3	70,7	37,8	19,4	32,9	10,4	8,4
4.Vj. p)	100,0	61,7	20,0	25,8	12,5	38,3	9,7	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd. €) 2)																
2009	1 284,5	765,6	205,6	334,1	180,7	518,8	134,7	113,8	99,5	346,0	938,4	505,4	261,6	433,1	129,3	89,4
2010	1 382,9	814,2	213,9	355,8	189,5	568,7	152,1	135,1	105,4	400,6	982,4	515,3	258,2	467,0	125,4	108,1
2011	1 474,1	860,6	221,7	373,8	214,9	613,5	172,3	143,6	92,6	421,5	1 052,6	530,5	260,8	522,1	151,2	116,7
2012	1 540,5	921,1	258,9	387,9	222,1	619,4	172,4	140,3	98,1	443,7	1 096,8	581,7	286,6	515,1	161,0	116,5
2013 p)	1 558,1	932,5	258,7	398,4	224,1	625,6	172,4	139,7	106,4	456,7	1 101,4	580,3	285,5	521,0	170,6	118,4
2013 1.Vj.	1 577,0	929,7	260,6	389,7	235,8	647,4	176,0	155,9	100,1	442,4	1 134,7	603,1	297,4	531,6	170,7	116,8
2.Vj.	1 574,7	932,0	265,1	391,8	231,7	642,7	179,6	152,8	92,3	437,9	1 136,8	600,8	292,9	536,0	180,9	117,1
3.Vj.	1 564,7	935,7	263,1	395,0	234,4	629,0	180,6	143,0	104,1	450,3	1 114,4	593,2	287,5	521,2	174,6	118,1
4.Vj. p)	1 558,1	932,5	258,7	398,4	224,1	625,6	172,4	139,7	106,4	456,7	1 101,4	580,3	285,5	521,0	170,6	118,4
in % der Bilanzsumme																
2009	100,0	59,6	16,0	26,0	14,1	40,4	10,5	8,9	7,8	26,9	73,1	39,3	20,4	33,7	10,1	7,0
2010	100,0	58,9	15,5	25,7	13,7	41,1	11,0	9,8	7,6	29,0	71,0	37,3	18,7	33,8	9,1	7,8
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6
2013 p)	100,0	59,9	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	11,0	7,6
2013 1.Vj.	100,0	59,0	16,5	24,7	15,0	41,1	11,2	9,9	6,4	28,1	72,0	38,2	18,9	33,7	10,8	7,4
2.Vj.	100,0	59,2	16,8	24,9	14,7	40,8	11,4	9,7	5,9	27,8	72,2	38,2	18,6	34,0	11,5	7,4
3.Vj.	100,0	59,8	16,8	25,3	15,0	40,2	11,5	9,1	6,7	28,8	71,2	37,9	18,4	33,3	11,2	7,6
4.Vj. p)	100,0	59,9	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	11,0	7,6
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd. €)																
2009	341,8	239,8	110,1	101,9	13,8	102,0	16,2	32,5	25,3	103,9	237,9	137,9	93,2	99,9	18,7	40,4
2010	365,4	263,3	120,6	103,8	23,7	102,1	17,4	35,1	27,2	114,0	251,4	142,6	96,5	108,8	21,7	43,3
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,4
2012	363,8	256,9	121,3	102,6	18,7	106,9	17,4	38,7	27,9	117,7	246,1	137,7	94,2	108,4	18,4	44,2
2013 p)	377,3	262,5	127,8	100,6	16,8	114,8	16,1	39,6	32,0	118,4	259,0	145,2	97,0	113,8	20,8	48,1
2013 1.Vj.	367,8	258,2	123,0	102,1	16,7	109,7	16,5	40,8	27,6	113,4	254,4	142,1	91,3	112,3	21,4	40,6
2.Vj.	371,2	263,7	129,5	102,0	16,0	107,5	16,0	42,1	25,7	114,3	256,9	142,5	92,4	114,4	23,0	42,9
3.Vj.	367,7	261,5	129,3	100,4	16,1	106,2	15,5	40,8	26,2	116,0	251,7	136,9	87,8	114,8	26,0	43,3
4.Vj. p)	377,3	262,5	127,8	100,6	16,8	114,8	16,1	39,6	32,0	118,4	259,0	145,2	97,0	113,8	20,8	48,1
in % der Bilanzsumme																
2009	100,0	70,2	32,2	29,8	4,0	29,8	4,7	9,5	7,4	30,4	69,6	40,4	27,3	29,2	5,5	11,8
2010	100,0	72,1	33,0	28,4	6,5	27,9	4,8	9,6	7,4	31,2	68,8	39,0	26,4	29,8	5,9	11,9
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,2
2012	100,0	70,6	33,4	28,2	5,1	29,4	4,8	10,6	7,7	32,4	67,7	37,9	25,9	29,8	5,1	12,1
2013 p)	100,0	69,6	33,9	26,7	4,5	30,4	4,3	10,5	8,5	31,4	68,6	38,5	25,7	30,2	5,5	12,8
2013 1.Vj.	100,0	70,2	33,4	27,8	4,5	29,8	4,5	11,1	7,5	30,8	69,2	38,6	24,8	30,5	5,8	11,0
2.Vj.	100,0	71,0	34,9	27,5	4,3	29,0	4,3	11,4	6,9	30,8	69,2	38,4	24,9	30,8	6,2	11,6
3.Vj.	100,0	71,1	35,2	27,3	4,4	28,9	4,2	11,1	7,1	31,6	68,4	37,2	23,9	31,2	7,1	11,8
4.Vj. p)	100,0	69,6	33,9	26,7	4,5	30,4	4,3	10,5	8,5	31,4	68,6	38,5	25,7	30,2	5,5	12,8

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungs-

wesen. 1 Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. 2 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes				Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes						
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	Gewogener Durchschnitt	Verteilung 2)			Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	Verteilung 2)			
								1.Quartil	Median	3.Quartil					1.Quartil	Median	3.Quartil	
Insgesamt																		
2005	1 083,3	.	150,5	.	13,9	.	6,1	12,0	16,6	73,2	.	6,8	.	3,1	6,6	11,6		
2006	1 209,3	10,6	154,8	3,3	12,8	-0,9	7,1	11,0	17,1	75,7	3,4	6,3	-0,4	3,8	7,5	11,2		
2007	1 234,0	4,4	177,0	14,9	14,4	1,3	9,0	15,0	21,7	95,5	27,5	7,7	1,4	4,2	8,3	12,9		
2008	1 307,5	6,4	168,9	-5,4	12,9	-1,6	7,6	14,0	20,2	80,9	-16,6	6,2	-1,7	2,4	6,6	12,0		
2009	1 175,3	-10,5	143,1	-15,7	12,2	-0,8	5,7	13,0	18,9	57,9	-28,0	4,9	-1,2	0,3	5,1	9,3		
2010	1 340,1	13,2	189,3	29,4	14,1	1,8	7,3	14,0	22,1	100,4	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1		
2011	1 444,7	8,4	184,7	-0,3	12,8	-1,2	6,9	13,0	21,0	96,9	-5,4	6,7	-1,0	2,7	6,6	11,7		
2012	1 550,6	6,6	197,1	1,3	12,7	-0,7	6,9	13,0	20,0	98,1	-7,1	6,3	-0,9	1,9	6,1	10,9		
2013	1 559,1	-0,5	191,9	-0,6	12,3	-0,0	6,5	13,0	20,4	99,6	6,0	6,4	0,4	1,8	5,9	10,6		
2011 1.Vj.	346,2	12,5	47,0	12,3	13,6	-0,0	4,3	9,8	17,7	29,7	21,2	8,6	0,6	0,7	6,2	12,2		
2.Vj.	356,2	7,9	43,0	-5,5	12,1	-1,8	5,2	12,0	19,5	24,1	-10,2	6,8	-1,4	1,4	6,0	12,3		
3.Vj.	357,2	6,9	45,2	-3,0	12,7	-1,3	7,2	13,8	22,1	24,1	2,7	6,7	-0,3	2,5	7,2	12,7		
4.Vj.	397,4	6,9	50,5	-3,9	12,7	-1,4	7,0	15,4	25,3	19,7	-32,8	5,0	-2,7	1,7	6,8	11,3		
2012 1.Vj.	379,9	9,0	47,7	-0,3	12,6	-1,2	3,2	9,5	16,4	29,0	-3,8	7,6	-1,0	0,2	5,0	11,0		
2.Vj.	382,4	7,2	48,0	8,8	12,6	0,2	4,6	11,4	18,5	27,7	10,6	7,2	0,2	1,2	6,4	11,4		
3.Vj.	383,2	7,1	50,0	-3,5	13,1	-1,3	6,2	13,6	21,7	17,8	-49,8	4,6	-3,9	1,7	6,3	11,9		
4.Vj.	406,2	3,3	51,4	0,7	12,6	-0,3	7,7	16,7	27,6	23,5	24,1	5,8	1,0	0,1	6,4	12,3		
2013 1.Vj.	376,2	-1,0	45,6	-5,8	12,1	-0,7	2,2	8,1	15,5	26,4	-11,1	7,0	-0,8	-1,4	4,5	9,9		
2.Vj.	393,4	1,3	49,0	-1,0	12,5	-0,3	4,4	10,8	19,4	27,2	-4,7	6,9	-0,4	0,9	4,8	10,2		
3.Vj.	389,4	-1,6	49,3	6,9	12,7	1,1	7,3	14,7	21,7	25,5	99,8	6,6	3,5	1,3	5,8	11,5		
4.Vj.	405,7	-0,6	48,5	-1,9	11,9	-0,2	5,3	12,5	22,9	20,5	-12,8	5,1	-0,7	0,9	6,8	12,5		
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)																		
2005	813,6	.	109,5	.	13,5	.	6,9	12,0	16,9	52,7	.	6,5	.	2,9	8,0	11,3		
2006	898,6	9,8	114,7	6,3	12,8	-0,4	7,7	11,0	17,5	55,8	7,2	6,2	-0,2	4,1	8,0	11,2		
2007	900,5	3,8	131,0	16,9	14,6	1,6	9,2	15,0	20,9	73,7	33,0	8,2	1,8	5,0	9,0	12,4		
2008	966,0	7,2	124,6	-5,9	12,9	-1,8	7,8	14,0	18,9	62,0	-17,1	6,4	-1,9	2,4	7,0	11,3		
2009	854,0	-11,5	99,8	-19,3	11,7	-1,2	5,7	12,0	17,7	41,9	-31,0	4,9	-1,4	-1,3	5,0	8,7		
2010	998,2	15,7	141,3	36,9	14,2	2,2	7,8	14,0	20,4	77,6	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0	11,7		
2011	1 098,8	10,6	134,1	-2,5	12,2	-1,7	6,7	14,0	19,0	74,8	-6,5	6,8	-1,3	2,1	7,0	11,1		
2012	1 192,8	7,6	146,1	2,7	12,3	-0,6	7,3	13,0	18,4	84,2	2,9	7,1	-0,3	1,8	6,0	9,8		
2013	1 199,3	-0,5	142,4	0,3	11,9	0,1	6,5	13,0	18,2	74,9	-5,2	6,3	-0,3	1,2	6,0	9,8		
2011 1.Vj.	269,7	15,4	38,0	13,2	14,1	-0,3	5,0	10,2	16,3	26,2	24,2	9,7	0,7	1,2	6,8	12,1		
2.Vj.	274,7	9,8	33,1	-5,3	12,1	-2,1	6,2	12,2	18,3	19,5	-11,3	7,1	-1,7	1,8	6,7	12,1		
3.Vj.	271,9	8,8	32,3	-4,0	11,9	-1,7	7,4	13,5	20,6	16,9	0,1	6,2	-0,6	2,1	7,4	11,4		
4.Vj.	294,8	8,7	31,7	-12,7	10,8	-2,8	6,6	14,2	22,5	12,9	-37,4	4,4	-3,3	0,4	6,1	9,8		
2012 1.Vj.	297,1	10,6	38,9	2,5	13,1	-1,1	3,5	9,8	15,3	25,8	-0,9	8,7	-1,0	0,8	5,8	10,7		
2.Vj.	293,9	8,2	36,1	9,1	12,3	0,1	5,1	11,4	17,2	22,0	12,5	7,5	0,3	1,5	6,5	10,2		
3.Vj.	291,3	8,3	35,7	-5,9	12,3	-1,7	6,2	13,4	20,2	20,4	-11,0	7,0	-1,2	1,7	5,8	10,6		
4.Vj.	311,4	3,7	35,4	5,1	11,4	0,2	7,7	16,3	23,7	16,0	14,5	5,1	0,5	-1,2	5,2	10,7		
2013 1.Vj.	292,2	-1,1	36,3	-7,0	12,4	-0,8	2,4	8,4	14,7	22,6	-13,8	7,7	-1,1	-1,4	4,6	9,4		
2.Vj.	303,2	1,7	36,4	-1,7	12,0	-0,4	4,1	10,6	18,0	20,6	-8,3	6,8	-0,7	0,4	4,8	9,1		
3.Vj.	295,8	-2,2	34,8	10,6	11,8	1,5	7,4	13,5	20,5	17,5	15,2	5,9	1,0	0,8	5,6	10,0		
4.Vj.	311,0	-0,5	35,1	1,4	11,3	0,2	5,1	12,3	19,8	14,2	-7,6	4,6	-0,4	-0,4	6,1	10,4		
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																		
2005	269,7	.	41,0	.	15,2	.	5,6	10,7	16,2	20,4	.	7,6	.	3,1	5,3	12,1		
2006	310,7	12,9	40,0	-4,8	12,9	-2,5	5,4	11,1	15,8	19,9	-7,0	6,4	-1,3	3,2	6,4	11,2		
2007	333,5	6,4	46,0	8,9	13,8	0,3	8,6	14,1	26,1	21,8	9,6	6,5	0,2	3,3	7,8	14,2		
2008	341,4	4,0	44,3	-3,5	13,0	-1,0	7,1	14,2	27,5	19,0	-14,6	5,6	-1,2	2,8	6,6	12,7		
2009	321,3	-7,4	43,3	-4,6	13,5	0,4	5,8	13,5	27,8	16,0	-16,3	5,0	-0,5	1,7	5,7	12,7		
2010	341,9	5,8	48,0	8,4	14,1	0,3	6,6	13,7	25,2	22,8	46,7	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4		
2011	345,9	1,5	50,5	7,5	14,6	0,8	7,0	13,4	24,8	22,0	-0,8	6,4	-0,1	3,2	6,5	13,8		
2012	357,8	3,0	50,9	-3,3	14,2	-0,9	6,5	11,3	29,3	13,9	-47,1	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,0		
2013	359,7	-0,3	49,6	-3,8	13,8	-0,5	6,3	12,0	26,6	24,7	90,9	6,9	3,0	2,7	5,9	12,8		
2011 1.Vj.	76,5	3,0	9,0	8,3	11,8	0,6	3,6	9,4	20,4	3,6	1,3	4,7	-0,1	0,5	4,8	12,7		
2.Vj.	81,5	1,6	9,9	-6,3	12,1	-1,0	4,1	12,0	21,6	4,6	-5,2	5,6	-0,4	0,8	4,9	13,3		
3.Vj.	85,3	0,9	12,9	-0,1	15,1	-0,2	7,2	14,5	27,7	7,2	9,3	8,4	0,7	3,3	7,1	15,2		
4.Vj.	102,6	0,9	18,8	27,7	18,3	3,5	8,0	19,0	33,9	6,7	-11,8	6,6	-0,7	4,2	7,9	15,3		
2012 1.Vj.	82,8	3,1	8,8	-13,1	10,6	-1,9	2,5	8,2	18,8	3,2	-27,2	3,8	-1,3	-0,7	4,0	11,9		
2.Vj.	88,4	3,8	11,8	7,7	13,4	0,5	4,3	11,7	21,9	5,7	2,6	6,5	-0,1	0,7	5,2	14,6		
3.Vj.	91,9	3,1	14,3	3,3	15,6	0,0	6,1	14,1	25,5	-2,6	-147,5	-2,9	-13,2	1,6	7,5	13,5		
4.Vj.	94,8	1,9	16,0	-10,1	16,9	-2,0	8,0	18,3	34,4	7,6	55,9	8,0	2,7	1,9	7,8	15,9		
2013 1.Vj.	84,0	-0,5	9,3	0,2	11,0	0,1	1,7	7,7	19,9	3,8	15,0	4,5	0,6	-1,6	4,4	12,3		
2.Vj.	90,3	-0,3	12,6	1,4	13,9	0,2	4,6	11,4	25,5	6,7	12,1	7,4	0,8	1,2	4,8	13,9		
3.Vj.	93,5	0,5	14,5	-2,8	15,5	-0,5	6,8	15,9	26,9	8,1	307,8	8,6	12,5	2,0	6,2	13,1		
4.Vj.	94,7	-1,0	13,4	-11,7	14,1	-1,6	6,4	15,8	28,5	6,2	-25,6	6,6	-1,9	2,0	7,9	16,1		

* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013		2014			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	März	April	Mai ¹⁾
A. Leistungsbilanz	+ 12 059	+ 133 091	+ 227 810	+ 51 420	+ 87 712	+ 31 583	+ 19 540	+ 18 793	+ 8 888
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 792 948	1 921 514	1 936 218	479 571	496 397	482 542	169 596	162 096	159 476
Einfuhr (fob)	1 792 075	1 832 463	1 770 911	441 505	448 305	445 626	150 439	146 374	144 397
Saldo	+ 874	+ 89 048	+ 165 309	+ 38 066	+ 48 092	+ 36 916	+ 19 157	+ 15 723	+ 15 078
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	590 798	633 551	663 058	176 763	173 346	158 323	54 738	53 993	57 357
Ausgaben	512 900	538 515	549 854	143 283	142 879	138 697	48 549	44 609	43 373
Saldo	+ 77 897	+ 95 037	+ 113 202	+ 33 480	+ 30 467	+ 19 627	+ 6 190	+ 9 384	+ 13 983
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 39 571	+ 56 262	+ 69 847	+ 13 990	+ 23 555	+ 17 607	+ 7 530	+ 4 503	- 11 639
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	95 827	98 623	99 800	17 610	34 667	28 396	6 490	5 874	6 734
eigene Leistungen	202 112	205 881	220 347	51 725	49 070	70 963	19 827	16 691	15 268
Saldo	- 106 284	- 107 257	- 120 547	- 34 115	- 14 403	- 42 567	- 13 336	- 10 817	- 8 534
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 10 687	+ 6 477	+ 21 497	+ 4 554	+ 9 281	+ 5 527	+ 1 988	+ 1 195	+ 163
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 50 943	- 165 046	- 252 854	- 55 863	- 101 571	- 31 778	- 26 849	- 19 137	- 7 665
1. Direktinvestitionen	- 101 719	- 71 566	- 32 164	- 12 654	- 16 305	- 24 376	- 14 616	- 18 708	+ 12 010
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 500 864	- 410 125	- 360 726	- 50 361	- 188 432	+ 2 688	+ 22 031	- 15 378	- 16 045
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 399 147	+ 338 559	+ 328 561	+ 37 707	+ 172 127	- 27 064	- 36 647	- 3 330	+ 28 055
2. Wertpapieranlagen	+ 238 594	+ 95 440	+ 110 264	+ 4 920	+ 58 989	+ 63 752	- 16 367	- 86 474	+ 48 281
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 53 663	- 194 261	- 250 519	- 69 144	- 50 682	- 74 526	- 44 542	- 75 629	- 37 967
Aktien	+ 66 257	- 57 983	- 163 667	- 45 940	- 39 626	- 23 475	- 21 554	- 33 181	- 20 170
Anleihen	+ 21 785	- 133 895	- 78 591	- 21 027	- 12 350	- 36 253	- 24 840	- 30 206	- 3 658
Geldmarktpapiere	- 34 379	- 2 384	- 8 259	- 2 177	+ 1 295	- 14 798	+ 1 852	- 12 242	- 14 139
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 184 930	+ 289 703	+ 360 782	+ 74 065	+ 109 671	+ 138 279	+ 28 175	- 10 845	+ 86 248
Aktien	+ 64 393	+ 164 940	+ 241 801	+ 44 426	+ 63 550	+ 74 418	+ 56 869	+ 24 691	+ 16 781
Anleihen	+ 165 290	+ 128 769	+ 77 846	- 14 157	+ 87 619	+ 72 383	- 9 832	- 1 006	+ 46 362
Geldmarktpapiere	- 44 752	- 4 009	+ 41 136	+ 43 796	- 41 498	- 8 522	- 18 862	- 34 530	+ 23 106
3. Finanzderivate	- 5 552	+ 5 294	+ 17 332	+ 7 593	+ 3 402	+ 692	- 2 022	+ 2 920	- 1 569
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 171 998	- 179 260	- 343 875	- 52 862	- 147 349	- 69 290	+ 6 493	+ 83 464	- 65 792
Eurosysteem	+ 137 861	+ 13 179	- 58 932	- 16 362	- 9 298	- 23 544	- 7 934	- 3 858	+ 1 021
Staat	+ 69 918	- 3 712	+ 7 126	+ 6 910	- 14 015	+ 1 795	- 867	+ 1 719	- 4 290
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 341 608	- 111 858	- 267 279	- 36 496	- 112 429	- 66 369	+ 4 941	+ 44 869	- 62 276
langfristig	- 16 768	+ 6 476	+ 43 463	+ 5 264	+ 19 872	- 10 992	+ 30 768	+ 194	- 33 063
kurzfristig	- 324 842	- 118 337	- 310 743	- 41 761	- 132 300	- 55 377	- 25 827	+ 44 675	- 29 214
Unternehmen und Privatpersonen	- 38 172	- 76 872	- 24 794	- 6 915	- 11 609	+ 18 830	+ 10 354	+ 40 734	- 247
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	- 10 266	- 14 957	- 4 409	- 2 861	- 308	- 2 556	- 336	- 339	- 595
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 28 197	+ 25 477	+ 3 545	- 111	+ 4 577	- 5 333	+ 5 321	- 850	- 1 386

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 5. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz							Kapitalbilanz (Zunahme: +)			Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)	darunter: Ergänzungen zum Außenhandel, Saldo 2)	Dienstleistungen (fob/fob) 3)	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen	Vermögensänderungsbilanz 4)	Insgesamt	darunter: Währungsreserven		
1999	- 29 220	+ 68 017	+ 983	- 53 298	- 17 237	- 26 702	- 937	+ 4 590	- 12 535	+ 34 747	
2000	- 36 958	+ 64 061	+ 1 645	- 58 346	- 12 747	- 29 927	+ 5 091	- 42 531	- 5 844	- 10 664	
2001	- 7 907	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 151	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 112	
2002	+ 41 656	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 600	- 29 408	- 4 010	+ 25 935	- 2 065	- 11 710	
2003	+ 31 725	+ 130 021	- 2 105	- 48 695	- 18 513	- 31 088	+ 5 920	+ 63 349	- 445	+ 25 703	
2004	+ 102 057	+ 153 166	- 6 859	- 38 748	+ 17 657	- 30 018	- 119	+ 127 106	- 1 470	+ 25 167	
2005	+ 107 399	+ 157 010	- 6 068	- 40 660	+ 22 173	- 31 124	- 2 334	+ 118 364	- 2 182	+ 13 299	
2006	+ 138 066	+ 161 447	- 4 205	- 34 759	+ 43 627	- 32 249	- 1 328	+ 178 011	- 2 934	+ 41 273	
2007	+ 173 132	+ 201 989	- 922	- 36 958	+ 41 835	- 33 733	- 1 597	+ 213 938	+ 953	+ 42 402	
2008	+ 147 821	+ 184 521	- 3 586	- 32 026	+ 29 675	- 34 349	- 893	+ 168 457	+ 2 008	+ 21 530	
2009	+ 143 173	+ 141 167	- 6 064	- 21 430	+ 58 365	- 34 930	- 1 858	+ 136 851	- 3 200	- 4 464	
2010	+ 146 652	+ 161 146	- 5 892	- 28 892	+ 54 049	- 39 651	+ 1 219	+ 112 031	+ 1 613	- 35 839	
2011	+ 163 970	+ 163 241	- 9 043	- 33 661	+ 69 204	- 34 815	+ 1 690	+ 161 039	+ 2 836	- 4 621	
2012	+ 196 242	+ 197 116	- 10 086	- 36 849	+ 74 668	- 38 692	+ 1 298	+ 213 430	+ 1 297	+ 15 890	
2013 r)	+ 191 946	+ 210 499	- 4 513	- 47 957	+ 72 747	- 43 342	+ 2 013	+ 245 802	+ 838	+ 51 843	
2011 3.Vj.	+ 37 553	+ 41 307	- 2 229	- 14 775	+ 19 703	- 8 682	+ 248	+ 13 162	+ 639	- 24 639	
4.Vj.	+ 52 512	+ 40 055	- 2 310	- 3 788	+ 26 073	- 9 828	+ 193	+ 33 891	+ 366	- 18 815	
2012 1.Vj.	+ 46 888	+ 49 318	- 1 708	- 7 914	+ 19 435	- 13 951	- 259	+ 33 717	+ 963	- 12 912	
2.Vj.	+ 44 482	+ 49 896	- 2 976	- 8 303	+ 8 329	- 5 439	+ 632	+ 46 454	+ 769	+ 1 339	
3.Vj.	+ 48 376	+ 52 429	- 2 137	- 15 357	+ 19 731	- 8 426	+ 846	+ 52 846	+ 59	+ 3 624	
4.Vj.	+ 56 495	+ 45 473	- 3 265	- 5 275	+ 27 173	- 10 876	+ 79	+ 80 413	- 494	+ 23 838	
2013 1.Vj. r)	+ 45 590	+ 52 747	- 1 625	- 11 256	+ 19 283	- 15 184	+ 756	+ 41 504	+ 86	- 4 842	
2.Vj. r)	+ 46 837	+ 56 031	+ 2 842	- 11 658	+ 9 905	- 7 441	+ 847	+ 67 186	+ 72	+ 19 502	
3.Vj. r)	+ 39 400	+ 49 649	- 4 085	- 17 879	+ 17 188	- 9 557	+ 369	+ 62 211	- 785	+ 22 442	
4.Vj. r)	+ 60 120	+ 52 072	- 1 644	- 7 164	+ 26 371	- 11 160	+ 41	+ 74 901	+ 1 464	+ 14 740	
2014 1.Vj. r)	+ 49 409	+ 53 107	+ 1 335	- 7 138	+ 18 219	- 14 780	+ 1 667	+ 66 747	- 565	+ 15 671	
2.Vj. p)	+ 44 100	+ 53 091	- 3 098	- 8 652	+ 6 576	- 6 915	+ 624	+ 64 195	- 610	+ 19 470	
2012 Jan.	+ 12 485	+ 14 140	- 679	- 3 296	+ 5 520	- 3 879	- 676	+ 9 349	+ 140	- 2 461	
Febr.	+ 14 462	+ 16 871	- 382	- 2 304	+ 6 850	- 6 956	+ 295	+ 6 520	+ 547	- 8 237	
März	+ 19 942	+ 18 308	- 646	- 2 314	+ 7 065	- 3 116	+ 121	+ 17 848	+ 276	- 2 214	
April	+ 13 082	+ 14 818	- 634	- 1 458	+ 2 043	- 2 320	+ 282	+ 15 061	+ 581	+ 1 697	
Mai	+ 11 515	+ 16 307	- 1 312	- 3 592	- 19	- 1 181	+ 363	+ 20 504	+ 207	+ 8 626	
Juni	+ 19 886	+ 18 772	- 1 029	- 3 253	+ 6 305	- 1 938	- 13	+ 10 889	- 19	- 8 983	
Juli	+ 17 010	+ 17 659	- 752	- 4 906	+ 6 453	- 2 197	- 35	+ 1 700	- 48	- 15 274	
Aug.	+ 13 749	+ 17 085	- 793	- 6 509	+ 6 508	- 3 335	+ 610	+ 19 153	+ 389	+ 4 795	
Sept.	+ 17 618	+ 17 685	- 592	- 3 942	+ 6 769	- 2 894	+ 271	+ 31 992	- 281	+ 14 103	
Okt.	+ 16 095	+ 16 318	- 1 084	- 4 358	+ 7 296	- 3 160	+ 195	+ 18 059	+ 176	+ 1 769	
Nov.	+ 19 510	+ 17 584	- 724	- 2 211	+ 7 112	- 2 974	+ 409	+ 30 705	- 308	+ 10 786	
Dez.	+ 20 890	+ 11 571	- 1 458	+ 1 295	+ 12 766	- 4 742	- 525	+ 31 649	- 361	+ 11 284	
2013 Jan. r)	+ 11 111	+ 14 750	- 520	- 4 058	+ 5 837	- 5 419	+ 50	- 9 365	+ 493	- 20 526	
Febr. r)	+ 12 721	+ 16 586	- 1 633	- 3 732	+ 6 623	- 6 756	+ 92	+ 16 620	- 321	+ 3 807	
März r)	+ 21 758	+ 21 411	+ 528	- 3 466	+ 6 823	- 3 010	+ 614	+ 34 249	- 86	+ 11 878	
April r)	+ 16 846	+ 20 262	+ 662	- 2 752	+ 1 675	- 2 339	+ 309	+ 22 471	+ 56	+ 5 316	
Mai r)	+ 12 818	+ 16 744	+ 1 997	- 4 511	+ 2 819	- 2 235	+ 247	+ 13 502	- 22	+ 438	
Juni r)	+ 17 174	+ 19 025	+ 182	- 4 395	+ 5 411	- 2 867	+ 291	+ 31 213	+ 38	+ 13 748	
Juli r)	+ 12 264	+ 16 271	- 1 081	- 6 783	+ 6 027	- 3 250	+ 141	+ 10 408	- 654	- 1 997	
Aug. r)	+ 7 931	+ 12 769	- 1 786	- 7 130	+ 5 851	- 3 560	+ 121	+ 30 078	+ 425	+ 22 027	
Sept. r)	+ 19 205	+ 20 609	- 1 218	- 3 966	+ 5 310	- 2 747	+ 107	+ 21 725	- 556	+ 2 413	
Okt. r)	+ 17 102	+ 19 457	- 170	- 6 140	+ 6 427	- 2 643	+ 479	+ 19 684	- 212	+ 2 104	
Nov. r)	+ 21 519	+ 18 894	- 257	- 1 961	+ 6 831	- 2 244	+ 176	+ 22 382	+ 407	+ 687	
Dez. r)	+ 21 498	+ 13 722	- 1 217	+ 937	+ 13 112	- 6 273	- 614	+ 32 834	+ 1 269	+ 11 950	
2014 Jan. r)	+ 13 562	+ 16 097	- 753	- 3 176	+ 5 060	- 4 419	+ 867	+ 4 153	- 375	- 10 277	
Febr. r)	+ 14 228	+ 17 456	+ 128	- 2 289	+ 6 199	- 7 137	+ 455	+ 24 451	- 898	+ 9 768	
März r)	+ 21 618	+ 19 554	+ 1 960	- 1 673	+ 6 961	- 3 224	+ 345	+ 38 143	+ 708	+ 16 180	
April r)	+ 16 892	+ 18 513	- 121	- 2 034	+ 3 789	- 3 375	+ 145	+ 30 524	+ 151	+ 13 487	
Mai r)	+ 12 215	+ 18 172	- 1 519	- 2 647	- 2 010	- 1 301	+ 41	+ 17 190	- 631	+ 4 934	
Juni p)	+ 14 993	+ 16 406	- 1 458	- 3 970	+ 4 797	- 2 239	+ 439	+ 16 481	- 130	+ 1 049	

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzungen der Rückwaren. Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung sowie einschl. der Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungs-

kosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2011	2012	2013 r)	2014					
					Januar r)	Februar r)	März r)	April r)	Mai r)	Juni p)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 061 225	1 095 766	1 093 812	90 747	92 362	95 986	93 735	92 059	93 429
	Einfuhr	902 523	905 925	896 158	75 702	76 152	79 384	76 523	74 285	76 957
	Saldo	+ 158 702	+ 189 841	+ 197 654	+ 15 045	+ 16 210	+ 16 601	+ 17 212	+ 17 774	+ 16 472
I. Europäische Länder	Ausfuhr	752 295	751 071	748 835	63 586	64 024	65 812	64 392	62 616	...
	Einfuhr	622 870	629 305	633 543	53 054	55 355	57 290	55 413	53 392	...
	Saldo	+ 129 425	+ 121 766	+ 115 291	+ 10 532	+ 8 669	+ 8 522	+ 8 979	+ 9 225	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	629 953	622 674	623 114	54 498	54 693	55 511	54 637	53 142	...
	Einfuhr	506 211	504 494	514 489	42 548	44 995	46 888	45 226	43 439	...
	Saldo	+ 123 742	+ 118 180	+ 108 626	+ 11 950	+ 9 697	+ 8 624	+ 9 410	+ 9 703	...
EWU-Länder (18)	Ausfuhr	421 845	407 666	403 346	35 068	34 885	35 230	35 101	33 785	...
	Einfuhr	338 988	339 072	343 515	28 479	29 742	31 137	29 876	28 631	...
	Saldo	+ 82 857	+ 68 593	+ 59 832	+ 6 588	+ 5 143	+ 4 093	+ 5 225	+ 5 154	...
darunter: Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	53 161	49 424	47 783	4 072	3 875	4 184	4 107	3 875	...
	Einfuhr	41 302	40 528	42 035	3 392	3 566	3 662	3 719	3 527	...
	Saldo	+ 11 859	+ 8 896	+ 5 748	+ 680	+ 309	+ 521	+ 388	+ 349	...
Frankreich	Ausfuhr	101 444	102 911	100 190	8 645	8 892	8 440	8 580	8 158	...
	Einfuhr	65 948	64 035	64 071	5 376	5 781	7 055	5 774	4 733	...
	Saldo	+ 35 496	+ 38 875	+ 36 119	+ 3 269	+ 3 111	+ 1 385	+ 2 806	+ 3 424	...
Italien	Ausfuhr	62 044	55 529	53 200	4 720	4 560	4 665	4 536	4 602	...
	Einfuhr	47 844	47 957	47 145	3 900	4 248	4 172	4 088	4 036	...
	Saldo	+ 14 200	+ 7 572	+ 6 054	+ 820	+ 312	+ 493	+ 448	+ 566	...
Niederlande	Ausfuhr	69 423	70 381	70 948	6 262	6 095	6 351	6 364	5 801	...
	Einfuhr	81 804	85 738	89 226	7 665	7 409	7 293	7 592	7 468	...
	Saldo	- 12 382	- 15 357	- 18 278	- 1 403	- 1 313	- 942	- 1 227	- 1 666	...
Österreich	Ausfuhr	57 671	56 591	56 217	4 604	4 623	4 860	4 803	4 530	...
	Einfuhr	37 028	36 419	36 770	2 868	3 017	3 179	3 087	3 092	...
	Saldo	+ 20 643	+ 20 172	+ 19 447	+ 1 736	+ 1 605	+ 1 681	+ 1 715	+ 1 439	...
Spanien	Ausfuhr	34 811	31 047	31 333	2 932	2 980	2 887	2 793	3 018	...
	Einfuhr	22 491	23 206	23 673	1 879	2 170	2 130	2 147	2 128	...
	Saldo	+ 12 320	+ 7 841	+ 7 660	+ 1 053	+ 810	+ 758	+ 646	+ 890	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	208 108	215 008	219 768	19 430	19 807	20 281	19 536	19 357	...
	Einfuhr	167 223	165 421	170 974	14 069	15 254	15 751	15 350	14 808	...
	Saldo	+ 40 885	+ 49 587	+ 48 794	+ 5 362	+ 4 554	+ 4 530	+ 4 186	+ 4 549	...
darunter: Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	65 570	73 283	75 651	6 824	7 306	7 141	6 600	6 731	...
	Einfuhr	44 741	42 820	42 503	3 132	3 759	4 066	3 524	3 525	...
	Saldo	+ 20 829	+ 30 462	+ 33 148	+ 3 692	+ 3 546	+ 3 075	+ 3 077	+ 3 206	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	122 342	128 398	125 720	9 088	9 331	10 301	9 755	9 474	...
	Einfuhr	116 660	124 811	119 055	10 506	10 360	10 402	10 187	9 953	...
	Saldo	+ 5 683	+ 3 586	+ 6 666	- 1 418	- 1 029	- 101	- 431	- 478	...
darunter: Schweiz	Ausfuhr	47 875	48 933	47 323	3 875	3 773	4 089	3 936	3 823	...
	Einfuhr	36 996	37 775	38 239	3 178	3 411	3 695	3 455	3 411	...
	Saldo	+ 10 879	+ 11 158	+ 9 084	+ 698	+ 363	+ 394	+ 481	+ 412	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	308 193	340 980	342 492	26 868	28 102	29 917	29 068	29 131	...
	Einfuhr	279 653	276 620	262 614	22 648	20 797	22 094	21 110	20 889	...
	Saldo	+ 28 541	+ 64 360	+ 79 877	+ 4 220	+ 7 306	+ 7 823	+ 7 958	+ 8 243	...
1. Afrika	Ausfuhr	20 717	21 920	22 047	1 582	1 850	1 849	1 891	1 922	...
	Einfuhr	21 944	24 145	22 889	1 790	1 647	1 802	1 437	1 561	...
	Saldo	- 1 227	- 2 224	- 842	- 208	+ 203	+ 47	+ 454	+ 360	...
2. Amerika	Ausfuhr	110 424	128 703	130 924	10 286	10 989	11 283	10 984	10 843	...
	Einfuhr	80 568	80 549	74 970	5 773	5 975	6 399	6 651	6 028	...
	Saldo	+ 29 856	+ 48 154	+ 55 953	+ 4 513	+ 5 014	+ 4 884	+ 4 334	+ 4 815	...
darunter: Vereinigte Staaten	Ausfuhr	73 776	86 971	88 375	7 223	7 634	7 928	7 714	7 542	...
	Einfuhr	48 531	51 070	48 453	3 755	4 129	4 318	4 501	3 984	...
	Saldo	+ 25 244	+ 35 901	+ 39 922	+ 3 468	+ 3 505	+ 3 610	+ 3 213	+ 3 558	...
3. Asien	Ausfuhr	167 574	179 630	179 539	14 313	14 466	15 931	15 457	15 625	...
	Einfuhr	173 115	167 873	161 393	14 784	12 962	13 666	12 778	13 111	...
	Saldo	- 5 541	+ 11 757	+ 18 145	- 471	+ 1 504	+ 2 265	+ 2 679	+ 2 514	...
darunter: Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 711	32 503	32 854	2 276	2 835	3 091	2 726	3 163	...
	Einfuhr	8 874	8 134	8 658	669	668	634	598	711	...
	Saldo	+ 19 837	+ 24 369	+ 24 196	+ 1 607	+ 2 167	+ 2 457	+ 2 128	+ 2 452	...
Japan	Ausfuhr	15 115	17 138	17 125	1 608	1 368	1 372	1 298	1 255	...
	Einfuhr	23 595	21 910	19 504	1 625	1 487	1 711	1 611	1 558	...
	Saldo	- 8 480	- 4 772	- 2 379	- 17	- 119	- 339	- 313	- 303	...
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	64 863	66 746	67 025	5 644	5 401	6 058	6 279	6 200	...
	Einfuhr	79 528	78 529	73 638	6 955	6 044	5 848	5 516	5 838	...
	Saldo	- 14 665	- 11 783	- 6 612	- 1 311	- 643	+ 211	+ 762	+ 362	...
Südostasiatische Schwellenländer 3)	Ausfuhr	41 569	45 651	46 042	3 597	3 517	4 102	4 000	3 817	...
	Einfuhr	39 546	37 428	36 622	3 340	2 821	3 324	3 157	3 118	...
	Saldo	+ 2 023	+ 8 223	+ 9 420	+ 257	+ 696	+ 778	+ 843	+ 699	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 479	10 727	9 982	687	797	855	735	741	...
	Einfuhr	4 026	4 054	3 361	302	213	227	244	188	...
	Saldo	+ 5 453	+ 6 672	+ 6 620	+ 385	+ 585	+ 627	+ 491	+ 553	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Lettland. 1 Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen	
	Insgesamt	darunter:								Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen
		Fertigungs-dienst-leistungen 1)	Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 2)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 3)		
2009	- 21 430	+ 1 264	- 3 259	- 33 341	+ 8 449	+ 120	+ 932	- 3 122	+ 2 644	+ 872	+ 55 375
2010	- 28 892	+ 1 070	- 8 381	- 32 775	+ 7 347	+ 871	+ 670	- 3 912	+ 2 863	+ 1 557	+ 50 896
2011	- 33 661	+ 567	- 8 615	- 33 755	+ 6 833	+ 2 407	+ 817	- 6 871	+ 2 939	+ 1 787	+ 66 336
2012	- 36 849	+ 178	-10 201	- 33 566	+ 6 806	+ 2 753	+ 1 356	-10 017	+ 3 117	+ 2 594	+ 71 121
2013	- 47 957	+ 84	-12 241	- 37 764	+ 5 794	+ 3 379	- 929	- 6 711	+ 3 084	+ 354	+ 71 199
2012 4.Vj.	- 5 275	+ 100	- 2 769	- 5 678	+ 1 354	+ 1 218	+ 1 270	- 2 485	+ 738	+ 1 455	+ 21 755
2013 1.Vj.	- 11 256	- 32	- 3 209	- 5 687	+ 920	+ 650	- 1 771	- 2 136	+ 795	+ 618	+ 19 611
2.Vj.	- 11 658	- 6	- 2 807	- 8 187	+ 932	+ 638	- 473	- 1 971	+ 807	- 141	+ 10 921
3.Vj.	- 17 879	- 38	- 2 608	- 16 868	+ 2 094	+ 794	+ 256	- 1 351	+ 760	- 474	+ 18 583
4.Vj.	- 7 164	+ 160	- 3 618	- 7 022	+ 1 848	+ 1 297	+ 1 059	- 1 252	+ 722	+ 351	+ 22 083
2014 1.Vj.	- 7 138	+ 170	- 3 670	- 4 893	+ 791	+ 1 049	+ 152	- 580	+ 754	+ 605	+ 18 614
2.Vj. p)	- 8 652	+ 64	- 3 144	- 8 519	+ 1 447	+ 947	+ 560	- 374	+ 779	- 179	+ 7 603
2013 Aug.	- 7 130	- 44	- 695	- 6 713	+ 614	+ 460	- 199	- 447	+ 230	- 132	+ 6 290
Sept.	- 3 966	+ 56	- 900	- 4 982	+ 1 120	+ 105	+ 605	+ 53	+ 268	- 160	+ 5 808
Okt.	- 6 140	+ 44	- 1 289	- 4 506	+ 307	+ 323	+ 32	- 1 181	+ 259	+ 101	+ 6 710
Nov.	- 1 961	+ 122	- 1 338	- 1 778	+ 531	+ 520	+ 27	- 81	+ 265	+ 116	+ 7 099
Dez.	+ 937	- 6	- 991	- 738	+ 1 010	+ 453	+ 1 000	+ 11	+ 198	+ 134	+ 8 275
2014 Jan.	- 3 176	+ 18	- 1 305	- 1 483	+ 211	+ 276	- 122	- 510	+ 259	+ 199	+ 5 198
Febr.	- 2 289	+ 40	- 1 185	- 1 181	+ 94	+ 426	- 139	- 182	+ 241	+ 202	+ 6 301
März	- 1 673	+ 112	- 1 180	- 2 229	+ 486	+ 347	+ 413	+ 312	+ 254	+ 204	+ 7 115
April	- 2 034	+ 4	- 1 178	- 1 760	+ 522	+ 397	- 49	- 192	+ 288	- 56	+ 4 101
Mai	- 2 647	+ 21	- 1 029	- 2 407	+ 612	+ 451	- 82	- 519	+ 239	- 46	- 1 708
Juni p)	- 3 970	+ 38	- 937	- 4 352	+ 314	+ 100	+ 691	+ 337	+ 252	- 76	+ 5 210

1 Enthält Entgelte für die Be- und Verarbeitung von Waren, die sich nicht im Eigentum des Bearbeiters befinden. 2 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 3 Einnahmen und Aus-

gaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)		
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:	
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.		Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen
2009	- 34 930	- 20 922	- 3 944	+ 4 329	- 14 008	- 2 995	- 2 995
2010	- 39 651	- 24 935	- 4 702	+ 4 156	- 14 717	- 3 035	- 3 035
2011	- 34 815	- 21 264	- 4 436	+ 6 715	- 13 551	- 2 977	- 2 977
2012	- 38 692	- 24 792	- 4 570	+ 5 270	- 13 900	- 3 080	- 3 080
2013	- 43 342	- 28 978	- 4 332	+ 6 825	- 14 364	- 3 250	- 3 229
2012 4.Vj.	- 10 876	- 6 817	- 1 337	+ 84	- 4 060	- 770	- 770
2013 1.Vj.	- 15 184	- 11 866	- 1 630	+ 1 038	- 3 318	- 807	- 807
2.Vj.	- 7 441	- 3 937	- 871	+ 3 588	- 3 504	- 807	- 807
3.Vj.	- 9 557	- 6 211	- 825	+ 1 164	- 3 346	- 820	- 807
4.Vj.	- 11 160	- 6 965	- 1 006	+ 1 035	- 4 196	- 815	- 807
2014 1.Vj.	- 14 780	- 11 917	- 1 577	+ 1 308	- 2 863	- 870	- 863
2.Vj. p)	- 6 915	- 2 853	- 732	+ 5 014	- 4 062	- 869	- 863
2013 Aug.	- 3 560	- 2 499	- 481	+ 84	- 1 060	- 274	- 269
Sept.	- 2 747	- 1 561	- 177	+ 884	- 1 186	- 272	- 269
Okt.	- 2 643	- 1 622	- 230	+ 219	- 1 021	- 273	- 269
Nov.	- 2 244	- 1 424	- 156	+ 99	- 820	- 271	- 269
Dez.	- 6 273	- 3 919	- 619	+ 718	- 2 354	- 271	- 269
2014 Jan.	- 4 419	- 3 442	- 1 112	+ 591	- 977	- 291	- 288
Febr.	- 7 137	- 6 254	- 335	+ 305	- 883	- 290	- 288
März	- 3 224	- 2 221	- 130	+ 413	- 1 004	- 290	- 288
April	- 3 375	- 1 757	- 242	+ 936	- 1 619	- 289	- 288
Mai	- 1 301	- 75	- 318	+ 2 665	- 1 226	- 290	- 288
Juni p)	- 2 239	- 1 021	- 171	+ 1 414	- 1 218	- 289	- 288

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2009	- 1 858	+ 34	- 1 891
2010	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	+ 1 690	+ 1 137	+ 553
2012	+ 1 298	+ 1 366	- 68
2013	+ 2 013	+ 2 339	- 327
2012 4.Vj.	+ 79	+ 666	- 587
2013 1.Vj.	+ 756	+ 545	+ 211
2.Vj.	+ 847	+ 661	+ 185
3.Vj.	+ 369	+ 666	- 298
4.Vj.	+ 41	+ 466	- 426
2014 1.Vj.	+ 1 667	+ 367	+ 1 300
2.Vj. p)	+ 624	+ 889	- 265
2013 Aug.	+ 121	+ 264	- 143
Sept.	+ 107	+ 236	- 129
Okt.	+ 479	+ 225	+ 254
Nov.	+ 176	+ 218	- 42
Dez.	+ 614	+ 23	- 637
2014 Jan.	+ 867	+ 26	+ 841
Febr.	+ 455	+ 185	+ 270
März	+ 345	+ 156	+ 189
April	+ 145	+ 125	+ 19
Mai	+ 41	+ 451	- 410
Juni p)	+ 439	+ 313	+ 126

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013		2014				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj. p)	April	Mai	Juni p)
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 263 085	+ 388 492	+ 38 789	- 17 014	- 36 639	+ 92 513	+ 109 572	+ 54 688	+ 40 657	+ 14 226
1. Direktinvestitionen	+ 78 164	+ 89 900	+ 61 568	+ 8 573	+ 1 130	+ 27 095	+ 23 151	+ 13 371	+ 6 042	+ 3 738
Beteiligungskapital	+ 63 213	+ 68 215	+ 43 065	+ 10 980	+ 4 072	+ 19 992	+ 18 711	+ 4 822	+ 11 158	+ 2 731
darunter:										
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 31 349	+ 31 692	+ 30 054	+ 8 668	+ 6 126	+ 11 349	+ 8 452	+ 3 758	+ 1 739	+ 2 955
Direktinvestitionskredite	+ 14 951	+ 21 685	+ 18 504	- 2 407	- 2 942	+ 7 103	+ 4 439	+ 8 548	- 5 116	+ 1 007
2. Wertpapieranlagen	+ 21 627	+ 109 814	+ 140 956	+ 32 644	+ 23 661	+ 40 511	+ 41 344	+ 19 538	+ 5 786	+ 16 020
Aktien 2)	- 2 713	+ 11 736	+ 19 206	+ 8 667	- 2 861	+ 3 443	+ 4 944	+ 259	+ 1 641	+ 3 044
Investmentsfondanteile 3)	+ 1 277	+ 21 696	+ 31 321	+ 7 696	+ 8 340	+ 9 686	+ 8 649	+ 2 504	+ 672	+ 5 473
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 18 272	+ 76 487	+ 86 676	+ 16 610	+ 17 704	+ 22 487	+ 27 554	+ 14 031	+ 6 664	+ 6 860
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 4 791	- 105	+ 3 754	- 329	+ 478	+ 4 895	+ 196	+ 2 744	- 3 191	+ 642
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen 6)	+ 26 709	+ 25 619	+ 18 146	+ 1 620	+ 6 043	+ 5 030	+ 9 024	+ 3 749	+ 5 522	- 247
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 133 749	+ 161 862	- 182 718	- 59 066	- 68 937	+ 20 441	+ 36 664	+ 17 880	+ 23 939	- 5 155
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 50 275	- 66 082	- 56 647	- 49 580	- 6 557	+ 31 733	+ 45 182	+ 17 727	+ 18 774	+ 8 681
langfristig	+ 12 977	- 47 913	- 50 495	- 13 226	- 12 314	+ 3 254	- 4 487	- 2 219	+ 4 629	- 6 897
kurzfristig	- 63 252	- 18 169	- 6 152	- 36 354	+ 5 757	+ 28 479	+ 49 669	+ 19 946	+ 14 145	+ 15 578
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 24 890	- 14 332	+ 11 209	- 7 936	- 7 814	+ 27 273	- 1 970	- 11 587	+ 16 506	- 6 889
langfristig	- 311	+ 401	+ 943	- 601	+ 1 432	- 685	- 1 108	+ 26	+ 276	- 1 358
kurzfristig	+ 25 201	- 14 734	+ 10 266	- 7 335	- 9 246	+ 27 958	- 863	- 11 561	+ 16 230	- 5 531
Staat	+ 21 061	+ 49 597	+ 8 238	+ 3 603	+ 5 601	+ 2 086	+ 1 709	+ 4 126	- 515	- 1 902
langfristig	+ 2 232	+ 49 608	+ 15 919	+ 3 057	+ 3 939	- 4 424	+ 3 279	+ 5 865	- 361	- 2 225
kurzfristig	+ 18 829	- 10	- 7 681	+ 546	+ 1 662	+ 6 510	- 1 570	- 1 739	- 154	+ 3 623
Bundesbank	+ 138 073	+ 192 679	- 145 519	- 5 153	- 60 167	- 40 651	- 8 258	+ 7 614	- 10 826	- 5 045
5. Währungsreserven	+ 2 836	+ 1 297	+ 838	- 785	+ 1 464	- 565	- 610	+ 151	- 631	- 130
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 102 046	+ 175 062	- 207 013	- 79 225	- 111 540	+ 25 766	+ 45 377	+ 24 164	+ 23 468	- 2 255
1. Direktinvestitionen	+ 63 624	+ 39 053	+ 38 638	+ 4 931	+ 11 086	+ 1 750	+ 7 338	- 583	+ 3 334	+ 4 587
Beteiligungskapital	+ 15 527	+ 11 109	+ 5 918	+ 1 394	+ 5 757	+ 3 222	+ 494	+ 1 448	+ 419	- 1 374
darunter:										
Reinvestierte Gewinne 1)	- 701	+ 6 039	+ 3 580	+ 688	+ 188	+ 3 601	+ 693	+ 1 070	+ 395	- 772
Direktinvestitionskredite	+ 48 097	+ 27 944	+ 32 720	+ 3 537	+ 5 329	- 1 472	+ 6 844	- 2 031	+ 2 915	+ 5 961
2. Wertpapieranlagen	+ 49 581	+ 45 076	- 24 113	- 5 721	- 10 326	+ 9 344	+ 18 647	- 27 878	+ 35 812	+ 10 713
Aktien 2)	- 11 325	+ 1 094	+ 5 328	+ 3 975	+ 4 180	- 5 315	+ 7 668	- 9 775	+ 6 164	+ 11 279
Investmentsfondanteile 3)	+ 7 095	- 3 799	+ 6 001	+ 1 223	+ 5 351	- 80	+ 655	- 3 439	+ 2 845	+ 1 249
Langfristige Schuldverschreibungen 4)	+ 51 088	+ 52 220	- 12 402	- 5 274	+ 10 945	+ 7 914	+ 10 969	- 10 698	+ 23 161	- 1 494
Kurzfristige Schuldverschreibungen 5)	+ 2 723	- 4 438	- 23 040	- 5 645	- 30 801	+ 6 825	- 645	- 3 966	+ 3 643	- 322
3. übriger Kapitalverkehr 7)	- 11 160	+ 90 934	- 221 538	- 78 435	- 112 300	+ 14 672	+ 19 392	+ 52 625	- 15 678	- 17 555
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 96 708	+ 51 508	- 158 453	- 65 025	- 70 382	+ 32 528	+ 3 347	+ 17 475	- 1 442	- 12 686
langfristig	- 18 368	- 10 250	- 16 955	- 2 678	- 1 586	- 3 213	- 5 172	+ 226	- 1 574	- 3 824
kurzfristig	- 78 340	+ 61 758	- 141 498	- 62 347	- 68 796	+ 35 741	+ 8 519	+ 17 249	+ 132	- 8 862
Unternehmen und Privatpersonen 9)	+ 35 056	+ 10 264	- 11 743	- 2 625	- 29 728	+ 8 861	+ 2 019	+ 2 412	- 1 327	+ 934
langfristig	- 840	+ 1 711	- 16 916	- 3 467	- 7 757	- 3 288	- 269	+ 826	+ 1 245	- 688
kurzfristig	+ 35 896	+ 8 553	+ 5 173	+ 843	- 21 971	+ 12 149	+ 2 288	+ 3 238	- 2 572	+ 1 622
Staat	+ 18 539	- 30 775	- 2 066	- 7 600	- 3 470	- 3 952	+ 5 207	+ 14 132	- 12 600	+ 3 675
langfristig	+ 5 104	+ 36 230	+ 9 474	+ 1 896	+ 689	- 1 793	+ 1 429	+ 1 657	- 141	- 87
kurzfristig	+ 13 436	- 67 005	- 11 540	- 9 496	- 4 160	- 2 159	+ 3 777	+ 12 474	- 12 460	+ 3 763
Bundesbank	+ 31 952	+ 59 936	- 49 275	- 3 185	- 8 720	- 22 766	+ 8 820	+ 18 607	- 309	- 9 478
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 161 039	+ 213 430	+ 245 802	+ 62 211	+ 74 901	+ 66 747	+ 64 195	+ 30 524	+ 17 190	+ 16 481

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 5 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Beinhaltet finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forder- ungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EUWU- Ländern		
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforder- ungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2013 Mai	832 746	169 105	118 228	21 984	28 893	50	602 136	61 456	82 781	749 965
Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332
Dez.	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	21 110	28 388	50	512 734	54 154	53 965	662 902
Febr.	718 317	152 432	104 678	20 589	27 165	50	511 610	54 225	43 789	674 528
März	687 557	150 615	102 179	20 586	27 850	50	482 453	54 440	34 434	653 123
April	692 956	150 048	101 564	20 950	27 534	50	490 066	52 792	53 041	639 916
Mai	680 888	148 949	100 274	21 125	27 550	50	479 240	52 649	52 748	628 140
Juni	678 136	153 017	104 600	20 795	27 622	50	474 195	50 875	43 267	634 869
Juli	660 521	154 885	105 317	21 162	28 406	50	455 926	49 660	17 254	643 267

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). 3 Vgl. Anmerkung 2. 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	747 469	274 802	472 667	298 059	174 608	158 836	15 772	910 840	170 265	740 575	578 392	162 183	94 291	67 892
2013	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
2014 Jan.	781 158	287 312	493 846	318 770	175 076	159 824	15 252	915 341	149 655	765 686	610 015	155 671	88 275	67 396
Febr.	788 014	288 560	499 454	322 367	177 087	162 230	14 857	919 203	143 531	775 672	615 749	159 923	90 283	69 640
März	817 202	307 559	509 643	326 530	183 113	168 171	14 942	926 968	147 767	779 201	617 703	161 498	94 794	66 704
April	814 932	299 046	515 886	335 543	180 343	165 417	14 926	929 807	154 881	774 926	616 770	158 156	90 976	67 180
Mai	832 028	319 247	512 781	334 294	178 487	163 032	15 455	934 131	152 668	781 463	622 831	158 632	90 504	68 128
Juni	826 348	309 963	516 385	332 438	183 947	168 927	15 020	943 966	147 829	796 137	634 906	161 231	93 811	67 420
Industrieländer ¹⁾														
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	659 800	272 400	387 400	269 072	118 328	104 985	13 343	824 182	167 856	656 326	542 994	113 332	79 123	34 209
2013	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
2014 Jan.	691 988	284 012	407 976	289 546	118 430	105 175	13 255	829 875	148 290	681 585	572 729	108 856	73 816	35 040
Febr.	698 225	285 309	412 916	293 061	119 855	106 774	13 081	832 534	142 111	690 423	579 008	111 415	75 551	35 864
März	725 730	303 412	422 318	296 832	125 486	112 343	13 143	840 907	146 308	694 599	580 794	113 805	79 234	34 571
April	719 017	294 482	424 535	302 139	122 396	109 298	13 098	845 169	153 635	691 534	580 192	111 342	76 397	34 945
Mai	739 222	314 678	424 544	303 790	120 754	107 144	13 610	848 816	151 404	697 412	586 362	111 050	75 815	35 235
Juni	731 309	304 888	426 421	301 865	124 556	111 316	13 240	857 264	146 539	710 725	598 153	112 572	77 837	34 735
EU-Länder ¹⁾														
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	547 557	250 191	297 366	212 698	84 668	74 190	10 478	695 214	156 552	538 662	458 505	80 157	53 623	26 534
2013	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
2014 Jan.	587 684	268 794	318 890	233 571	85 319	74 991	10 328	700 465	136 463	564 002	487 660	76 342	49 661	26 681
Febr.	594 118	269 999	324 119	237 452	86 667	76 407	10 260	700 601	130 594	570 007	491 074	78 933	51 780	27 153
März	618 808	288 192	330 616	240 234	90 382	80 096	10 286	709 172	133 358	575 814	494 374	81 440	54 701	26 739
April	610 639	279 063	331 576	242 973	88 603	78 264	10 339	712 013	141 167	570 846	492 063	78 783	51 835	26 948
Mai	629 459	299 725	329 734	242 429	87 305	76 521	10 784	715 834	139 131	576 703	498 103	78 600	51 420	27 180
Juni	621 883	289 943	331 940	241 878	90 062	79 526	10 536	724 332	136 323	588 009	508 077	79 932	53 106	26 826
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	396 816	189 865	206 951	152 060	54 891	48 992	5 899	572 523	110 052	462 471	408 502	53 969	36 754	17 215
2013	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
2014 Jan.	425 407	199 154	226 253	170 982	55 271	48 987	6 284	594 488	108 446	486 042	435 530	50 512	33 383	17 129
Febr.	433 128	202 913	230 215	174 178	56 037	49 823	6 214	595 520	104 594	490 926	438 735	52 191	34 745	17 446
März	446 119	212 228	233 891	175 981	57 910	51 762	6 148	600 162	105 529	494 633	440 633	54 000	36 597	17 403
April	438 764	205 381	233 383	176 775	56 608	50 372	6 236	606 150	115 510	490 640	437 919	52 721	35 166	17 555
Mai	453 927	222 947	230 980	175 129	55 851	49 590	6 261	607 379	108 521	498 858	446 264	52 594	34 878	17 716
Juni	451 418	220 036	231 382	174 495	56 887	50 791	6 096	619 946	107 493	512 453	459 154	53 299	35 884	17 415
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 669	2 402	85 267	28 987	56 280	53 851	2 429	86 658	2 409	84 249	35 398	48 851	15 168	33 683
2013	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	1 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370
2014 Jan.	89 170	3 300	85 870	29 224	56 646	54 649	1 997	85 466	1 365	84 101	37 286	46 815	14 459	32 356
Febr.	89 789	3 251	86 538	29 306	57 232	55 456	1 776	86 669	1 420	85 249	36 741	48 508	14 732	32 776
März	91 472	4 147	87 325	29 698	57 627	55 828	1 799	86 061	1 459	84 602	36 909	47 693	15 560	32 133
April	95 915	4 564	91 351	33 404	57 947	56 119	1 828	84 638	1 246	83 392	36 578	46 814	14 579	32 235
Mai	92 806	4 569	88 237	30 504	57 733	55 888	1 845	85 315	1 264	84 051	36 469	47 582	14 689	32 893
Juni	95 039	5 075	89 964	30 573	59 391	57 611	1 780	86 702	1 290	85 412	36 753	48 659	15 974	32 685

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. 1 Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. 2 Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab

Januar 2014 einschl. Lettland. 3 Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2013 April	1,2539	8,0564	7,4553	127,54	1,3268	7,5444	8,4449	1,2199	1,3026	0,85076
Mai	1,3133	7,9715	7,4536	131,13	1,3257	7,5589	8,5725	1,2418	1,2982	0,84914
Juni	1,3978	8,0905	7,4576	128,40	1,3596	7,7394	8,6836	1,2322	1,3189	0,85191
Juli	1,4279	8,0234	7,4579	130,39	1,3619	7,8837	8,6609	1,2366	1,3080	0,86192
Aug.	1,4742	8,1477	7,4580	130,34	1,3853	7,9386	8,7034	1,2338	1,3310	0,85904
Sept.	1,4379	8,1690	7,4579	132,41	1,3817	7,9725	8,6758	1,2338	1,3348	0,84171
Okt.	1,4328	8,3226	7,4592	133,32	1,4128	8,1208	8,7479	1,2316	1,3635	0,84720
Nov.	1,4473	8,2221	7,4587	134,97	1,4145	8,2055	8,8802	1,2316	1,3493	0,83780
Dez.	1,5243	8,3248	7,4602	141,68	1,4580	8,4053	8,9597	1,2245	1,3704	0,83639
2014 Jan.	1,5377	8,2368	7,4614	141,47	1,4884	8,3927	8,8339	1,2317	1,3610	0,82674
Febr.	1,5222	8,3062	7,4622	139,35	1,5094	8,3562	8,8721	1,2212	1,3659	0,82510
März	1,5217	8,5332	7,4638	141,48	1,5352	8,2906	8,8666	1,2177	1,3823	0,83170
April	1,4831	8,5984	7,4656	141,62	1,5181	8,2506	9,0329	1,2189	1,3813	0,82520
Mai	1,4755	8,5658	7,4641	139,74	1,4951	8,1513	9,0298	1,2204	1,3732	0,81535
Juni	1,4517	8,4698	7,4588	138,72	1,4728	8,2149	9,0914	1,2181	1,3592	0,80409
Juli	1,4420	8,3940	7,4564	137,72	1,4524	8,3880	9,2327	1,2150	1,3539	0,79310

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkurs-

statistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-20 1)		EWK-39 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	25 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	25 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,2	96,1	95,9	96,2	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,6	
2000	87,0	86,6	86,1	85,4	87,9	85,8	91,7	97,2	85,2	90,8	92,9	91,9	90,9	
2001	87,7	87,2	86,6	84,5	90,4	87,1	91,3	96,0	85,7	89,9	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,3	89,6	87,8	94,9	90,7	91,9	95,1	88,2	90,5	93,5	91,9	91,7	
2003	100,6	101,4	100,6	98,8	106,8	101,6	95,2	94,0	97,2	94,6	97,0	96,5	96,7	
2004	104,4	105,2	103,4	102,4	111,4	105,2	95,5	92,9	99,6	94,9	98,4	97,9	98,2	
2005	102,9	103,7	101,4	100,4	109,4	102,7	94,4	91,5	98,8	92,9	98,4	96,9	96,5	
2006	102,8	103,7	100,7	99,3	109,4	102,0	93,3	90,1	98,4	91,3	98,5	96,4	95,7	
2007	106,2	106,4	102,7	101,0	112,8	104,0	94,2	89,2	102,5	91,5	100,8	97,8	96,9	
2008	109,3	108,5	103,9	103,8	117,0	106,0	94,4	87,8	105,4	90,5	102,2	97,7	97,0	
2009	110,6	109,1	104,8	106,1	119,8	106,9	94,0	88,0	104,1	90,6	101,7	97,9	97,3	
2010	103,6	101,6	96,7	98,7	111,5	98,2	91,7	87,8	97,9	87,3	98,8	93,8	92,2	
2011	103,4	100,7	95,0	96,8	112,2	97,7	91,6	87,7	97,6	86,7	98,2	93,1	91,7	
2012	97,9	95,6	89,8	91,6	107,1	92,9	89,7	87,6	92,6	84,3	96,0	90,3	88,8	
2013	101,7	98,9	93,4	93,8	112,0	96,2	92,0	88,1	98,1	86,2	98,3	92,1	90,8	
2011 Febr.	102,4	99,9	94,7	96,9	110,7	96,6	91,6	87,9	97,4	86,8	98,1	92,8	91,2	
2011 März	104,1	101,6			112,4	98,2					98,6	93,5	92,0	
2011 April	105,8	103,4			114,1	99,7					99,5	94,3	92,8	
2011 Mai	104,8	102,2	96,9	99,4	113,3	98,7	92,5	87,8	100,1	87,6	99,0	93,7	92,1	
2011 Juni	104,9	102,2			113,5	98,8					99,0	93,7	92,2	
2011 Juli	104,0	101,0			112,4	97,7					98,6	93,3	91,7	
2011 Aug.	103,8	100,8	94,9	97,3	113,0	98,1	91,4	87,7	97,3	86,6	98,2	93,1	91,8	
2011 Sept.	102,8	99,9			112,1	97,5					97,8	92,7	91,5	
2011 Okt.	103,0	100,2			112,6	97,9					97,9	92,9	91,8	
2011 Nov.	102,6	99,9	93,7	93,5	112,1	97,4	90,7	87,5	95,5	85,8	97,6	92,7	91,5	
2011 Dez.	100,8	98,2			110,3	95,8					96,9	91,8	90,6	
2012 Jan.	99,0	96,4			108,1	93,8					96,2	90,8	89,4	
2012 Febr.	99,7	97,3	91,4	93,5	108,4	94,2	90,1	87,5	93,8	84,8	96,8	91,3	89,7	
2012 März	99,9	97,4			108,7	94,4					96,9	91,2	89,6	
2012 April	99,5	97,2			108,5	94,3					96,7	91,1	89,5	
2012 Mai	98,1	95,7	90,2	92,5	107,3	93,1	89,8	87,6	92,8	84,5	95,9	90,4	88,9	
2012 Juni	97,2	94,9			106,6	92,5					95,5	89,9	88,6	
2012 Juli	95,4	93,2			104,3	90,7					94,9	89,1	87,5	
2012 Aug.	95,2	93,1	88,1	90,2	104,5	90,6	89,0	87,7	90,7	83,6	95,0	89,0	87,5	
2012 Sept.	97,2	95,0			106,6	92,5					95,6	89,9	88,5	
2012 Okt.	97,8	95,5			107,3	92,9					95,9	90,1	88,6	
2012 Nov.	97,2	94,9	89,7	90,2	106,7	92,3	89,9	87,7	93,0	84,4	95,8	89,8	88,4	
2012 Dez.	98,7	96,3			108,3	93,6					96,6	90,6	89,2	
2013 Jan.	100,4	98,0			109,9	94,9					97,4	91,5	89,9	
2013 Febr.	101,6	99,1	92,6	94,6	111,1	95,8	91,2	87,7	96,7	85,7	98,1	92,0	90,4	
2013 März	100,2	97,9			109,5	94,5					97,7	91,5	89,7	
2013 April	100,5	97,9			109,8	94,4					97,5	91,3	89,5	
2013 Mai	100,5	98,1	93,1	94,5	110,0	94,6	91,9	88,1	97,8	86,1	98,1	91,7	89,9	
2013 Juni	101,6	98,9			112,0	96,1					98,3	92,2	90,8	
2013 Juli	101,5	98,9			112,0	96,2					98,4	92,1	90,8	
2013 Aug.	102,2	99,5	93,5	95,2	113,4	97,3	92,1	88,1	98,4	86,2	98,5	92,4	91,3	
2013 Sept.	102,0	99,1			113,3	97,0					98,5	92,3	91,3	
2013 Okt.	102,8	99,8			114,2	97,4					98,8	92,6	91,5	
2013 Nov.	102,6	99,5	94,3	91,0	114,2	97,3	92,7	88,4	99,5	86,9	99,0	92,8	91,8	
2013 Dez.	103,9	100,7			115,8	98,6					99,2	93,1	92,3	
2014 Jan.	103,4	100,3			115,9	98,6					99,1	93,0	92,3	
2014 Febr.	103,6	100,4	95,5	93,3	116,3	98,9	92,7	88,3	99,8	87,3	99,0	93,0	92,4	
2014 März	104,6	101,3			117,5	99,6					99,2	93,5	92,8	
2014 April	104,5	101,0			117,0	98,9					99,0	93,3	92,4	
2014 Mai	103,8	100,1	116,1	97,8	98,7	92,9	91,9	
2014 Juni	103,0	99,2			115,1	96,9					98,3	92,5	91,4	
2014 Juli	102,6	98,7			114,6	96,4					98,1	92,2	91,1	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitts der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes König-

reich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-39-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

- Makroökonomische Ansätze zur Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Internationale Kooperation auf dem Gebiet der Finanzsektorpolitik – der Finanzstabilitätsrat (FSB)

■ Finanzstabilitätsbericht

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2013 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2014 beigefügte Verzeichnis.

November 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2013

Dezember 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015
- Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012
- Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte

Aufsätze im Monatsbericht

September 2013

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2012
- Die Entwicklung staatlicher Zinsausgaben in Deutschland
- Prognosemodelle in der kurzfristigen Konjunkturanalyse – Ein Werkstattbericht

Januar 2014

- Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion

Oktober 2013

- Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten

Februar 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2013/2014

März 2014

- Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013
- Zur Krisenanfälligkeit von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland – Ergebnisse einer Risikoanalyse mit Jahresabschlussdaten

April 2014

- Zur Verlässlichkeit der Schätzungen internationaler Organisationen zur Produktionslücke
- Implikationen der Geldmarktsteuerung des Eurosystems während der Finanzkrise
- Einige Erklärungsansätze zur Inflationsentwicklung seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise

Mai 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014

Juni 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016
- Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten
- Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus
- Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung

Juli 2014

- Wechselkurse und Finanzstress
- Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und Herausforderungen für die Zukunft

- Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse
- Untersuchungen zur Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Finanzstabilität

August 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2014

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2014 ³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2014 ²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 ²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2008 bis 2013, Juni 2014 ³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013 ³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011, Mai 2014 ²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990 ⁹⁾
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014 ¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011 ²⁾

■ Diskussionspapiere ^{*)}

09/2014

Market transparency and the marking precision of bond mutual fund managers

10/2014

A consistent set of multilateral productivity approach-based indicators of price competitiveness

11/2014

Analyzing business and financial cycles using multi-level factor models

12/2014

How do households allocate their assets? – Stylized facts from the Eurosystem Household Finance and Consumption Survey

13/2014

Consumer cash usage: a cross-country comparison with payment diary survey data

14/2014

Collateral imbalances in intra-European trade? Accounting for the differences between gross and value added trade balances

15/2014

Quantifying the components of the banks' net interest margin

16/2014

Household saving behavior and credit constraints in the Euro area

○ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.
 * Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.
 Weitere Anmerkungen siehe S. 84•.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.